JahrBuch

für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

September 2007 III NDZ-GmbH

Inhaltsverzeichnis

Gisela Notz: Clara Zetkin und die internationale sozialistische Frauenbewegung 5

Setsu Ito: Clara Zetkin in ihrer Zeit – für eine historisch zutreffende Einschätzung ihrer Frauenemanzipationstheorie 19

Steffen Kachel: Die USPD – Versuch eines dritten Weges? 26

Hartmut Henicke: Die Weltkriegsrevolution, das Schisma in der deutschen Sozialdemokratie und die Stuttgarter Linken 33

Helmut Meier: Constantin Frantz' Schrift „Louis Napoleon" im Vergleich mit dem Marxschen „18. Brumaire" 48

Roland Gröschel: Das Engagement in Arbeiterjugend-Organisationen in der Weimarer Republik – Bestandteil von Lebensgeschichten 58

Ulla Plener: Frauenalltag in der französischen Résistance 67

Heinz Niemann: Methodisches und Quellenkritisches zur „Geschichtsschreibung von unten" 80

Biographisches

Claudia von Gélieu: „Sie kannte nicht den Ehrgeiz, der an erster Stelle stehen will". Emma Ihrer (1857-1911) zum 150. Geburtstag 92

Dokument

Für den Schutz der Oktoberrevolution von 1917. Clara Zetkin an Mathilde Wibaut 1922 *(Ulla Plener)* 105

Regionales

Carsten Voigt: Die Antifaschistische Aktion 1932 in Sachsen an der Basis der Arbeiterparteien. Gemeinsamkeiten und Brüche 122

Berichte

Rainer Holze: „Clara Zetkin in ihrer Zeit“. Kolloquium zum 150. Geburtstag Clara Zetkins 134

Mario Hesselbarth: „Von einer Parteidisziplin in die nächste?“. Tagung in Gotha anläßlich der Gründung der USPD vor 90 Jahren 139

Informationen

Ilse Fischer: Autobiographische Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung 143

Erwin Lewin: Forschungen zu Osteuropa in Leipzig. Zum Erscheinen des Doppelbandes 8 (1) und 8 (2) der „Leipziger Jahrbücher“ 151

Gerlinde Grahn: Forschungen zur Geschichte der Linkspartei. PDS in Brandenburg 158

Leserzuschrift

Zu Heft II/2007 *(Günter Benser)* 165

Rezensionen/Annotationen

Wolfram Fischer (Hrsg.): Biographische Enzyklopädie deutschsprachiger Unternehmer *(Peer Lautenschläger)* 166

Manfred Isemeyer: Das atheistische Berlin. Metropole des Humanismus; – Humanismus. Geschichte und Gegenwart (*Wolf G. Angmeyer)* 166

Helmut Bleiber/Walter Schmidt/Susanne Schötz (Hrsg.): Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution von 1848/49 *(Heinrich Gemkow)* 167

Lars Lambrecht (Hrsg.): Osteuropa in den Revolutionen von 1848 (*Walter Schmidt)* 169

Arno Klönne/Karl A. Otto/Jörg Wollenberg: Freiheit, Wohlstand, Bildung für alle! Vom Ortsverein Bielefeld des Deutschen Buchdruckerverbandes zu ver.di (*Wolfgang Heyn*) 172

Christine Haug/Lothar Poethe (Hrsg.): Leipziger Jahrbuch zur Buchgeschichte. Bd. 15 (*Jürgen Stroech)* 173

Leo Maché-Suniza: Der lebende Tote. Das eigenartige Schicksal des Altbolschewiken Ljew Borissowitsch Suniza *(Marcel Bois)* 174

Günter Benser: Volksbühne Heidenau 1906 bis 1939 – 1945 bis 1949 *(Jürgen Stroech)* 176

Beatrix Herlemann: Biographisches Lexikon niedersächsischer Parlamentarier 1919-1945; – Joachim Lilla: Statisten in Uniform. Die Mitglieder des Reichstags 1933-1945 *(Wolfgang Heyn)* 176

Hermann Weber u.a. (Hrsg.): Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2007 *(Wladislaw Hedeler)* 179

Nieder Mit Hitler! Frankfurter Arbeiterbewegung im Widerstand gegen den Faschismus 1933-1945, hrsg. von Barbara Bromberger (*Rainer Holze)* 181

Klaus Kinner (Hrsg.): Die Chancen der Volksfront. Historische Alternativen zur Stalinisierung des Kommunismus (*Rainer Bert)* 183

Muharrem Dezhgiu: Anastas Lula. Disidenti i parë në PKSH (*Erwin Lewin)* 184

Margarete Kollmar: Mit der Reichsbahn ins Blaue. Eine populäre Tourismusform in den 1930er Jahren (*Joachim Eichler)* 186

Wolfgang Benz/Peter Reif-Spirek (Hrsg.): Geschichtsmythen. Legenden über den Nationalsozialismus *(Rainer Holze)* 187

Hamburger Institut für Sozialforschung (Hrsg.): Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944 *(Ludwig Burg)* 189

Klaus Steinitz/Wolfgang Kaschuba (Hrsg.): Wolfgang Steinitz *(Gerhard Müller)* 190

Stefan Doernberg (Hrsg.): Hitlers Ende ohne Mythos. Jelena Rshewskaja erinnert sich an ihren Einsatz im Mai 1945 in Berlin *(Herbert Mayer)* 191

Harald Welzer/Sabine Moller/Karoline Tschuggnall: „Opa war kein Nazi". Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis (*Maria Roca)* 191

Peter Hurrelbrink: Der 8. Mai 1945. Befreiung durch Erinnerung (*Rainer Bert)* 193

Roland Bach u. a. (Hrsg.): Antifaschismus als humanistisches Erbe in Europa. Festschrift zum 60. Geburtstag von Prof. Dr. Rolf Richter *(Jürgen Birg)* 194

Petra Junghans: Mitwirkung und Mitbestimmung der Betriebsgewerkschaftsleitung in den Betrieben der DDR (*Peter Hübner)* 195

Walter Richter: Der Militärische Nachrichtendienst der Nationalen Volksarmee der DDR und seine Kontrolle durch das Ministerium für Staatssicherheit; – Jürgen Gröbsch: Der Dienst für Internationale Verbindungen der NVA *(Ulrich van der Heyden)* 196

Hannes Sieberer/Herbert Kierstein: Verheizt und vergessen. Ein US-Agent und die DDR-Spionageabwehr (*Joachim Eichler)* 199

NachSatz 201

Autorenverzeichnis 202

Jahresinhaltsverzeichnis 203

Impressum 210

Clara Zetkin und die internationale sozialistische Frauenbewegung[1]

Gisela Notz

Clara Zetkin, geb. Eißner (1857-1933), Tochter des Dorfschullehrers Gottfried und von Josephine Eißner, die bereits dem Allgemeinen Deutschen Frauenverein angehörte, war Politikerin, Theoretikerin, Pädagogin, Sozialistin, Marxistin, Journalistin, Pazifistin und vieles mehr. Vor allem war sie die Begründerin der internationalen proletarischen Frauenbewegung. Am 5. Juli 2007 wäre sie 150 Jahre alt geworden.
Clara Zetkin begnügte sich nicht mit Reformen, sondern kämpfte für die Revolution. Zu Beginn des Sozialistengesetzes (1878-1890) wurde sie 1878 Mitglied der SPD, zu einer Zeit, als sich Frauen in Preußen und in anderen Ländern Deutschlands noch gar nicht organisieren durften. Nach dem Preußischen Vereinsrecht war es „Frauenspersonen, Schülern und Lehrlingen" nicht erlaubt, für eine politische Organisation tätig sein oder sich selbst zu organisieren. In Sachsen, wo Clara Zetkin lebte, war es möglich. Erst 1908 trat ein reichsweites Vereinsgesetz in Kraft, das auch Frauen, Schülern und Lehrlingen politische Betätigung gestattete. „Ich kann nicht gegen meine Überzeugung handeln",[2] mit diesem Satz erklärte sie nicht nur ihren SPD-Beitritt. Sie zerschnitt damit auch das Tischtuch zwischen sich und ihrer Familie sowie ihrer Lehrerin und Freundin Auguste Schmidt, die wie ihre Mutter der bürgerlichen Frauenbewegung zugehörte.

Wichtige Lehrjahre im Exil

In den Jahren des Exils (1882-1890) erwarb sie sich die Kenntnisse, die sie später zur Führung der internationalen Frauenbewegung brauchte.[3] Über Wien war sie während des Sozialistengesetzes nach Zürich und von da nach Paris, dem Zentrum der internationalen sozialistischen Bewegung, geflüchtet. Dort traf sie 1883 mit ihrem verfolgten Lebensgefährten Ossip Zetkin, einem Tischler, Sozialisten und daher in den Augen ihrer Mutter einem „Nichtsnutz" zusammen. 1883 wurde ihr Sohn Maxim und 1885 Kostja geboren, mit denen sie in einem

---

1 Bearbeiteter Vortrag auf dem Kolloquium „Clara Zetkin in ihrer Zeit", veranstaltet vom Förderverein zur Geschichte der Arbeiterbewegung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin aus Anlaß des 150. Geburtstages von Clara Zetkin am 6. Juli 2007 in Berlin. Siehe den Bericht in diesem Heft, S.134-138.

2 Zit. nach: Clara Zetkins Leben und Wirken. Zum 15. Todestag am 20. Juni 1948, Berlin 1948, S.4.

3 Siehe Christa Söllner: Clara Zetkin und die Sozialistische Frauenbewegung, Köln 1970, S.33f.

kleinen Zimmer auf dem Montmartre unter ärmlichen Verhältnissen hauste.[4] Hier traf Clara Zetkin mit anderen führenden Sozialistinnen aus Frankreich und Deutschland und mit russischen Emigranten zusammen, entwickelte politisches, journalistisches und agitatorisches Engagement, wurde zur sozialistischen Kämpferin und füllte ihre „Frauen- und Mutterrolle" und ihre „Lehrerinnen- und Erzieherinnenrolle" aus.[5]

Trotz der Behinderungen durch das Sozialistengesetz unter Bismarck nahm die proletarische Frauenbewegung in dieser Zeit einen rasanten Aufschwung. Entscheidenden Einfluß auf die weitere Entwicklung hatte die „Die Gleichheit", die nach dem Fall des Sozialistengesetzes und der Rückkehr Clara Zetkins nach Deutschland ab 1891 erschien und ab 1892 von ihr herausgegeben wurde. Die Arbeit für den Sozialismus war Zetkins Lebensinhalt geworden,[6] die Politik Berufung und Broterwerb zugleich. Ununterbrochen war sie auf Agitationstour und hatte stets volle Säle. Mehrfach bekam sie Schwierigkeiten mit der Polizei.[7] Sie liebte große Konferenzen, Versammlungen, Kongresse und Demonstrationen. Für sie waren sie Beweis, „daß die Arbeiterschaft als Klasse zum Bewußtsein erwacht und die Regelung und Leitung ihrer Interessen, die zugleich die Interessen der ganzen Gesellschaft sind, selbst in die Hand nehmen will."[8] Ihre Reden und Schriften wurden in viele Sprachen übersetzt.[9]

Das politische Programm für die internationale proletarische Frauenbewegung

Bereits während des Gründungskongresses der II. Internationale 1889 auf dem Internationalen Arbeiterkongreß in Paris legte Clara Zetkin, damals 32 Jahre alt, als Delegierte der Berliner Arbeiterinnen und eine von fünf Frauen unter 400 Teilnehmenden mit ihrer Rede die pragmatischen Grundlagen für die internationale proletarische Frauenbewegung: „Die Sozialisten müssen wissen, daß bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Entwicklung die Frauenarbeit eine Notwendigkeit ist […] Die Sozialisten müssen vor allem wissen, daß auf der

---

4 Siehe Siegfried Bassler: Clara Zetkin (1857-1933), in: Ders. (Hrsg.): Mit uns für die Freiheit. 100 Jahre SPD in Stuttgart, Stuttgart-Wien 1987, S.175-181, hier S.176.

5 Tânia Puschnerat: Clara Zetkin. Bürgerlichkeit und Marxismus, Essen 2003, S.51. Auch Luise Dornemann verweist darauf, wie sehr sich Clara Zetkin um die beiden Jungen sorgte. Sie half ihren Genossinnen bei Problemen und Nöten, die sich durch die Vereinbarkeit von politischer Arbeit und Hausarbeit ergaben und gab ihnen Ratschläge für eine sparsame Haushaltsführung. Siehe Luise Dornemann: Clara Zetkin. Leben und Wirken, Berlin 1989, S.114.

6 Siehe auch Friedhelm Boll: Clara Zetkin und die proletarische Frauenbewegung. Sozialismus als Familienschicksal, in: Marieluise Christadler (Hrsg.): Die geteilte Utopie. Sozialisten in Frankreich und in Deutschland, Opladen 1985, S.65-76, hier S.68.

7 Siehe u. a. Clara Zetkins Leben, S.4; Bassler, Clara Zetkin, S.180. Puschnerat, Clara Zetkin, S.71, 81.

8 Clara Zetkin: Der Gewerkschafts-Congreß in Lyon, in: Gleichheit (Wien), 8.1.1887.

9 Siehe hierzu u. a.: Setsu Ito: Veröffentlichungen und Forschungen über Clara Zetkin in Japan, in: The Journal of the Tachikawa College of Tokyo, Volume 17, 1984, S.1-10.

ökonomischen Abhängigkeit oder Unabhängigkeit die soziale Sklaverei oder Freiheit beruht", sagte sie damals.[10]

Bereits bei diesem Kongreß trafen die Frauen, unter ihnen auch Emma Ihrer (1857-1911), mit der sie lange Zeit eng zusammenarbeitete, erste Absprachen über die Gründung einer internationalen proletarischen Frauenbewegung. Von den sozialistischen Parteien, die der Organisierung der Frauen und der Frauenerwerbsarbeit oft ablehnend gegenüberstanden, wegen des Elends der proletarischen Familien, weil Frauen als „Schmutzkonkurrentinnen" des Mannes, als „Lohndrückerinnen" gesehen wurden, forderte sie, sich für das Recht der Frauen auf Erwerbsarbeit einzusetzen. Später schrieb sie auch, daß die Weigerung der Männer, sich an der Hausarbeit zu beteiligen, als ein Haupthindernis der Massenorganisation der Arbeiterinnen entgegenstünde.[11] Sie hoffte auf technische Verbesserungen, die der Hausfrau die Arbeit erleichtern sollten und natürlich auf die (teilweise) Übernahme der Kindererziehung durch öffentliche Einrichtungen. Von rein formaler Gleichberechtigung hielt sie nichts, aber verschieden oder anders zu sein, durfte nicht bedeuten, weniger wert zu sein und weniger Achtung zu verdienen.[12]

Die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Frau war nach ihrer Meinung die Voraussetzung, die Unterdrückung der Frau zu beseitigen, nicht nur in der Fabrik, sondern auch in der Familie. Zunächst lehnte sie noch einen besonderen Arbeiterinnenschutz als Beschränkung der Gleichberechtigung ab. Der Kongreß sprach sich jedoch für gleiche Löhne bei gleicher Arbeit und für einen Frauenarbeitsschutz aus. Später änderte auch Clara Zetkin ihre Ansicht, soweit das Ziel eines allgemeinen Arbeitsschutzes nicht aus den Augen verloren wurde. Jede „ernste Frauenbewegung" mußte nach ihrer Meinung eine soziale Kampfbewegung als Teil der proletarischen Gesamtbewegung sein. Ziel der Bestrebungen Clara Zetkins und ihrer Mitstreiterinnen war die sozialistische Gesellschaft, sie sollte im gemeinsamen Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter erreicht werden. Zetkin ging von einem grundsätzlichen Zusammenhang zwischen der „Frauenfrage" und der „sozialen Frage" sowie zwischen der „Emanzipation der Frau" und der „Emanzipation der Arbeit vom Kapital" aus. Frauenpolitik und Frauenrechte waren für sie „Mittel zum Zweck, damit sie (die Frau) gleichausgestattet [...] mit dem Proletarier in den Kampf ziehen kann", um „mit dem Mann ihrer Klasse gegen die kapitalistische Klasse zu kämpfen".[13] Von einer „Allerweltsbasenschaft" unter Frauen hielt sie nichts.[14] Von Vorstellungen, die „die Frau" als Kollektivsubjekt betrachteten, noch viel weniger. Schließlich

10 Clara Zetkin: Für die Befreiung der Frau! Rede auf dem Internationalen Arbeiterkongreß zu Paris, 19. Juli 1889, in: Jutta Menschik (Hrsg.): Grundlagentexte zur Emanzipation der Frau, Köln 1976, S.92-98, hier S.92f.

11 Siehe Gilbert Badia: Clara Zetkin. Eine neue Biographie, Berlin 1994, S.72.

12 Siehe Clara Zetkins Leben, S.15.

13 Badia, Clara Zetkin, S.94.

14 Clara Zetkin: Noch einmal: reinliche Scheidung, in: Die Gleichheit, 4. Jg., 1894, S.51.

wußte sie von den Klassengegensätzen, die ein undifferenziertes „wir Frauen“ ausschlossen.[15]

Die Klassengegensätze schlossen selbst ein zeitweiliges Zusammengehen oder auch nur eine Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Frauenbewegungen aus, wie sie z. B. Lily Braun forderte.[16] Denn der Emanzipationskampf der Proletarierinnen war kein Kampf gegen die Männer der eigenen Klasse, sondern ein Kampf gegen die Kapitalistenklasse.[17] Clara Zetkin war für eine „reinliche Scheidung“[18] von der bürgerlichen Frauenbewegung, die sie als „die oberen Zehntausend“ bezeichnete,[19] der „Frauenrechtlerei“ bezichtigte[20] und als reaktionär abstempelte, weil sie nicht nur die bürgerliche Ordnung stützen und für sich nützen wollte, sondern auch durch ihr karitatives Eintreten für die Verbesserung der Lage der Arbeiterinnen diese vom Klassenkampf abhalten wollte. Die proletarische Frauenbewegung war für sie hingegen revolutionär.[21]

Es ist müßig, Zetkin immer wieder in Schubladen zu packen, in denen sie nie hätte sein wollen. Sie war weder Feministin,[22] noch „linke Feministin“; letztere waren in ihrer Zeit nicht bekannt. Feministinnen waren für sie die „Bürgerlichen“. Sozialistinnen, die wie der 1873 gegründete Berliner „Arbeiter-Frauen- und -Mädchen-Verein“ ausschließlich Frauen als Mitglieder aufnahmen, kritisierte sie, weil sie die ihr verhaßte und von ihr als uneffektiv betrachtete „Absonderung der Frauen von den Männern“ betrieben. Sie bedauerte die „feministische Tendenz […] hervorragender Trägerinnen der Berliner Bewegung“, die ganz offensichtlich von „frauenrechtlerischen Gedankengängen“ beeinflußt waren.[23]

Der Forderung nach dem Frauenwahlrecht stand sie zunächst kritisch gegenüber, denn „ohne ökonomische Freiheit ist es nicht mehr und nicht weniger als ein

---

15 Siehe Badia, Clara Zetkin, S.66.

16 Siehe Fritz Staude: Clara Zetkin und die proletarische Frauenbewegung am Ende des 19. Jahrhunderts, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1977, H. 3, S.470-478, hier S.473.

17 Siehe Badia, Clara Zetkin, S.30.

18 Karin Bauer: Clara Zetkin und die proletarische Frauenbewegung, Berlin 1978, S.50.

19 Ebenda, S.51.

20 Staude, Clara Zetkin, S.472.

21 Clara Zetkin auf dem SPD-Parteitag zu Gotha 1896. Siehe Sabine Richebächer: Uns fehlt nur eine Kleinigkeit. Deutsche proletarische Frauenbewegung 1890-1914, Frankfurt/Main 1982, S.252.

22 Badia widmet Clara Zetkin als Feministin ein ganzes Kapitel. Siehe Badia, Clara Zetkin, S.65-81. Hervé beklagt, daß es bisher meist „übersehen“ würde, daß sie auch eine „Feministin und kämpferische Rebellin im privaten und politischen Leben war.“ Florence Hervé: Geliebt und gehasst: Clara Zetkin, in: Dies. (Hrsg.): Clara Zetkin oder: Dort kämpfen, wo das Leben ist, Berlin 2007, S.7-38, hier S.9. Aus heutiger Betrachtung kann man das vielleicht so sehen, nicht aus „ihrer Zeit“.

23 Clara Zetkin: Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands, Berlin 1958, S.143.

Wechsel, der keinen Kurs hat".[24] Zwar sah sie politische Rechte als wirksame Waffe im Kampf um die soziale Gleichstellung,[25] sie mußten jedoch gleichzeitig dazu dienen, die Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung abzuschaffen. Daß die Vereinbarkeit von „Berufsarbeit und das Wirken der Frau in der Familie […] sicherlich auch in der sozialistischen Gesellschaft nicht ohne heißes Ringen und Kämpfen der Frau" zu erreichen sein wird, wußte auch Clara Zetkin.[26] Für sie war „die Frauenfrage" offensichtlich kein „Nebenwiderspruch", der neben die Notwendigkeit trat, den Klassenwiderspruch zu verändern.

Die erste internationale Konferenz sozialistischer Frauen

Auf der ersten internationalen Konferenz sozialistischer Frauen, die Clara Zetkin leitete und die am 17. und 19. August 1907 im Rahmen des Internationalen Sozialistenkongresses in der Stuttgarter Liederhalle stattfand, wurde die Internationale Sozialistische Frauenbewegung (Socialist International Women, SIW) gegründet. 58 weibliche Delegierte aus 15 Ländern Europas und aus Übersee versammelten sich dort mit dem Ziel, sich weltweit zu organisieren. Darunter waren zwölf deutsche Sozialistinnen. Auf der Tagesordnung der Konferenz standen die Berichte über die sozialistische Frauenbewegung in den einzelnen Ländern, die zukünftigen Beziehungen zwischen den organisierten Genossinnen und der Kampf um das Frauenstimmrecht.[27]

Ottilie Baader (1847-1925), die als Zentrale Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands die Konferenz einberufen hatte, eröffnete die Sitzung in der Stuttgarter Liederhalle und stellte der Konferenz u. a. die Aufgabe, darüber zu beraten, „wie wir am besten […] die unentbehrlichste Waffe für uns, das Frauenstimmrecht, mit erobern helfen". Sie trug den Bericht der Frauen der SPD vor und berichtete über das Konzept der Vertrauenspersonen, das die Sozialdemokratinnen „erfunden" hatten,[28] über Mitgliederentwicklung, Frauen-

24 Hervé, Geliebt und gehasst, S.20.

25 Siehe Badia, Clara Zetkin, S.72.

26 Clara Zetkin: Der Student und das Weib, 1899. Neu veröffentlicht in Hervé, Clara Zetkin, S.47-73, hier S.63.

27 Siehe Forschungsgemeinschaft „Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse um die Befreiung der Frau" an der Pädagogischen Hochschule „Clara Zetkin", Leipzig: Zur Rolle der Frau in der Geschichte des deutschen Volkes (1830-1945). Eine Chronik, Frankfurt/Main 1984, S.70. Siehe auch: Dornemann, Clara Zetkin, S.212-215; Manfred Leyh: Der Kampf der Sozialistischen Frauenintemationale um das allgemeine Frauenwahlrecht und seine Auswirkung auf die nationalen proletarischen Frauenbewegungen in ausgewählten Ländern im Zeitraum von 1907-1918/19, Dissertation A, Pädagogische Hochschule „Clara Zetkin", Leipzig 1986, S. 67-76.

28 Die Sozialdemokratinnen wählten das Konstrukt der „Vertrauenspersonen", weil nach der preußischen Vereinsgesetzgebung bis 1908 Frauen politischen Organisationen nicht angehören durften und ihre Zusammenschlüsse verfolgt, verboten und aufgelöst wurden. Eine einzelne Person konnte man jedoch nicht auflösen, sie war aber geeignet, die Agitationsarbeit und die Frauenaktivitäten zu bündeln, zu koordinieren und zu vernetzen.

arbeitsschutz und Kinderarbeit und über die sozialdemokratischen Bildungsvereine.[29] Die anderen Länderberichte waren ähnlich.[30] Einige Berichte drückten bereits die Sorge um einen möglichen Krieg und die Notwendigkeit des Kampfes gegen ihn aus. Fast alle äußerten sich zum Thema Frauenwahlrecht.

Clara Zetkin, die in ihren Redebeiträgen nicht nur für das Frauenwahlrecht eintrat, sondern auch für bessere und mehr Rechte für Frauen und für Arbeiterinnenschutz,[31] betrachtete die Stuttgarter Konferenz als einen „erste[n] tastende[n] Versuch, zwischen den organisierten Sozialistinnen der verschiedenen Länder eine regelmäßige Fühlung zu schaffen, […] um in Hauptfragen eine einheitliche grundsätzliche Haltung der sozialistischen Frauenbewegung herbeizuführen, sie immer fester mit der allgemeinen sozialistischen Bewegung zu verbinden und dadurch die Kraft und den Erfolg ihres Wirkens und Kämpfens zu erhöhen.“[32] Sie begründete die Resolution für das Frauenstimmrecht vor dem Internationalen Sozialistenkongreß, der vom 18. bis 24. August 1907 ebenfalls in Stuttgart stattfand.

Die sozialistischen Parteien aller Länder verpflichteten sich darin, sich energisch für die Einführung des uneingeschränkten allgemeinen Frauenwahlrechts einzusetzen. In den jeweiligen Parteiprogrammen sollte das Frauenwahlrecht verankert, und gemeinsame Aktionen sollten entwickelt werden. Clara Zetkin kündigte in Stuttgart an, daß die Proletarierinnen die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen nicht zurückweisen wollten, wenn diese sich im Kampf für das allgemeine Frauenwahlrecht hinter und neben sie stellen, um bei einem getrennten Marschieren vereint zu schlagen.[33]

Die Klassenschranken waren damals schier unüberwindbar und bildeten die Grenzlinie zwischen bürgerlicher und proletarischer Frauenbewegung. Der größte Teil der bürgerlichen „Schwestern“ würde sich mit einem „beschränkten Frauenwahlrecht“ (Zietz) oder einem „Damenwahlrecht“ (Zetkin) zufriedengeben und sich nicht darum kümmern, wenn die große Masse der Proletarierinnen weiter in politischer Rechtlosigkeit gehalten würde. Viele der bürgerlichen Frauen waren an der Aufrechterhaltung ihrer Privilegien interessiert und akzeptierten den eigenen Ausschluß aus der Politik als Notwendigkeit, die sich aus der natürlichen Bestimmung der Frau und aus ihrem Platz im Haus des (eigenen) Mannes ergab.

Clara Zetkin und das Frauenwahlrecht

Für Clara Zetkin und die proletarische Frauenbewegung stand das Frauenwahlrecht, eingebunden in die Debatten um eine allgemeine Wahlrechtsreform,

29 Siehe Berichte für die Erste Internationale Konferenz sozialistischer Frauen. Abgehalten in Stuttgart am Sonnabend den 17.8.1907, S.3-20.

30 Siehe ebenda, S.20-49.

31 Siehe Protokolle Erste internationale Konferenz sozialistischer Frauen, Erster und Zweiter Verhandlungstag, Sonnabend, den 17.8. und Montag, den 19.8.1907.

32 Die Gleichheit, 17. Jg., 19.8.1907.

33 Siehe Badia, Clara Zetkin, S.98.

auf dem Programm, wenn es auch nicht das Ziel der Bewegung sein konnte. Schließlich blieben Privateigentum und die Kapitalverhältnisse wie sie waren, und auch die besondere Unterdrückung der Proletarierinnen war durch ein Wahlrecht nicht automatisch abgeschafft. Wen wundert es, daß die Arbeiterinnen aus den Reihen der Arbeitsmänner wenig Fürsprecher hatten? Auch sie fürchteten die Selbständigkeit der Frau, die durch das Stimmrecht erhofft wurde: „Es wird hohe Zeit, daß der deutsche Sozialismus das eminent wichtige Interesse, das die Frauen an seinen Bestrebungen haben müssen, überall erkennt und danach handelt,“[34] schrieb August Bebel, eine wichtige Schlüsselfigur der deutschen Arbeiterbewegung. Ohne Erfolg beantragte er 1875 auf dem Gothaer Parteitag der SAPD, der Forderung nach dem allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlrecht für alle Staatsbürger die Forderung nach dem Wahlrecht für Frauen hinzuzufügen. Im Gothaer Programm hieß es dann: „Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer und obligatorischer Stimmabgabe aller Staatsangehörigen vom 20. Lebensjahre an.“[35] Alle Staatsangehörigen waren alle Männer. Erst auf dem Parteitag 1891 in Erfurt waren die (meisten) Genossen davon zu überzeugen, daß „allgemein und gleich“ auch die Frauen einschließen mußte. Es war Clara Zetkin, die den Delegierten die Position der proletarischen Frauenbewegung deutlich machte, nach der sie es als die Sache der Sozialdemokratie ansah, für die politische Gleichberechtigung der Frauen einzutreten. Die Formulierung im Parteiprogramm in bezug auf das allgemeine Wahlrecht hieß nun: „ohne Unterschied des Geschlechts“.[36] Nun galt es, das Parteiprogramm als Gesetzesinitiative in den deutschen Reichstag einzuspeisen. August Bebel mußte es 1895 ertragen, daß er bei den Männern aller übrigen Parteien Heiterkeit für sein Anliegen erntete, als er einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Reichstag einbrachte. Alle Parteien, außer der SPD, lehnten den Antrag ab.[37]

Die Teilung des sozialistischen Lagers zeichnete sich ab

Diskrepanzen bestanden keinesfalls nur zwischen bürgerlichen und proletarischen Frauenbewegungen. Auch unter den sozialistischen Frauen gab es verschiedene Flügel. Im Verlauf des Stuttgarter Kongresses zeichnete sich auf internationaler Ebene bereits die Teilung des sozialistischen Lagers in die radikale Linke und die reformistische Richtung ab. Alexandra Kollontai (1872-1952),

---

34 Zit. nach: Eduard Bernstein: Vorgeschichte und Entwicklung, in: August Bebel: Die Frau und der Sozialismus. Neusatz der 1929 erschienen Jubiläumsausgabe, Bonn 1980, S.11-16, hier S.13.

35 1875 Gotha. Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Programme der deutschen Sozialdemokratie, Bonn 1978, S.48-50, hier S.50.

36 1891 Erfurt. Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Programme, S. 51-56, hier S.54.

37 Siehe Söllner, Clara Zetkin, S.28f. Siehe auch Anette Kuhn: Die Chronik der Frauen, Dortmund 1992, S.429.

Vertreterin der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, beschrieb das folgendermaßen: „Während der Konferenz lieferten sich der rechte und linke Flügel der Fraueninternationale einen Kampf, der die Auseinandersetzung zwischen den beiden Strömungen in der Internationalen widerspiegelte. Ich stand auf seiten Clara Zetkins. Der erste Punkt der Meinungsverschiedenheiten betraf den Kampf für das allgemeine Frauenstimmrecht. Die österreichischen Sozialistinnen mit Lily Braun fanden sich zu einigen Kompromissen bereit.[38] [...] Im Namen Rußlands unterstützte ich die Linken gegen die Opportunisten. Auch hinsichtlich der Formen der Arbeit unter den Frauen kam es zu Divergenzen: Clara Zetkin bestand auf der Bildung einer internationalen Zentralstelle, während Lily Braun und die Rechten darin auf einmal eine Äußerung von Frauenrechtlertum sahen. Wiederum mußte ich die Linken unterstützen.“[39] Bei der Auseinandersetzung um das Frauenwahlrecht vertraten die österreichischen Frauen die Meinung, es sei unklug, gleichzeitig für das allgemeine Wahlrecht für Männer und für Frauen einzutreten. Sie konnten sich nicht durchsetzen. Nachdem die Österreicherinnen auf ihren Antrag verzichtet hatten, zogen auch die Engländerinnen einen einschränkenden Antrag zurück. Clara Zetkins Resolution wurde verabschiedet, gegen elf Stimmen der Österreicherinnen, Schweizerinnen und Engländerinnen.[40] Auf Vorschlag von Luise Zietz (1865-1922) – den Rosa Luxemburg (1871-1919) durch eine engagierte Rede unterstützte[41] – wurde nach einigen Kontroversen ein „internationales Frauensekretariat“ eingerichtet, an welches die Genossinnen der einzelnen Länder alljährlich zusammenfassende Berichte über die Frauenbewegung ihres Heimatlandes einsenden sollten. Als Sitz der Zentralstelle wurde Deutschland festgelegt, zur Sekretärin der Sozialistischen Fraueninternationale Clara Zetkin gewählt. Sie übte diese Funktion bis 1917 aus. „Die Gleichheit“ wurde auf Vorschlag von Luise Zietz und Emma Ihrer zum internationalen Organ der sozialistischen Fraueninternationale bestimmt. Frauen erhielten die Zeitschrift nun kostenlos zur Weiterbildung und Information.

„Heraus mit dem Frauenwahlrecht!“

1910 ließ Clara Zetkin auf der II. Internationalen sozialistischen Frauenkonferenz, die am 26. und 27. August in Kopenhagen stattfand, gemeinsam mit Käte

38 Nach den Protokollen trug die Genossin Schlesinger-Eckstein, Wien, einen Antrag vor, nach dem es den „Parteiorganisationen der einzelnen Staaten überlassen bleiben muß, den Augenblick und die Methode zu bestimmen, in welchem und mit der der Kampf mit Erfolg aufgenommen werden kann“. Lily Braun, Berlin, unterstützte ihn. Siehe Protokolle, S.140f.

39 Alexandra Kollontai: Ich habe viele Leben gelebt, Köln 1986, S.136; Protokolle, S.148.

40 Siehe Protokolle, S.148.

41 Aus den Protokollen geht hervor, daß Rosa Luxemburg „mit lebhaftem Beifall begrüßt“ wurde (S.135). In einigen Veröffentlichungen wird behauptet, sie hätte ihre Teilnahme absagen müssen, weil sie im Begriff stand, „die gastfreundlichen Pforten eines deutschen Strafhauses“ aufzusuchen. Siehe z. B.: Frauenbüro beim Parteivorstand der SPD (Hrsg.): Informations- und Referentenmaterial. Sonderausgabe, Bonn o.J., o.S.

Duncker (1871-1953) und Genossinnen über die Durchführung eines Frauentags abstimmen, „der in erster Linie der Agitation für das Frauenwahlrecht“ dienen sollte. Die mehr als 100 Delegierten aus 17 Nationen, darunter zwölf aus Deutschland, nahmen den Antrag einstimmig an. Clara Zetkin unterstrich in ihrem Bericht über die Konferenz, daß deren Verlauf verdeutliche, „wie befruchtend die Stuttgarter Konferenz gewirkt hat, wie viel Klarheit und Festigung die sozialistische Frauenbewegung international ihrer Arbeit verdankt“.[42] Unterstützt wurde sie wieder durch Alexandra Kollontai und durch Rosa Luxemburg. Durch den gemeinsamen Internationalen Frauentag – den sie als neues Agitationsmittel wertete – sollte zudem der außerparlamentarische Druck verstärkt werden.[43] Außerdem standen neben der sozialen Fürsorge für Mutter und Kind die Aufklärung der Frauen und Mütter über die Ursachen von Kriegen sowie die Notwendigkeit des Kampfes für die Erhaltung des Friedens auf der Tagesordnung, warf doch der Erste Weltkrieg bereits seine Schatten voraus, und in allen europäischen Industriestaaten wurde kräftig gerüstet. Clara Zetkin wurde in Kopenhagen als Internationale Frauensekretärin wiedergewählt.

Unter dem Kampfruf „Heraus mit dem Frauenwahlrecht“ gingen am ersten Internationalen Frauentag, am 19. März 1911, mehr als eine Million Frauen auf die Straße und forderten für alle Frauen soziale und politische Gleichberechtigung. Der Frauentag 1911 wurde ein voller Erfolg. „Eine wuchtige, sozialdemokratische Kundgebung für das Frauenwahlrecht“, so geht es aus einem schriftlichen Bericht des SPD-Parteivorstandes über diesen Tag hervor.[44]

Etliche Frauen der radikalen bürgerlichen Frauenbewegung nahmen an den Veranstaltungen teil oder überbrachten Grußadressen. Da die bürgerlichen Frauen sich in diesem Falle hinter die proletarische Bewegung stellten, war ein vereintes Demonstrieren möglich. „Die Gleichheit“ berichtete anschließend: „Zahlreiche Polizeimannschaften in der Nachbarschaft der Versammlungslokale bewahrten revolvergerüstet die Stadt vor dem Umsturz der Frauen“.[45] In vielen Orten des Reiches fanden Versammlungen statt, auf denen Resolutionen zum Frauenstimmrecht beschlossen wurden. Allein in Groß-Berlin wurden 42 Veranstaltungen gezählt, die alle glänzend besucht waren. Bürgerliche Depeschenbüros schätzten die Zahl der Teilnehmer auf 30.000 – „höchstwahrscheinlich gut über die Hälfte zu niedrig“, vermutete „Die Gleichheit“.[46]

Aufruf an die sozialistischen Frauen als die „Hüter des Lebens“

---

42 Die Gleichheit, 20.Jg., 12.9.1910.

43 Siehe Ulrike Sievers: Clara Zetkins Kampf gegen den Militarismus in Deutschland in den Jahren vor der Jahrhundertwende bis 1907, in: Kolloquium der Forschungsgemeinschaft „Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse um die Befreiung der Frau“, Leipzig, 16.5.1985, S.60-64, hier S.64.

44 Siehe Frauenbüro beim Parteivorstand der SPD.

45 Die Gleichheit, 21. Jg., 1911. S.200.

46 Ebenda.

Angesichts der Bedrohung des Weltfriedens durch den Balkankrieg beschloß das Internationale Sozialistische Büro, für den 24. und 25. November 1912 einen außerordentlichen internationalen Sozialistenkongreß nach Basel einzuberufen. Als einziger Tagesordnungspunkt standen die internationale Lage und die gemeinsame Aktion gegen den drohenden Krieg zur Diskussion: „Bei dieser wichtigen Willenskundgebung des Weltproletariats dürfen die sozialistischen Frauen so wenig fehlen wie im heiligen Krieg gegen den Krieg", schrieb Clara Zetkin in ihrem Extra-Aufruf an die Frauen.[47] Die Rede auf dem Kongreß hielt Clara Zetkin im Namen der sozialistischen Frauen aller Länder. Sie präsentierte einen ausführlichen und leidenschaftlichen Bericht über den drohenden Krieg und forderte die Frauen auf, sich gegen das Verbrechen eines Krieges zu wehren, dazu seien sie als „Hüter des Lebens" verpflichtet.[48] Sie sollten als Mütter die Kinder mit dem tiefsten Abscheu gegen den Krieg erziehen. Einstimmig nahm der Kongreß ein Manifest an, das das Proletariat aufforderte, alle wirksamen Mittel zur Verhinderung des Krieges einzusetzen.

Auch bei der Vorbereitungskonferenz zur III. Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz am 21. April 1914 in Berlin unter dem Motto „Die Arbeiterfrauen und der Weltfrieden" forderten Clara Zetkin und ihre Mitstreiterinnen zu einheitlichen Aktionen gegen Militarismus und Krieg auf.[49] Der Kongreß, der im Anschluß an den 10. Internationalen Sozialistischen Kongreß in Wien durchgeführt werden sollte, fand nicht mehr statt.

Die Auslösung des Ersten Weltkriegs im August 1914 leitete eine neue Epoche in der Entwicklung der internationalen Frauenbewegung ein. Nahezu alle sozialistischen Parteien in den kriegführenden Ländern bekannten sich zur Verteidigung des bürgerlich-kapitalistischen Staates, dessen Sturz sie bis dahin erstrebt hatten. Clara Zetkin verfaßte Anfang November 1914 noch einen Aufruf „an die sozialistischen Frauen aller Länder", in dem sie sich entschieden gegen den Krieg und für breite Friedensaktionen aussprach. „Wenn die Männer töten", so erklärte sie darin, „so ist es an uns Frauen, für die Erhaltung des Lebens zu kämpfen. Wenn die Männer schweigen, so ist es unsere Pflicht, erfüllt von

---

47 Clara Zetkin: Aufruf zum Internationalen Sozialistenkongreß zu Basel, in: Dies.: Ausgewählte Reden und Schriften, Berlin 1957, S.563.

48 Fritz Staude: Der Kampf Clara Zetkins gegen Militarismus und Opportunismus bis zum Baseler Sozialistenkongreß, in: Kolloquium der Forschungsgemeinschaft „Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse um die Befreiung der Frau", Leipzig 27. Mai 1982, S.15-26, hier S.24. Zetkin nahm hier einen Ausspruch von Bertha von Suttner auf, obwohl sie vermeiden wollte, „daß die bürgerlichen Kräfte Einfluß auf die junge proletarische Frauenbewegung gewinne und weiter für eine strikte Abgrenzung von der bürgerlichen Frauenbewegung eintrat." Auch hätte sich in der Bibliothek keine Schrift von Bertha von Suttner befunden. Fritz Staude: Clara Zetkins Positionen zu Bertha von Suttners Friedensvorstellungen, in: Mitteilungsblatt des Forschungszentrums Frauen in der Geschichte, 1990, H. 1, S.25-30, hier S.27.

49 Siehe Gleichheit, 24. Jg. 1914.

unseren Idealen, die Stimme zu erheben.“[50] Gertrud Bäumer, führende Frau im „Bund deutscher Frauenvereine“, schrieb hingegen zu Anfang des Ersten Weltkriegs, daß der Soldat es zu allen Zeiten süß und erhaben gefunden hätte, für das Vaterland zu sterben.[51]

Clara Zetkin mit Felix Korn und Julian Marchlewski (v.r.n.l.)
auf dem 4. Kongress der Komintern, 1922[52]

Die sozialistische Fraueninternationale löste sich auf

Mit Beginn des Ersten Weltkriegs löste sich die gesamte sozialistische Internationale – und damit auch die Fraueninternationale – in ihre nationalen Bestandteile auf.

Auch für zahlreiche proletarische Frauen trat der Kampf um Frauenrechte in den Hintergrund. Einige sozialistische Frauenverbände verbanden sich mit den bürgerlichen Frauen ihres jeweiligen Landes. Viele Frauen in Deutschland folgten der Aufforderung bürgerlicher Frauen, an der „Aufrechterhaltung der Heimatfront“ mitzuarbeiten. Der SPD-Parteivorstand rief sogar dazu auf. Dafür erntete er harsche Kritik (nicht nur) von Clara Zetkin und Rosa Luxemburg. Diese widmeten den größten Teil ihrer Kraft dem antimilitaristischen Kampf. Zetkin versuchte, die durch den Krieg abgerissenen Fäden zur internationalen Frauenbewegung wieder neu zu knüpfen. Sie wollte die sozialistischen Frauen in

50 Clara Zetkin: An die sozialistischen Frauen aller Länder!, in: Dies.: Ausgewählte Reden und Schriften. Bd. 1, Berlin 1957, S.638.
51 Siehe Gertrud Bäumer: Der Krieg und die Frau, Berlin 1914.
52 RGASPI, f. 528, op. 1.

aller Welt als Kriegsgegnerinnen aktivieren.[53] Auch in der „Gleichheit" agitierte sie unerschrocken gegen den Krieg, um Frauen aus aller Welt wachzurütteln. Clara Zetkin blieb mit ihren Mitstreiterinnen bei dem Grundsatz: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen".[54] Als 1913 die Mehrheit der SPD-Reichstagsfraktion für eine höhere Kriegssteuer stimmte und am 4. August 1914 die Kriegskredite bewilligte, war die Spaltung der Partei und damit die der sozialdemokratischen Frauenbewegung nicht mehr aufzuhalten.
In der Absicht, Widerstand gegen die Parteimehrheit zu organisieren, berief Clara Zetkin als Sekretärin des Internationalen Frauensekretariates – gegen das Verbot des Parteivorstandes – im März 1915 die Berner Frauenkonferenz für alle am Krieg beteiligten Länder ein. Sie ging als internationale sozialistische Frauenkonferenz gegen den Krieg in die Geschichte ein. 25 Delegierte aus Deutschland, England, Frankreich, Rußland, Polen und Italien, Holland und der Schweiz kamen zu dieser bedeutenden Friedenskundgebung zusammen. Aus Deutschland nahmen außer Clara Zetkin Lore Agnes, Martha Arendsee, Käte Duncker, Toni Sender, Berta Thalheimer und Margarete Wengels teil. Im Mittelpunkt der Konferenz stand eine Friedensresolution deutscher und englischer Sozialistinnen, die – nach einigen Auseinandersetzungen – einstimmig angenommen wurde.[55] Durch die Konferenz sollte demonstriert werden, daß zumindest die Frauen der internationalen Solidarität gegen den Krieg treugeblieben waren. „Die Konferenz war Aktion einer Minderheit der Bewegung, Vorbotin ihrer unerläßlichen Spaltung," schrieb Clara Zetkin später.[56] Wegen Landesverrats wurde Clara Zetkin auf der Rückreise verhaftet, dann angeklagt. Eine Protestwelle und eine Kaution des Verlegers Dietz erzwangen ihre Freilassung.[57]

Zunehmende Schwierigkeiten mit der SPD

In den folgenden Monaten bekam Clara Zetkin zunehmend Schwierigkeiten mit ihrer Partei, weil sie weiter Resolutionen verfaßte und sich an zahlreichen Frauendemonstrationen gegen den Krieg beteiligte. Aus Protest gegen die Kriegspolitik der SPD bei der Bewilligung der Kriegskredite schloß sich Clara Zetkin zunächst der Spartakusgruppe an und wurde 1917 Mitbegründerin der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD). Sie verlor dadurch ihre Stelle als Frauensekretärin im zentralen Parteivorstand und die Redaktionsleitung der „Gleichheit".[58]

---

53 Siehe Marie Juchacz: Sie lebten für eine bessere Welt. Lebensbilder führender Frauen des 19. und 20. Jahrhunderts, Hannover 1971, S.43.
54 Siehe Söllner, Clara Zetkin, S.36.
55 Siehe Forschungsgemeinschaft Clara Zetkin, Zur Rolle der Frau, S.93.
56 Zetkin, Zur Geschichte, S.220.
57 Siehe Puschnerat, Clara Zetkin, S.203f.
58 Marie Juchacz, die die Mehrheitssozialdemokraten vertrat, bekam die Posten, die Clara Zetkin abgeben mußte, übertragen. Marie Juchacz sagte später über sich selber, daß sie sich nie nach Funktionen gedrängt habe, aber immer zur Verfügung stand, wenn man sie gerufen hatte. Während einer Rede zum Internationalen Frauentag 1950 erklärte sie zu

Im November 1918 sprach sie auf dem Marktplatz in Stuttgart vor der revolutionären Volksversammlung und wurde für die USPD als Abgeordnete in die württembergische Verfassunggebende Landesversammlung gewählt. Dort hielt sie als erste Frau in einem deutschen Parlament am 29. Januar 1919 eine Rede, in der sie der Regierung Revisionismus und die Unterdrückung der sozialen Revolution vorwarf.[59] Die USPD bildete ebenso wie die 1918 gegründete KPD, in die Zetkin 1919 überwechselte, eigene Frauenorganisationen. Tanja Puschnerat ist beizupflichten, wenn sie schreibt: „Als sie die SPD verließ, blieb sie Sozialdemokratin, so wie sie die Sozialdemokratie verstanden hatte".[60] In diesen und den folgenden Jahren war die Jüdin und Kommunistin Hertha Walcher (1894-1990) eine zuverlässige Weggefährtin Clara Zetkins, auf die sie sich (nicht nur) als Sekretärin und Begleiterin auf den nicht ungefährlichen Reisen nach Frankreich, Italien und in die Sowjetunion verlassen konnte.[61]

Während der Jahre 1920 bis 1933 – Frauen durften ab 1918 wählen und gewählt werden – war Clara Zetkin Abgeordnete des Deutschen Reichstags, obwohl sie sich nur selten in Deutschland aufhielt und vorwiegend in Moskau lebte. In ihren Reden plädierte sie für eine Interessengemeinschaft Deutschlands mit der Sowjetunion und wollte auf jeden Fall eine Gegenrevolution verhindern. Im August 1932 nahm sie in Amsterdam am Internationalen Kongreß gegen den Krieg teil, gemeinsam mit 2.196 Delegierten aus 35 Ländern, darunter 358 Frauen. Der Kongreß beschloß ein Manifest und eine Resolution „Gegen den Faschismus in Deutschland und die Verfolgung antifaschistischer Kämpfer durch die deutsche Regierung", die sich „an die Frauen aller werktätigen Schichten" richtete und bildete ein Weltkomitee gegen den Krieg, dem Clara Zetkin angehörte.

Eindrucksvoll war Clara Zetkins Eröffnungsrede als Alterspräsidentin des Reichstags am 30. August 1932, in der sie, schon ziemlich krank, vor der versammelten Naziprominenz und unter Nazigejohle die „Einheitsfront aller Werktätigen gegen den Faschismus" und zwar gegen alle trennenden politischen, gewerkschaftlichen, religiösen und weltanschaulichen Einstellungen forderte. Leider blieb der Appell an die „Schicksalsgemeinschaft der Schaffenden der ganzen Welt" und „an die Millionen unterdrückter Frauen"[62] ohne Wirkung. Zur

---

Clara Zetkin: „Sie war wohl eine der berufensten Frauen. […] Sie hatte ihr Leben dem Sozialismus geweiht." Marie Juchacz: Zum Internationalen Frauentag. Wie es damals war, Redemanuskript, März 1950, in: AdsD, Sammlung Personalia Marie Juchacz.

59 Siehe Maja Riepl-Schmidt: Wider das verkochte und verbügelte Leben. Frauen-Emanzipation in Stuttgart seit 1800, Stuttgart 1990, S.170.

60 Puschnerat, Clara Zetkin, S.74.

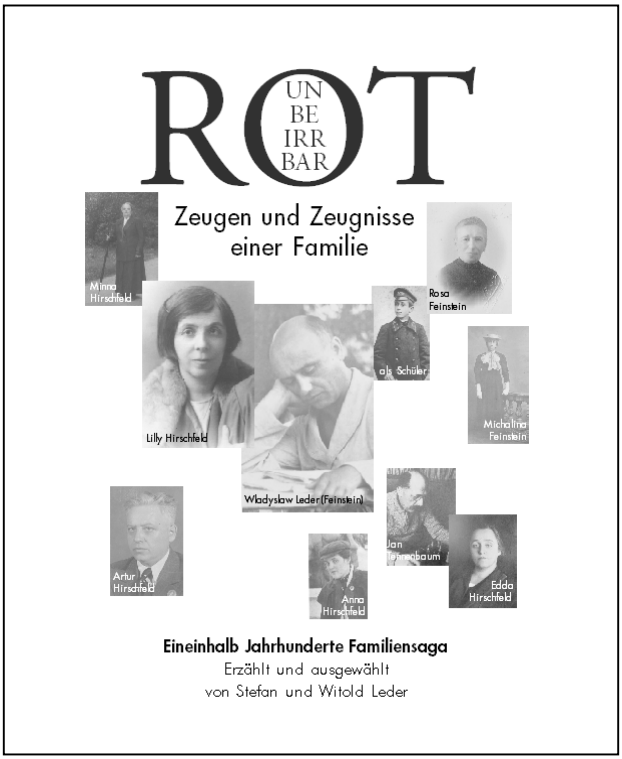
61 Siehe Hella Hertzfeldt: Hertha Walcher (1894-1990), in: Gisela Notz (Hrsg.): Wegbereiterinnen V, Kalender 2007, Bonn 2007, Blatt Oktober.

62 Die Rede ist u. a. abgedruckt in: Clara Zetkins Leben und Werk, S.16-20, und Hervé, Clara Zetkin, S.129-133.

Zeit der Regierungsübernahme durch die Nationalsozialisten im Januar 1933 hielt sich Clara Zetkin in Moskau auf, wo sie am 20. Juni desselben Jahres starb.
Ihre Vorstellung: „Ziel ist das Menschenrecht als Frauenrecht“[63] ist – weltweit – bis heute nicht verwirklicht. Der Internationale Frauentag wird bis heute (noch oder wieder) gefeiert.

---

1 Clara Zetkin im Vorfeld des Internationalen Frauentages 1911.



+ *die geschichte einer großen familie* +
+ *zwei jahrhunderte gespiegelt in einer familie* +
+ *herausgegeben von gerd kaiser* +

+ 26 euro + 374 seiten + ISBN 3-929390-62-0 +
+ direkt beim verlag und im buchhandel erhältlich +

Clara Zetkin in ihrer Zeit – für eine historisch zutreffende Einschätzung ihrer Frauenemanzipationstheorie[1]

Setsu Ito

Seit Mitte der 1960er Jahre publiziere und arbeite ich in Japan über das Leben und die Frauenemanzipationstheorie von Clara Zetkin sowie zur Geschichte des von ihr im Jahr 1910 initiierten „Internationalen Frauentages". Mein Ziel war eine kritische Untersuchung und Prüfung verschiedener Neo-Feminismustheorien, die Ende des 20. Jahrhunderts weltweit Verbreitung fanden und als Weiterführung der marxistischen Frauenemanzipationstheorie in der Nachfolge von Clara Zetkin sowie von August Bebels „Die Frau und der Sozialismus" gelten.

Im letzten halben Jahrhundert änderte sich die internationale Lage nachhaltig. Insbesondere nach dem Zusammenbruch des Sozialismus in der Sowjetunion und in Osteuropa hat sich die Bewertung der marxistischen Theorie stark gewandelt.

Meine Forschungen zu Clara Zetkin lassen sich in drei Phasen gliedern.

In den 1960er Jahren habe ich mich mit Clara Zetkin während meiner Studienzeit befaßt. Damals habe ich die Schriften zur Frauenemanzipationstheorie von Clara Zetkin, soweit die Werke veröffentlicht und verfügbar waren, vollständig ins Japanische übersetzt.

Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre besuchte ich das Institut für Marxismus-Leninismus in Berlin und die Pädagogische Hochschule „Clara Zetkin" in Leipzig und tauschte mich mit Clara-Zetkin-Forschern der DDR aus. Zu dieser Zeit faßte ich die Rezeption und die Forschungsergebnisse zu Clara Zetkin im Vor- und Nachkriegsjapan in dem deutschsprachigen Aufsatz „Veröffentlichungen und Forschungen über Clara Zetkin in Japan" zusammen.[2]

Seit Glasnost 1985 und dem Verfall des Sozialismus in der Sowjetunion und in Osteuropa 1989 sowie der deutschen Wiedervereinigung 1990 ruhten meine Forschungen zu Clara Zetkin, und ich beschäftigte mich mit der Frauenemanzipationstheorie von August Bebel. Um die Jahrtausendwende nahm ich die Forschungen zu Clara Zetkin wieder auf.[3]

---

1 Bearbeiteter Vortrag auf dem Kolloquium „Clara Zetkin in ihrer Zeit", veranstaltet vom Förderverein zur Geschichte der Arbeiterbewegung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin aus Anlaß des 150. Geburtstages von Clara Zetkin am 6. Juli 2007 in Berlin. Siehe den Bericht in diesem Heft S.134-138.

2 Siehe Setsu Ito: Veröffentlichungen und Forschungen über Clara Zetkin in Japan, in: Mitteilungsblatt der Forschungsgemeinschaft „Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse um die Befreiung der Frau", 1985, H. 2.

3 Glücklicherweise konnte ich für die Haushaltsjahre 2005 bis 2008 Fördergelder von der japanischen Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften erhalten, die es mir

Im Konflikt zwischen Sozialismus und Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg war in den sozialistischen Ländern – im Vergleich zur Frauengleichheit in den kapitalistischen Wohlfahrtstaaten als verbesserter Form des Kapitalismus – eine relative, wenn auch nicht eine absolute Überlegenheit hinsichtlich der Frauengleichberechtigung zu konstatieren. Die verschiedenen Ausprägungen des Neofeminismus, wie sie seit den 1960er Jahren weltweit Verbreitung fanden, verwarfen die marxistische Frauenemanzipationstheorie oder modifizierten sie und nahmen sie in den neuen sozialistischen Feminismus auf. Über eine Interpretation des Neofeminismus dieser Zeit habe ich im Oktober 1987 auf dem IX. Clara-Zetkin-Kolloquium in Leipzig berichtet.[4]

Auf Grund des Zusammenbruchs des Sozialismus in der Sowjetunion und in Osteuropa Ende der 1980er Jahre wurde in Japan die bereits von den verschiedenen Richtungen des Neofeminismus kritisierte marxistische Frauenemanzipationstheorie als nicht mehr zeitgemäß erachtet und ignoriert. Dazu kam, daß die Basis der marxistischen Frauenemanzipationstheorie Bebels und Zetkins, nach der die Frauen im Sozialismus befreit werden würden, erschüttert war, nicht zuletzt durch die sich vertiefenden wirtschaftlichen Widersprüche in den sozialistischen Ländern Asiens, die die Marktwirtschaft eingeführt hatten, und durch diktatorische Maßnahmen in den Ländern, die sich als sozialistisch bezeichneten, aber Menschenrechte mißachteten.

Zugleich bildete sich während des Ost-West-Konflikts in den 1970er Jahren ein neuer Gender-Feminismus heraus, in dessen Mittelpunkt die Vereinten Nationen standen. Er beeinflußte die hochindustrialisierten und die Entwicklungsländer, verschiedene Klassen und Schichten und den neuen Liberalismus. Anders ausgedrückt: Es wurde ein globaler Standard für die Gleichheit von Mann und Frau geschaffen, der dieses Problem „neutral" betrachtet. Die Bestimmung des Jahres 1975 zum Internationalen Jahr der Frau und der Beschluß über den Internationalen Frauentag im Jahr 1977 bildeten dafür den Ausgangspunkt. Die 4. UN-Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking war die erste internationale Frauenkonferenz im Zeichen des Gender-Feminismus. In der Nachfolge der UN-Frauentage „Peking+5" im Jahre 2000 und „Peking+10" im Jahre 2005 sind viele Netzwerke der UN, der Regierungen und der NGOs aktiv mit dem Ziel, die Gleichberechtigung der Geschlechter herzustellen.

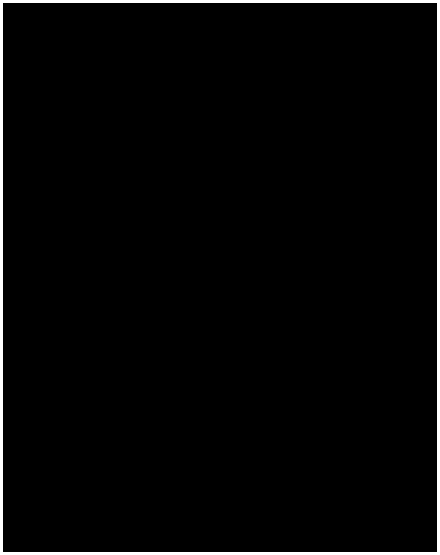
In dieses Umfeld ordnen sich meine laufenden Forschungsarbeiten zu Clara Zetkin ein. Ich gehe daher von folgenden Prämissen aus:

---

ermöglichten, 2005 in Moskau das Rußländische Archiv für sozial-politische Geschichte (RGASPI) und 2006 in Berlin die Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch) zu besuchen. Anhand der in den 1990er Jahren veröffentlichten Materialien konnte ich die Ergebnisse meiner Forschung zu Clara Zetkin überdenken. Auch meine Teilnahme an dem Kolloquium in Berlin anläßlich des 150. Geburtstags von Clara Zetkin wurde mit diesen Fördergeldern finanziert.

4 Siehe Setsu Ito: Die verschiedenen neofeministischen Richtungen und die marxistische Frauenemanzipationstheorie in Japan, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Pädagogischen Hochschule „Clara Zetkin", Leipzig, 1988, H. 11.

Zum einen: Auch vor dem Hintergrund der oben beschriebenen Situation spielt die marxistische Frauenemanzipationstheorie eine wichtige Rolle für den heutigen Kampf um die Gleichberechtigung von Männern und Frauen. Die marxistische Frauenemanzipationstheorie hat auch unter den Bedingungen der wirtschaftlichen Globalisierung und des zur Zeit herrschenden Neoliberalismus eine wichtige Funktion. Das soll anhand der Frauenemanzipationstheorie von Clara Zetkin verdeutlicht werden.



Clara Zetkin mit Nadeshda Krupskaja, Lenins Frau,
Anfang der 1930er Jahre[5]

Zum anderen: Das Leben der Clara Zetkin in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und im beginnenden 20. Jahrhundert als Führungspersönlichkeit der Frauenbewegung des deutschen und internationalen Proletariats und auch als Sozialistin war beispiellos. Sie lebte unter Bedingungen, aus denen es kein Entkommen gab, als „Kind der Zeit", die sie von der SPD zur KPD, von der II. Internationale zur Komintern, von Lenin zu Stalin führte. Gegenwärtig wird ihr Leben noch nicht ausreichend verstanden und nicht objektiv bewertet, da diese „Einschränkungen der Zeit" auf die Forschung wirken. Meine Absicht ist, auf der Basis der nach 1990 veröffentlichten Materialien objektiv darzustellen, wer Clara Zetkin war.

Dabei lege ich die gedruckten Reden und Schriften sowie Aufsatzsammlungen zugrunde, die Clara Zetkin hinterlassen hat, und berücksichtige noch nicht

5 RGASPI, f. 528, op. 1

gedruckte Materialien wie Briefe, die noch in Archiven schlummern. Außerdem prüfe ich kritisch die wissenschaftlichen Werke und Aufsätze, in denen die Biographie Clara Zetkins behandelt wird. Im folgenden seien einige Ergebnisse meiner Forschungsarbeit skizziert.

Clara Zetkins Beitrag zur Frauenemanzipationstheorie

Charakteristische Merkmale und der Beitrag von Clara Zetkin zur marxistischen Frauenemanzipationstheorie lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

(1) Während ihres Exils in Paris 1882 bis 1890 verband Clara Zetkin die Problematik der Lohnarbeit von Frauen und der Arbeiterfrauen mit der Politik der deutschen sozialdemokratischen Partei und erreichte 1889 ein Ziel, das gleichermaßen auch ein Ausgangspunkt war. Dies kommt in ihrer Schrift „Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart“[6] und in ihrem Vortrag bei der Gründungsversammlung der II. Internationale „Für die Befreiung der Frau“[7] zum Ausdruck. Das erste gedruckte Werk von Clara Zetkin war ein Essay mit dem Titel „Die Sozialdemokratie und die Frauenarbeit“, der in „Der Sozialdemokrat“, Nr. 1, 1885 erschien. Viele ihrer Aufsätze der Anfangszeit hat sie in diesem Organ publiziert. Für eine Reihe ihrer Aufsätze aus dieser Zeit bildete anläßlich des von der SPD im März 1885 im Reichstag eingebrachten Arbeiterschutzgesetzes die Problematik des Schutzes der Arbeiterinnen den Hintergrund. Clara Zetkins Frauenemanzipationsgedanken der 1880er Jahre bis zum Ende ihrer Pariser Zeit kann man in fünf Punkten zusammenfassen:

1. Sie begriff die Frauenfrage nicht als gegen die Männer gerichtet, sondern als objektives Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung.
2. Sie war gegen das Verbot der Frauenerwerbsarbeit und legte großen Wert auf die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Frau.
3. Daß die Frauen bei Erwerbstätigkeit nur ihren „Herrn“ eintauschen – nicht der Ehemann, sondern „Das Kapital“ ist nun der Herr – verstand sie als positive Entwicklung, bei der die Frauen „etwas gewonnen“ hatten.
4. Sie stellte die Mutterliebe in Frage und hielt sie nicht für etwas Nützliches, verteidigte aber vehement die Bestimmungen zum Schutz der Schwangeren.
5. Sie forderte eine Kindererziehung nicht nur durch die Mütter, sondern durch ausgebildete Erzieher und Fachleute.

Die ersten drei Punkte formulierte sie in der Nachfolge von Karl Marx, Friedrich Engels und August Bebel. Folglich kann man sagen, daß spezifische Schwerpunkte der Frauenemanzipationstheorie von Clara Zetkin in dieser Zeit bei den letzten zwei Punkten lagen. Die Punkte 1 bis 3 basieren auf einem prinzipiellen Standpunkt zur Frauenfrage. Die Punkte 4 und 5 sind Sichtweisen, die sich aus der Situation der Arbeiterinnen in den 1880er Jahren ergeben hatten. Sie rela-

6 Siehe Clara Zetkin: Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart, Berliner Arbeiterbibliothek V, Berlin 1889.

7 Siehe Dies.: Für die Befreiung der Frau! Rede auf dem Internationalen Arbeiterkongreß zu Paris am 19.7.1889, in: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 1, Berlin 1957.

tivierte die Mutterrolle und zeigte nicht nur eine genderneutrale Einstellung zur Kindererziehung, sondern sogar eine darüber hinausgehende „Beyond-Gender-Mentalität", die eine Verlagerung zu fachlich ausgebildeten Kräften fordert.
Die Idee wirtschaftlicher Unabhängigkeit der Frau durch die Erwerbsarbeit und der Gedanke, daß die Frau dadurch nur „den Herrn tauscht", aber im Hinblick auf die Gleichberechtigung etwas gewinnt, ist der Kritikpunkt der sogenannten „zweiten Welle" des Feminismus. Die Punkte 1 bis 3 als prinzipiell zu verstehen erfaßte in den 1880er Jahren die wesentliche Problematik. Die Punkte 4 und 5 kann man als Resultat der präzisen Einschätzung der damaligen Situation der Arbeiterinnen bezeichnen.
(2) In den Jahren 1891 bis 1917 hat Clara Zetkin als Chefredakteurin der „Gleichheit" diese Zeitschrift als Plattform benutzt. Sie hat über die oben beschriebenen Inhalte hinaus mit Themen wie Erziehung, Frauenwahlrecht, Kunst- und Literaturkritik, Friedens- und Antikriegsbewegung, internationaler Frauentag die Richtung der deutschen Frauenbewegung bestimmt und zur Frauenpolitik der SPD beigetragen. Zu dieser Zeit war Clara Zetkins Lebensunterhalt gesichert. Es war auch die Zeit, in der ihre Aktivitäten am breitesten ausgelegt waren. Damals war die bürgerliche Frauenbewegung in Deutschland sehr aktiv. Mit dem Wissen um das hohe kulturelle und theoretische Niveau der intellektuellen deutschen Frauen argumentierte Clara Zetkin sehr engagiert für die Frauenemanzipation. Sie forderte mit Nachdruck das gleiche allgemeine Wahlrecht für Männer und Frauen statt eines eingeschränkten Wahlrechts, betonte die Überlegenheit der Erziehung in der proletarischen Familie, entwickelte eine Kunsttheorie in der Tradition der klassischen deutschen Literatur.[8] Sie hoffte mit jeder Problemlösung auf die Realisierung einer sozialistischen Gesellschaft und leistete vom Standpunkt der proletarischen Frau aus während des Ersten Weltkriegs 1914 bis 1918 konsequenten Widerstand gegen den Krieg.
(3) In der ersten Zeit der Revolutionen in Rußland und in Deutschland 1918 sowie in den Jahren der Weimarer Republik 1919 bis 1933 war Clara Zetkin Mitglied des Zentralkomitees der KPD und des Exekutivkomitees der Komintern. Von 1920 bis 1923 kam es zu einem Dialog mit W. I. Lenin zur Frauenfrage[9] und zur kulturellen Problematik. In der Anfangszeit arbeitete sie die Richtlinien für die Frauenpolitik der Komintern aus. Als Verantwortliche des internationalen Frauensekretariats brachte sie den Internationalen Frauentag mit der russischen Revolution in Verbindung und sorgte für eine weltweite Verbreitung. In dieser Zeit vermittelte sie zwischen der russisch geprägten Frauen-

8 Siehe Joan-Banks Reutershan: Clara Zetkins Ausnahmeposition in der Literaturpolitik der Deutschen Sozialdemokratie in der Epoche der II. Internationale, Diss. Univ. New York 1980; Ders.: Clara Zetkin und Brot und Rosen, New York-Bern-Frankfurt/Main 1985.
9 Siehe Clara Zetkin: Einstweiliger Aktionsplan der Sektion zum Studium der Theorie und Praxis der internationalen Frauenbewegung der Kommunistischen Akademie für das Jahr 1930/31, in: Clara Zetkin: Zur Theorie und Taktik der kommunistischen Bewegung, Leipzig 1974.

bewegung der Komintern und der dazu im Gegensatz stehenden Tradition und Erfahrung der Frauenbewegung in Westeuropa. Zu Beginn der Stalinzeit – in den 1920er Jahren – dachte sie über die Bildung einer parteilosen Frauenbewegung nach. Darüber hinaus nutzte sie ihre 1924 während einer Reise in den Kaukasus gemachten Erfahrungen mit dem Islam, um die Frauenbewegung in Asien zu aktivieren. In den späten Jahren entwarf sie einen „Einstweiligen Aktionsplan der Sektion zum Studium der Theorie und Praxis der internationalen Frauenbewegung der Kommunistischen Akademie". Darin berücksichtigte sie die Taktik der mohammedanischen Geistlichkeit in der Frauenfrage, die wirtschaftliche und allgemeine Lage der Frau im Fernen Osten (Japan, China, Indien, Indonesien) sowie als historische Eckpfeiler die französische Revolution, den Utopie-Gedanken und nicht zuletzt die Frauenforschung zur Pariser Kommune.[10] Es war die immense Dimension ihres Denkens und Wirkens, die eine Nachfolge für Clara Zetkin in der damaligen Frauenemanzipationsbewegung unmöglich machte.
(4) In der posthum veröffentlichten Arbeit „Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands"[11] ist Clara Zetkins Frauenemanzipationstheorie am systematischsten dargestellt. Hier analysiert sie logisch und folgerichtig die Stufen der Frauenforderungen, angefangen bei Flora Tristan aus Frankreich bis zur deutschen bürgerlichen Frauenbewegung. Ich denke, diese Analyse der Forderungen der Frauenbewegung, in der sie die Frauen nach ihrer Klassenzugehörigkeit differenziert betrachtet, sollte als eigenständige Theorie zwischen Gender- und Klassentheorie anerkannt werden. Eine Analyse der Frauenfrage entweder allein aus der Sicht der Frauen oder allein von der Klassenzugehörigkeit her ist unzureichend. Denken wir an die heutige Situation der Frauen.

Kritisches zur Clara-Zetkin-Forschung

Vor der deutschen Wiedervereinigung 1990 wurde in beiden deutschen Staaten aktiv zu Clara Zetkin geforscht. Die Forschungen aus dieser Zeit förderten im Osten viele neue Materialien zu Tage. Obwohl diese nur eingeschränkt öffentlich zugänglich und nutzbar waren, wurde eine internationale Konferenz – hauptsächlich mit Teilnehmern aus der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten – veranstaltet. Außerdem wurden Biographien sowie Zetkins Reden und Aufsätze publiziert. Die in den 1950er bis 1980er Jahren vorgelegten biographischen Studien von Luise Dornemann[12] und die Studien der Forschungsgemeinschaft „Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse um die Befreiung der Frau" sind beispielhaft. Ich habe in dieser Zeit[13] von den Forschern an der Pädagogischen Hochschule „Clara Zetkin" Leipzig viel gelernt[14].

10 Siehe ebenda.
11 Clara Zetkin: Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands, Berlin 1958.
12 Luise Dornemann: Clara Zetkin. Leben und Wirken, Berlin 1957, 1960, 1973.
13 Man könnte diese Zeit als Blütezeit der Clara-Zetkin-Forschung in der DDR bezeichnen.
14 An dieser Stelle danke ich Prof. Dr. Joachim Müller, Prof. Dr. Fritz Staude und Prof.

Allerdings gab es damals erstens für Forscher aus dem Westen Zugriffsbeschränkungen auf die vorhandenen Materialien, während für die Forscher aus dem Osten die Sammlung von Forschungsinformationen und Materialien eingeschränkt war. Es wurde zweitens wegen der politischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der DDR eine positive Haltung zu Clara Zetkins Leben und Wirken vorausgesetzt, so daß detaillierte Analysen nicht durchgeführt wurden. Und drittens gab es Schwachstellen, denn die politischen Schwierigkeiten und Härten, die Clara Zetkin in den 1920er und 1930er Jahren erfahren mußte, blieben, wie auch einige andere Problempunkte, unberücksichtigt.

Eine tendenzielle Änderung dieser Situation wird seit den 1990ern sichtbar. Gilbert Badia, der reichlich von Berliner Archivmaterialien Gebrauch machte, beschreibt detailliert Clara Zetkins Pariser Zeit, ihre Konflikte mit Stalin in der Kominternzeit und auch das Privatleben.[15]

Die 2003 von Tânia Puschnerat, die freien Zugriff zu Berliner und Moskauer Materialien hatte, veröffentlichte Biographie[16] ist stark ideologisch gefärbt. Die Autorin versucht, das bisherige Bild von Clara Zetkin um 180 Grad zu wenden. Sie gab der Biographie den Titel „Clara Zetkin: Bürgerlichkeit und Marxismus" und lehnt die Forschungsergebnisse von Dornemann wie auch die von Badia ab. Clara Zetkins Werk allein unter „Anerkennung und Ausnutzung" abzutun, genügt nicht. Die Persönlichkeit Clara Zetkin ist so einfach nicht zu fassen. Zudem weist die gegenwärtige Clara-Zetkin-Forschung neue Elemente auf. Trotz der Sorgfalt der Übersetzerinnen Badias, Florence Hervé und Ingeborg Nodinger, wird Clara Zetkin heute immer häufiger als féministe (Feministin) oder sogar nur als Frauenrechtlerin bezeichnet. Clara Zetkin ist aber keine Persönlichkeit, auf die diese Begriffe – historisch, in „ihrer Zeit" gesehen – zutreffen.

Vom heutigen Standpunkt aus sollten wir es begrüßen, daß Primärquellen wie die Briefe Clara Zetkins nicht nur von einem bestimmten Kreis eingesehen werden dürfen, sondern einer breiten Öffentlichkeit zugänglich sind – auch einer Tânia Puschnerat, die Clara Zetkin ideologisch faßt und ablehnt und sie historisch unkorrekt als Feministin bezeichnet.

Der 150. Geburtstag von Clara Zetkin im Jahr 2007 sollte Anlaß sein, die Clara Zetkin-Forschung weltweit, uneingeschränkt und facettenreich voranzutreiben. Diese Art der Forschung wird zur historisch zutreffenden Einschätzung von Clara Zetkins Frauenemanzipationstheorie führen. Die Veröffentlichung ihrer bisher nicht publizierten Briefe wäre dafür ein sehr wichtiger Beitrag.

Dr. Hans-Jürgen Arendt für ihre freundliche Unterstützung.

15 Siehe Gilbert Badia: Clara Zetkin. Eine neue Biographie, Berlin 1994.

16 Tânia Puschnerat: Clara Zetkin: Bürgerlichkeit und Marxismus, Essen 2003.

Die USPD – Versuch eines dritten Weges?[1]

Steffen Kachel

Der deutsche Geschichtsdiskurs und die deutsche Geschichtsvermittlung sind traditionell stark auf das spannungsvolle Wechselverhältnis von SPD und KPD ausgerichtet. Diese Parteien gelten gemeinhin als reformerische oder revolutionäre Variante der deutschen Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert.[2]
Die USPD dagegen ist kaum bekannt. Im April 1917 hier in Gotha gegründet, spaltete sie sich schon dreieinhalb Jahre nach ihrer Gründung, nämlich im Oktober 1920 im Streit um die Aufnahmebedingungen in die Kommunistische Internationale. Die nach dem Übertritt des linken Flügels zur KPD noch verbleibende Partei vereinigte sich 1922, als sich die Gegensätze minimiert hatten, fast vollständig wieder mit der Partei Friedrich Eberts. Danach blieb nur noch eine Splittergruppe.
Oberflächlich betrachtet hat die USPD nur wenige Spuren hinterlassen. Aufgrund der kurzen Lebensdauer wird sie meist als „Fußnote" oder als vorübergehendes Spaltprodukt einer entweder als notwendig oder als beklagenswert begriffenen Differenzierung in der deutschen Arbeiterbewegung betrachtet. Diese Sicht ist falsch. Ohne die USPD hätte es die KPD als Massenpartei nie gegeben. Ohne die USPD ist eine Geschichte der deutschen Sozialdemokratie und der Novemberrevolution undenkbar. Ich würde sogar behaupten: Nur durch die Existenz und das Wirken der USPD lassen sich die Weichenstellungen in der sozialistischen Bewegung Deutschlands nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges und in der Revolution wirklich erklären und verstehen.
Wie kam es überhaupt zur Gründung der USPD? Heute glauben die meisten Menschen, die Spaltung der Arbeiterbewegung hätte etwas mit der Entstehung der kommunistischen Strömung, mit einer von Moskau initiierten Radikalisierung zu tun. So ähnlich und auch ein bißchen vorwurfsvoll klingt es nicht selten in den Publikationen bedeutender bundesdeutscher Historiker an, die der Sozialdemokratie nahestehen.[3] Auf der offiziellen Website der SPD, die sich

---

1 Bearbeitetes einführendes Referat auf der Tagung „Von einer Parteidisziplin in die nächste?" am 28. April 2007 in Gotha. Siehe dazu den Bericht in diesem Heft, S.139-142.
2 Im Heft „Das 19. Jahrhundert", Teil 2 (Informationen zur Politischen Bildung Nr. 164), der Bundeszentrale für politische Bildung etwa wird darauf hingewiesen, daß in den Jahren vor 1914 sich die Einordnung der Arbeiterschaft in die Gesellschaft und mit ihr die reformistische Perspektive verstärkt habe. Die Kriegsereignisse und ihre Folgen hätten dagegen zu einem neuen „Auftrieb des marxistischen Rechtsfertigungsbildes" und „zur endgültigen Spaltung in Kommunisten und Sozialdemokraten" geführt.
Siehe: www.bpb.de/publikationen.
3 Für Susanne Miller erwuchs der innerparteiliche Konflikt letztlich aus der Bevorzugung der traditionellen Oppositionsrolle durch die Kriegsverweigerer. Siehe Susanne Miller: Kleine Geschichte der SPD. Darstellung und Dokumentation 1948-1990, Bonn 1991. Zur

immerhin relativ ausführlich mit Arbeiterbewegungs-Geschichte auseinandersetzt, heißt es: „Der Fraktionsspaltung folgte die Parteispaltung, als die Opposition im April 1917 in Gotha die USPD gründete".[4]

Auch dies stimmt so nicht. Die USPD entstand durch organisatorische Schnitte, die der Ebert-Flügel in der SPD vornahm, als ein immer größerer Teil der Partei noch während des Krieges, 1916/17, zur Aufkündigung des Burgfriedens überging.

Es war die Fraktionsmehrheit, die den abtrünnigen Gegnern der Kriegskredit-Bewilligung die weitere Mitgliedschaft in der Fraktion absprach, es war der Parteiausschuß der SPD, der mit Mehrheit aus einer Teilnahme an Treffen der oppositionellen Strömung zwingend den Parteiausschluß ableitete und exekutierte. Um dies zu begründen, warf etwa der spätere Reichstagspräsident Paul Löbe im Parteiausschuß den programmtreuen Teilen der Fraktion und des Parteivorstandes vor, sie würden „annexionistische Tendenzen gegen Deutschland" unterstützen.[5] Ganze Wahlkreisorganisationen, die trotz des Vorstandsbeschlusses, bis zum Ende des Krieges keine Parteiwahlen durchzuführen, ihre Vorstände ab- und neu wählten, wurden aus der SPD gedrängt. Als sich der Wahlkreis Potsdam-Teltow etwa mit überwältigender Mehrheit auf die Seite der Opposition stellte, stimmte der Parteivorstand einem summarischen Ausschlußantrag zu und nahm mit wenigen Getreuen eine Neugründung vor. Anschließend wurde solchen Neugründungen das im Wahlkreis befindliche Parteieigentum übertragen, vor allem die örtliche Zeitung. Die kaiserliche Justiz leistete im Notfall Schützenhilfe.[6]

Erst infolge dieser Ausgrenzungsprozesse gründete sich die USPD. Noch in Gotha wird aus den Wortbeiträgen deutlich, daß sich die hier Versammelten weiterhin der SPD verbunden fühlten, daß eigentlich sie sich als Bewahrer der Inhalte und der organisatorischen Einheit die Partei sahen. Die eigentlich Verantwortlichen für die Gründung der USPD waren Ebert und Genossen: Sie fürchteten nichts mehr, als daß auf dem kommenden Reichsparteitag nach dem Ende des Krieges ihnen eine Mehrheit die programmatischen Beschlüsse der Partei August Bebels vorhalten und entsprechende personelle Entscheidungen ableiten könnte.

Ein weiteres kommt hinzu: die regionale Komponente. Das Bild von der Stärke der USPD ist sehr differenziert. Sie hatte vor allem dort viele Anhänger, wo eine alte mittelständische Industriestruktur vorherrschte, eine traditionsreiche Arbei-

---

Entstehung des Trennungsstrichs schreibt sie: „Mit der Einberufung einer Reichskonferenz der Opposition […] erwies sich die die Kluft als unüberbrückbar. Am 6./7.April wurde im Volkshaus in Gotha […] die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) ins Leben gerufen." (S. 76).

4 www.spd.de/menu/1682538

5 Siehe Karsten Rudolph: Die sächsische Sozialdemokratie vom Kaiserreich zur Republik 1871-1923, Weimar 1995, S.121.

6 Siehe Dieter Fricke: Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1869-1917, Berlin 1987, S.372.

terbewegung bestand, die Sozialdemokratie überdurchschnittlich Wahlzuspruch erhielt, bereits vor dem Krieg die Spannungen zwischen bürgerlicher und sozialistischer Politik stark waren.[7]

Die USPD manifestierte sich vor und in der Novemberrevolution und im Jahre danach lokal bzw. regional in zwei Formen: entweder als radikalisierte Minderheit am Rand des Spektrums der Arbeiterbewegung – so, wie das allgemeine Geschichtswissen heute in dieser Folge auch die KPD reichsweit einordnet; oder aber – und das ist weniger bekannt – als lokale, als regionale Mehrheitspartei, die die Stärke hatte, zum Dach der sozialistischen Milieus zu werden, d. h. auch die Kulturorganisationen, die Gewerkschaften, die Subkultur zu dominieren.[8]

Es ist interessant, daß solche Dominanzgebiete der USPD in diesen Jahren in Sachsen, in Thüringen, in Berlin und im Berliner Umland lagen. Dies hatte natürliche Folgen: für die regionale Stärke der KPD, für die politische Prägung der regionalen Sozialdemokratie,[9] vielleicht sogar für den Rückhalt, den nach 1945 sozialistische Zielvorstellungen bei der Bevölkerung der entsprechenden Gebiete haben sollten.[10] Hier liegen gravierende Unterschiede zur dominanten Entwicklung der Arbeiterbewegung in Anhalt, aber vor allem in nahezu ganz Westdeutschland, die heute oft in ihren Auswirkungen mißachtet werden.

All dies hat mit regionaler Stärke der USPD zu tun, die natürlich einerseits 1920 die Reihen der KPD verstärkte, andererseits bei Rückkehr der Rest-USPD in die SPD 1922 diese Partei dann regional links prägte.

Und gerade Thüringen weicht hier völlig vom Reichsdurchschnitt ab: im Reichstagswahlkreis 12, der das Land Thüringen und die preußischen Teile umfaßte, wurde die USPD bis zur Reichstagswahl im Juni 1920 mit etwas über 30 Prozent die stärkste Partei.[11]

Bei neuem Nachdenken über Weichenstellungen in der deutschen Geschichte muß die Frage erlaubt sein, ob sich mit der USPD nicht vielleicht manches verband, was Teil einer größeren, ungenutzten Chance gewesen sein könnte. Einer Chance, in und nach dem mißglückten ersten Anlauf der Revolution, andere Wege zu beschreiten, deutsche Geschichte anders verlaufen zu lassen.

Der US-amerikanische Autor Robert Wheeler hat schon 1970 diese Frage bejaht

---

7 Siehe Gerhard A. Ritter: Kontinuität und Umformung des deutschen Parteiensystems 1918-1920, in: Ders: Arbeiterbewegung, Parteien und Parlamentarismus, Göttingen 1976, S.127-129.

8 Siehe Klaus-Michael Mallmann: Kommunisten in der Weimarer Republik: Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996, S.26, 41.

9 Siehe Dietmar Klenke: Die SPD-Linke in der Weimarer Republik. Eine Untersuchung zu den regionalen organisatorischen Grundlagen und zur politischen Praxis und Theoriebildung des linken Flügels der SPD in den Jahren 1922-1932, Münster 1989.

10 So auch Arno Klönne im Vorwort zu ebenda, S.5.

11 Nachdem die USPD bereits bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Reichstagswahlkreis 12,8 Prozent über dem Reichsdurchschnitt gelegen hatte, erreichte sie zur Reichstagswahl 1920 im Land Thüringen 29,8, im Regierungsbezirk Erfurt 32,0 Prozent. Die SPD erreichte 38,7 bzw. 20,8 (1919) und 17,7 bzw. 8,8 Prozent (1920).

und sah hier einen Ansatz für einen sogenannten „dritten Weg“ sozialistischer Politik, nämlich den Versuch, eine revolutionäre Politik mit demokratischen Formen nach innen und außen und einem engen Massenkontakt zu verbinden.[12] Heutige Historiker betonen demgegenüber, soweit sie sich überhaupt mit dem Phänomen USPD beschäftigen, die Kräfte in dieser Partei seien zu heterogen gewesen, es hätten zu unterschiedliche Strategien und Ziele bestanden, als daß eine gemeinsame Politik möglich gewesen wäre.[13]

Hier muß man exakt zwischen Erscheinung und Ursache unterscheiden. Die Feststellung der Historiker, daß es die USPD zwischen 1918 und 1920 auf Reichsebene nicht geschafft hat, eine in sich kohärente gemeinsame Politik zu entwickeln, ist richtig. Dies trug zweifellos entscheidend zu ihrem Auseinanderbrechen bei. In der Revolution strömten ihr immer größere Massen zu, doch die USPD vermochte keine reichsweit abgestimmte, druckvolle Politik zu entwickeln. Zwischen 1917 und 1920 wurde versäumt, eine strömungsübergreifende politische Plattform zu formieren, auf der sowohl die Flügel als auch die Gesamtpartei hätten aufbauen können. Die programmatischen Dokumente der USPD zeigten Kompromisse, aber nicht das ernsthafte Ringen um gemeinsame Begriffe und gemeinsames Politikverständnis.

Dies bedeutet noch nicht, daß die Standpunkte zu weit auseinander und eine Einigung nicht möglich gewesen wären. Zunächst einmal ist es einfach nicht wahr, daß es zwischen einer traditionell-reformerischen sozialdemokratischen Politik, die sich völlig innerhalb des kapitalistischen Systems bewegt, und einer kommunistischen Politik, die das sowjetische Beispiel propagierte, keine Alternativen gegeben hat. Das beweist gerade das Thüringer Beispiel. Die hier nach der Novemberrevolution entstandenen Kleinstaaten ohne Fürst, aber mit sozialdemokratischer Mehrheit, ganz besonders der Ostthüringer „Volksstaat Reuß“ zeigen zwischen 1918 und 1920, wohin die USPD sich gesellschaftspolitisch hätte entwickeln können. [14]

Hier wurde, so das Fazit des Thüringer Arbeiterbewegungs-Forschers Gerhard Schulze, Karl Kautskys Schrift „Sozialdemokratische Bemerkungen zur Über-

---

12 Dt. Ausgabe: Robert F. Wheeler: USPD und Internationale: sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution, Frankfurt/Main 1975. Er widmete sein Buch über die USPD ausdrücklich Alexander Dubček und Salvador Allende.

13 Klaus Schönhoven zufolge habe es nach Ende des Weltkrieges eine durch die SPD vertretene Option „des Ausbaus der parlamentarischen Demokratie zum demokratischen Sozialismus“ auf der einen, und eine durch die KPD vertretene Option der „russischen Revolution von 1917“ auf der anderen Seite gegeben, zwischen denen eine Vermittlung prinzipiell nicht möglich gewesen sei. Siehe: Klaus Schönhoven: Reformismus und Radikalismus. Gespaltene Arbeiterbewegung im Weimarer Sozialstaat, München 1989, S.7.

14 Siehe Gerhard Schulze: Die Novemberrevolution 1918 in Thüringen, Erfurt 1976. Es ist zu bedauern, daß bisher vor allem über die Nachkriegsentwicklung in Reuß keine detaillierte Untersuchung vorliegt.

gangswirtschaft“ „gewissermaßen in der gesellschaftlichen Praxis erprobt.“ [15] Die auch in anderen thüringischen Staaten erfolgte Verordnung des Acht-Stunden-Tages wurde vom Vollzugsausschuß für Reuß (jüngere Linie) noch im Jahr 1918 mit einem Notgesetz über Mindestlöhne und Arbeitszeiten ergänzt. In den Betrieben wurden Arbeiterausschüsse eingesetzt. Um die grassierende Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, ließ sich Anfang 1919 der Staatsrat die parlamentarische Ermächtigung erteilen, öffentliche Arbeiten zur Flußbettsanierung ingangzusetzen und Zwangsmaßnahmen gegenüber Betrieben bis hin zur Enteignung durchzuführen. Vor allem das Mindestlohn-Dekret entfaltete eine große Wirkung, indem es über die Zeit seiner Wirksamkeit mit der spürbaren Besserung der Lebenshaltung der Proletarierfamilien die Möglichkeit einer für die Arbeiterschaft günstigen Politik in der Republik beweiskräftig vor Augen führte. Die Hauptstoßrichtung linkssozialdemokratischer Politik lag nämlich weder in der lautstarken Forderung nach Umsetzung unrealistischer Ziele noch in der Verweigerung gegenüber der Verantwortungsübernahme. Sie bestand vielmehr darin, die vorhandenen Möglichkeiten, programmatischer Politik restlos auszuschöpfen und die vorhandenen Machtmittel der Arbeiterbewegung im Rahmen des parlamentarischen Systems, aber nicht im Rahmen der kapitalistischen Eigentumsordnung, einzusetzen. Mit dem Kessel von Zickra, wo Arbeiterwehren in den Nachwehen der Revolution reichsweit das einzige Mal eine größere Reichswehreinheit angehalten, eingekesselt und zur Abgabe der Waffen gezwungen hatten, wurde gezeigt, daß auch USPD-Funktionäre zum revolutionären Handeln in der Lage waren.[16]

Die Beantwortung der Frage, ob die USPD eine Chance für eine eigenständige Politik zwischen dem „Hineinfallen“ ins bestehende System und dem Parteikommunismus geboten hat, hängt in erster Linie davon ab, ob es eine ausreichend große programmatisch-politische Schnittmenge gab, die die beiden Flügel der USPD miteinander verband und von anderen politischen Kräften unterschied. Ich meine, es hat diese Chance einer gemeinsamen Politik gegeben, und sie wurde versäumt. Es war der Sog der siegreichen russischen Revolution, der die Partei einer enormen Belastung aussetzte, aber es war eine bewußte politische Entscheidung, diese Chance schließlich zu zerstören, oder sagen wir etwas milder, auszuschlagen. Es war eben nicht der Mehrheitsbeschluß des Parteitages von 1919, den Beitritt in Lenins III. Internationale anzustreben, sondern der Mehrheitsbeschluß von 1920, mit den 21 Bedingungen die Einschränkung der Diskussionsfreiheit in der Partei und die Aufgabe einer selbständigen Politik zugunsten einer Kommandozentrale zu akzeptieren, der tatsächlich den Bruch herbeiführte. Dieser Bruch war nicht inhaltlich notwendig, sondern wurde politisch herbeigeführt.

---

15 Ebenda, S.107.

16 Zum Kessel von Zickra und zu anderen Aspekten der Geschichte der Ostthüringer Arbeiterbewegung bietet vor allem der reichhaltige Nachlaß von Herbert Frister im Bundesarchiv viel Material.

Zugespitzt läßt sich formulieren: Letztlich blockierte das avantgardistische Revolutionskonzept für Deutschland in seiner Verbindlichkeit die Entstehung eines breiten linkssozialdemokratisch-kommunistischen Flügels der Arbeiterbewegung.[17] Und dieser war drauf und dran, die Mehrheit der Arbeiter hinter sich zu versammeln! Die Chancen hierfür wären um so besser gewesen, als auch in der KPD noch Kräfte wirksam waren, die wie Rosa Luxemburg und Paul Levi versuchten hatten, eine revolutionäre Politik damit zu verbinden, an das Denken und Wollen der Massen anzuknüpfen. Daß die KPD allein dazu in der Lage sein würde, war vor dem Anschluß der USPD-Linken eine Illusion, und wurde 1921 nach dem Ausschluß Levis erneut höchst unwahrscheinlich.

Der Zeitzeuge und Beteiligte Emil Eichhorn äußerte im Juli 1921, als er die Protokolle der USPD-Gründung herausgab: „Die USP war notwendig seinerzeit, [...] um den Kampf gegen die Kriegsverbrecher und die Verräter des Sozialismus zu führen, aber sie hatte ihre Aufgabe erfüllt und sich überlebt mit dem Zusammenbruch des Krieges und mit der Revolution. Eine Partei, aus grundsätzlich so heterogenen Elementen zusammengesetzt [...], war für die weiteren politischen Kämpfe eine Unmöglichkeit. Und es ist sicher auch nur eine Frage der Zeit, bis das Häuflein Illusionisten, die vermeinen, eine lebensfähige USP zwischen Rechtssozialisten und Kommunisten halten zu können, von dieser Illusion geheilt wird, und sich den Rechtssozialisten anschließt, wohin es von Rechts wegen gehört.“[18] Eichhorn behandelt hier die Spaltung der Partei 1920 ohne Häme, vielleicht tut sie ihm sogar ein bißchen leid. Er scheint aber überzeugt gewesen zu sein, daß es keinen anderen Weg gab. Die Wiedervereinigung der verbliebenen Unabhängigen mit der SPD schien ihm recht zu geben. Doch war diese Entwicklung wirklich so zwangsläufig? Daß es bereits früh in der USPD zwei starke Flügel gab, ist nicht zu bestreiten. Aber das heißt noch nicht, daß automatisch die programmatischen Übereinstimmungen gegen Null gingen, daß eine Trennung auch für die linken, radikalen, revolutionären Kräfte langfristig produktiv gewesen ist.

Da möchte man Eichhorn entgegnen: Warum trennt er sich so leichthin von den Kräften, die doch auch zum Ziel der Bebelschen SPD, den Kapitalismus zu überwinden, zurückwollen, die auch die Revolution wollen – nur eben nicht so wie er? Ist das Ziel, in einer homogenen Gruppe mit den radikalsten Revolutionären allein sein zu wollen, so wichtig, daß es lohnt, dafür die Aussicht aufzugeben, die Mehrheit der Arbeiterschaft für den Sozialismus zu gewinnen, von der Mehrheit der Gesellschaft ganz zu schweigen? Wenn sich schon Kommunisten und linke Sozialisten nicht über ein gemeinsames Vorgehen gegen

---

17 Siehe Zum 90. Jahrestag der Gründung der USPD. Erklärung der Historischen Kommission beim Parteivorstand der Linkspartei.PDS, 4. April 2007, Berlin 2007, in: www.archiv2007.sozialisten.de/partei/geschichte.

18 Protokolle der Parteitage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (5 Bde.), Glashütten im Taunus 1976, Bd. 1, S.4. (Vorwort von Emil Eichhorn). Reprint der Originalausgabe von 1921.

den Kapitalismus einigen können – wie wollen sie dann die Gesellschaft auf ihre Seite ziehen?

In Thüringen jedenfalls scheint ein solcher Weg streckenweise bereits erfolgreich gewesen zu sein. 1920 standen 325.000 Stimmen für die USPD nur noch halb so vielen für die SPD gegenüber, sehr viel kleiner war der Stimmenanteil der KPD. Das hinderte die Parteien nicht, eine knappe Mehrheit im Landesparlament für eine entschlossene linke Reformpolitik zu nutzen.

Und noch ein Aspekt spricht für die Aussicht, die eine Weiterführung dieses Versuches gehabt hätte. Darauf verweisen auch die Hunderttausenden, die nach der Spaltung in Halle beschlossen, sich keiner der beiden übrigbleibenden Parteien anzuschließen, für die die USPD offensichtlich die gegebene Heimat war. Denn von den 900.000 Mitgliedern 1920 kamen nur 200.000 bei der KPD an und 340.000 1922 bei der SPD.[19] 360.000 tauchten nirgendwo auf; sie hatten die Spalterei und die Feindseligkeiten in der Arbeiterbewegung satt.

Meiner Auffassung nach ergibt sich als Fazit, daß die USPD kein Konglomerat unüberwindlicher Gegensätze war. Die Gegensätze waren zwar vorhanden, aber unüberwindlich wurden sie erst durch eine falsche strategische Entscheidung.

19 Die Mitgliederangaben beruhen auf Schätzungen der letzten beiden Jahrzehnte. Siehe hier u.a. Theodor Bergmann/Mario Keßler (Hrsg.): Aufstieg und Zerfall der Komintern. Studien zur Geschichte ihrer Transformation (1919-1943), Mainz 1992; www.stmuk.bayern.de/blz.

Die Weltkriegsrevolution, das Schisma in der deutschen Sozialdemokratie und die Stuttgarter Linken[1]

Hartmut Henicke

Die organisationspolitische Verselbständigung ideologischer Richtungen innerhalb der sozialistischen Arbeiterbewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurzelt in der Vielfalt politischer Konzepte als Reflex auf die großindustrielle Gesellschaft. Diese Differenzierungen entwickelten sich in der Krisenzeit Weltkrieg, Revolution und Nachkriegskrise (1914-1923) in der größten und einflußreichsten sozialdemokratischen Partei in schnellem Tempo und bewirkten innerhalb kurzer Zeit politische ideologische Polarisierungen und Parteispaltungen, die die Auseinandersetzungen von der Bernsteindebatte bis zur Burgfriedenspolitik (1898-1914) zum Finale führten. Doch dieses Finale war nicht allein die Trennung von Reformisten und Linken. Das Scheitern des linken Konzepts der Weltrevolution mußte zwangsläufig innerhalb der europäischen Linken ein zweites Schisma verursachen. An seinem Anfang stand der den Verhältnissen geschuldete verzweifelte Versuch, die russische Revolution zu retten. Im Gefolge der Auseinandersetzungen um diese Strategie kam es zu erneuten Differenzierungen innerhalb der kommunistischen Bewegung. Mit der Entwicklung in Rußland im Gefolge der isolierten Revolution traten die „demokratischen Kommunisten" als Opposition zum dogmatischen Kommunismus Stalinscher Lesart hervor. Dieser Blickwinkel ist erforderlich, sollen die Spaltungsprozesse zu jedem Zeitpunkt dieses dramatischen Zeitabschnittes verstanden werden.

Spaltungen in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bis 1917

Die Herausbildung der europäischen Linken war vor allem das Ergebnis der Verallgemeinerungen der russischen Revolution (1905-1907) durch die Exponenten der revolutionären Parteiflügel. Mit diesem Ereignis schien die von der französischen Revolution geprägte Epoche des Aufstiegs des Bürgertums scheinbar beendet. Als Triebkraft der Revolution hatte das Industrieproletariat mit der Kampfesweise des politischen Massenstreiks die Bühne der Geschichte betreten. Und in Ermangelung einer führungsfähigen Bourgeoisie in Rußland warf dieses Proletariat mit den Sozialdemokraten sogar als Hegemon der Revolution seine Schatten voraus. Was in der rückständigen russischen Autokratie zur politischen Tatsache geworden war, mußte erst recht für das weitaus entwickeltere Europa gelten. Diese Schlußfolgerung bedeutete keinesfalls die Annahme, in Rußland stünde schon die proletarische Revolution auf der Tagesordnung der Geschichte.

---

1 Überarbeiteter Vortrag auf der Tagung „Von einer Parteidisziplin in die nächste?" am 28. April 2007 in Gotha. Siehe dazu den Bericht in diesem Heft, S.139-142.

Doch Rußland mit seiner territorialen Ausdehnung und Ausstrahlung auf Europa, den Orient und Asien war zu Beginn des 20. Jahrhunderts die „soziale Erdbebenzone“[2], die alle Konflikte des Globus' in sich vereinigte. Rußlands Zusammenbruch im Gefolge eines erwarteten Krieges mußte die Tektonik des Planeten in Bewegung bringen. Während die Bolschewiki begriffen, daß der soziale und politische Inhalt der bürgerlich-demokratischen Revolution in Ermangelung eines revolutionären Bürgertums vom Industrieproletariat realisiert werden müßte, zogen die Linken auch für Deutschland und die anderen frühindustrialisierten Länder die entsprechenden Schlüsse für die geschichtliche Rolle des Proletariats.

Die deutsche und polnische Linke ging davon aus, daß die Arbeiterbewegung des Westens den Schwerpunkt ihrer Taktik auf den außerparlamentarischen Kampf legen müßte, um in die zunehmenden politischen Konflikte und in die bevorstehenden politischen Katastrophen gestalterisch eingreifen zu können. In diesem Sinne hätten auch Sozialdemokratie und Gewerkschaften mobilisierend zu wirken. Es ging den Linken nicht nur schlechthin um die Überwindung der politischen Stagnation, der mit der ständig wachsenden Zahl von Parlamentsmandaten nicht beizukommen war. Es ging ihnen primär um ein globales Gegengewicht zur Eindämmung der friedensgefährdenden imperialen Weltpolitik mit ihren Begleiterscheinungen Wettrüsten, Teuerung, Kolonialismus, kriegerische Konflikte, Weltkriegsgefahr. Denn Militarismus und Krieg bedeuteten zuallererst Ausbau der ideologischen und politischen Herrschaft über das Volk und damit eine Erschwernis des Emanzipationskampfes des Proletariats. Der Weltkrieg und seine Folgen bedeuteten Barbarei, wurzelnd in der Ökonomie des Kapitalismus, der nur mit einer grundlegenden gesellschaftspolitischen Alternative begegnet werden konnte, die zu dieser Zeit in der marxistischen Sozialismus-Vision gesehen wurde.

Die Mehrheit der Sozialdemokratie vom reformistischen über den zentristischen bis hin zum orthodoxen Flügel begriff sehr wohl die Konfliktpotentiale imperialistischer Weltpolitik und die Chancen der bevorstehenden russischen Revolution. Sie überbewertete aber die Möglichkeiten des proletarischen Organisationsapparates, der sozialdemokratischen Wählerschaft sowie zunehmend auch die Chancen, politische Veränderungen in Koalition mit bürgerlichen Parteien bewirken zu können. In der russischen Revolution sah die sozialdemokratische Mehrheit ausschließlich eine Nachholerevolution französischen Typs. Die gegensätzliche Beurteilung des Epochecharakters und der Aufgaben der Sozialdemokratie bestimmte alle innerparteilichen Auseinandersetzungen um Weltpolitik, Flottenrüstung, Militarismus, Regierungsbeteiligung, Budgetbewilligung, Massenstreik und Abrüstung bis 1914. Als der Weltkrieg Realität wurde und die Sozialisten mehrheitlich dem Kriegsbudget ihrer Regierungen zustimmten, war

2 Siehe Eric J. Hobsbawm: Das imperiale Zeitalter. 1875-1914, Frankfurt/Main 1996, S.377.

der Antagonismus zwischen Links- und Rechtssozialisten nicht mehr zu überbrücken.

In Europa gingen nicht nur die Lichter aus, wie Edward Grey den Beginn des Weltkrieges metaphorisch beschrieb,[3] sondern auch die Arbeiterbewegung hatte mit dem Sündenfall ihrer Führer vom 4. August 1914 ihre heroische Epoche beendet. Treffend charakterisierte der Kunsthistoriker Hermann Uhde-Bernays die Situation, die alle Hoffnungen und Illusionen zerstörte, denen außer der Linken alle aufsaßen: „Und dann kam der Krieg. Der entsetzliche Krieg, der mit unbarmherziger Grausamkeit alle Hoffnungen auf eine gedeihliche Fortentwicklung der Kultur Europas vernichtete. Das Schreckensdatum des 1. August 1914 ist in der Geschichte eingetragen als tragisches Merkzeichen des Unterganges einer Welt, einer unsagbar schönen, reichen, zukunftsfreudigen Welt. Das Ende war da, ein Schlußstrich wurde gezogen, und in der Weltesche schrie der heisere Rabe sein ‚Nevermore'".[4]

Wenn in der allgemeinen Hysterie des Hurrapatriotismus nur wenige begriffen, daß das aufsteigende bürgerliche Zeitalter zu Ende war, so änderte sich dies sehr schnell mit dem Massensterben an der Front, den Versorgungsschwierigkeiten im Hinterland, der Organisation der Kriegswirtschaft und der Militärdiktatur.

Daß der Erste Weltkrieg die heute von niemandem bezweifelte „Urkatastrophe" der Menschheit war, wurde seinerzeit von den Linken mit der auch durch die Realität bestätigten Alternative „Sozialismus oder Barbarei" umschrieben. Die verkürzte Revolutionsperspektive der Linken war kein Hirngespinst intellektueller Revoluzzer. Die Desillusionierung und wachsende Opposition der Mehrheit der Völker gegen den Krieg knüpfte den Zusammenhang von Krieg und Revolution immer enger. Da im Weltkrieg die frühindustrialisierten und demokratischen Staaten des Westens einerseits und die mit feudalen Rudimenten belasteten und erst am Beginn der Industrialisierung stehenden letzten großen Autokratien andererseits involviert waren, war das imperialistische Wesen dieses Krieges nicht von vornherein für die Öffentlichkeit erkennbar. Natürlicher Patriotismus war durch Erziehung und Manipulation zu chauvinistischem Nationalismus mutiert, so daß erst die Kriegserfahrung notwendig war, den Eroberungscharakter des Krieges zu erkennen und mit der USPD unter den Bedingungen der Militärdiktatur eine breite oppositionelle Sammlungsbewegung zu organisieren. Denn die Tatsache, daß die Mehrheitssozialdemokratie (MSPD) an einem opportunistischen Patriotismus festhielt und darauf spekulierte, für ihre Burgfriedenspolitik nach dem Krieg gleichberechtigt am politischen System partizipieren zu können, war im weiteren Verlauf des Krieges für eine große

3 Siehe bei Robert K. Massie: Die Schalen des Zorns. Großbritannien, Deutschland und das Heraufziehen des Ersten Weltkrieges, Frankfurt/Main 1991, S.782.

4 Hermann Uhde-Bernays: Im Lichte der Freiheit. Erinnerungen aus den Jahren 1880 bis 1914, München 1963, S.581f.

Minderheit der Partei angesichts des allmählich als imperialistisch erkannten Charakters des Krieges unerträglich.
Allein die USPD-Opposition konnte der verschwindend geringen linken Minorität die Basis für eine Erneuerung sozialistischer Politik bieten. Diese Politik war in den Antikriegsbeschlüssen der II. Internationale festgeschrieben. Diese Beschlüsse zielten seit dem Internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart 1907 darauf ab, eine durch den Krieg heraufbeschworene Krise für eine von der Sozialdemokratie beeinflußte gesellschaftspolitische Veränderung auszunutzen. An diesem Kriterium mußte sich die Opposition gegen die Burgfriedenspolitik messen lassen. Voraussetzung eines Konsenses zwischen Linken und Unabhängigen war deshalb nicht nur die Einschätzung des Charakters des Krieges, sondern auch die sich daraus ableitende Konsequenz der Friedensstrategie. Da die Sammlungsbewegung der USPD von der parlamentarischen Opposition ausging, war sie personell wie konzeptionell mit den Grenzen des Parlamentarismus behaftet und stand der außerparlamentarischen Mobilisierung einer Antikriegsopposition nicht zuletzt wegen der Militärdiktatur zögerlich gegenüber. Dies war auch der Grund für die sehr großen Vorbehalte der meisten lokalen linken Gruppen, dieser Opposition beizutreten. Die Auseinandersetzungen um die praktische Friedenspolitik führten zu keinem Ergebnis. So mußten zwangsläufig die Weltkriegsrevolutionen mit ihren Fragestellungen die Entscheidung herbeizwingen.

Die Revolutionen in Rußland 1917 und die Erwartung der Weltrevolution

1917 vollzog die Februar-Revolution in Rußland, dem geographisch größten und geostrategisch für die Neugestaltung der Welt wichtigsten Land, endlich den Bruch mit den Resten des Feudalismus. Doch diese Revolution brachte weder außenpolitisch noch innenpolitisch grundlegende Veränderungen der weltpolitischen Situation. Der Krieg wurde an allen Fronten fortgesetzt, und die staatspolitische Veränderung in Rußland bewirkte noch nicht die Auflösung des Reformstaus im Vielvölkerstaat. Erst die Revolution im Oktober 1917 bedeutete jene Zäsur, die eine veränderte Welt und damit neue Interessenkonstellationen grundsätzlicher Art antizipierte. Als isoliertes Ereignis erscheint die Oktoberrevolution als blanquistischer Putsch. Doch das Primat der Politik im Zeitalter der Großindustrie machte es im Kontext mit der globalen Gesamtsituation potenziell zum größten historischen Kontinuitätsbruch. Das Problem der bolschewistischen Revolution war allein ihre globale Einbindung als Beginn der Weltrevolution. Aus der Retrospektive mag diese Vision mitleidig belächelt werden. Aus der Situation heraus erklärt, mögen die Gegenargumente der zeitgenössischen Gegner dieser Revolution Zweifel am Realitätssinn der Linken wecken. Vom linkssozialistischen Standpunkt der Zeitgenossen und vom Standpunkt der historischen Möglichkeiten aus betrachtet, war sie durchaus keine Illusion. Der einzige wirkliche Risikofaktor war die Bereitschaft des Proletariats, sie zu unterstützen oder nicht. Die Einschätzung des subjektiven Faktors war der Knackpunkt, der Illusion und Wirklichkeit voneinander trennte. Die Perspektive

der Oktoberrevolution wurde nicht in Rußland entschieden. Diese Entscheidung wurde in Mittel- und Westeuropa getroffen. Deutschland und Österreich kam dabei die Schlüsselstellung zu, weil hier der Reformstau als nächstes die Revolution hervorbringen mußte.

Die Vorstellung von der Weltrevolution war im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts noch eine Hypothese. Karl Marx' Antwort auf die Frage von Vera Sassulitsch, ob die russische Obschtschina der Ausgangspunkt für den Sozialismus in Rußland sein könnte, bejahte er unter dem Vorbehalt, daß der russischen Revolution die europäische Revolution folgen würde, und er gab diese Botschaft den russischen Revolutionären mit auf den Weg.[5] Das bedeutet jedoch keinesfalls, daß Marx damit im voraus das Leninsche Konzept der kommunistisch geführten proletarischen Revolution im Bündnis mit der Dorfarmut unterstützt hätte. Marx meinte die russische Bauernrevolution als Initialzündung für den Westen. Dies war ein epochaler Unterschied, der jedoch dem strategischen Konzept Lenins keinen Abbruch tat. Lenins Konzept gründete sich auf Marx und schien nicht ohne Erfolgsaussichten. Deutschland als hochtechnologisierte Supermacht mit dem politisch reifsten Proletariat der Welt stützte materiell und subjektiv die Möglichkeit einer sozialdemokratisch geführten Regierung und einer sozialisierten Wirtschaft. Das traf auch für die anderen frühindustrialisierten Länder zu.

Nur in der Gleichzeitigkeit der Revolution in diesen Gesellschaften hatte eine globale Revolution eine Chance. Ein besiegtes Deutschland allein oder bestenfalls im Bündnis mit Österreich und Ungarn konnte die Revolution in Rußland kaum retten. Dennoch war die Annahme, das westeuropäische Proletariat würde einen konterrevolutionären Krieg gegen ein revolutionäres Deutschland nicht unterstützen, keine Chimäre. Die revolutionäre Logik war stimmig. Bolschewiki und deutsche Linke waren sich auch des Einflusses des sozialdemokratischen Reformismus auf die arbeitenden Klassen bewußt. Nicht ohne Grund polemisierten sie permanent gegen diese Richtung und bemühten sich, die Öffentlichkeit auf ihre Positionen festzulegen. Der Beweis für die Unzugänglichkeit der Arbeitermassen für das radikale Konzept der Linken war noch nicht erbracht. Von einer Täuschung der Linken in den Arbeitermassen konnte trotz des nationalen Taumels von 1914 noch keine Rede sein. Die Spekulation auf einen Bürgerkrieg in Deutschland und dessen Unterstützung durch das englische, französische und amerikanische Proletariat war zumindest bei Revolutionsausbruch noch kein Hasardspiel. Der reformistische Flügel der deutschen Sozialdemokratie hatte dies offenbar ebenso begriffen, sonst wäre er wohl nicht bereit gewesen, mit den Geldern der Banken und Industriekapitäne die Gegenrevolution zu entfesseln. Welchen Stellenwert die Wühlarbeit von nicht-

5 Siehe Karl Marx/Friedrich Engels: [Vorrede zur zweiten russischen Ausgabe des „Manifests der Kommunistischen Partei"], in: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke (MEW), Bd. 19, S. 295f., hier S.296.

staatlichen Organisationen und Geheimdiensten, Politikerbestechung und Massenmanipulation seit diesem Zeitpunkt auf den Geschichtsverlauf hatten, bedarf noch gründlicher Aufarbeitung.
Ungeachtet dessen kann wohl davon ausgegangen werden, daß sowohl die Bolschewiki als auch die deutschen Linken die Situation optimistischer beurteilten, als sie tatsächlich war. Die Begeisterung der Linken für die bolschewistische Revolution und deren vorausgesetzte Fernwirkung wurzelte ohne Zweifel in der historischen Chance. Auch in Deutschland lag die Macht seit dem 9. November 1918 auf der Straße, und die reale Möglichkeit, sie durch die Arbeiter- und Soldatenräte aufzuheben und mit ihnen die gesetzgebende und vollziehende Gewalt zu übernehmen, war, abgesehen von den Risiken, auf die der reformistische Flügel aufmerksam machte, real gegeben, wenn auch ohne Gewähr. Clara Zetkin spiegelte die Sicht der Linken auf diese Entscheidungssituation: „Mit der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiter und Bauern in Rußland unter der entschlossenen Führung der Bolschewiki, mit der Aufrichtung der Diktatur der Schaffenden in der Räteordnung daselbst glühte die Weltrevolution auf. Es schien, daß ihre Lohe sich reißend rasch über den Erdball wälzen müßte. Flackerten nicht mehr und mehr ihrer Feuerzeichen empor? Der militärische Zusammenbruch der Zentralmächte; die sinnenfällige Zerrüttung der kapitalistischen Wirtschaft in allen Ländern; die Umwälzung in der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie; der Umsturz des kaiserlichen Deutschen Reiches. Nach der Höhe der ökonomischen Entwicklung Deutschlands, nach der Bedeutung, der politischen Schulung und Organisation und den Leiden seines Proletariats deuchte die Annahme nicht verwegene Phantasterei, daß hier der Umsturz zur ganzen, zur proletarischen Revolution werden, und daß diese die Arbeiter Westeuropas zum Befreiungskampf rufen müsste.“[6]

Die Entwicklung in Deutschland

Deutschland nahm unter den zusammenbrechenden Großreichen von Asien bis Europa eine Sonderstellung ein. Während der Osten den Industrialisierungsprozeß des Westens und die Lösung der damit einhergehenden politischen und sozialen Aufgaben ohne Bourgeoisie und Finanzkapital nachholen mußte und deshalb auf die Revolution im Westen angewiesen war, gehörte Deutschland – abgesehen von der politischen Macht der feudalen Eliten – zu den modernsten Gesellschaften der Welt mit der effizientesten Verwaltung und seit Bismarck mit einem vorbildlicheren Sozialsystem als das der liberalen Demokratien. Lenins Imperialismus- wie auch Sozialismustheorie orientierte sich an dem deutschen Modell. Diese Theorie enthielt eine unbestreitbar reale gesellschaftspolitische Alternative zum imperialistischen Privatkapitalismus. Diese Alternative leitete Lenin aus dem hochentwickelten Staatskapitalismus ab, in dem er den Prototyp der künftigen sozialistischen Gesellschaftsorganisation sah. Die kommunistische

6 Clara Zetkin: Um Rosa Luxemburgs Stellung zur russischen Revolution, Hamburg 1922, S.3.

Usurpation der Staatsmacht und die Verstaatlichung der Schlüsselindustrie waren keine Utopie.

Da die deutsche Revolution vor der Aufgabe stand, zunächst das gesamte politische System zu demokratisieren – und das bedeutete vor allem die Liquidierung des agrarischen Großgrundbesitzes, die Unterstellung des Militärs unter demokratische Kontrolle sowie die Demokratisierung der Verwaltung –, hätte diese Aufgabe nur durch basisdemokratische und nicht durch parlamentarische Gewalt gelöst werden können. Da jedoch weder die MSPD noch die USPD in dieser Frage durchgreifende Initiativen entwickelten, die vor der Einberufung der Nationalversammlung vollendete Tatsachen hätte schaffen müssen, fiel diese Aufgabe den Linken zu, die dies als einzige politische Kraft erkannt hatten und dazu bereit waren. In den scharfen Auseinandersetzungen um die schnelle und vordringliche Lösung der tagespolitischen Aufgaben war eine über die bürgerliche Republik hinausgehende Umwälzung gegen das ostelbische Junkertum, die vor allem auch eine preußische Angelegenheit war, der Mehrheit der Bevölkerung im Deutschen Kaiserreich vor der kurzfristigen Einberufung der Nationalversammlung jedoch nicht zu vermitteln. Diese Kurzfristigkeit war der entscheidende taktische Schachzug der Gegenrevolution, und mit Recht wandte sich die Parteileitung der USPD dagegen.[7]

Ebenso problematisch war die Tatsache, daß sich die Arbeiterräte ihres Machtpotentials nicht bewußt waren und es vorzogen, sich eher dem Parlamentarismus zu unterwerfen als das Experiment ihrer Volkssouveränität zu wagen. Die Dominierung der Arbeiterräte durch die Vertreter der Mehrheitssozialdemokratie, die Unabhängigen und Gewerkschafter in all ihrer politisch-ideologischen Spannbreite spiegelte die Kompliziertheit und Differenziertheit der deutschen Arbeiterbewegung. Und die politische Heterogenität der Soldatenräte bot ohnehin keine Grundlage für das Konzept der Linken. Diese ohne praktischen Gegenbeweis schwer wahrnehmbare Wirklichkeit machte die revolutionäre Logik der Linken am Ende zur Illusion. Dennoch entsprach allein das radikale Demokratisierungsprogramm des Spartakusbundes in den wesentlichsten Punkten den Erfordernissen, den Reformstau in Deutschland zu beseitigen. Die Linken als radikalster Flügel der Revolution vertraten das konsequenteste Demokratisierungsprogramm nicht nur im Hinblick auf den politischen und sozialen Inhalt der Nahzielforderungen, sondern auch im Hinblick auf die Methoden des politischen Kampfes. Indem der Spartakusbund unterstrich, daß er nur mit dem Mandat der Mehrheit die Regierungsgewalt übernehmen werde[8] und auch revolutionären Terror als politisches Mittel der bürgerlichen Minderheitenrevolution charakterisierte bzw. als „Mittel, hoff-

7 Siehe Gerhard A. Ritter/Susanne Miller (Hrsg.): Die deutsche Revolution 1918-1919. Dokumente, Frankfurt/Main 1983, S.319f.

8 Siehe Rosa Luxemburg: Was will der Spartakusbund?, in: Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke (RLGW), Bd. 4, Berlin 1983, S.488.

nungslose Interessen gegen den Strom der Geschichte zu verteidigen",[9] ablehnte, bekannte sich zumindest ein Teil der deutschen Linken zu formalen demokratischen Prinzipien. Dies stand nicht im Widerspruch zur „Diktatur des Proletariats", die als Diktatur der Mehrheit über die Minderheit der feudalen und bürgerlichen Eliten gedacht war, um eine von der Mehrheit dominierte Ökonomie zu gestalten.

Mit der sozialdemokratisch geprägten politischen Führungsschicht, die vollständig auf dem Boden der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie stand, war die Radikalität des linken Politikkonzepts nicht durchzusetzen. Als der Reichsrätekongreß auf die Machtübernahme verzichtete und die USPD-Führung einen von den Linken geforderten Parteitag zur Klärung der politischen Perspektive ablehnte, schien die Notwendigkeit einer eigenständigen linken Partei gegeben. Rosa Luxemburgs Feststellung, daß die Trennung von der USPD aus politischen Gründen absolut unvermeidlich war, weil sich die Situation seit Gotha total verändert hätte,[10] entsprach wohl den Gesetzen der Revolution. Denn es bestand zu diesem Zeitpunkt noch kein Grund, vom Ende der deutschen Revolution auszugehen. Rosa Luxemburg gebrauchte für die Spartakusleute zwar das Beispiel der flandrischen Geusen,[11] aber der Vergleich mit den Jakobinern wäre zumindest für den bevorstehenden Revolutionsabschnitt passender gewesen. Die Linken hatten ohne die negativen Erfahrungen der Praxis Grund, weiter auf die Räte der unteren Ebenen zu bauen. Und die wenigen, die sich wie Rosa Luxemburg bereits mit den Wahlen zur Nationalversammlung abgefunden hatten, legten das Schwergewicht von jetzt an auf Aktionen außerhalb des zu wählenden Parlaments, um über den Charakter desselbigen und dessen Perspektive zu entscheiden. Die wirtschaftlichen Konflikte der Nachkriegszeit würden diese Aktionen ohnehin beschleunigen.

Es ist jedoch bezeichnend für die europäische Linke, daß sich bereits auf dem Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands – im Hinblick auf den Namen der neuen Partei, hinsichtlich der Differenzen zwischen Luxemburg und den Bolschewiki in der Frage des Terrors sowie in der Frage der Wahlbeteiligung – Widersprüche auftaten,[12] die sich das gesamte 20. Jahrhundert nicht glätten ließen. Wenn Rosa Luxemburg und Leo Jogiches im Vorfeld des KPD-Gründungsparteitages den Unterschied zwischen dem Bolschewismus und

---

9 Dies: Ein gewagtes Spiel, in: ebenda, S.412.

10 Siehe Rosa Luxemburg an Clara Zetkin, 11. Januar 1919, in: Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe, Bd. 5, Berlin 1984, S.427. Im April 1917 fand in Gotha der Gründungsparteitag der USPD unter Einschluß der Spartakusgruppe statt.

11 Siehe Rosa Luxemburg: Die Reichskonferenz der Spartakusgruppe, in: RLGW, Bd. 4, S.477.

12 Siehe Ruth Fischer: Stalin und der deutsche Kommunismus, Berlin 1991, S.108-109; Die Gründung der KPD. Protokoll und Materialien des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands 1918/1919. Mit einer Einführung zur angeblichen Erstveröffentlichung durch die SED. Herausgegeben und eingeleitet von Hermann Weber, Berlin 1993, S.38-45.

dem westeuropäischen Sozialismus akzentuierten, dann beachteten sie die wesentlichen Unterschiede zwischen beiden Richtungen, die in einer nicht zu ignorierenden unterschiedlichen Entwicklung begründet waren. Das elitäre, in der Tradition der Narodniki wurzelnde Leninsche Parteikonzept, die Aufstandstaktik und die Bejahung des Terrors waren die Trennlinie zwischen Lenin und Luxemburg. Die Tatsache, daß sich auch im Führungszirkel von Spartakus mit Karl Liebknecht sowie unter den regionalen linken Gruppen kritiklose Befürworter dieser bolschewistischen Politik fanden, war eine Hypothek, die den Kommunisten bis an ihr Ende anhing. Rosa Luxemburg und Genossen waren wohl die einzigen, die Friedrich Engels' Testament verstanden hatten, der bereits 1895 den elementaren Unterschied zwischen der bürgerlichen Minderheiten- und der proletarischen Majoritätsrevolution thematisiert hatte.[13] Die Diskussion auf dem Gründungsparteitag der KPD zum Thema Terror bewies, daß der Wesensunterschied zwischen Diktatur des Proletariats als Majoritätsrevolution und Terror als Ausdruck der Minoritätsrevolution nicht verstanden wurde.

In den Januarkämpfen 1919 vereinigten sich noch einmal die Linken mit der originären sozialdemokratischen Revolution, deren Akteure begriffen, daß sie von der sozialdemokratischen Führung um die Revolution betrogen worden waren.[14] Doch der Inhalt dieses Konflikts war immer noch die Demokratisierung und nicht die Bolschewisierung der Revolution. Rosa Luxemburgs Bilanz der deutschen Revolution nach der Niederwerfung des Januaraufstandes drängt die Frage in den Mittelpunkt, ob die Revolutionsbegeisterung der Linken nicht doch den notwendigen politischen Realismus vermissen ließ. Auch Rosa Luxemburgs Argument, wonach dieser Aufstand von der Gegenrevolution provoziert war, was den Putschvorwurf von vornherein entkräften und den Aufstand zur Ehrensache qualifizieren sollte, ist nicht sehr überzeugend. Die von ihr eingestandene „allgemeine Unreife der deutschen Revolution"[15] machte einen Sieg in dieser Revolutionsphase von vornherein unmöglich bzw. schloß im zeitweiligen Erfolgsfalle gleichfalls den Terror mit ein. Ein Krieg des revolutionären Proletariats im vermeintlichen Gesamtinteresse des Volkes gegen alle konservativen sozialen und politischen Kräfte ist eine Minderheitenrevolution, verlangt Terror und führt ohne Umkehr zur Deformation.

Das bolschewistische Organisationskonzept und die Revolutionsstrategie im Gründungsprozeß der Kommunistischen Internationale als Ausdruck des verzweifelten Versuchs, die Revolution in Rußland aus ihrer Isoliertheit zu befreien, verhinderte gleichzeitig die Sammlung des gesamten linken Potentials. So war es nach Abschluß der bürgerlich-demokratischen Revolutionsphase in Europa nur

---

13 Siehe Friedrich Engels: Einleitung [zu Karl Marx' „Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850 (1895)], in: MEW, Bd. 22, S.509-527.

14 Siehe Sebastian Haffner: Die deutsche Revolution 1918/19, Reinbeck bei Hamburg 2004, S.155-168.

15 Rosa Luxemburg: Die Ordnung herrscht in Berlin, in: RLGW, Bd. 4, S.535.

eine Frage kurzer Zeit, daß sich Kommunisten und Sozialdemokraten – ohne die Unabhängigen als dritte politische Kraft dazwischen – polarisierten. Die oppositionelle sozialistische Linke, die sich der Außenpolitik und dem Organisationskonzept der isolierten Revolution in Rußland und in der Folgezeit deren spezieller Formationsgeschichte als Leitrevolution des 20. Jahrhunderts nicht anschließen konnte, mußte zwischen Reformisten und Kommunisten zerrieben werden oder ihren Platz wieder auf dem linken Flügel der Sozialdemokratie einnehmen.

Die Wandlung des Arbeiterbewegungssozialismus des 19. Jahrhunderts – der heroischen Epoche der II. Internationale (1889-1914) – mußte bis zum Ende der Weltkriegsrevolutionen (1917-1923) zwangsläufig drei Hauptrichtungen hervorbringen, weil Weltkrieg und Revolution auch gesellschaftspolitisch drei Alternativen hervorbrachten. Das jahrzehntelange kommunistische Dogma, daß es einen dritten Weg zum Sozialismus nicht gäbe, war eine Hilfskonstruktion, um aus der Not eine Tugend zu machen und den Machtanspruch der revolutionären Kaderelite zu behaupten. Tatsächlich war das Weltrevolutionskonzept der europäischen Linken bis zu seinem Scheitern die einzige Alternative zum kapitalistischen Imperialismus. In dieser Frage stimmten Bolschewiki und deutsche Linke überein, und dies war auch der gemeinsame Nenner von Lenin und Luxemburg. Als sich jedoch herausstellte, daß die Weltrevolution eine Illusion und die Frage nach der Zukunft der deformierten bolschewistischen Revolution zu beantworten war, begann das Auseinanderdriften von Linkssozialismus und Bolschewismus. Und mit Recht stehen die Unterschiede zwischen Lenin und Rosa Luxemburg am Beginn dieses letzten großen Schismas, das Paul Levis Veröffentlichung des unvollendeten Manuskripts von Rosa Luxemburg „Zur russischen Revolution“ mit einem Paukenschlag einleitete.[16]

Inwieweit die Praxis der Bolschewiki das Verhalten der politischen Richtungen außerhalb Rußlands negativ beeinflußt hat, ist noch ungeklärt. Lenins theoretisch begründetes und vor allem politisch realisiertes Organisationskonzept brachte nicht nur die Parteidiktatur, sondern auch die des engeren Führungszirkels hervor und ermöglichte am Ende die absolute Herrschaft des Parteiführers.[17] Lenin hatte das wohl an seinem Lebensende erkannt, und seine Warnung vor der Machtfülle in der Hand Stalins bedeutete ein zu spätes Eingeständnis dieses Fehlers. Die russische Revolution brachte schließlich einen neuen Gesellschaftstyp hervor, in der sich Staatskapitalismus, asiatische Despotie und kommunistische Ideologie überlagerten.[18] Nicht ausdiskutiert ist die Frage,

16 Siehe hierzu Annelies Laschitza: Zum Umgang mit Rosa Luxemburg in Vergangenheit und Gegenwart, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1991, H. 4, S.435-452; Dies.: Rosa Luxemburg und die Freiheit des Andersdenkenden, Berlin 1990, S.7-32.

17 Siehe Norman Birnbaum: Nach dem Fortschritt. Vorletzte Anmerkungen zum Sozialismus, München 2003, S.73-76.

18 Siehe Michael Schneider: Das Ende eines Jahrhundertmythos. Eine Bilanz des Staatssozialismus, Köln 1996, S.96-158.

welcher Formation die sowjet-russische Gesellschaft zuzuordnen ist.[19] Sowohl die Folgen des Leninschen Organisationskonzepts wie auch die zwangsläufige Deformation der russischen Revolution durch einen speziellen Gesellschaftstyp hatte Rosa Luxemburg scharfsinnig vorausgesehen. Und so mußten die russischen Kommunisten, indem sie sich für die bedingungslose Behauptung ihrer politischen Macht entschieden, einen Entwicklungsweg einschlagen, der die Traditionen der asiatischen Despotie fortsetzte und potenzierte und mit den Sozialismusvorstellungen der frühindustrialisierten Staaten nichts gemeinsam hatte.

Die Stuttgarter Linken

Charakteristisch für die deutsche Revolution war die große Differenziertheit der Massenbewegung in den verschiedenen Regionen des Kaiserreiches. Eines der Zentren der deutschen Revolution, das den Linken Rückenwind gab, war Württemberg. Die Sozialdemokratie in Schwaben galt in den letzten vier Jahren vor Entfesselung des Ersten Weltkrieges als der „württembergische Hexenkessel". Hier strapazierte die innerparteiliche Auseinandersetzung um das strategische Konzept der Partei deren organisatorische Einheit derart, daß diese bei Kriegsbeginn zerbrach. Der württembergische Landesverband der Sozialdemokratie vollzog damit drei Jahre vor der USPD-Gründung die organisatorische Spaltung der größten und einflußreichsten sozialdemokratischen Partei Europas. Jacob Walcher charakterisierte 1925 die Auseinandersetzung in der schwäbischen Sozialdemokratie wie folgt: „[...] nicht in einem einzigen deutschen Zentrum – mit Ausnahme vielleicht von Bremen – erreichte dieser Kampf eine solchen Breite und prinzipielle Schärfe, wie namentlich in Stuttgart."[20]

Der Parteifriede in der württembergischen Sozialdemokratie erhielt Risse, als die Sozialdemokraten vor allem des Stuttgarter Reichstagswahlkreises – Arbeiter bei Bosch in Stuttgart und Daimler in Sindelfingen und Untertürkheim – die von Wilhelm Keil redigierte Parteizeitung, „Schwäbische Tagwacht", wegen ihrer zunehmend reformistischen Ausrichtung kritisierten. Die organisierten Arbeiter dieser Betriebe waren es, auf die sich die linken Wortführer des Sozialdemokratischen Vereins Stuttgart Clara Zetkin, Friedrich Westmeyer, Jacob Walcher, Edwin Hoernle, Otto Krille, Arthur Crispien, Ferdinand Hoschka, Käte Duncker und die Göppinger Sozialdemokraten August Thalheimer und Karl Radek stützen konnten, wenn es galt, gegen die Kooperation der süddeutschen sozialdemokratischen Budgetbewilliger mit den Landesregierungen Stellung zu

19 Siehe Marcel van der Linden (Hrsg.): Was war die Sowjetunion? Kritische Texte zum real existierenden Sozialismus, Wien 2007.

20 Zit. nach: Fritz Rück: Aus dem Tagebuch eines Spartakisten, Moskau-Leningrad 1926, Maschinenschriftliches Manuskript (Übersetzung aus dem Russischen) im Besitz des Autors, S.2.

beziehen und eine energische außerparlamentarische Opposition gegen die Provokation der großen internationalen Vorkriegskrisen zu beziehen.
Zwischen 1910 und 1914 gelang es dem linken Flügel in Württemberg mit einem effizienten Organisationsstatut, die Stuttgarter Parteiorganisation zu dominieren und in den Großbetrieben Fuß zu fassen; mit einer Preßkommission die Redaktion der Parteizeitung zu kontrollieren; mit einem Kreissekretariat den 1. württembergischen Reichstagswahlkreis zu majorisieren und mit drei Abgeordneten in die Landtagsfraktion einzuziehen. Auf den Landesparteitagen konnten sich die Linken wegen des die kleinen ländlichen Vereine begünstigenden Wahlproporzes nicht durchsetzen. Auf diese Mehrheit stützte sich der reformistische Flügel, zu dessen Exponenten sich der Landtagsabgeordnete Wilhelm Keil profilierte.
Als nach Entfesselung des Weltkrieges der württembergische Landesvorstand die linke Redaktion der „Schwäbischen Tagwacht" zum Einschwenken auf die Politik des 4. August zwang und diese sich weigerte, übernahm Wilhelm Keil auf Anordnung des Landesvorstandes erneut das Parteiblatt. Die meisten linken Stuttgarter Bezirksvereine führten daraufhin keine Beiträge mehr an den Landesvorstand ab, sondern investierten in die Gründung eines linken Informationsblattes. Daraufhin gründete der Landesvorstand mit der rechten Minderheit der Stuttgarter Sozialdemokratie einen neuen Stuttgarter Parteiverein, worauf die Stuttgarter Linke mit der Gründung einer linken Landesorganisation antworteten, die jedoch vom Berliner Parteivorstand nicht anerkannt wurde.
Der württembergische Konflikt war zu keinem Zeitpunkt regional begrenzt, sondern wurde von Anfang an auch auf der nationalen Parteiebene ausgetragen. In ihn waren die Exponenten aller Parteirichtungen involviert, und zwischen diesen und den regionalen Stuttgarter Parteigrößen sind wechselseitige Impulse erkennbar. So wie prominente Gegner der Reformisten anderer sozialdemokratischer Organisationen dem führenden Kopf der Stuttgarter Linken, Friedrich Westmeyer, moralisch den Rücken stärkten, so sehr beeinflußten Westmeyer und seine politischen Freunde die Linken auf der zentralen Parteiebene. Die Ignoranz eines Vermittlungsversuchs August Bebels zwischen beiden Parteiflügeln 1911 und die Kritik der Stuttgarter Sozialdemokraten an Karl Liebknechts Unterordnung unter den Fraktionszwang bei der ersten Budgetbewilligung am 4. August 1914 waren dafür markante Beispiele.
Die strikte Ablehnung der Burgfriedenspolitik seit dem 4. August 1914 durch die Stuttgarter Linken zwang die Parteirechte hier, sich neu zu organisieren und die linken Organisationen zu „exkommunizieren". Während des Kriegsverlaufes gab es in Stuttgart nicht die klassische politische Differenzierung zwischen Reformisten, Zentristen und Linken wie auf Reichsebene. In Württemberg schwenkte die Linke von Anfang an auf die Spartakuslinie ein und verweigerte sich wie viele andere linke Organisationen im April 1917 einem Anschluß an die USPD. Erst nachdem sich die zersplitterte Opposition gegen den Krieg als wirkungslos und der Aufbau der USPD-Organisation als politisch relevant erwiesen hatten, kam es Ende Oktober zum Übertritt der württembergischen Linken zur USPD.

Damit war die hiesige USPD von den Linken dominiert. Im Stuttgarter Industriegebiet war der Einfluß der Unabhängigen sehr stark.
Wenngleich die Verfolgungen der Militärdiktatur und die Politik des reformistischen Parteiflügels bei den Linken einen personellen Aderlaß bewirkten, gelang es hier nicht, das linke Potential vollständig auszuschalten. Am Ende des Krieges wurde es unter veränderten Verhältnissen wieder gestärkt. Die Angst des Heimatheeres vor den Gestellungsbefehlen, die Versorgungsprobleme im Hinterland, der Autoritätsverlust der militärischen Führung nach der Einsicht in die Kriegsniederlage und der Autoritätsverlust des Kaisertums und der sie unterstützenden Monarchien, die sich der Diktatur Ludendorffs unterworfen hatten,[21] zeitigten im antipreußischen Süddeutschland und innerhalb der nichtschwäbischen Arbeiterschaft in den Großbetrieben besondere Wirkung. Als sich die Situation im Herbst 1918 zuspitzte, waren es die übriggebliebenen und jüngeren „Unabhängigen Spartakus-Linken", die die Initiative ergriffen und sich an die Spitze der die Revolution auslösenden Massenstreiks stellten. Die auch in Württemberg gewählten Arbeiter- und Soldatenräte waren die Machtorgane der spontanen revolutionären Bewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts.
In Württemberg war die Ausgangslage für die Revolution günstig. Hier gab es auf der Führungs- und Aktivistenebene zwischen Spartakusgruppe und USPD keinen konzeptionellen Unterschied. Trotz der personellen Dezimierung der Linken durch die Militärdiktatur begannen seit dem 22. Oktober 1918 in Friedrichshafen und Stuttgart Antikriegsdemonstrationen der Industriearbeiterschaft unter dem Einfluß ihrer USPD-Vertrauensleute. Diese Demonstrationen erhoben bereits die Forderung nach der Republik. Fritz Rück und August Thalheimer, Mitglieder der Spartakuszentrale, begannen diese Bewegung erfolgreich zu beeinflussen. Die Bewegung verstärkte sich, und bereits am 4. November konstituierte sich in Stuttgart der erste Arbeiter- und Soldatenrat Württembergs. Dessen Programm, artikuliert in der „Roten Fahne", forderte neben dem sofortigen Friedensschluß und der Demokratisierung des Heerwesens bereits die Macht des Arbeiter- und Soldatenrates und die Enteignung der Banken und Industrien.[22]
Unter maßgeblichem Einfluß von Wilhelm Keil versuchte die MSPD dieser Entwicklung mit einer königlich-parlamentarischen Regierung entgegenzusteuern, die jedoch durch die Ereignisse in Berlin am 9. November ad absurdum geführt wurde. Die Verhaftung der Führungskräfte der württembergischen Kundgebungen bewirkte die Verstärkung der Massenbewegung, die wie in Berlin die MSPD zwang, sich auch in Stuttgart an die Spitze der Revolutionsbewegung zu stellen, wenn ihr diese nicht entgleiten sollte. Ihr

21 Siehe Arthur Rosenberg: Entstehung der Weimarer Republik, Hamburg 1991, S.228.
22 Siehe hierzu Sylvia Neuschl: Geschichte der USPD in Württemberg oder über die Unmöglichkeit einig zu bleiben, Esslingen 1983.

Programm lief jedoch, neben der Friedens- und Republikforderung, lediglich auf Maßnahmen für eine Übergangswirtschaft hinaus.
Fritz Rück und August Thalheimer, die als Initiatoren der Streiks in Haft genommen wurden, waren noch ausgeschaltet, als Wilhelm Keil in Stuttgart die Revolution in gemäßigte Bahnen zu lenken begann. Die anderen linken Führungskräfte der USPD, Arthur Crispien und Ferdinand Hoschka, fanden sich plötzlich im Schlepptau von Sozialdemokratie und Gewerkschaften, da die Arbeiterschaft Einigkeit der beiden sozialistischen Parteien forderte. Im Ergebnis dessen entstand am 9. November eine provisorische MSPD/USPD-Koalition, der seitens der USPD und den Spartakusanhängern Arthur Crispien, Albert Schreiner, Ferdinand Hoschka und Fritz Rück beitraten, während August Thalheimer seine Mitarbeit versagte. Als am gleichen Tag jedoch der Stuttgarter Arbeiter- und Soldatenrat für die provisorische Regierung votierte und eine symptomatische Vorentscheidung fällte, legte Fritz Rück den Ratsvorsitz nieder und verließ die Regierung. Doch tags darauf kooptierte die MSPD aus Furcht vor den Reaktionen des in die Heimat zurückflutenden, immer noch bewaffneten Heeres und einer möglichen Kooperationsverweigerung der Verwaltung Vertreter der bürgerlichen Parteien in die Regierung. Von der USPD und Spartakus verblieben nur noch Arthur Crispien, Ulrich Fischer für Fritz Rück und Albert Schreiner im Kabinett Blos. Die Regierungsbeteiligung der USPD-Vertreter in der sozialistisch-bürgerlichen Koalition erschien nach Ansicht der Stuttgarter Spartakisten noch nicht als Konsensverletzung, weil sie auf die Annahme des Spartakusprogramms durch die Räte bauten. Trotz der Zustimmung des Stuttgarter Arbeiter- und Soldatenrates zur Regierung Blos hatte noch keine nach einem einheitlichen Wahlmodus konstituierte Räteversammlung über die historischen Perspektiven entschieden.[23]
Erst die am 28. November tagende Versammlung der Arbeiterräte des Großraums Stuttgart offenbarte das zentrale Problem: zum einen den Wunsch nach Einigkeit der beiden sozialistischen Parteien, zum anderen die Forderung nach einem klaren Bekenntnis für das linke bzw. reformistische Politik-Konzept. Im Ergebnis der Diskussion setzte sich, nicht zuletzt auch wegen des unklaren Plädoyers Edwin Hoernles[24] für die Rätemacht, das Konzept der MSPD durch. Die am 8. Dezember konstituierte erste Landesversammlung der Arbeiterräte sanktionierte die strategisch historische Entscheidung der Arbeiterräte des Stuttgarter Industriegebietes. In Württemberg bewies der Generalstreik im März/April 1919 die hohe Affinität zwischen Kommunisten und Unabhängigen. Der SPD-Abgeordnete Hermann Mattutat bezeichnete die Unabhängigen sogar als Gefolgschaft der Spartakisten.[25] Im Verlaufe dieser Ereignisse gaben Arthur Crispien und Ulrich Fischer ihr Regierungsmandat an den Arbeiterrat zurück,

23 Siehe ebenda, S.183.
24 Siehe ebenda, S.187.
25 Siehe Peter Scherer/Peter Schaaf: Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Württemberg und Baden 1848-1949, Stuttgart 1984, S.247.

und das Programm der Unabhängigen forderte den Sturz der provisorischen Reichs- und Landesregierung, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjet-Republik, die Beschlagnahme der Banken, Bergwerke und Kohlegruben sowie die Rätemacht.

Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Württemberg, insbesondere im Stuttgarter Industriegebiet, spiegelt den Glanz und das Elend der deutschen Revolution in besonderem Maße. Zum einen existierte hier infolge einer schnellen Modernisierung der Wirtschaft mit den damit einhergehenden regionalen, nationalen und weltpolitischen Konfliktpotentialen des imperialistischen Kapitalismus eine starke Linke. Zum anderen gab es im Königreich Württemberg infolge der süddeutschen liberalen Traditionen und der nach wie vor dominierenden ländlichen Strukturen einen starken reformistischen Flügel. Dieser Antagonismus innerhalb der württembergischen Sozialdemokratie erklärt die scharfen ideologischen Auseinandersetzungen, die rasante Polarisierung beider Flügel und deren im Vergleich zur Gesamtpartei vorzeitige organisationspolitische Verselbständigung.

Die Stärke des linken Flügels und sein engagierter Widerstand gegen die Burgfriedenspolitik bewirkte dessen weitgehende Unterdrückung durch die Militärdiktatur während des Krieges mit der Folge eines Kontinuitätsbruches innerhalb der Führungsriege der Linken und ihrer Verbindungen zur Arbeiterschaft in den Betrieben. Dadurch war der reformistische Partei- und Gewerkschaftsflügel eindeutig begünstigt. Ein vermittelndes Parteizentrum gab es in Württemberg nicht. Deshalb wurde in Württemberg die Trennung der Linken von den Unabhängigen nicht vom landespolitischen, sondern vom reichspolitischen Konflikt zwischen Spartakus und USPD geprägt. Im Gefolge der Kriegsniederlage baute sich rasch neues Konfliktpotential unter der Industriearbeiterschaft auf, das sich in Verbindung mit der vollständigen Diskreditierung von Monarchie und Kaisertum zur Revolution entlud. Wenngleich auch in Württemberg zu Beginn der Revolution der Ruf nach Einheit der beiden Arbeiterparteien aufkam, wurde die Kontroverse beider Parteien – Nationalversammlung oder Rätemacht – ohne Kompromiß geführt, und es waren die Unsicherheiten auf dem linken Flügel, die die Entscheidung zugunsten der Nationalversammlung herbeiführten. Die Neuauflage des 4. bzw. 9. November 1918 durch den Generalstreik im März/April 1919 sah KPD und USPD in gemeinsamer Aktion.

Bis zur Unterwerfung der KPD unter die Moskauer Komintern-Zentrale blieb die Linke in Württemberg homogen.

Constantin Frantz' Schrift „Louis Napoleon" im Vergleich mit dem Marxschen „18. Brumaire"

Helmut Meier

Constantin Frantz (1817-1891), Zeitgenosse von Karl Marx und Friedrich Engels, war zu seinen Lebzeiten einer der produktivsten und bekanntesten politischen Schriftsteller aus dem konservativen Lager. Er äußerte sich zu zahlreichen Themen, zu denen auch Schriften von Marx und Engels vorliegen. Um nur einige zu nennen: die Hegelsche und Feuerbachsche Philosophie, die Achtundvierziger Revolution, die deutsche Frage und die Bismarcksche Reichsgründung, die soziale Frage, die italienischen Feldzüge Österreichs und die Entwicklung des Kapitalismus.

Hier interessiert seine Schrift „Louis Napoleon" aus dem Jahre 1852.[1] Bei ihr denkt man natürlich sofort an Marxens Schrift „Der 18. Brumaire des Napoleon Bonaparte"[2] und legt sich die Frage vor, ob es wohl eine gegenseitige Bezugnahme gibt. Eigenartigerweise lassen sich jedoch keinerlei Hinweise finden, daß die Autoren voneinander Kenntnis genommen hatten. Wie es überhaupt verwundert, daß weder bei Marx noch bei Engels in irgendeiner Form Schriften von Constantin Frantz erwähnt werden. Zwar scheint es nahezu unwahrscheinlich, daß sie seine Arbeiten nicht registrierten, zumal Frantz an mehreren exponierten Stellen seines Werkes eine umfangreiche Polemik mit dem Marxismus betrieb, aber Belege dafür gibt es nicht.

Was Frantz' Schrift „Louis Napoleon" angeht, so hat sie eine Vorgeschichte. Sie ist nämlich die Frucht einer im Dienste der preußischen Regierung vorgenommenen Informationsreise durch die Schweiz und Frankreich im Herbst 1851, deren ausdrücklicher Auftrag im Studium der „sozialistischen und kommunistischen Bewegungen" bestand. Fünf Wochen reiste Frantz über Lyon, Chalons, Nevers, Bourges und Orleans nach Paris, wo er allein drei Wochen zubrachte. In einer Denkschrift an seinen Auftraggeber Otto von Manteuffel vom 31. Oktober 1851 faßte er erste Resultate seiner Beobachtungen zusammen.[3] Sie sind zweifellos dazu bestimmt, dem Adressaten die Kompetenz des Verfassers für die Beurteilung der Lage in Frankreich darzutun und damit die

---

1 Siehe Louis Napoleon. Von dem Verfasser Unserer Politik (anonym), Berlin 1852. Diese Schrift ist als einzige Arbeit von Frantz in der Nazizeit aufgelegt worden, bezeichnenderweise mit dem Titel: Konstantin Frantz: Masse oder Volk/Louis Napoleon. Herausgegeben und mit einer Einleitung versehen von Franz Kemper (= Deutsche Schriften, Bd. I), Potsdam 1933.

2 Siehe Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 8, Berlin 1960, S.111-207.

3 Siehe Udo Sautter: Constantin Frantz und die zweite Republik. Eine Denkschrift aus dem Jahre 1851, in: Historische Zeitschrift, Bd. 210, 1970, H. 3, S.560-582.

eigene Karriere zu befördern. Eine solche Vermutung hatte bereits Udo Sautter ausgesprochen.[4] Es wäre jedoch zu kurz gegriffen, in Frantz' Darstellung nur die karrieristische Bestätigung von ihm wohlbekannten Einstellungen Manteuffels zu sehen. Vielmehr brauchte sich Frantz nicht zu verstellen; denn er wußte sich in bestimmten politischen Sachfragen in Übereinstimmung mit seinem Auftraggeber.

So ist die Denkschrift ein Zeugnis mehr für seine grundsätzliche Ablehnung des bürgerlichen Parlamentarismus, die in eine unverhohlene Sympathie für das politische Vorgehen Louis Napoleons einmündet. Es ist daher kein Wunder, daß er dessen Mißachtung des Parlaments voll und ganz teilte. Bei ihm heißt es: „Denn überhaupt muß mit der parlamentarischen Regierungstheorie gebrochen werden, – das ist die erste Bedingung, um wieder eine selbständige Regierungsgewalt zu etablieren."[5] In seinen Augen war Louis Napoleon der einzige ernstzunehmende Faktor, der in Frankreich politische Stabilität zu garantieren vermochte, und das vor allem, weil er die Unterstützung der Armee besaß. Das kommt in folgenden Worten zum Ausdruck: „Ich habe mich in Frankreich umgesehen nach Links und Rechts, habe aber nichts gefunden, welches Stabilität hätte, und welches allgemein anerkannt wäre, außer das Militair. [...] Eh bien, so bleibt nichts übrig als ein militairisch organisiertes Gouvernement, welches mit der Zeit vielleicht einen moralischen Boden gewinnen kann, durch administrative Einrichtungen und soziale Reformen, – niemals durch parlamentarische Formen. [...] Offenbar war dies der Gedanke Napoleons. Glückliches Frankreich, wenn es dem Präsidenten gelingt, in diese Richtung einzutreten! Ein Glück zugleich für die Ruhe Europas."[6]

Frantz' Verachtung gegenüber dem Parlament verbindet sich mit der von ihm immer wieder geäußerten Überzeugung, die Mehrheit des französischen Volkes sei „selbst unfähig zu regieren" und nur geeignet, „eine breite Basis für ein militairisch organisiertes Gouvernement" abzugeben.[7] Deshalb billigte er auch, daß Bonaparte plebiszitäre Methoden ausnutzte, um sich an die Macht zu bringen. Frantz deutete bereits an dieser Stelle die Möglichkeit an, daß es zur Wiederherstellung einer napoleonischen „Erbmonarchie" kommen könnte.

Nach Berlin zurückgekehrt, goß Constantin Frantz dann die Ergebnisse seiner Recherchen in die Form jener Broschüre, die im Jahre 1852 unter dem Titel „Louis Napoleon" erschien. Hier stellt er ausführlich dar, was er in seiner Denkschrift bereits thesenhaft umrissen hatte. In die Broschüre ging auch seine Bewertung des inzwischen stattgefundenen Staatsstreiches Napoleons ein, die selbstverständlich positiv ausfiel. Allein diese Tatsache macht einen wesentlichen Unterschied zu der Marxschen Schrift sichtbar. Aber es gibt derer noch mehr,

4 Siehe ebenda, S.571.
5 Ebenda, S.577.
6 Ebenda, S.581.
7 Ebenda, S.577.

wie allerdings in der Schilderung und Bewertung der französischen Verhältnisse auch interessante Berührungspunkte bestehen.

Constantin Frantz gab in seiner Schrift nicht nur erneut seine uneingeschränkten Sympathien für Bonaparte zu erkennen. Er war auch bestrebt, die Legitimität seines Vorgehens nachzuweisen, indem er ihn zum „Träger eines Prinzips" erhob, wobei er sich den Begriff des „Napoleonismus" zu eigen machte. Daraus folgt seine vollständig andere Motivation für die Behandlung dieses Themas; denn für Karl Marx war der sogenannte „Napoleonismus" nichts anderes als die ideologische Verbrämung der profanen machtpolitischen Ambitionen Bonapartes.

Im Unterschied zu Frantz war es das Anliegen von Marx, die Ursachen für das Zustandekommen des Staatsstreiches des Louis Napoleon aufzudecken, indem er eingehend die politischen Ereignisse seit der Februarrevolution von 1848 analysierte. Marx zeigte auf, wie die unterschiedlichen Fraktionen der französischen Bourgeoisie durch ihre egoistische Interessenpolitik die Konsolidierung der bürgerlichen Ordnung unmöglich machten, vor allem nachdem durch die blutige Niederwerfung der Arbeiterbewegung in den Junitagen die Gefahr einer Fortsetzung der Revolution beseitigt worden war. Das kleinliche Gerangel um Posten und Pfründe führte zu einer wachsenden Diskreditierung des Parlaments und drohte, den bürgerlichen Staat handlungsunfähig zu machen. Diese Situation begünstigte den Aufstieg des politischen Abenteurers Louis Napoleon, der sich den Nimbus einer von den Partikularinteressen der Bourgeoisfraktionen unabhängigen Instanz zu geben und als Garant von Ruhe und Ordnung zu präsentieren verstand. An Stabilität aber war die französische Bourgeoisie insgesamt, insbesondere aber die Finanzbourgeoisie, zutiefst interessiert. Napoleon verbürgte gewissermaßen in ihrem Verständnis das den Einzelinteressen der verschiedenen Fraktionen übergeordnete Gesamtinteresse der Klasse. Diese Entwicklung gab auch Marx Anlaß, die Grenzen und Defizite des bürgerlichen Parlamentarismus aufzuzeigen, ohne jedoch in den Fehler zu verfallen, parlamentarisch-demokratische Prozeduren grundsätzlich zu verwerfen. Marx verstand es, generelle Machtmechanismen der kapitalistischen Ordnung darzustellen und für den Kampf der Arbeiterbewegung unter diesen Verhältnissen Orientierungen zu geben. Das verband er gleichzeitig mit einer schonungslosen Kritik am ungeschickten Agieren der sozialistischen Kräfte.

Anders als für Karl Marx waren für Constantin Frantz die Ereignisse in Frankreich in erster Linie ein willkommenes Lehrbeispiel, um seine politische Grundauffassung zu erhärten, daß revolutionäre Umwälzungen schädlich sind und die parlamentarische Demokratie für die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens überhaupt ungeeignet ist.

So verwundert es nicht, daß Frantz die Ursachen für die politische Krise im Frankreich der Mitte des 19. Jahrhunderts der Großen Französischen Revolution von 1789 bis 1794 anlastete. Das nutzte er sowohl dafür, die Unmöglichkeit einer bourbonisch-monarchistischen Restauration zu begründen, als auch die Untauglichkeit der parlamentarischen Demokratie nachzuweisen. Im ersteren

besteht zwischen seinem Urteil und der Auffassung von Marx sicherlich kein Unterschied, wenn er schreibt: „Das Königtum ist tot in Frankreich, es ist schon begraben."[8] Auch bei der Bewertung, wie tief der Einschnitt in die französische Geschichte war, den die Revolution mit sich brachte, dürften keine Meinungsdifferenzen bestanden haben. Frantz forderte zu beachten, „daß es in Frankreich keine einzige politische Institution, ja selbst nicht einmal ein Zivilgesetz gibt, welches über 1789 hinausreicht, nachdem die Revolution tabula rasa gemacht hat, in vollstem Sinne tabula rasa." „Hier war die Revolution nicht gegen die Verletzung des Rechtes gerichtet", führte er weiter aus, „sondern gegen das alte Recht selbst. Hier hat man nicht etwa die alte Verfassung umgebildet, man hat nicht bloß gewaltsame Veränderungen dieser Verfassung gesucht, sondern man hat das Fundament des alten Staatswesens selbst zerstört. Man hat ausdrücklich erklärt, daß die neue Gewalt nicht der Nachfolger der alten Gewalt sei, sondern auf einem ganz neuen Grunde ruhe, nämlich dem V o l k s w i l l e n , und daß das neue Recht nicht die Fortsetzung des alten sei, sondern aus einer ganz neuen Quelle fließen solle, nämlich aus der V e r n u n f t . Man hat dies ausdrücklich erklärt, und man hat alles getan, was überhaupt in menschlichen Kräften liegt, um den alten Rechtszustand von Grund aus zu zerstören. Man hat das Königtum e r m o r d e t , nicht h i n g e r i c h t e t , weil der Prozeß des Königs nicht bloß ein rechtswidriges Verfahren war; man wollte nicht den König strafen, sondern die königliche Gewalt exstirpieren."[9]

Für Frantz war die Revolution eine tiefe Zäsur in der Geschichte Frankreichs, gleichbedeutend mit Niedergang auf der ganzen Linie, „Krisis einer Krankheit",[10] wie er schrieb. Diese Bewertung stand im diametralen Gegensatz zur Auffassung von Karl Marx. Frantz bot dieser Standpunkt die Gelegenheit, Napoleon geradezu wie einen deus ex machina als Retter aus dem heillosen Chaos erscheinen zu lassen. So heißt es bei ihm: „Es ist ein Volk gegeben, welches die ganze Substanz seines alten Staatslebens zerstört und seitdem keine gemeinsamen Staatsanschauungen mehr hat, gleichwohl aber einer öffentlichen Gewalt und einer öffentlichen Ordnung bedarf. Was ist zu tun?"[11] Und theatralisch fuhr er fort: „Da trat Napoleon auf, um mit der Kraft seines Willens diesen formlosen Stoff, den ihm die Revolution vorlegte, in neue Formen zu drücken."[12] Daran knüpfte sich eine geradezu euphorische Apologie Napoleons an, dessen Leistungen als Gesetzgeber, Administrator, Organisator der Armee und Feldherr sowie als Schöpfer eines neuen Bildungswesens Frantz nicht genug loben kann.

Damit schuf er sich gewissermaßen die Einlaufkurve, um seiner Antipathie gegen Revolutionen und parlamentarisch-demokratische Regierungsformen sowie seiner Sympathie für die autoritäre Regierungsweise Napoleons III. Ausdruck zu

8 Frantz, Masse oder Volk, S.32.
9 Ebenda, S.58.
10 Ebenda, S.54.
11 Ebenda, S.68.
12 Ebenda, S.28.

verleihen. Der Verlauf der Französischen Revolution und ihre Einmündung in das napoleonische Kaisertum waren für ihn Beleg, „daß die parlamentarische Regierung für Frankreich gänzlich ungeeignet ist".[13] Ein solcher Gedanke lag Marx natürlich völlig fern. Für ihn war der erste Napoleon nicht nur Nutznießer, sondern auch Erbe und Vollstrecker der Revolution.

Constantin Frantz führte folgende Gründe ins Feld, um parlamentarisch-demokratische Regierungsformen für Frankreich als ungeeignet zurückzuweisen. Zum ersten seien sie ungeeignet, „weil die ganze Bevölkerung Frankreichs durch die Revolution atomisiert ist, indem man alle provinziellen, ständischen, korporativen und kommunalen Rechte, wie überhaupt alle individuellen und selbständigen Rechte kassiert hat, um an deren Stellen allgemeine Reglements zu setzen, welche von oben her gegeben sind und woran sich keine selbständigen Rechte, sondern nur abgeleitete Rechte anschließen".[14]

Frantz war nicht der erste und erst recht nicht der einzige aus dem Lager der Revolutionsgegner, der die Überwindung der traditionellen feudalen Gesellschaftsverhältnisse mit der Zerstörung aller gesellschaftlichen Strukturen schlechthin gleichsetzte. Zugleich wird hier seine Aversion gegen eine zentralstaatliche Organisation und seine Option für föderalistische Strukturen erkennbar. Das verband sich bei ihm mit der Favorisierung eines ständischen und korporativen Aufbaus der Gesellschaft, den er bereits in früheren Arbeiten vertreten hatte.[15]

Als zweiten Grund, weshalb parlamentarische Demokratie widersinnig sei, führt er an, daß „die parlamentarische Regierung in Frankreich aller Traditionen [entbehrt], mit denen sie vielmehr im Widerspruch steht. Denn durch die ganze französische Entwicklung zieht sich die Tendenz zum Monarchismus, woran sich alles Große anschließt, was in dieser Entwicklung hervorgetreten ist, von Chlodwig bis auf Napoleon."[16] Diese Sentenz ruft beim Leser Karl Marx' Äußerungen zur Traditionsproblematik am Beginn seiner Abhandlung in Erinnerung. Diese zielen gerade darauf klarzustellen, daß Traditionsbezüge im Dienste der Legitimierung aktueller Absichten stehen, was Frantz nun seinerseits bestätigt.

Aber Frantz gab noch eine weitere für ihn sehr typische Begründung für seine Ablehnung des Parlamentarismus. Drittens: „steht der Volkscharakter mit dem Parlamentarismus im Widerspruch, weil diese Regierungsform ein Volk von nüchterner Denkweise und von kaltem Blut voraussetzt, wie in Belgien, Holland, England und Nordamerika. Wo aber der leidenschaftliche Geist zu plötzlichen

---

13 Ebenda, S.34.

14 Ebenda.

15 Siehe Constantin Frantz: Die Gegenwart und Zukunft der preussischen Verfassung. Neudruck der Ausgabe Halberstadt 1848, hrsg. von Hanns Elmar Onnau mit einer Einleitung von Udo Sautter, Siegburg 1975; Ders.: Die Erneuerung der Gesellschaft und die Mission der Wissenschaft. Faksimiledruck der Ausgabe Berlin 1850, Siegburg 1967; Ders.: Die Staatskrankheit, Berlin 1852.

16 Frantz, Masse oder Volk, S.36.

Erregungen disponiert ist, wird der Parlamentarismus immer nichts anderes sein als eine organisierte Demagogie".[17] Daraus zog er kurzerhand den Schluß: „Das französische Volk will sich nicht selbst regieren, sondern es will regiert sein; es will eine energische Regierung, und eine persönliche Regierung."[18] Seine Erklärung für diese Behauptung lautet: „Denn es widerstrebt dem Volke sich von seinesgleichen beherrschen zu lassen, es verlangt eine höhergestellte Existenz dazu, und es verlangt insbesondere eine Persönlichkeit, nicht eine Versammlung an der Spitze, das ist die Natur aller Völker."[19] Hier kommen nicht nur die monarchistische Grundhaltung des Autors, sondern auch die im deutschen Bildungsbürgertum und den werktätigen Schichten des deutschen Volkes damals weitverbreiteten monarchistischen Illusionen zum Durchbruch. An anderer Stelle formulierte Frantz wörtlich, daß „alles Regieren [...] seiner Natur nach kein demokratisches, sondern ein aristokratisches Geschäft [sei], indem es niemals auf Gleichheit beruhen kann, sondern auf der Ueberlegenheit des Regierenden über den Regierten, welche selbst die Mutter aller Regierungsgewalt ist".[20] Daher verschaffte Napoleon mit seinem Staatsstreich in den Augen von Frantz „normalen" Verhältnissen wieder Geltung.

Das sah Marx natürlich ganz anders. Für ihn bedeutete das bonapartistische Regime selbst für bürgerliche Verhältnisse eine Ausnahmeerscheinung, die „verselbständigte Macht der Exekutivgewalt"[21], die ihre Voraussetzungen in der Tatsache hatte, daß keine der agierenden politischen Kräfte sich ein Übergewicht zu sichern vermochte. Der sich im parlamentarischen Geschehen und in den Auseinandersetzungen zwischen Legislative und Exekutive äußernde Machtverfall der Staatsordnung, den Marx abfällig als „parlamentarische[n] Kretinismus" [22] geißelte, war für Frantz ein Beleg dafür, daß Parlamentarismus letztlich zu Korruption, Vetternwirtschaft und hohler Demagogie führt. So erklärte er schlankweg Bonapartes Vorgehen für verfassungsgemäß, weil dieser nach Frantz' Ansicht den Verfassungsgrundsatz, daß alle Macht vom Volke ausgehen soll, verwirklicht habe. „Nur der Präsident", erklärte er, „der vom Volke als solcher gewählt ist, kann von sich sagen, daß er den Volkswillen repräsentiert".[23]

Wie Marx[24] stellte auch Frantz fest, daß Bonaparte vor allem in der Landbevölkerung Rückhalt fand, insbesondere in der breiten Schicht der Parzellenbauern. Für ihn war das eine Folge der offensichtlichen Benachteiligung der Landbevölkerung durch die bürgerliche Parlamentsherrschaft, die vorzugsweise den Interessen der städtischen Bevölkerung zugute kam, natürlich mit Ausnahme

17 Ebenda, S.37.
18 Ebenda, S.38.
19 Ebenda, S.39.
20 Constantin Frantz: Kritik aller Parteien, Berlin 1862, S.115.
21 Marx, Brumaire, S.204.
22 Ebenda, S.173.
23 Frantz, Masse oder Volk, S.35. Siehe Marx, Brumaire, S.35.
24 Siehe Marx, Brumaire, S.198-204.

der Arbeiter, was ihn aber nicht sonderlich kümmerte. Und er betrachtete es als einen Vorzug der napoleonischen Strategie, sich dieses Vorteils bedient zu haben. „Der Präsident weiß es sehr wohl und hat danach gehandelt. Er stützt sich auf die Armee und stützt sich auf die Bauern, aus denen die Armee selbst hervorgeht."[25] Triumphierend schrieb er: „Da kommt die Artillerie, und das Netz der Intrigen, das Netz der Sophismen ist zerrissen. Das ist der Staatsstreich."[26] Über die „Intrigen und Sophismen" des Napoleon Bonaparte schwieg Constantin Frantz, wohingegen Marx natürlich unwiderleglich deutlich machte, daß ungeachtet allen ideologischen Gewäschs der Usurpator im Interesse der Bourgeoisie agierte. Marx formulierte drastisch, daß durch den Staatsstreich der Anspruch, mit dem das französische Bürgertum seinerzeit angetreten war, nämlich „liberté, egalité, fraternité", „durch die unzweideutigen Worte: Infanterie, Kavallerie, Artillerie" ersetzt wurde.[27]

Frantz stellte einen direkten Zusammenhang zwischen „Demokratie" und „Diktatur" her. Bonapartes Plebiszite werden so zu einer demokratischen Verfahrensweise. Ihr höchst zweifelhafter Gebrauch gab Frantz die Möglichkeit, Demokratie überhaupt als eine fragwürdige Erscheinung hinzustellen. Zugleich diente auch das ihm dazu, diktatorischem Vorgehen Legitimität zu verleihen. So schrieb er: „Dieses Volk stellt einen Mann an seine Spitze, der den Kollektivwillen dieses Volkes in sich zusammenfaßt, und dieser Mann gibt eine Verfassung, welche vom Volk ratifiziert wird. Dieser Mann regiert nicht nur kraft der Legitimität oder sonst einer moralischen Idee, sondern im Namen einer physischen Notwendigkeit, da er auf der Majorität ruht und die Notwendigkeit vorliegt, daß sich die Minorität unterwerfen muß. Der Mechanismus der neuen Verfassung wird nach den Forderungen der praktischen Zweckmäßigkeit eingerichtet, nicht nach den Forderungen irgendwelcher öffentlichen Rechte, die nicht vorhanden sind. Und die ganze Verfassung selbst besteht auch nicht in kraft ihrer Legitimität, sondern als eine physische Notwendigkeit, welcher die Armee Nachdruck gibt, indem sie den Widerstand der Minorität niederwirft. Das ist Napoleon, das ist der Napoleonismus."[28]

Frantz war sich völlig bewußt, daß der Staatsstreich zu einer Militärdiktatur führte, die er folgendermaßen verortet. „Man sieht zunächst, daß die wesentliche Form eines solchen Staatswesens die D i k t a t u r ist. Man erschrecke nicht vor dem Worte, es ist wirklich so. Die Diktatur bildet die wesentliche Verfassungsform der französischen Republik. Die nichtsdestoweniger eine Republik ist; denn die Diktatur findet sich bekanntlich nicht in Monarchien, sondern gehört der republikanischen Entwicklung an."[29] Daß das bonapartistische Regime eine Militärdiktatur darstellte, rief bei ihm keinerlei Kritik hervor. Im Gegenteil! Nach Frantz war der Bonapartismus nicht nur „für das heutige Frankreich das einzig

25 Frantz, Masse oder Volk, S.43.
26 Ebenda, S.45.
27 Marx, Brumaire, S.148.
28 Frantz, Masse oder Volk, S.68.
29 Ebenda.

mögliche" System,[30] sondern auch für Europa von Vorteil. Und so forderte er denn auch dazu auf, sich in das „Unvermeidliche" zu ergeben und Bonapartes Vorgehen zu akzeptieren.

In Anbetracht dieser Äußerungen erscheint es nicht verwunderlich, daß Frantz nach Bekanntwerden seiner Ansichten in der Öffentlichkeit des Bonapartismus bezichtigt wurde.[31]

Ganz abwegig war eine solche Einschätzung nicht. Constantin Frantz ließ nie einen Zweifel daran aufkommen, daß er von Konstitutionalismus nichts hielt. Für ihn war es durchaus legitim, wenn sich Herrscher oder herrschende Klassen im Interesse des Machterhaltes über verfassungsmäßige und gesetzliche Beschränkungen hinwegsetzten. Die Stabilität der Staatsgewalt hatte für ihn immer Vorrang vor der Legitimität. So schrieb er an anderer Stelle: „Das allererste und notwendigste ist die Herstellung einer über den Parteien stehenden sicheren und festen Regierung."[32] Nachdrücklich vertrat er den Standpunkt: „Je stärker die Regierung, umso stärker ist der Staat. Revolutionen entstehen entweder, wenn die Regierungen nicht die gehörige Kraft haben, um beizeiten die nötigen Reformen durchzuführen, oder wenn sie selbst Willkür und Bedrückung üben. Dazu lassen sich aber am ehesten die schwachen Regierungen verleiten, um sich eine Macht zu erwerben, die sie nicht haben."[33]

Diese Denkweise kommt auch in Briefen zum Tragen, die Frantz im Jahre 1858 an Otto von Bismarck richtete. In ihnen verlieh er seinem schon mehrfach bekundeten Mißfallen über die schwankende preußische Politik[34] in den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts Ausdruck. In der Erwartung, in Bismarck, der ebenfalls Differenzen mit der Regierung hatte, einen Gesinnungsgenossen gefunden zu haben, forderte er ihn unmißverständlich zum Handeln gegen die „Schweinepolitik der Wilhelmstraße"[35] auf. Worum es ihm dabei ging, darüber ließ er keinen Zweifel: „Mir scheint der Staatswagen so tief in den Dreck geraten, daß er nur durch einen mächtigen Ruck wieder herauskommen kann. Nun glaube ich bei dem entschiedenen Charakter Ew. Excellenz annehmen zu müssen, daß Sie unter Umständen einen solchen Ruck nicht scheuen, der außerdem

---

30 Ebenda, S.90.

31 Siehe Briefe des Generals Leopold von Gerlach an Otto von Bismarck, hrsg. v. Horst Kohl, Stuttgart-Berlin 1912, S.18f., 25f., 78.

32 Constantin Frantz: Die Quelle alles Übels, Stuttgart 1863, S.146, ähnlich S.152, 156, 165 und 242; Ders., Staatskrankheit, S.102, wo er direkt nach dem „starken Mann" ruft: „Ein Mann, ein Mann, ein Königreich für einen Mann.".

33 Frantz, Kritik, S.92; siehe auch Ders., Quelle, S.146f.; Unsere Verfassung (anonym). Berlin 1851, S.76; Ders.: Vorschule zur Physiologie der Staaten, Berlin 1857, S.197.

34 Frantz hatte in folgenden Schriften die aktuelle preußische Politik kritisiert: Unsere Politik (anonym), Berlin 1850 (Sie wurde allein bis Ende 1851 sechsmal aufgelegt.); Die Constitutionellen (anonym) Berlin 1851; Unsere Verfassung (anonym), Berlin 1851; Staatskrankheit; Quid faciamus nos, Berlin 1858.

35 Constantin Frantz: Brief an Bismarck, vom 9.8.1858, in: Ders.: Briefe, hrsg. von Udo Sautter und Hans Elmar Onnau, Wiesbaden 1974, S.31.

selbst Ihren eigenen Interessen entsprechen dürfte, da alle, die in dem besagten Wagen sitzen, in Gefahr stehen, in dem besagten Dreck zu versinken." Frantz versäumte nicht, Bismarck im Falle eines solchen Vorgehens seine Unterstützung anzutragen. „Sollte also meine Annahme in Betreff des qu. Rucks eintreffen, so würde ich mir zur Ehre anrechnen, Ihnen dabei mit meinen geringen Kräften zu Diensten zu stehen."[36]

Frantz mußte jedoch sehr bald erkennen, daß Bismarck andere Ziele verfolgte. Ihre Auffassungen gingen mehr und mehr auseinander, so daß Frantz das Angebot Bismarcks ablehnte, nach dessen Berufung zum preußischen Ministerpräsidenten seinem Mitarbeiterstab beizutreten. Er entwickelte sich zunehmend zu einem der schärfsten Kritiker der Bismarckschen Politik von rechts.

Auch seine Sympathien für Napoleon III. verflüchtigten sich sehr bald. Frantz mußte erkennen, daß Bonaparte es nicht mit der inneren Stabilisierung Frankreichs bewenden lassen wollte. Dieser betrieb zunehmend eine weit ausgreifende Außenpolitik und versuchte, im französischen Interesse aktiven Einfluß auf die deutschen Verhältnisse zu nehmen. Damit wurde er für Frantz zum Repräsentanten jener traditionellen französischen Politik, die er im deutschen Interesse energisch zu bekämpfen für notwendig hielt und gegen die seine Mitteleuropa-Pläne ausdrücklich gerichtet waren.

Zu der Frantzschen Broschüre „Louis Napoleon" drängt sich noch ein interessanter Nachtrag auf. Sie wurde nämlich als einzige Publikation aus seiner Feder in der Nazizeit aufgelegt, und bezeichnenderweise wurde der Titel erweitert. Sie hieß nun „Masse oder Volk/Louis Napoleon". Der Herausgeber, ein gewisser Franz Kemper, begründete diesen Schritt im Vorwort folgendermaßen: „Die Machtergreifung Louis Napoleons ist die einzige geschichtliche Parallele zur nationalsozialistischen Revolution, die wir heute erleben."[37] Und er führte die Parallelität noch weiter aus: „Achtzig Jahre nach Louis Napoleons Staatsstreich ist der Parteienstaat in Deutschland zerfallen, die Massen rebellierten und stellten sich einstimmig hinter den F ü h r e r, der ihre Sprache spricht. Es gibt kein zurück. Die Tendenzen der Zukunft hat uns Konstantin Frantz in seltsamer Gegenwärtigkeit aufgewiesen. Es ist an uns, ihnen zu dienen."[38]

Es war das nicht der einzige Versuch, Constantin Frantz zu einem geistigen Ahnen des Nazismus zu machen. Sein Biograph Eugen Stamm versuchte das mit einer Zitatensammlung aus den Werken von Constantin Frantz,[39] deren Auswahl die Übereinstimmung seiner Ansichten mit der Naziideologie unterstreichen sollte. Vielfach wurde direkt auf die von Frantz vertretenen antijüdischen Positionen Bezug genommen, wie es z. B. Ludwig Schemann tat.[40]

---

36 Brief vom 18.6.1858, in: ebenda, S.28.

37 Frantz, Masse oder Volk, S.7.

38 Ebenda, S. 14.

39 Siehe Eugen Stamm: Das Größere Deutschland, Breslau (1935).

40 Siehe Ludwig Schemann: Die Rassenfragen im Schrifttum der Neuzeit, in: Die Rasse in den Geisteswissenschaften. Bd. III, München 1931, S. S.172 und 176.

Tatsächlich wird man nicht bestreiten können, daß Denkfiguren und Standpunkte des konservativen Publizisten Constantin Frantz jenem ideologischen Arsenal zugehörten, aus dem die Naziideologie schöpfen konnte; dennoch wäre es verfehlt, ihn schlankweg zu einem unmittelbaren Vorläufer des Faschismus zu machen. Schließlich hat Alfred Rosenberg, einer der Chefideologen der Nazibewegung, Constantin Frantz' religiöse Verwurzelung zum Anlaß genommen, um ihn als Verfechter „des konfessionellen rasselosen Weltstaats" abzukanzeln.[41] Das deutet darauf hin, daß Georg Lukacs recht hat, wenn er feststellt, daß Frantz „wegen des alten, unbrauchbaren, ideologischen Ballastes aus der vorachtundvierziger Periode" nicht erste Wahl für die Protagonisten des deutschen Faschismus war, vielmehr hinter Paul de Lagarde und Friedrich Nietzsche zurückstehen mußte.[42] Neben Frantz offen religiös geprägter Weltanschauung stand auch seine Föderalismus-Auffassung einer Kompatibilität mit der Naziideologie im Wege.

So blieb dem Vorstoß von Franz Kemper, ihn mit der Neuauflage seiner Schrift „Louis Napoleon" als geistigen Ideengeber der Nazibewegung ins Spiel zu bringen, die durchschlagende Wirkung versagt. Interessant daran ist aber immerhin die Erkenntnis, wie stark konservative Auffassungen Entstehung und Ausgestaltung der Naziideologie beeinflußt haben. So verwundert es nicht, daß Kemper sein Vorwort dazu benutzte, um Frantz' Schrift positiv gegen Karl Marx' „18. Brumaire" abzuheben. War doch Frantz Antimarxismus auch ein Bezugspunkt für diejenigen, die ihn als Ahnherrn gewürdigt sehen wollten. Kemper sieht die Stoßrichtung der Marxschen Abhandlung durchaus richtig, nämlich „die klassenmäßigen Unterlagen des bonapartistischen Staatsstreiches" analysiert zu haben. Er bemängelt an Marx, daß dieser im Gegensatz zu Frantz „die vorwärtsweisenden Tendenzen des napoleonischen Prinzips" nicht erkannt habe, und er spricht ihm „den scharfen Sinn für die Sphäre des Politischen" ab.[43] Im Grunde genommen geht es um die gegensätzliche Bewertung des napoleonischen Staatsstreiches. Marx kritisierte und verurteilte ihn, Frantz hieß ihn dagegen rundweg gut, und das macht in nuce eigentlich auch das Resümee des Schriftenvergleichs der beiden Autoren aus.

---

41 Siehe Alfred Rosenberg: Der Mythos des 20. Jahrhunderts. Eine Wertung der seelisch-geistigen Gestaltenkämpfe unserer Zeit, München, 1933, S.474.

42 Siehe Georg Lukács: Nietzsche als Vorläufer der faschistischen Ästhetik, in: Franz Mehring/Georg Lukács: Friedrich Nietzsche (= Philosophische Bücherei, Bd. 14), Berlin 1957, S.96.

43 Siehe Frantz, Masse oder Volk, S.14.

Das Engagement in Arbeiterjugend-Organisationen in der Weimarer Republik – Bestandteil von Lebensgeschichten[1]

Roland Gröschel

Obgleich ein dummes „Mal-Mot" besagt, daß Zeitzeugen die natürlichen Feinde der Historiker seien, möchte ich mit einer kurzen Passage aus einem narrativen lebensgeschichtlichen Interview beginnen. Anknüpfend daran werde ich der Frage nachgehen, worin eigentlich die lebensgeschichtliche Bedeutung des Engagements in der Arbeiterjugendbewegung bestehen könnte. Zu diesem Zweck werde ich neun organisationsspezifische Erfahrungsräume benennen, in denen sich die sozialisatorische Bedeutung des Engagements in Arbeiterjugend-Organisationen konstituiert. Abschließend werde ich kurz vorstellen, was ich für *„das Eigentliche"* der lebensgeschichtlichen Bedeutung von Arbeiterjugendorganisations-Engagement halte.

Unsere Protagonistin Marianne H. sprach auf die Aufforderung, ihr Leben so lange zu erzählen, bis alles Wichtige erzählt sei, folgendes ins Mikrofon: „Also wissen Sie, soviel gibt's da gar nicht zu erzählen. Mein Vater war Drucker, organisierter Drucker natürlich, die waren damals ja alle organisiert, damit war die Richtung praktisch schon vorgegeben, nich. Ich wurde 1915 geboren, mitten im Krieg. Noch im Frieden gemacht, nich, aber als ich dann auf die Welt kam, war schon Krieg. So schnell kann's gehen, nich. Und dadurch, dass ich im Krieg, als kleines Kind, da gab's ja nix, Essen und so. Und deshalb bin ich denn auch so klein geblieben. Und als dann der Krieg zu Ende war, gabs ja wieder nix. Wir haben ja gehungert bis '24. Obwohl mein Vater immer im Krieg und dann immer in Arbeit war. Aber mit 5 Kindern eben und die Frau, also die Mutter zuhause, nicht. Ja, Richtung war vorgegeben durch meinen Vater eben. Alter Usepeter[2] und dann in die KPD. Meine zwei älteren Brüder waren alle in der KJ[3] und wollten mich da mit reinziehen. Aber ich wollte nicht. Ich war zuerst bei die Kinderfreunde, Kinderfreunde hieß det, noch nich Rote Falken,[4] det war erst

---

1 Bearbeiteter Vortrag auf der Tagung „Arbeiterbewegungsgeschichte von unten. Arbeiterleben und Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert – neue Erkenntnisse, neue Fragen" am 8./9. Dezember 2006 in Berlin.

2 Umgangssprachliche Bezeichnung für die Mitglieder der 1917 gegründeten Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD).

3 KJ – gemeint ist Kommunistische Jugend Deutschlands, seit 1923 Kommunistischer Jugendverband Deutschlands.

4 1923 gegründete sozialdemokratische laienpädagogische und Kinderorganisation. Ab der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre betonten die „Roten Falken" stärker den Aspekt der Eigenaktivität der Gruppe. Siehe Roland Gröschel (Hrsg.): Auf dem Weg zu einer sozialistischen Erziehung. Beiträge zur Vor- und Frühgeschichte der sozialdemokratischen „Kinderfreunde" in der Weimarer Republik, Essen 2006.

später. Und meine beeden Brüder haben immer zu mir gesagt, nich böse, nur um mich aufzuziehen, wer bei die Kinderfreunde war, der ist versaut fürs Leben. Aber eigentlich haben sie es schon so gemeint, die haben das wirklich gedacht. Nu war ich also versaut fürs Leben. Und dann bin ich doch noch zur KJ, ganz am Schluss, ein paar Monate noch. Direkt von den Kinderfreunden, bzw. Rote Falken waren wir dann schon, in die KJ. War auch selten. Die meisten sind ja in die SAJ[5]. Naja, das war auch nur so ein kurzes Gastspiel bei der KJ. Wohl gefühlt habe ich mich da nicht. Das war ja alles schon so auf Kampf ausgerichtet und immer die Kloppereien mit die Nazi, und einmal sogar mit der SAJ, da hab ich gesagt, nee, das mach ich nicht mit, das sind doch meine Genossen. Also meine Brüder hatten schon recht, wer einmal mit die Kinderfreunde war, der ist versaut fürs Leben."[6]

Sie deutet damit die negative Zuschreibung ihrer kommunistischen Brüder positiv um: Ja, sagt sie, ich bin „versaut fürs Leben" durch meine Erfahrungen bei den Kinderfreunden. Offenbar hat sie dort etwas erfahren, wurde ihr dort etwas beigebracht, was sie für sich positiv deutet, was aber ihre Brüder – wenn auch ambivalent angehaucht – negativ besetzten. Was meint sie mit diesem „versaut fürs Leben"? Lebensuntüchtigkeit meint sie sicherlich nicht, dafür sitzt sie uns zu lebendig gegenüber, im behaglich hergerichteten Heim mit etlichen Enkel-Fotos im Regal, das hinter ihr steht und die ganze Wand mit Literatur ausfüllt. Eher schon drängt sich eine andere Lesart der Passage auf: „Seht nur her, mit dem geistigen Rüstzeug, das ich mir bei den Kinderfreunden erworben habe, und von dem meine beschränkten Brüder nichts gehalten haben, und das gegen die Strickmuster der Welt gerichtet war, bin ich aufrecht durch mein Leben gegangen."

Was aber mögen die Erfahrungsfelder von Marianne H. und Abertausender anderer organisierter Arbeiterjungen- und -mädchen im einzelnen gewesen sein, die in der Summe dieses „versaut fürs Leben" ausgemacht haben? Als Zwischenergebnis meiner Forschungen[7] kann ich neun solcher Erfahrungsfelder benennen. Dem Tagungsthema gemäß stelle ich Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen SAJ und KJ in den Vordergrund, wohl wissend, daß diese vergleichende Perspektive in der Regel nicht die der Zeitzeugen ist, sondern eine nachträglich vom Forscher hergestellte.

---

5 SAJ – Sozialistische Arbeiterjugend Deutschlands, bis 1922 Verband der Arbeiterjugendvereine Deutschlands.

6 Interviewarchiv des POSOPA e.V., Sign: DA 15/3. POSOPA = Verein zur Förderung von Forschungen zur politischen Sozialisation und Partizipation.

7 Forschungsprojekt „Sozialistische und kommunistische Jugend in Berlin 1919 bis 1933. Eine vergleichende Studie." Siehe auch Roland Gröschel: „… wir kämpfen, weil wir gläubig sind…". Notizen zur Geschichte der Berliner Arbeiterjugendbewegung, in: Gert-Joachim Glaessner/Detlef Lehnert/Klaus Sühl (Hrsg.): Studien zur Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur in Berlin, Berlin 1989, S.147-170.

Die neun Erfahrungsfelder

1. Innerorganisatorische Demokratie, Mitbestimmungs- und Selbstgestaltungsmöglichkeiten

Meine Forschungen haben einen grundlegenden konzeptionellen und realgeschichtlichen Unterschied zwischen SAJ und KJ (nach etwa 1923) gezeigt. In der SAJ galten sowohl in der Gesamtorganisation als auch in den Gruppen demokratische Prinzipien (Wahlen, freie Diskussion, weitreichende Partizipationsmöglichkeiten). Sie bildeten den organisationspolitischen Kern dieser Jugendorganisation. Die Führungsspitze der KJ hingegen setzte ab etwa 1923 eine undemokratische Organisationsstruktur durch, in der die Gruppenmitglieder als Ausführende der Leitungsbeschlüsse fungieren sollten. Eine freie Diskussionskultur galt als ein zu eliminierender Störfaktor. Diese grundsätzliche Differenz erzeugte unterschiedliche und gegensätzliche Wirkungen auf die politische Sozialisation der Mitglieder.

2. Staatsverständnis und Stellung zur Republik

Auch hier ist eine sehr deutliche Trennungslinie zwischen den beiden Arbeiterjugendorganisationen zu ziehen. Während die KJ die bürgerliche parlamentarische Demokratie entschieden bekämpfte und für eine „Diktatur des Proletariats" nach sowjetischem Muster eintrat, befürwortete die SAJ die Weimarer Republik grundsätzlich.

Die SAJ sah diese Republik als demokratische Basis für systemüberwindende Reformen und den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft an (pluralistische Demokratie, demokratische Kontrolle der Wirtschaft). In Berlin existierte eine starke linke Strömung in der SAJ, die den bürgerlichen Staat und das politische System der Weimarer Republik stärker kritisierte („Republik das ist nicht viel, Sozialismus ist das Ziel") als die Mehrheitsfraktion, ohne jedoch antirepublikanisch zu sein. Die Grundsatzdebatten um die Republik und das politische System erreichte auch die unteren Funktionärsebenen und Gruppen beider Organisationen. Wirkungsmächtig und handlungsleitend wurden sie dann, wenn es um die oft handgreiflichen Auseinandersetzungen bei den Revierkämpfen um die Vorherrschaft im Kiez ging oder um die Beteiligung an verbalen und physischen Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner in der Endphase der Weimarer Republik.

3. Verhältnis von Politik und Pädagogik

Die KJ reklamierte ein eindeutiges Primat der Politik für sich und lehnte eine „Pädagogisierung" strikt ab. In der SAJ spielten Fragen der Erziehung und Bildung hingegen eine zentrale Rolle. Eine Mehrheit in der SAJ definierte Erziehung und Bildung als ihre Hauptaufgabe. In der Berliner SAJ hingegen erstarkte im Verlaufe der Weimarer Republik eine Richtung, die der politischen Aktion den Vorrang einräumen wollte. Zu unterschiedlichen Zeiten definierten unterschiedliche Strömungen in der SAJ das Verhältnis von Politik und Pädagogik in ihrer Organisation in verschiedener Weise. An diesem Thema entzündeten sich immer wieder Grundsatzdebatten, die Programmatik und Profil der SAJ prägten. Was bei der KJ starr verleimt war, mußte in der SAJ ständig neu diskutiert und in der Praxis ausgetestet werden, was für eine beständige

Bewegung sorgte. Letztlich wird mit den Problemen von Erziehung und Bildung danach gefragt, wie das Leitbild des „Neuen Menschen" in beiden Organisationen definiert wurde und welche praktische Relevanz ihm zukam.

4. Geschlechterverhältnisse und Geschlechterbilder

Dieses Thema spielte in beiden Organisationen eine untergeordnete Rolle. Es ist keine Frage, daß Frauen in ihren Führungsgremien – wie in anderen Bereichen der Gesellschaft auch – unterrepräsentiert waren. Allerdings kann eindeutig festgestellt werden, daß die in beiden Organisationen praktizierte Koedukation der Geschlechter die Partizipationsmöglichkeiten für Mädchen erhöhte.[8] Insbesondere in den ersten Jahren der Weimarer Republik organisierten weibliche Mitglieder eigenständige Aktivitäten nur für Mädchen, was diese zu größerer Aktivität in der Organisation ermutigte. Die Partizipationsmöglichkeiten von Mädchen und die Debatte darüber schwächten sich in den letzten Jahren der Weimarer Republik, als sich die Jugendorganisationen politisierten und stark in die tagespolitischen Auseinandersetzungen eingriffen, wieder ab. Für Funktionäre und Mitglieder gab es offenbar Wichtigeres als die „Mädelfrage".

5. Generationsprägungen

Die Generationsprägungshypothese hat in der Jugendsoziologie und –psychologie eine lange Tradition, ist in ihrer Absolutheit aber überzeichnet und suggeriert Eindeutigkeiten und Trennschärfen, die empirisch in der abstrakt oft behaupteten Prägnanz kaum auftreten. Demgegenüber ist festzuhalten, daß Generationserfahrungen vielfach durch geschlechtsdifferenzierte, heterogene soziale, klassen- und schichtspezifische, kulturelle und räumliche Erfahrungslagen gebrochen werden. Biographisch betrachtet, werden generationelle Prägungen oft überlagert von anderen, stärkeren Erfahrungen des weiteren Lebensverlaufes, die nicht generationstypisch sein müssen. Mit dieser Einschränkung erweist sich der Generationenbegriff bezogen auf abgegrenzte Gruppen der Arbeiterjugendbewegung als ein erklärungskräftiges Konzept. Meine Studien gehen von dem von Karl Mannheim entwickelten Konzept der Generationen aus[9] und schließen an neuere Diskussionen über „Generationalität" an.[10]

---

8 Den „unübersichtlichen Befund" über die Geschlechterfrage und die Stellung der weiblichen Mitglieder der SAJ dokumentieren Heidi Behrens-Cobet: Abschiede vom Proletariat? Lebenslagen und Bildungsgeschichten ehemaliger Mitglieder der Essener SAJ, Bonn 1996, S.85-98, hier S. 97; Martina Naujoks: Mädchen in der Arbeiterjugendbewegung in der Weimarer Republik, Hamburg 1984; Dies.: Profile einer Minderheit. Mädchen in der Sozialistischen Arbeiterjugend, in: Jahrbuch des Archivs der Deutschen Jugendbewegung, Bd. 15, Burg Ludwigstein 1985, S.137-152; Brigitte Geissel/Andrea Lummert: Zur Sozialisation von Mädchen in der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) Berlins in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Geschlechterfrage in der SAJ und zur Erforschung geschlechtsunterschiedlicher politischer Sozialisation, in: interventionen, 1991, H. 2, S.34-48.

9 Siehe Karl Mannheim: Das Problem der Generationen, in: Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie. 7. Jg. 1928, S.157-185, 309-330.

Im Unterschied zum Begriff der Kohorte[11] schließt der Generationenbegriff subjektive Erfahrungs- und Bewußtseinsprozesse ein. Mannheim verknüpft in seinem Generationenkonzept *synchron*, in zeitlicher Querschnittbetrachtung, soziale Grundstrukturen und *diachron*, in zeitlicher Längsschnittbetrachtung, soziale Grundprozesse, die für benachbarte Geburtsjahrgänge typisch sind.
In seinem Modell differenziert er zwischen der „Generationslagerung"[12] (ähnliche Erfahrungslagen benachbarter Geburtsjahrgänge) und dem „Generationszusammenhang"[13]. In ihm wird ein in der Generationslagerung angelegtes kollektives Handlungspotential manifest, in dem die Angehörigen benachbarter Geburtsjahrgänge auf der Grundlage gemeinsamer Erfahrungen verbindende „reale soziale und geistige Gehalte" und gemeinsame Orientierungen an „derselben historisch-aktuellen Problematik" entwickeln.
Daß die Art und Weise, wie sich Individuen und Gruppen generationstypische Erfahrungen aneignen, wie sie sie internalisieren und verarbeiten, sehr unterschiedlich sein kann, reflektiert der Begriff der „Generationseinheiten", mit dem Mannheim bewußt angenommene weltanschauliche und politische „Grundintentionen" konkreter Gruppen kennzeichnet.[14]

---

10 Siehe Jürgen Reulecke (Hrsg.): Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert, München 2003; Klaus Schönhoven/Bernd Braun (Hrsg.): Generationen in der Arbeiterbewegung, München 2005; Ulrike Jureit/Michael Wildt (Hrsg.): Generationen. Zur Relevanz eines wissenschaftlichen Grundbegriffs, Hamburg-München 2005.
11 Kohorte als „Aggregat von Individuen, die in einem bestimmten sozialen System während eines gleichen Zeitraums ein bestimmtes Eingangsereignis zusammen erleben und den gleichen zeitlichen Ablauf zu diesem Ereignis (Geburt, Schul-, Berufseintritt) aufweisen". Helmut Fogt: Politische Generationen. Empirische Bedeutung und theoretisches Modell, Opladen 1982, S.18.
12 Fogt präzisiert den Begriff der Generationslagerung als „historische Situation, die den objektiven Rahmen der Lebenschancen bestimmter Geburtsjahrgänge bezeichnet, Bedingungen, die dem Einzelnen nicht bewußt zu sein brauchen." Ebenda.
13 Fogt definiert den Generationszusammenhang präzise als „konkrete Sozialeinheit, ein soziales Kollektiv, Erlebnisgemeinschaften, Aggregate von Altersgenossen, die durch gemeinsame historische Erfahrungen geprägt wurden. [...] dem Generationszusammenhang eignet ein kollektives Generationsbewußtsein, ein zumindest ansatzweises reflexives Informationsverarbeitungs- und Orientierungssystem. [...] Der Generationszusammenhang stellt seinen Mitgliedern Bezugs- und Identifikationspunkte zur Verfügung, strukturiert ihre Beziehungen untereinander und zu anderen sozialen Einheiten." Ebenda, S.18ff.
14 Fogt wiederum präzisiert den Begriff der Generationseinheiten als „Subkollektive oder Mikroeinheiten von Generationszusammenhängen", als „Innendifferenzierung von Generationen [...] Generationseinheiten sind enger gefaßt als Generationszusammenhänge, [...] sind prinzipiell beobachtbare soziale Kollektive. Sie sind wesentlich stärker strukturiert als die Generationszusammenhänge, weisen zumindest rudimentäre Interaktionsformen, informelle Kommunikation und ein manifestes kollektives Verhalten auf. Ihre Mitglieder entwickeln ein konkretes Mitgliedschaftsverhalten und Zugehörigkeitsgefühl zu ihrer Generation, identifizieren sich mit ihr, besitzen gemeinsame Gefühle, Erwartungen und Symbole. [...] Generationseinheiten sind durch die ‚Koinzidenz mehrerer Strukturdimen-

Es zeigt sich, daß die analytische Kraft des Generationenbegriffes umso stärker ist, je präziser und konkreter die soziale Gruppe gefaßt ist, die er beschreiben soll. Während plakative, die Gesamtheit aller Jugendlichen bestimmter Jahrgangskohorten umfassende Generationsbegriffe (z. B. Schelskys „skeptische Generation" der fünfziger Jahre) nur geringe analytische Schärfe aufweisen – umso mehr jedoch geeignet sind, gesellschaftliche Aufmerksamkeit zu erregen –, desto fruchtbarer kann der Begriff der Generation auf Teilgruppen einer Jugendpopulation angewandt werden, eben als Generationseinheit.
Wie die Gruppen und Bünde der bürgerlichen Jugendbewegung stellen auch die Arbeiterjugendgruppen und -organisationen solche Generationseinheiten dar, dies in einer besonderen Weise: sie haben den „bewußt gewordenen Generationszusammenhang" selbst zum Ausgangspunkt ihrer Gruppenbildung gemacht. Bei den Organisationen der Arbeiterjugendbewegung tritt als zweites konstitutives Element das Selbstverständnis als Klassenorganisation hinzu. Die Arbeiterjugendorganisationen können also als Abfolge politischer Generationseinheiten begriffen werden. Die Grundlage dieser spezifischen Generationsbildung ist die politische Sozialisation, ihre bestimmenden Faktoren sind die generationsspezifischen Verarbeitungsweisen von gesellschaftlichen Verhältnissen und politischen Ereignissen.[15] Gerade in Jugendorganisationen, in denen der Altersunterschied zwischen Gruppenmitgliedern und Gruppenleitern bzw. den Organisationsspitzen oft nur wenige Jahre beträgt, zeigen sich Generationsbildungsprozesse in der Abfolge weniger Jahre.[16] Eine besondere Bedeutung für die Analyse der intergenerationellen Beziehungen und Konflikte kommt hier dem Verhältnis der Vorläufergenerationen und der eigentlichen Trägergeneration der Jugendarbeit zu, vermitteln doch die „Älteren" Weltanschauung und praktische Kompetenzen für die Gruppenarbeit, für die politische Tätigkeit, für den

---

sionen' gekennzeichnet: der Altersgleichheit ihrer Mitglieder, einer schichtspezifischen Zusammensetzung, gewisser Gemeinsamkeiten der Grundorientierung und praktischen Handlungsbereitschaft." Ebenda, S.20.

15 Siehe ebenda, S.44-198, zusammenfassende Schemata S.91 und 103. Daß ein auf die Mitglieder von Jugendorganisationen bezogener Generationenbegriff analytisch sehr ertragreich sein kann, zeigt beispielsweise die Studie von Andreas Petersen: Radikale Jugend. Die sozialistische Jugendbewegung der Schweiz 1900-1930. Radikalisierungsanalyse und Generationentheorie, Zürich 2001. Petersen untersucht ebenfalls Generationsbildungs- und -prägungsprozesse in kleinräumigen Sozial- und Organisationsmilieus.

16 Zur Problematik der Generationseinheiten in der Jugendarbeit siehe Roland Gröschel: Jugendarbeit und Jugendpolitik in Berlin zwischen Krieg, Frieden und Systemkonkurrenz 1944-1949/50, in: Ulrich Herrmann (Hrsg.): Jugendpolitik in der Nachkriegszeit. Zeitzeugen, Forschungsberichte, Dokumente, Weinheim-München 1993, S.39-66; Ders.: Die fünfziger Jahre. Jugendgenerationen und Generationen in der Jugendarbeit, in: Ders./Michael Schmidt: Trümmerkids und Gruppenstunde. Zwischen Romantik und Politik. Jugend und Jugendarbeit in Berlin im ersten Nachkriegsjahrzehnt, Berlin 1990, S.136-142.

Gruppenstil und das pädagogisch-politisch Konzept in der praktischen Arbeit und durch Vorbildwirkung weiter.

So können Generationseinheiten identifiziert werden, die das Organisationsleben in einem definierten Zeitabschnitt trugen: mit ihren je spezifischen Erfahrungen, Unterschieden im politischen Habitus, Gruppenstil etc. Für mich immer noch fraglich ist, ob zwei oder drei Jugendgenerationen zu unterscheiden sind: die frühe Weimar-Jugend-Generation, eventuell eine „mittlere" Weimar-Jugend-Generation, geprägt durch die Phase der relativen Stabilisierung der Weimarer Republik, und die späte Weimar-Jugend-Generation.

6. Verhältnis zu den Kulturformen der bürgerlichen Jugendbewegung

Die Arbeiterjugendorganisationen haben keine originären Kultur- und Gesellungsformen entwickelt. Vielmehr adaptierten sie einerseits – in unterschiedlichem Ausmaß – die Kultur- und Gesellungsformen der bürgerlichen Jugendbewegung und paßten sie den eigenen Organisationszwecken und dem Lebensgefühl der Mitgliedschaft entsprechend an. Insofern handelte es sich zwar um kulturelle Eigenschöpfungen, aber eben nicht um originäre, eigenentwickelte Kulturformen. In den ersten Jahren der Republik waren dies die verspielt-romantischen Formen der Wandervogelbewegung, in den letzten Jahren der Weimarer Republik die strengeren, verbindlicheren, manchmal autoritäre Züge annehmenden bündischen Formen. Andererseits speisten sie ihr kulturelles Repertoire aus den Kultur- und Kampfformen, die die Erwachsenenorganisationen der Arbeiterbewegung pflegten (Liedgut, Demonstration, Versammlung, Leitbilder des „guten Genossen" usw.). Es würde den Rahmen eines kurzen, thesenhaften Überblicks sprengen, im Detail herauszuarbeiten, wo Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Adaption der Kulturformen bürgerlicher Jugendbewegung bei SAJ und KJ im einzelnen zu finden sind und mit welchen Diskussionen und Praktiken sie einhergingen (z.B. „Latscherkonflikt" in der KJ 1924/25[17]).

7. Verhältnis zur politischen Führungskraft

Beide Organisationen erkannten – mit der Ausnahme von oppositionellen Minderheiten – die Führungsrolle ihrer Referenzpartei uneingeschränkt an, jedoch in völlig unterschiedlicher Weise:

Während sich die KJ entsprechend ihrem leninistischen organisationspolitischen Verständnis in ein bedingungsloses Unterordnungsverhältnis fügte, vermittelte sich bei der SAJ die Anerkennung der politischen Führungskraft der SPD durch politische Diskussion und – vor allem – durch die Kohäsionskraft des sozialdemokratischen Milieus, die bei grundsätzlicher Loyalität Kritik an der Tagespolitik oder in einzelnen – auch grundsätzlichen – Fragen erlaubte. Angesichts der starken oppositionellen Kräfte in den Berliner Gliederungen beider Organisationen ist jeweils differenziert zu betrachten, wie die Debatten zu diesem Thema

17 Siehe hierzu Thomas Quehl: Von der „vereinsmäßigen" Jugendarbeit zur bolschewistischen Kampforganisation. Die kommunistische Jugend Berlins zwischen romantischer Revolutionserwartung und „Organisierung der Revolution" – zum Latscherkonflikt 1924/25, in: interventionen, 1991, H. 2, S.119-140.

verliefen, welche organisationspolitischen Grundvorstellungen dabei zutage traten und woran die Unterschiede zwischen beiden Organisationen im einzelnen festzumachen waren. Besonderes Augenmerk ist dabei auf die Auseinandersetzungen um die Abspaltungen des Sozialistischen Jugendverbandes (SJV) und der Kommunistischen Jugend-Opposition (KJO) zu richten.

8. Internationale Integration

Dem Leitbild des Internationalismus kam in beiden Organisationen eine wichtige integrative Funktion zu. Mit ihm verbanden sich Wunschvorstellungen von ewiger Völkerfreundschaft, endgültiger Abschaffung des Krieges und Menschheitsverbrüderung. Diese Utopien wurden in beiden Organisationen programmatisch und im Bewußtsein der Mitgliedschaft unterschiedlich ausgestaltet. Insbesondere die Rolle der Sowjetunion ist bedeutsam, die nicht nur in der KJ, sondern, insbesondere in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre, auch in der SAJ als erster sozialistischer Staat in unterschiedlicher Intensität als Identifikationsobjekt (bei der KJ) oder partiell als Hoffnungsträger (in Teilen der SAJ) fungierte.

9. Verhältnis SAJ-KJ

Obgleich sich KJ und SAJ feindlich, zuweilen sogar aggressiv gegenüberstanden und sich bekämpften („Sozialfaschisten" contra „rotlackierte Nazis" lauteten zeitweilig die gegenseitigen Beschimpfungen), war in einem großen Teil der Mitgliedschaft beider Organisationen doch ein Bedürfnis nach einer Annäherung und einer größeren Solidarität unter den Arbeiterjugendorganisationen verbreitet. Angesichts des Bedrohungsszenarios des erstarkenden Nationalsozialismus kam es im Raum Berlin vereinzelt sogar zu gemeinsamen antifaschistischen Aktionen von SAJ- und KJ-Mitgliedern.[18] Welche Motive diesem Leitbild der Einheit der Arbeiter(jugend)bewegung zugrunde lagen und welche politischen Instrumentalisierungen damit verbunden waren, welche konkreten Erfahrungen des Umgangs miteinander die Mitglieder beider Organisationen gemacht haben, ist überaus ambivalent. Hier gibt es kein eindeutiges Ergebnis.

Zusammenfassung

Welche sozialmoralischen Grundüberzeugungen, welcher politische Habitus, welche Funktionärstugenden oder -untugenden auch immer in diesen neun Erfahrungsräumen vermittelt wurden, ist abhängig von Dauer und Tiefe des Engagements, von der jeweiligen individuellen geistigen Ausstattung, von vielfältigsten sozialen Bedingungen. Mögen dabei auch spezielle Muster zu

18 So veranstalteten im „roten Nowawes", dem heutigen Potsdam-Babelsberg, im Sommer 1932 SAJ und KJ eine gemeinsame Sonnenwendfeier und wenige Monate später eine gemeinsame antifaschistische Kundgebung. Siehe Wolf Gerhardt: Trennende Gemeinsamkeiten. Sozialdemokratische und kommunistische Kindergruppen in Potsdam und Nowawes, in: Gröschel, Weg, S. 193-208, hier S.206.

identifizieren sein, ihre *zeitgenössische sozialisatorische* Bedeutung mag mehr oder weniger immens gewesen sein, ihre *lebensgeschichtliche* hingegen war es weniger.
Und nun bin ich beim Eigentlichen, bei meiner zusammenfassenden These: Was lebensgeschichtlich bedeutsam blieb am jugendlichen arbeiterbewegten Engagement, konstituiert sich weniger durch das „*wie*" der je spezifischen Arbeiterjugendorganisations-Sozialisation, als durch das „*daß*". Daß sie stattgefunden hat, nicht wie im einzelnen, ist das Entscheidende. Das „wie" mag durch spätere Lebensereignisse und -erfahrungen vielfach und vielfältig überlagert sein. Aber daß man in seiner Jugend mehr oder weniger verinnerlicht hat, sich für „das Wohl des Kollektivs" – was immer das auch sei – eingesetzt zu haben, das hielt als vielfach tragende Lebenserfahrung oft lebenslang: als eine *entschiedene Haltung* dem Leben gegenüber. Diese schließt ein spezifisches Deutungsmuster ihrer Jugenderfahrungen in der Arbeiterjugendbewegung ein. Diesen Jugenderfahrungen wird rückblickend eine besondere lebensgeschichtliche Bedeutung zugewiesen. Was Sabiene Autsch für die bürgerlich Jugendbewegten dieser Generationen feststellt, daß die besondere Haltung zum Leben zu einem rhetorischen Schlüsselbegriff in ihrem Selbstverständnis geworden ist, trifft mit spezifisch arbeiterbewegten Akzentuierungen auch auf die Weimarer Arbeiterjugend-Generationen zu. Im Unterschied zu den gleichaltrigen bürgerlichen Jugendbewegten bezieht sich dieses jedoch eher auf die „innere Haltung", auf das „verinnerlichte Normen- und Wertearsenal"[19] als auf die äußere Haltung im Sinne eines spezifischen Stils, einer spezifischen Selbstästhetisierung.[20]

19 Siehe Sabiene Autsch: Haltung und Generation – Überlegungen zu einem intermedialen Konzept, in: BIOS, 13. Jg. 2000, H. 2, S. 163-180, hier S.164.
20 Siehe ebenda, S.163-180.

Frauenalltag in der französischen Résistance[1]

Ulla Plener

Es geht im folgenden um Alltag im Widerstand, geleistet von Frauen vorwiegend der Jahrgänge 1900-1913, die in ihrer absoluten Mehrheit aus der Arbeiterbewegung kamen und nicht deren Führungsschicht angehörten, sondern die Bewegung „unten" vertraten. Sie waren von emanzipatorischen Idealen geleitet, politisch motiviert und hatten sich freiwillig in die französische Résistance (1940-1944) eingereiht.
Für viele andere steht *Henny Dreifuss* (geb. 1924): „Das Jahr 1942 war schrecklich. Eine Razzia jagte die andere. Die Deportationen liefen bereits auf Hochtouren. Ich habe die Züge nach Osten fahren gesehen, überfüllt mit verzweifelten Menschen, die einzig und allein ihrer jüdischen Herkunft wegen in den Tod geschickt wurden. Immer drängender stellte sich die Frage: Verstecken? Schicksalsergeben warten? Abwechselnd hoffen und resignieren? Oder etwas gegen den Faschismus tun? Entscheidungen, die je nach persönlichen Möglichkeiten, aber auch nach dem politischen Hintergrund auf jeden einzelnen zukamen [...]
Ich kam aus einer Familie, in der Politik kein Tabu war. Im Kinderheim arbeitete ich mit Kommunistinnen zusammen und habe mich u.a. an der Solidarität für die eingesperrten Spanienkämpfer beteiligt, habe zusammen mit einer polnischen jüdischen Genossin etwa drei Monate eine österreichische Genossin, die von der Gestapo gesucht wurde, in unserem kleinen Zimmer versteckt. Die Razzia, bei der es auch mich treffen könnte, lag in der Luft [...] Mein Weg führte über die Kommunistinnen, mit denen ich im Kinderheim zusammengearbeitet hatte, zur Résistance. Nicht ganz neunzehn Jahre alt fuhr ich im Januar 1943 von Limoges als Henny Dreifuss ab und kam in Lyon als Marguerite Barbe an [...]. Ich werde nie das Gefühl vergessen, das ich nach dem Ankleben des ersten ‚Spuckzettels' hatte: Von heute an gehörst du zu denen, die sich wehren. Wenn du sterben musst, dann nicht mehr umsonst."[2]

Die alltäglichen Lebensbedingungen im Widerstand
Die Frauen, von denen hier die Rede ist, lebten in Frankreich nach der deutschen Besetzung und Eintritt in die Résistance illegal, mit falscher Identität (vielfach mit

---

1 Siehe ausführlicher Ulla Plener: Frauen aus Deutschland in der französischen Résistance. Eine Dokumentation, 2. Auflage, Berlin 2006. In der Dokumentation sind 132 Namen von an der Résistance beteiligten Frauen zusammengetragen und mit Kurzbiographien versehen; 31 von ihnen werden detaillierter vorgestellt. Alle Fakten, Auskünfte und Angaben stammen - soweit nicht anders angemerkt - aus diesem Band, in dem die jeweiligen Quellen angegeben sind.
2 Siehe hierzu auch Ulla Plener: Drei mutige Frauen in der französischen Résistance: Henny Dreifuß, Yvette Bloch, Marie-Luise Plener, in: JahrBuch, 2005, H.2, S.102-111.

echten, aber auf fremden Namen ausgestellten französischen Papieren). Sie mußten sich den strengen Regeln der Konspiration unterwerfen, was nicht leicht gewesen ist, weil, wie *Lisa Gavrič* (geb. 1907, Kommunistin aus Österreich) konstatierte, „die streng festgelegten Regeln der Konspiration zu befolgen, die völlige Einsamkeit bedeuteten". Das hieß: alltägliche Gefahr, denunziert, von der französischen Gendarmerie verhaftet und an die Gestapo ausgeliefert zu werden – und damit ständige Lebensgefahr.

Das hieß auch: Bei akuter Gefahr „untertauchen", Wohnungs- und Identitätswechsel, Papiere und äußeres Aussehen eingeschlossen. So z. B. *Yvette Bloch* (geb. 1909). Nachdem sie ihre 1940 geborene Tochter in Sicherheit wußte, war sie seit 1942 im Auftrag der Travail Allemand (TA)[3] Angestellte der deutschen Reichsbank in Toulouse. Es gelang ihr, eine große Geldsumme für die Résistance zu beschaffen. Schwieriger noch als das Geldbeschaffen war das Untertauchen danach. Es gab zwar einen Plan für ihr „Verschwinden", eine Unterkunft war verabredet worden, aber es klappte alles nur „mit Ach und Krach". Yvettes Haare wurden über Nacht blond, sie wurde in andere Kleider gesteckt, erhielt ein ganz anderes Aussehen als vorher – und aufs Neue gefälschte Papiere. Nach einigen Tagen wurde sie von einem Genossen zu einer kleinen Bahnstation gebracht, von wo aus sie nach Lyon flüchten konnte.

Die täglichen Lebensumstände waren oft sehr schwer. Es waren vor allem Frauen, die für den Lebensunterhalt sorgten.

So *Friedel Brix* (geb. 1905). Ihr Ehemann Walter war größtenteils arbeitslos, erkrankte an Typhus. Friedel, aktiv in der „Soldatenarbeit", mußte – ohne Arbeitserlaubnis, was ein zusätzliches Risiko war, – putzen gehen, um die Familie über Wasser zu halten. Nachdem Walter im Januar 1943 von der Gestapo in Toulouse verhaftet worden war, wurden auch Friedel und ihre kaum 14jährige Tochter Erika (geb. 1930, lebte auch unter falschem Namen und beteiligte sich an Widerstandsaktionen) von der Gestapo gesucht. Sie mußten häufig die Wohnung wechseln, sich zeitweilig voneinander trennen. Friedel mußte „untertauchen". Im Mai 1944 kamen beide mit Auftrag des Komitees Freies Deutschland für den Westen (KFDW), als französische Zwangsarbeiterinnen getarnt, nach Deutschland.

Jutta Joos (geb. 1908) gebar im November 1942 ihren Sohn. Als im Sommer 1942 die Deportation der Juden begann, beteiligte sie sich an deren Rettung, verhalf auch gefährdeten Genossen zur Flucht. In St. Martin, wo sie eine Bleibe fand, lebte sie unter schlimmen Bedingungen: Im Winter gab es dort kaum Holz, kein Licht, dafür Ratten, der nächste Ort war 6 km entfernt, sie hatte keine Erlaubnis, den Ort zu verlassen, keinen Kinderwagen, keinen Arzt, fast keine Milch für ihr Kind. Im Frühjahr 1943 kam sie zu ihrem Ehemann Anton nach Bram/Aude, wo sie mit dem Kind in einem Waschhaus wohnten. 6 Wochen danach mußte Anton mit falschen Papieren wieder weg. Bis Kriegsende blieb Jutta in Bram allein, hielt aber

3 Travail Allemand – Deutsche Arbeit, manchmal auch als Travail Anti-nazi (Antinazi-Arbeit) bezeichnet. Es geht um Tätigkeiten unter Wehrmachtsangehörigen, in deutschen Dienststellen u. ä.

Verbindung zur KPD-Organisation in Toulouse, transportierte und verteilte Flugblätter.

Irene Bernard (geb. 1908) wurde wegen ihrer drei Kinder (das jüngste um 1936 geboren) und dank guter Beziehungen zur Präfektur nicht interniert. Den Lebensunterhalt verdiente sie mit Arbeit in französischen Haushalten. 1940/1941 beherbergte sie deutsche Antifaschisten bei deren Flucht aus dem von Deutschen besetzten Teil Frankreichs. Nach der Besetzung Südfrankreichs leistete sie Kurierdienste. Vom Präfekten, der die Ausländerkartei und Fotos vernichten ließ, erhielt sie falsche Papiere. Nachdem ihr Ehemann 1944 zum Maquis gegangen war, pflegte sie verwundete Maquisarden, ihre Wohnung fungierte als „Briefkasten" und Anlaufstelle, in der auch Beratungen stattfanden. Irene sorgte für das leibliche Wohl der Teilnehmer.

Alle Frauen sorgten für ihren, ihrer Familien und in vielen Fällen der Mitkämpfer Lebensunterhalt. Sie waren als Dienst- und Kindermädchen oder als Gouvernante in französischen Familien tätig, arbeiteten als Erzieherinnen in Kinderheimen, als Dolmetscherinnen und Übersetzerinnen, Sekretärinnen und Büroangestellte in französischen oder deutschen Firmen bzw. Behörden, gaben Sprachunterricht, waren Landarbeiterinnen bei Bauern, Krankenschwestern oder Ärztinnen in Krankenhäusern, verdienten ihren Unterhalt als Schneiderinnen, Näherinnen, Heimarbeiterinnen.

Mindestens 39 der 132 Frauen waren Mütter, zumeist von Klein- oder jüngeren Schulkindern. Im Widerstand begleitete diese Frauen die ständige Sorge um deren Leben, Wohl, Sicherheit. Die Kinder waren auch ein zusätzliches Risiko im Falle der Verhaftung.

Lore Wolf (geb. 1900), Mutter einer kaum 14jährigen Tochter, wurde am 22. August 1940 in Paris verhaftet. Sie erinnerte sich: „Als mein Kind Hannelore an diesem Tag aus der Schule kam, freute sie sich, als bei der Concierge kein Schlüssel für unser Zimmer hing. Das war das Zeichen, dass ich zuhause war [...] Aber an diesem Mittag bot sich ihr ein ungeahnter Anblick. Die Schränke und Schubladen waren aufgerissen, die Kleidungsstücke und Papiere lagen auf dem Boden verstreut. Keine Mutter war da. Es muß sehr schlimm für sie gewesen sein zu begreifen, daß man ihre Mutter, den liebsten Menschen für sie und den einzigen Vertrauten in dieser Stadt, verhaftet hatte. Im Pariser Polizeigefängnis begannen noch am gleichen Tag die Verhöre. Es war nachmittags drei Uhr [...] Dann stand plötzlich einer der Beamten auf, ging zur Tür und schrie: ‚Reinbringen!' Die Tür wurde geöffnet und Hannelore in den Raum gebracht. Da brach ich zusammen. Mein Kopf fiel auf den Tisch, ich begann hemmungslos zu schluchzen. Ich wußte genau, daß ich in diesem Moment mein Kind zum letztenmal sehen würde. Hannelore kam auf mich zu. Sie weinte nicht, aber sie war sehr blaß. ‚Mama, vor denen da wirst du doch nicht weinen!' war alles, was sie sagen konnte. ‚Sie haben ihre Tochter ja gut erzogen!' brüllte ein Gestapobeamter. ‚Raus, aber schnell!' Hannelore ging rückwärts auf die Tür zu, mit den Augen hing sie an mir, bis der Gestapobeamte die Tür zuschlug. Das war unser Abschied."

Das Bitterste widerfuhr *Emmi*, einer österreichischen Kommunistin.[4] Lisa Gavrič berichtete: Emmis Sohn Georg war „ein durch die Emigration allzu früh reif gewordenes Kind [...] Schon in den ersten Lebensjahren hatte er gelernt, was es bedeutet, wenn die Eltern als Kommunisten verfolgt werden, wenn man vor anderen dies oder jenes, was zu Hause gesprochen wird, verschweigen muß. Wenn man, wie es ihm geschah, als Kind einen Zettel mit einer Adresse umgebunden bekommt und einfach in einen Zug gesetzt wird, um allein von Wien nach Belgien zu fahren. Wenn man mit ihm in den Pariser Parks an den Bänken mit der Aufschrift ‚Für Juden verboten' vorbeiging, dann umklammerten seine kleinen Hände den Arm des Erwachsenen. Es war bitter, diesen scheuen Druck der Kinderhand zu fühlen. Eines Tages war der Vater von einem Treffen nicht nach Hause gekommen. Was das zu bedeuten hatte, wußten Mutter und Sohn. Beide schwiegen voreinander [...] Der Vater galt als verloren [...] Georg wurde zu einer französischen Lehrerin in den Süden des Landes geschickt, die Mutter brachte man mit falschen Papieren in Rouen in der Normandie in einem Wehrmachtsbetrieb unter. Sie wurde verhaftet, blieb aber standhaft bei der Behauptung, daß sie wirklich die Frau sei, auf deren Namen der Ausweis lautete. Sie leugnete alle Beschuldigungen. Eines Tages öffnete sich während des Verhörs die Tür, und der kleine Georg stürzte auf sie zu: ‚Mama!' – Das war das Todesurteil: Erschießen ... !"

Hatten die Frauen Angst? *Dora Nickolay* (geb. 1913), die als Kurier tätig war, Mutter einer Tochter (geb. 1935), antwortete auf diese Frage: „Angst, natürlich hatte ich Angst. Meist. Oft sogar. Und wer behauptet, er hatte keine Angst, der lügt. Aber - aber stärker ausgeprägt war: Kommst du wieder zurück? Siehst du deine Tochter wieder? Klappt es auch heute? Und ständig beschäftigte uns: Folgt dir jemand? Verhältst du dich unauffällig genug? Das war die eigentliche nervliche Belastung. Alles beobachten, alles erfassen! Als wir im Sommer 1944 gesiegt hatten, weinte ich vierzehn Tage lang. Ich konnte nicht erklären, warum ich weinte. Ich weinte. Die französischen camarades haben mich wieder auf die Beine gebracht, indem sie mich tagelang durch die Cèvennen, durch jenes Gebiet in Südfrankreich spazieren fuhren, in dem ich tätig war."

Ständig von einer Verhaftung (auch durch die französische Geheimpolizei, die ihre „eigenen" Kommunisten jagte, dabei auf deutsche stieß und sie der Gestapo auslieferte) bedroht, haben die Frauen – das berichteten später viele von ihnen – bei ihren Aktionen die Solidarität der französischen Patrioten erfahren.

Z. B. *Else Fugger* (geb. 1903), ebenfalls als Kurier tätig: „Niemals hätte ich die zahlreichen Parteiaufträge und die illegale Arbeit erfolgreich durchführen können ohne diese beispielhafte Solidarität. Bei der Exode [1940], als sich halb Frankreich auf der Wanderung nach dem Süden bewegte, schützten mich wildfremde Menschen vor den zahlreichen Kontrollen, bei denen nach Ausländern gefahndet wurde. In Bordeaux stellte mir eine einfache Arbeiterfrau ihr eigenes Bett zur Verfügung, da sie in Nachtschicht arbeitete [...] Bei meinen Grenzübergängen an der Demarkationslinie hatte ich weder Adressen noch Anlaufstellen und mußte

4 Nachname von Lisa Gavrič nicht angegeben.

jedesmal einen anderen Übergang ausfindig machen [...] Überall fand ich Verständnis und Hilfe, wenn ich zum Beispiel nach einem Nachtmarsch von 20 Kilometern hungrig und verfroren die andere Seite erreicht hatte. Eines Tages schloß ich mich bei Angoulême einem Führer an, der gegen Bezahlung die Führung über die Demarkationslinie übernahm. Wir waren etwa 30 Personen und wurden mit einem Autobus bis dicht an die Grenze gefahren. Beim Marsch durch den Wald wurde die ganze Kolonne von einer deutschen Militärstreife gestellt, die Hunde bei sich hatte. Diese Hunde stürzten sich auf jeden, der die Gruppe verlassen wollte. Ein Entkommen war unmöglich. Wir wurden zur nächsten Kommandantur geführt und durch deutsche Offiziere verhört. Ich stellte mich als Dolmetscher zur Verfügung und entging dadurch dem Verhör. Dabei konnte ich gleichzeitig die Antworten meiner Leidensgefährten suggerieren. Wir wurden alle zu einer Gefängnisstrafe von drei Wochen verurteilt, konnten uns jedoch durch Bezahlung von 50.- ffrs. pro Tag loskaufen, also mit einer Summe von 1050.- ffrs. pro Person. Ich hatte diesen Betrag nicht bei mir, konnte aber auch nicht riskieren, drei Wochen ins Gefängnis zu gehen, da unsere Genossen in diesem Falle gezwungen gewesen wären, alle Verbindungen neu herzustellen und die Arbeit zu reorganisieren. Eine Französin gab mir das Geld und ihre Adresse, und ich konnte die Strafe bezahlen."

Genia Nohr (geb. 1905) berichtete: „Nach der Besetzung Südfrankreichs mussten wir ein illegales Quartier beziehen. Es war eine Baracke in den Weinbergen, die einem französischen Bauern gehörte. Durch Verbindung zu französischen Widerstandskreisen erhielten wir französische Ausweispapiere. Sehr günstig erwies sich eine Verbindung, die wir zu einem Angestellten der Prefekture hatten. Durch ihn erhielten wir echte cartes d'identité, mit einem echten Stempel, die wir selbst ausfüllen konnten. Viele dieser Ausweise stellten wir Toulouse [also der illegalen Leitung - U. P.] zur Verfügung."

Pepi Wiesenfeld (geb. 1912), aktiv an Herstellung, Verteilung und Transport (z. B. im Hüftgürtel – „im Unterrock ein Schlitz zum Durchgreifen") von Flugblättern und Klebezetteln in Paris beteiligt, erkrankte 1943 an Tbc. Sie wurde von französischen Genossen mit falschen Papieren in einem Sanatorium untergebracht, wo sie von katholischen Schwestern, die wußten, daß sie deutsche Jüdin war und für sie für den Fall eines Gestapo-Überfalls Nonnenkleidung bereithielten, versorgt.

Die Teilnahme am Widerstand erforderte, wie schon die angeführten Beispiele zeigen, gute Kontakte zur französischen Bevölkerung.

So hatte z. B. *Marie-Luise Plener* (geb. 1909) in ihrem Wohnort St. Pierre de Lages, unweit von Toulouse, einen guten Stand. Die Mitglieder des Gemeinderates, der Bauer Boyer und Graf de Rigaud, hatten ihr Wohnung und Aufenthaltserlaubnis beschafft. Sie verdiente sich ihren Unterhalt als Köchin und Garnwicklerin, gab Sprachunterricht. Im Dorf hatte sie viele Kontakte, u. a. beratschlagte sie mit den Bauern, wie deren Ablieferungspflicht an die Okkupanten zu umgehen war. Ihr Nachbar Cossè war bei der Instandhaltung der Chausseen tätig und deshalb über alle Geschehnisse gut informiert. Für ihre Sicherheit und die spätere politische Arbeit sorgte auch die Freundschaft mit Marie-Louise Gally und deren Vater, dem Bahnhofsvorsteher der kleinen Station an der Strecke Toulouse-Monteaudran-

Lanta-Revel. Sie ermöglichte es, den für Ausländer stark eingeschränkten Ortswechsel zu umgehen: So oft wie nötig fuhr Marie-Luise nach Toulouse.

Die Handlungsfelder - Widerstand Tag um Tag

Die Handlungsfelder der Frauen waren vielfältig. Sie deckten den größten Teil der TA ab. Dazu gehörten: Agitation und Erkundungen unter deutschen Soldaten („Soldatenarbeit"); Tätigkeiten in deutschen Firmen und Dienststellen; Kurierarbeit, z. T. mit Waffen-, Geld- und Literaturtransporten verbunden; Abhören und stenographische Aufnahme der Sendungen des Londoner und des Moskauer Rundfunks; Herstellen, Verbreiten, Transport von Flugblättern, Zeitungen und anderen Druckerzeugnissen sowie falschen Ausweis- u. a. amtlichen Papieren; Verstecken und Versorgen von Mitkämpfern sowie jüdischer Bürger und Kinder. Jede dieser Tätigkeiten bedeutete: Widerstand Tag um Tag unter größter Anspannung der geistigen und physischen Kräfte.

Bei der „Soldatenarbeit" ging es darum, Informationen für die Résistance zu sammeln und Wehrmachtsangehörige für den Widerstand zu gewinnen. Darüber schrieb als Beteiligte *Lisa Gavrič*: „Die meisten Mädchen hatten irgendwelche Berufe, waren als Kürschner zu Haus tätig, als Deutschlehrer in der Berlitzschule, als Lederarbeiterinnen. Doch diese Arbeit war nur eine Notwendigkeit, um leben zu können. Die eigentliche Tätigkeit, die den ganzen Menschen beanspruchte, die Nerven zerriss und doch dem Leben Sinn gab – das war die Soldatenarbeit. Tag für Tag. Zwei Jahre hindurch [...]

War es gelungen, in ein Gespräch zu kommen, begann erst die ganze Schwierigkeit der Arbeit. Alles musste in Sekundenfolge rasch geschehen, dabei durfte die Eile nicht merkbar sein, alles musste natürlich wirken, so wie eben harmlose, dumme Mädchen sich benehmen. Die Vermutung, ein ‚leichtes Mädchen' vor sich zu haben, musste sofort dem Eindruck von einem soliden, warmherzigen, freundschaftlich gesinnten jungen Menschen Platz machen, denn nur so konnte das mit einem Anlächeln begonnene Gespräch ernst und inhaltsvoll weitergeführt werden. Man musste klug sprechen und doch nicht zu klug für eine Frau, um nicht irgendwelchen Verdacht zu erregen. Es mussten Wahrheiten gesagt werden, doch so verschleiert, dass sie nicht ausdrücklich genannt, sondern nur von den Soldaten als solche empfunden wurden. Während all dieser technischen Kunststücke mussten alle Sinne ungeheuer angespannt arbeiten und wie ein kompliziertes Elektronengehirn über eine Fülle sorgsam programmierter und blitzschnell auswertbarer Kenntnisse, Erfahrungen und Fähigkeiten verfügen. Dazu gehörten: das politische und psychologische Einfühlungsvermögen; die Kenntnis der spezifischen deutschen oder österreichischen Verhältnisse; der Auffassungen und der Mentalität der verschiedenen Gesellschaftsschichten, deren Angehöriger der eine oder andere Soldat war; das Empfinden für die Unterschiede in der Denkweise, den politischen Einstellungen bei der vorfaschistischen und der Hitlergeneration oder bei sozialdemokratischer oder kommunistischer Vergangenheit der Eltern; das Abschätzen der charakterlichen Qualitäten, des Grades von Sauberkeit oder Verdorbenheit, des Mutes und der Ehrlichkeit;

Urteilsvermögen, wer ein Nazi und wer keiner sein konnte, wer fortschrittlich dachte und sich gerade deswegen hinter Naziphrasen versteckte, wer an den Sieg glaubte, wer den Krieg hasste, wer den Sozialismus erträumte, wer ein Spitzel sein könnte oder war; wer sofort nach der Feldgendarmerie rufen würde, um einen verhaften zu lassen. Das Orchester der Nerven, Gedanken und Gefühle spielte in einem wie toll, und der Mund sagte irgendwelche netten, nebensächlichen Worte ganz einfach und leicht, obwohl jedes genau bedacht und dem Sinn und Tonfall nach sorgfältig bemessen war [...]

Nein, leicht hatten es die Mädchen wirklich nicht. Wie schwer es ihnen wurde, welche Anstrengungen notwendig waren, bis ein Soldat zum Mitarbeiter wurde oder das Material in die Heimat brachte, davon konnte sich Franz, der Verantwortliche, keine richtige Vorstellung machen. Für ihn galten nur die Ergebnisse. Der Weg dazu war aber ein Akrobatenkunststück – das Tanzen auf einem schwankenden Seil, von dem man bei jedem Schritt in den Abgrund stürzen konnte. Mit einigen geschah das auch [...]

Die Soldatenarbeit war unsagbar schwer. Nicht leicht waren die verachtungsvollen Blicke der Franzosen zu ertragen, die einem überall begegneten, wenn man mit den deutschen Soldaten ging. Es war, als ob sie einem ins Gesicht spuckten [...] Anfangs war es auch sehr schwer, Tag für Tag, das illegale Material um den Leib gebunden, die ständigen Kontrollen in der Metro und auf den Straßen zu passieren und sich das Erschrecken nicht anmerken zu lassen oder in der Einkaufstasche unter ein paar bedeutungslosen Sachen die von den Soldaten gestohlenen Pistolen zu tragen."

Genia Nohr berichtete über ein Detail ihrer Soldatenarbeit, nachdem eine Verbindung zu einem älteren Soldaten aus Leipzig hergestellt werden konnte: „Wir benutzten die Gelegenheit, als er auf Urlaub fuhr, ihm illegales Material mitzugeben. Das Material war in Stofftieren, die ich für seine Kinder angefertigt habe, eingenäht sowie in einem Kuchen eingebacken."

Martha Farkas (geb. 1913, Ärztin) erinnerte sich: „Nach der Niederlage der Faschisten bei Stalingrad wurden die deutschen Soldaten im Allgemeinen viel zugänglicher für unsere Nachrichten und Argumente. Je weiter die Sowjetarmee vordrang, desto begieriger wurden sie auf Frontnachrichten. Groß war ihre Furcht, an die Ostfront versetzt zu werden. Unmittelbar beeindruckten sie auch die immer erfolgreicheren Aktionen der französischen Widerstandsbewegung. Damals ging ich mit Vorliebe in das Musée de l'Homme, dessen Ausstellungsmaterial sich besonders zur Anknüpfung von Gesprächen über gesellschaftliche und politische Fragen eignete. In verhältnismäßig kurzer Zeit konnte ich hier mit zahlreichen Soldaten aus den verschiedensten Schichten sprechen." Auch sie und Yvonne, ihre Partnerin bei der Soldatenarbeit, „bekamen einmal die Wirkung der Verhetzung zu spüren. Ein Soldat verdächtigte uns schon nach kurzem Gespräch der Zersetzungsarbeit und prüfte unsere Identitätskarten. Er merkte zum Glück nicht, dass sie falsch waren, und wir konnten ihm entgehen."

Die Arbeit in deutschen Firmen und Dienststellen war nicht minder gefährlich.

Wally Quast (geb. 1902), *Elisabeth* und *Helge Petersen* (Mutter und Tochter, geb. 1902 bzw. 1925) begannen 1940 mit falschen Papieren bei einer deutschen Baufirma in

Paris zu arbeiten: Elisabeth als Buchhalterin, Helge als Dolmetscherin, Wally als Bürokraft. Bald gelang es ihnen, für die Firma unentbehrlich zu werden. Alle Verwaltungsarbeiten, Personaleinstellungen, Korrespondenz mit Behörden und Dienststellen, Lohnbuchhaltung hatten sie in ihren Händen. So konnten sie viele gefährdete Franzosen, u. a. solche, die nach Deutschland zur Zwangsarbeit deportiert werden sollten, retten, indem sie sie in den verschiedenen Betriebsteilen der Firma einstellten. Auch illegal in Paris lebende Juden gehörten dazu. Durch Interventionen bei höheren Stäben, durch Dringlichkeitsbescheinigungen, die der verantwortliche Vertreter der Firma in Frankreich – ein Nichtnazi, der von den Frauen für den Kampf gegen Hitler gewonnen wurde, – unterschrieb, erreichten die Frauen, daß kein einziger französischer Arbeiter nach Deutschland deportiert wurde. Dank ihrer Beziehungen zu den Behörden erfuhren sie rechtzeitig von Personalkontrollen durch die Feldgendarmerie und die Gestapo, so daß alle Gefährdeten gewarnt und in Sicherheit gebracht werden konnten. Die Frauen setzten dabei ihr Leben ein. Denn nach deutschem Besatzungsrecht hätten sie zum Tode verurteilt werden können: Für alle in Frankreich bei deutschen Firmen beschäftigten Arbeiter mußten zwei Registrierkarten und ein persönlicher Ausweis – alle mit Lichtbild – ausgestellt werden. Die Registrierkarten waren für die Standortkommandantur und für die Abwehrstelle jenes Stabes bestimmt, dem die Firma unterstand. So hatten die Gestapo und die Feldgendarmerie eine genaue Übersicht über die beschäftigten Arbeiter. Die Frauen stellten aber nur die persönlichen Ausweiskarten aus und verbrannten die Registrierkarten. Die monatlich notwendige Abstempelung der letzteren ließen sie von französischen Widerstandskämpfern vornehmen, die als Arbeitskräfte in der Kommandantur beschäftigt waren. Über vier Jahre arbeiteten die drei Frauen in der Firma, immer unter den Augen der Gestapo, vor plötzlichen Kontrollen nie sicher.

Käte Voelkner (geb. 1906, Sekretärin und Zirkusartistin) fand eine Anstellung bei der deutschen Militärverwaltung in Paris. Ihr Chef stammte wie Käte aus Danzig. Seit 1942 war er zuständig für die Aufgaben des sogenannten Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz (Amt Sauckel) in Frankreich. Käte hatte sein Vertrauen gewonnen und kam an sehr viele Informationen, die sie an die illegalen Mitstreiter weitergab, auch an das Kundschafternetz, das von den Nazis „Rote Kapelle“ genannt wurde. Es waren z. B. Informationen über Entwicklungen in der chemischen Industrie, so über eine neue Kampfstoffgruppe und deren Wirkungsgrad, Auskünfte über den Arbeitskräftebedarf der deutschen Rüstungsindustrie, über wirtschaftliche Probleme des „Dritten Reiches“. Käte wußte auch von geplanten Razzien und Massendeportationen und rettete durch rechtzeitige Warnung französische und jüdische Bürger vor dem Zugriff der Nazis. Zusammen mit ihrem Mann beschaffte sie Formulare, Dienstbescheinigungen und Stempel, die bei einer eventuellen Kontrolle beweisen konnten, daß der Inhaber des Dokuments in Deutschland arbeitete und auf Urlaub war. Die Zahl der Illegalen, die solche Hilfe brauchten, war groß.

Marie-Luise Plener betrat das Gebäude des Arbeitseinsatzstabes in Toulouse anfangs mit Herzklopfen. In der Dienststelle waren faschistische Sonderführer und Uni-

formierte mit hohem militärischen Rang tätig, die Südfrankreich nach Arbeitskräften und Wirtschaftsressourcen durchkämmten. Marie-Luise sollte Namen und Adressen, vor allem wichtige Informationen sammeln und die Arbeit der Dienststelle stören. In der ersten Zeit fragte sie sich bei Betreten der Arbeitsstelle oft, ob sie am Abend noch ein freier Mensch sein würde. Die Opfer und Siege der sowjetischen Völker und ihrer französischen Freunde gaben ihr, so erzählte sie später, immer wieder Kraft und Ruhe. Dem zackigen „Heil Hitler!" der Offiziere hatte sie ein gelassenes „Bonjour, Messieurs" entgegengesetzt, und diese mußten es akzeptieren, schließlich war sie eine Französin. Sie sorgte dafür, daß Mitarbeitern der Dienststelle deutschsprachiges Aufklärungsmaterial der Résistance zugeschickt wurde. Einmal bemerkte sie, wie ihr Chef, ein Sonderführer, beim Öffnen der Post die Farbe wechselte und sie scharf anblickte. Dennoch erfuhr sie von ihm: Kein Flugzeug kann mehr starten, die Benzinvorräte der Fliegerhorste sind erschöpft. Die Information wurde sogleich weitergeleitet. Im April 1944 erfuhr sie, das Personal der Dienststelle habe bei einer Razzia einige Hundert Menschen aufgegriffen, sie sollten zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt werden. Etwa 70 Franzosen, Spaniern und Italienern konnte sie unterstempelte Bescheinigungen zustecken, die sie als unabkömmlich bezeichneten und dadurch vor dem Transport bewahrten. Viele von ihnen konnten zum Maquis entkommen.

Ein Schwerpunkt der TA war, Rundfunksendungen abzuhören und die Informationen in Flugblättern u.a. für die Wehrmacht bestimmten Druckerzeugnissen zu verarbeiten und zu verbreiten.

Paula Rueß (geb. 1902) berichtete, wie sie bei der Herstellung und Verbreitung von Zeitungen und Flugblättern mitwirkte: „Meine wichtigste Aufgabe war es, Tag und Nacht viele Stunden lang den Moskauer Rundfunk, Radio London, den Deutschen Volkssender und andere Stationen abzuhören und alle politischen Reden, Nachrichten und Informationen mitzustenographieren. Die aufgenommenen Mitteilungen, die die Wahrheit über den Stand der Kriegshandlungen an den Fronten und die Lage in der Heimat vermittelten, wurden von den Genossen verarbeitet und in den illegalen Agitationsschriften veröffentlicht [...] Als ich einmal Wachsmatrizen für die illegale Zeitung `Soldat im Westen` auf der Schreibmaschine tippen musste, stellte ich mit Freude fest, dass der Inhalt sich stark auf die von mir mitgeschriebenen Meldungen stützte. Aber ich hatte noch eine weitere Aufgabe. Ich verschickte die mit viel Mühe vervielfältigten Flugblätter und Zeitungen in die Heimat, nach Deutschland [...] Sehr viele Adressen habe ich auch selbst besorgt. Ich wählte sie aus Adreß- und Telefonbüchern sowie aus Branchen-Adressbüchern verschiedener deutscher Städte aus, die auf den Pariser Postämtern, Bahnhöfen und in den großen Kaffeehäusern auslagen. Dabei passte ich natürlich auf, dass ich nicht beobachtet wurde [...] Es mögen wohl an die hundert Briefe gewesen sein, die ich Woche für Woche absandte. An den Vormittagen besuchte ich die Wochenmärkte in den verschiedenen Stadtbezirken, und im Vorbeigehen erledigte ich dann die Posteinwürfe."

Auch *Genia Nohr* erinnerte sich: „Die Literatur wurde in den Kasernen verbreitet, wir versorgten auch die Saarländer, da viele von ihnen mit deutschen Soldaten

verkehrten. Außerdem schickten wir Briefe an deutsche Soldaten. Die Feldpostnummern bekamen wir aus Toulouse. Von den Partisanen bekamen wir einen englischen, durch Fallschirm abgeworfenen Kopfhörapparat (Batterieapparat, in der Baracke war kein Strom). Wir hörten die Sendungen ab und verwandten die Nachrichten als Informationsmaterial."

An einer solchen Tätigkeit waren auch Else Fugger, Yvette Bloch und andere Frauen beteiligt. *Lya Kralik* (geb. 1901) berichtete: „Wir mieteten eine Dachzimmerwohnung [in Lyon – U.P.] und reihten uns in die illegale Arbeit ein. Unsere Aufgabe war Agitation unter deutschen Soldaten. Hanns [Kralik, ihr Ehemann, ein ausgezeichneter Grafiker – U.P.] fand auf dem Flohmarkt die tollsten Dinge. Daraus hat er einen Abziehapparat hergestellt. Freunde brachten uns einen Radioapparat mit Kopfhörern und eine Schreibmaschine. So konnten wir in Lyon die Sendungen des Nationalkomitees ‚Freies Deutschland' aus Moskau hören und die ersten Flugblätter gegen die deutsche Besatzung herstellen. Die Flugblätter richteten sich an die deutschen Soldaten. Ich schrieb die Wachsmatrizen und machte Kurierarbeit. In Lyon wurden die Wachsplatten für ganz Südfrankreich hergestellt. Hanns hatte Taschen mit doppeltem Boden gebaut. Hierin wurden die Wachsmatrizen verstaut. Ich lieferte sie bei Kurieren ab, die sie dann an die Bestimmungsorte brachten. An der Flugblattverteilung habe ich auch mitgearbeitet. In der Nähe unserer Wohnung war ein Exerzierplatz der deutschen Soldaten. Auf dem Gelände standen kleine Büsche, die den Soldaten als ‚stille Örtchen' dienten. Ich habe mir einen Sack organisiert und bin auf dieses Gelände Karnickelfutter pflücken gegangen. An den ‚stillen Örtchen' habe ich die Flugblätter niedergelegt. Wir haben auch über die Kasernenmauer Flugblätter geworfen oder sie in die Futtersäcke der Pferde gesteckt. Eine Spezialität von Hanns war, auf Zigarettenpapier kleine Flugblätter zu drucken. Die klebten wir auf Bänke und auf andere Plätze."

Therese Schmidt (geb. 1910) schlug sich mit Schneiderheimarbeit durch, nahm verschiedene Genossen bei sich auf. Im Frühjahr 1943 mußte sie in die Illegalität, wurde in einer illegalen Wohnung mit falschen Papieren untergebracht. In dieser Zeit verteilte sie wöchentlich Feldpostbriefe mit Flugblättern an zahlreiche Briefkästen. In der Wohnung wurden Flugblätter abgezogen und von da an die Bestimmungsorte gebracht. Resi hatte inzwischen allerhand private Kundschaft für ihre Näherei. Einmal kam unerwartet eine französische Kundin zur Anprobe, als die Schreibmaschine offen dastand, Matritzen daneben lagen usw. Daraufhin mußte sofort alles abgebrochen und verlegt werden. Französische Genossen halfen, die Kundin zum Schweigen anzuhalten.

Für die illegale Arbeit wurden Personalausweise und andere amtliche Papiere benötigt. Nicht immer konnten sie mit Hilfe der Prefecten beschafft werden – sie mußten auch illegal hergestellt werden.

Daran war u. a. *Lilli Segal* (geb. 1913), Mutter eines Kleinkindes (geb. im Juli 1941), beteiligt. Sie erinnerte sich: In der Wohnung ihres Ehemannes Jakob „befand sich das Fototechnische Büro der Widerstandsorganisation Main d'Oeuvre Immigrée (MOI): die „Papierfabrik" – die „Préfecture". Es wurde alles Notwendige beschafft,

um für die Illegalen die notwendigen Ausweispapiere herzustellen: Stempel, Wasserzeichen, Tinte, Unterschriften, Wohnungsbescheinigungen, Mietverträge, Arbeitsbescheinigungen der verschiedensten Dienststellen, Personalausweise – kurz, komplette Sätze aller notwendigen Vordrucke, Stempel und Ausweispapiere. Bis zur Befreiung im Sommer 1944 verfügte diese „Fabrik" über einige hundert Stempel, und jeder der Illegalen konnte mit einem Satz von 5 bis 6 verschiedenen Papieren ausgestattet werden. Wöchentlich wurden etwa 5 bis 10 Illegale, vor allem ausländische Genossen, zumeist als naturalisierte Franzosen, mit sehr guten Papieren versorgt." Lilli beteiligte sich an dieser Arbeit als Kurier – sie schaffte Vordrucke, Fotopapier usw. heran und brachte die fertigen Dokumente zu den Bestimmungsorten. Dazu benutzte sie entweder eine Handtasche mit doppeltem Boden oder Lebensmittelverpackungen wie Nudelschachteln u. ä.

Anstrengend und gefahrvoll war die Arbeit als Kurier. *Dora Nickolay* hielt u. a. Verbindung zum Maquis Lozère. Sie fuhr dorthin über St. Jean du Gard, ab St. Germain de Calberte mit dem Bus nach Col de Jalcreste. Sie war etwa drei bis vier Mal oben gewesen, nach der Karte fand sie den Weg zu dem Maquis. Einmal traf sie im Hotel Col de Jalcreste, wo der Anlauf verabredet war, auf die Gestapo; einige Stationen vorher waren einige andere deutsche Genossen in den Zug eingestiegen und sagten: aussteigen in Cassagbas. Dora hatte Zweifel, weil es von dort keine entsprechende Nachricht gab, und stieg in Jalcreste aus. Die Maquisarden hatten an beiden Stationen einen Genossen in der Nähe hingestellt, so daß Dora doch noch einen fand, der sie ins Maquis bei Raynols führte. Sie brachte Material hin in deutscher Sprache, damit die Genossen auf dem Laufenden blieben. Oft unternahm sie wagemutige Schritte. Als im Rhônetal die Bahnlinie unterbrochen war, hielt sie Ausschau nach anderen Transportmöglichkeiten. Autos mit französischen Besitzern fuhren selten, zudem bestand bei ihnen die Gefahr, durch SS- oder Wehrmachtsstreifen angehalten und kontrolliert zu werden. Aber Dora mußte an einem bestimmten Tag zu bestimmter Stunde an einem Treffpunkt sein. Also sprach sie zwei deutsche Offiziere in gebrochenem Deutsch an und bat diese, sie in ihrem Auto mitzunehmen. So kam sie mit ihrem Koffer sicher durch alle Kontrollen. Damals hatte sie fremde – aber echte – Identitätspapiere. Aus ihr war die in Mars-la-Tour am 16. Mai 1912 geborene Marie Rose Bruno, verheiratete Ferrier geworden, die in Beziers ihren Wohnsitz hatte. Dafür hatte sie den amtlichen Auszug aus der Standesamts-Eintragung und den vom Polizeikommissar unterschriebenen Ausweis. Ein Deckname von ihr war Jaqueline; er sollte im Falle eines Einbruchs der Gestapo in die Résistance-Kette ihre wahre Identität verbergen.

Nicht minder wichtig für den Widerstand war die Versorgung der Kämpfer mit allem zum Leben notwendigen. Dafür sorgten u. a. Albert und *Käthe Koch* (geb. 1911). Die verschiedenen Wohnungen der Kochs, die seit 1940 Vidal hießen, waren Quartier, Büro, Besprechungsort und Versorgungsstätte für viele Antifaschisten. Da kamen Käthes Organisationstalent, ihre Koch- und Improvisationskunst voll zum tragen. Wenn die illegalen Genossen kamen, hungrig und müde, lud Käthe sie ein: „Nun ruht euch erstmal aus, ich will sehen, ob ich irgendwo ein Hinkelchen

auftreiben kann“ es ging um ein Hühnchen, um etwas Essbares. So kam sie zu ihrem Spitznamen: „Hinckelchen“. *Maria Pink* (geb. 1904) fand nach der Besetzung ganz Frankreichs durch die Wehrmacht (November 1942) mit ihrer Tochter Unterschlupf auf einem von Anhängern der Résistance bewirtschafteten Gutshof im Pyrenäenvorland. Von hier aus wurden andere Antifaschisten und Résistance-Teilnehmer mit dem Lebensnotwendigen versorgt .

Soweit eine Auswahl von Fakten über den Alltag der Frauen im französischen Widerstand. Diese Frauen gehörten einer Generation an, die, nach einem Wort von Christa Wolf, „in Gefahr ist, vergessen zu werden“. Denn: „Was weiß man, was wissen junge Leute heute von den Namen und Schicksalen dieser Menschen? Trägt nicht die Tatsache, dass sie Linke, meist Kommunisten waren, dazu bei, dass sie aus der Traditionslinie des deutschen antifaschistischen Widerstands, der deutschen Widerstandsliteratur von der Öffentlichkeit an den Rand unseres Wahrnehmungsfeldes gedrängt wurden?“ Das Interesse an diesen Menschen, so Christa Wolf weiter, sollte wachgehalten oder geweckt werden: „wir sollten nicht aufhören, nach ihnen zu fragen“.[5]

Von den 132 in der Dokumentation namentlich erfaßten Frauen wurden 21 verhaftet, 10 von ihnen wurden hingerichtet oder starben im deutschen KZ; von den 11 Überlebenden kamen sechs in ein KZ, fünf in Gefängnisse oder Zuchthäuser.

Von den hier genannten Frauen wurden *Käte Voelkner*, *Lore Wolf*, *Else Fugger*, *Paula Rueß*, *Lilli Segal*, *Lisa Gavrič* (zumeist von der Sûrreté) verhaftet und an die Gestapo ausgeliefert.

Käte Voelkner und ihr Ehemann wurden im Januar 1943 verhaftet. Beide wurden 1943 in Plötzensee hingerichtet.

Lore Wolf wurde im Juni 1941 zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt, zuletzt in Hamburg-Fuhlsbüttel inhaftiert. Nach der Befreiung 1945 war sie in Frankfurt/Main in der KPD, VVN und publizistisch tätig.

Else Fugger wurde im November 1943 von der Gestapo verhaftet und im August 1944 nach Ravensbrück verbracht. Ende April 1945 gelangte sie, deren deutsche Identität nicht festgestellt worden war, mit einem Transport des IRK (der sogenannten Bernadotte-Aktion) nach Schweden. Im Februar 1946 kam sie nach Deutschland zurück und lebte in der DDR.

Paula Rueß kam nach grausamer Folter (sie war schwanger – ein SS-Mann trieb ihr mit dem Stiefel das Kind aus dem Leib) im August 1944 ebenfalls nach Ravensbrück. Nach 1945 war sie für die KPD bzw. DKP in Esslingen tätig. Ihr 20 Jahre lang geführter Streit mit den BRD-Behörden um die Anerkennung der durch Verfolgung, Haft und Folter erlittenen Gesundheitsschäden blieb Zeit ihres Lebens ohne Erfolg.

---

5 Christa Wolf: „ [...] Was mir wahr und gerecht erscheint“. Kurt Sterns Tagebücher Frankreich 1939/1940, in: Kurt Stern: Was wird mit uns geschehen? Tagebücher der Internierung 1939 und 1940. Mit einem Vorwort von Christa Wolf, Berlin 2006, S.15.

Lilli Segal wurde im November 1943 verhaftet. Beim Verhör drohte man ihr, ihr Kind zu deportieren, wenn sie nicht rede (es wurde von französischen Freunden versteckt). Am 1. August 1944 kam sie nach Auschwitz und wurde dem Arbeitskommando Kratz bei Zittau zugeteilt, von wo ihr eine abenteuerliche Flucht gelang. Ihr Weg führte über zwei Staatsgrenzen in die Schweiz, im März 1945 war sie wieder in Paris, mit Jakob und ihrem Sohn vereint. Seit Dezember 1952 lebte sie in der DDR und war als promovierte Wissenschaftlerin an der Berliner Humboldt-Universität tätig.

Lisa Gavrič wurde 1944 von ihrer Partei, der KPÖ, nach Wien zur illegalen Arbeit gerufen, wo sie nach kurzer Zeit von der Gestapo festgenommen, eingekerkert und schließlich nach Ravensbrück verbracht wurde. Wie Else Fugger kam sie im April 1945 im Zuge der Bernadotte-Aktion als Französin nach Schweden. Nach kurzem Aufenthalt in Wien kam sie 1945 zu ihrem Mann nach Jugoslawien und blieb dort.

Methodisches und Quellenkritisches zur „Geschichtsschreibung von unten“[1]

Heinz Niemann

Ein paar Vorbemerkungen zum eigenen Verständnis: Was ist Geschichte von unten, wie unterscheidet sie sich von Geschichte des Alltags und von Oral History? Was leistet sie, und was kann sie nicht leisten? Wie steht es mit der Qualität der Quellen?

„Geschichte von unten“ ist ein Verlegenheitsbegriff der Historiker, die sich der Mängel einer reinen Geschichtsschreibung von oben, sprich: der großen Mächte, „großen Männer“, der Eliten, Parteien oder Organisationen bewußt sind. Hatte Alexander der Große nicht wenigstens einen Koch bei sich?! So ist „Geschichte von unten“ einmal als der Versuch zu verstehen, den alten Überlieferungen der längst geschriebenen Geschichte eine neue Sicht hinzuzufügen.

Die Einbeziehung der persönlichen Situation, der Motive, Gefühle und normativen Prägungen (die familiäre und milieu- oder klassenbedingte Sozialisation usw.) wurde von der Historiographie über die sogenannten prominenten Personen oder Herrscher der Geschichte vor allem in Form der Biographie versucht. Begabten Biographen gelingt es zu zeigen, wie sich politisch-weltanschauliche Überzeugungen mit widersprüchlichen gesellschaftlichen und persönlichen Interessenlagen verbanden, sich das konfrontative Kräfteverhältnis zwischen den hauptsächlichen Akteuren im strategischen und taktischen Handeln der betreffenden Persönlichkeit widerspiegelte, wie sich situative Veränderungen und der Einfluß des persönlichen Umfeldes auswirkten usw. Wenn sich in der Biographie des einzelnen Menschen allgemeine Entwicklungen widerspiegeln und zugleich die konkrete Persönlichkeit in ihrer Ganzheit, ihren starken und schwachen Seiten und Momenten, Erfolgen und Mißerfolgen, Zweifeln und Überzeugungen plastisch wird, dann ist das zweifellos auch ein Stück „Geschichte des Alltags“, natürlich auf der hohen politischen, der sogenannten „Königsebene“.

Der marxistische Historiker wird sich dabei der Gefahr bewußt sein, nicht auf der personalen Ebene den Fehler des deutschen bürgerlichen Historismus zu wiederholen, der, bekanntlich tendenziell der idiographischen Methode folgend, das einzelne, unwiederholbare Ereignis überbetont, zwar kausale Zusammenhänge benennt, aber es von grundlegenden gesellschaftlichen Prozessen und Bedingungen mehr oder weniger isoliert. Die gegenwärtige Auflösung der deutsch-deutschen Geschichte in Einzelschicksale tendiert in diese Richtung. Insbesondere droht die Personalisierung des Lebens von Opfern der Diktaturen,

---

1 Bearbeiteter Vortrag auf der Tagung „Arbeiterbewegungsgeschichte von unten. Arbeiterleben und Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert – neue Erkenntnisse, neue Fragen“ am 8./9. Dezember 2006 in Berlin.

jeden Versuch ihrer Einordnung in größere gesamtgesellschaftliche, nationale wie internationale, Wirkungsbedingungen zu verhindern. Bei allem Nutzen einer „Geschichte von unten", der Oral History usw. sollte der seriöse Historiker darauf bestehen, daß die Historiographie eine „Gesellschaftswissenschaft" ist. Marxistische Geschichtswissenschaft verstand sich zwar immer als eine Wissenschaft, die die von der Gesellschaftsformation, d. h. den geschichtlich konkreten Produktions- und Klassenverhältnissen, bestimmten Struktur- und Entwicklungselemente in der Einheit von Ereignissen, Handeln und Denken der Menschen, historischen Persönlichkeiten und Volksmassen analysierte. Aber der Geschichte von unten schenkte sie zu wenig Aufmerksamkeit. Das Handeln der Massen 1989 ist eben nicht kurzschlüssig mit Produktions- und Klassenverhältnissen zu erklären, obwohl es längerfristig durchaus davon determiniert worden war.

So unbestritten die Existenz von zwei Tatsachentypen ist: einerseits Struktur- und Entwicklungselement, andererseits Ereignis oder Tat (bekannter als Titel einer Arbeit von Plechanov: Die Rolle der Volksmassen und der Persönlichkeit), so deutlich muß man sich als Wissenschaftler entscheiden, welchen Typ von Tatsachen man als Ausgangspunkt der Analyse, als Quelle nimmt.[2] Quellen als gesellschaftliche Tatsachen sind voneinander unabhängige Ausgangsbasen der historischen Analyse. Mit ihr sollen möglichst viele Resultate hervorgebracht werden, die Zusammenhänge aufdecken, um von daher Ereignisse oder Strukturelemente als vollgültige historische Tatsachen zu erkennen und zu werten. Ein Ereignis kann dann als historische Tatsache gelten, wenn es nicht nur in seinen zeitgenössischen Konditionen, sondern auch in seiner Fernwirkung, seinem gesellschaftlichen Zusammenhang betrachtet wird.

Gegen den Mainstream der gegenwärtigen Historiographie, einerseits einem ideologischen Auftrag zu folgen, andererseits an die Tradition des deutschen Historismus und – verführt durch die totale Offenlegung aller Quellen der DDR – des Positivismus (und Empirismus) anzuknüpfen, möchte ich für einen marxistischen Historismus plädieren, der die „große Geschichte" mit der der Menschen des (einfachen) Volkes verbindet. Nur so wird es möglich sein, von der Verteufelung der DDR weg und zu einer kritischen Wertung zu kommen, die die DDR auch als Antwortversuch auf die Katastrophen der kapitalistischen Epoche, die Kataklysmen der herrschenden Produktionsweise versteht. Damit ist nicht Ignoranz gegenüber der „Geschichte von unten" das Wort geredet. Ganz im Gegenteil: Der gegenwärtige Streit um die weitere Orientierung der DDR-Geschichtsschreibung geht im Grunde darum, wie die Ostdeutschen mit ihren Biographien in das erwünschte Geschichtsbild hineinpassen oder treffender: passend gemacht werden sollen.

---

2 Siehe Ernst Engelberg: Über Theorie und Methode in der Geschichtswissenschaft, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1971, H. 11, S.1192-1199.

Oral History

In den siebziger Jahren hatte sich – von den USA ausgehend und begrifflich geprägt – die Oral History etabliert, die die Verbindung der großen Geschichte und ihrer Akteure mit dem Leben und der Subjektivität der „kleinen Leute“ herzustellen versucht.

Jürgen Kuczynski hat das mit erheblichem Erfolg in seiner „Geschichte des Alltags des deutschen Volkes“ getan und gleich die Grenzen oder Lücken demonstriert: Es fehlen auch hier die subjektiven Sichten und Erfahrungen des einzelnen „Alltagsmenschen“, denn „Volk“ (oder Klasse) ist selbst im Alltag schon wieder eine hohe Abstraktionsebene. Genau diese – für Marxisten unverzichtbare – Ebene der Geschichtsschreibung ist neben Regional- und Heimatgeschichte die Geschichte des Volksalltags. Seit den siebziger Jahren entwickelte sich in der DDR-Geschichtsschreibung auch das Fachgebiet Betriebsgeschichte. Die entsprechende Fachkommission stellte z. B. ihr 7. Kolloquium im Jahre 1986 unter das Thema „Geschichte des Alltags und Betriebsgeschichte“,[3] ohne allerdings allzu große Resonanz zu finden.

In einem engeren Verständnis als Alltagsgeschichte hat „Geschichte von unten“ in erster Linie die Zeitgeschichte im Blick, also jene jüngere Vergangenheit, von der noch Wirkungen, Prozesse, gespeicherte Überlieferungen (Filme, Dokumentationen, Lebensberichte u. a. Quellen) bis in die Gegenwart hineinragen. Das Spezifikum ist aber die Existenz und Verfügbarkeit lebender Quellen, der Zeitzeugen aus allen Schichten und Funktionsebenen, die der Historiker befragen kann und damit Quellen produziert.

Die Potenzen dieser narrativen Geschichtsschreibung sollen auf Empfehlung der Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbundes „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ besser genutzt und zu einem neuen Schwerpunkt „Alltag in der durchherrschten Gesellschaft“ werden. Da das Bestreben, die DDR zu delegitimieren und auf ein verbrecherisches Unrechtsregime zu reduzieren, nicht nur fortgesetzt, sondern effektiviert werden soll, darf davon ausgegangen werden, daß die Darstellung des Alltags der DDR-Gesellschaft sich gezielt auf Einzelschicksale von Benachteiligten, Opfern usw. stützen wird. Insofern ist „Geschichte von unten“ sowohl eine politisch-weltanschauliche als auch methodische Herausforderung, denn egal mit welcher spezifischen Methodik der jeweilige Historiker sich ihr stellt, er tut es mit einem präformierten Bild der „Geschichte von oben“.[4]

Oral History hat – von den sachlichen Voraussetzungen, d. h. der allgemeinen Kenntnis des historischen und sozialen Umfeldes abgesehen – verschiedene

---

3 Siehe Wissenschaftliche Mitteilungen der Historiker Gesellschaft der DDR, 1986/I.

4 Siehe hierzu als eine der ersten Arbeiten zum Thema Hans-Hermann Hertle/Stefan Wolle: Der Alltag im Arbeiter- und Bauernstaat. Damals in der DDR, München 2004. Die Auswahl der Zeitzeugen spricht eine eigene Sprache, welches Geschichtsbild hier bedient werden soll. Der einmalige Bezug auf die Meinungsforschung in der DDR wird nur dazu benutzt, die Unglaubwürdigkeit ihrer Ergebnisse zu behaupten. (siehe S.189f).

Methoden und Quellen: Das Erinnerungsinterview, die aufgeschriebene (oder erzählte) Lebenserinnerung und die Memoirenliteratur, im Ausnahmefall auch zeitnahe Gerichtsakten, Briefe, filmische u. a. Dokumentationen, im Fall der DDR insbesondere die sakrosankten Stasi-Akten.[5]

Einige Überlegungen zur Memoirenliteratur. Memoiren sind der Versuch, die Wahrheit zu erfinden. Die Erfindung von Wahrheit geschieht im Werk eines genialen Schriftstellers oder aber in den Memoiren eines professionellen, meist pensionierten Politikers oder anderer Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens von gestern. Ein zum Kultautor der DDR-Nachwende-Schriftsteller gewordener Autor, Thomas Brussig, schreibt zum Schluß seines Romans „Am kürzeren Ende der Sonnenallee“: „Wer wirklich bewahren will, was geschehen ist, der darf sich nicht den Erinnerungen hingeben. Die menschliche Erinnerung ist ein viel zu wohliger Vorgang, um das Vergangene nur festzuhalten; sie ist das Gegenteil von dem, was sie vorgibt zu sein: Sie vollbringt beharrlich das Wunder, einen Frieden mit der Vergangenheit zu schließen, in dem sich jeder Groll verflüchtigt und der weiche Schleier der Nostalgie über alles legt, was mal scharf und schneidend empfunden wurde. Glückliche Menschen haben ein schlechtes Gedächtnis und reiche Erfahrungen.“

So hübsch dies gesagt ist (Nostalgie wirkt generell wie ein Filter auf die Rückschau des eigenen Lebens), so mißbräuchlich kann es benutzt werden. Die tonangebenden Vertreter der DDR-Forschung beobachten mit größtem Mißvergnügen, daß ihre Erkundungen des Alltags der DDR-Bürger nicht so richtig dem Verdikt des tristen Unrechtsregimes entsprechen, weil es eben damals, zumindest seit Ende der fünfziger/Anfang der sechziger Jahre, nicht mehr so „scharf und schneidend“ gewesen sein muß. Ostdeutsche Probanden betonen deshalb in ihren Erinnerungen immer stärker Vorzüge der damaligen gesellschaftlichen Verhältnisse und des Alltags, und dies bis in die achtziger Jahre hinein.[6] Ostalgie funktioniert wahrscheinlich bei vielen ehemaligen DDR-Bürgern besonders deshalb, weil es Jahre ehrlicher Aufbruchstimmung gab und

---

5 Für die alte Bundesrepublik beispielhaft Lutz Niethammer (Hrsg.): „Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute hinsetzen soll.“ Erfahrungen im Ruhrgebiet. Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930-1960, Bd. 1, Berlin-Bonn 1983; Ders.: Hinterher merkt man, daß es richtig war, daß es schief gegangen ist.“ Nachkriegserfahrungen im Ruhrgebiet, Bd. 2, Berlin-Bonn 1983; Ders./Alexander von Plato: „Wir kriegen jetzt andere Zeiten.“ Auf der Suche nach der Erfahrung des Volkes in nachfaschistischen Ländern, Bd. 3, Berlin-Bonn 1985.

6 Immer öfter werden psychologische Argumente bemüht, und positives Erinnern wird auf normales Verdrängen von Negativem, auf Romantisierung der „Jugendzeit“ zurückgeführt. Nostalgie wird erklärt als „Erinnerungen, die mit Sehnsucht aufgeladen sind und eine Verklärung erfahren haben.“ Ostalgie sei somit nur die historisch und regionalspezifische Form von allgemeiner Nostalgie. (Siehe Klaus Christoph: „Ostalgie“ - was ist das eigentlich?, in: Deutschland Archiv, 2006, H. 4, S.681-689, hier S.682.

man sich nicht ganz zu Unrecht auf der Straße der Sieger wähnen durfte. Da die Jungen mehr oder minder stark von ihren Erfahrungen aus den krisenhaften Endjahren ausgehen, darf es nicht wundern, wenn ihr Urteil anders und oft negativer ausfällt (obwohl auch hier die Mehrheit darauf beharrt, eine gute Idee sei nur schlecht verwirklicht worden). Wenn schlechte Erfahrungen so oder so „relativiert“ und gute aktiviert werden, dann unter dem Eindruck neuer (schlechterer oder auch besserer) Erfahrungen.

Weil ich der DDR nicht (nur) mit Nachsicht gedenken mag, wie es der Titel eines sehr lesenswerten Buches empfiehlt[7] (Nachsicht, eine säkulare Form von Barmherzigkeit), scheint mir die Aufarbeitung der Alltagsgeschichte oder der DDR-Geschichte von unten außerordentlich wichtig.

An dem Satz, der Zeitzeuge sei der natürliche Feind des Historikers, ist sehr viel richtiges, aber ebenso gilt dies umgekehrt. So wie der Zeitzeuge für den Historiker ein um das historische Verständnis ringender Moderator sein kann, muß der Historiker dem Zeitzeugen ins Wort fallen, wenn dieser unzulässig zu verallgemeinern beginnt. Wirklich zu verstehen heißt eben auch, Verständnis im Sinne von „verstehendem Erkennen“ zu besitzen. Wenn es in einer Person zusammenfällt, umso besser. Oft trifft gerade das Gegenteil zu.

Ob der Historiker die Chance zu nutzen weiß, im vergangenen Geschehen das zu finden und zu benennen, was als Zeitgeist begriffen wurde, und zugleich durch ihn hindurch und über ihn hinaus ein wenig den Schleier zu lüften, den dieser Zeitgeist über die Ereignisse und ihr Wesen, über die Motive und den Sinn des historischen Handelns der Menschen und den Verlauf der Prozesse legt, hängt von vielen Umständen ab. Der wichtigste Umstand scheint zu sein, den bewußten oder unbewußten Wunsch zu haben, die ge- und erfundene Wahrheit in den Dienst zukünftigen zweckrationalen Handelns zu stellen. Mag Geschichte auch nur sehr bedingt Lehren vermitteln, wie man in der Zukunft handeln sollte, so kann man aus ihr doch gewiß lernen, welche Fehler zu vermeiden wären. Hier liegt die Quelle oder Triebkraft der „Parteilichkeit“ jedes Zeithistorikers, ob er sich dessen bewußt ist oder nicht.

Quellenkritik und das bewußte Eingeständnis von Parteilichkeit sind unverzichtbar. Von beidem hängt wesentlich ab, was der analysierende Wissenschaftler für zukunftsfähiges Handeln hält und wie sich seine „Parteilichkeit“ auf die Sicht der Geschichte auswirkt bzw. wie er die Aussagen des Erzählers zu bewerten hat.

Eine Aussage wird ganz allgemein als wahr bezeichnet, wenn sie mit dem objektiven Sachverhalt übereinstimmt. Die historische Wahrheit, und dies unterscheidet sie von allen anderen, kann nicht mehr an einem objektiven Sachverhalt überprüft werden, weil es diesen selbst nicht mehr gibt. Er kann nicht im

7 Siehe Günter Benser: DDR – gedenkt ihrer mit Nachsicht, Berlin 2000. – Mit dem Autor einig, gedenke ich der DDR mit Dankbarkeit und Schuldgefühlen, mit Zorn, Trauer und in manchem auch mit Scham, die den Stolz auf eine bis heute in der deutschen Geschichte einmalige Leistung mehr oder minder stark beschädigt, aber nicht verbietet.

Laboratorium hergestellt, nicht am Computer simuliert werden. Dem Historiker stehen nur „Zeugen“ in Form von Abbildern des Vergangenen zur Verfügung. Oft sind nur Fragmente vorhanden, die gespeicherte Nachricht über einen Vorfall in der Optik des Berichtenden, tote und – wie glücklicherweise in unserem Fall – lebende Quellen. Je stärker der „Berichterstatter“ bzw. der Gegenstand seines Zeugnisses in noch aktuelle politische und/oder ideologische Kämpfe und Interessengegensätze einbezogen ist, die stets auch Folgen des Vergangenen sind, umso weniger kann und darf man erwarten, in Memoiren einen dem seinerzeitigen objektiven Geschehen weitgehend entsprechenden Bericht zu erhalten. Der überlieferte „objektive Sachverhalt“ wird unvermeidlich bereits subjektiv widergespiegelt. Selbst der Dorfchronist, der nichts weiter getan hat, als Geschehnisse zu notieren, war letztlich „parteiisch“, und sei es nur bei der unvermeidlichen Auswahl des zu Notierenden und im Gebrauch des von ihm ausgewählten Wortes. Am schlimmsten sind die halben Wahrheiten, die oft zu den übelsten Lügen werden.

Wer nicht Nostalgie oder bornierte Parteilichkeit will, muß sich stets der „Wahrheiten des anderen“ vergewissern. Dies gebietet das Wissen um den subjektiven Anteil an jeder (relativen) objektiven Wahrheit. Sie wird oft als „Toleranz“ eingefordert und gerade dem Verlierer als vernichtendes Argument entgegengeschleudert, nicht schon wieder einen Monopolanspruch auf Wahrheit zu erheben. Niemand kann – auf dem Berge sitzend – die Geschichte so erzählen, wie sie sich zugetragen hat, und jeder hat „seine eigene“ Geschichte. Aber auch wenn man keinen Monopolanspruch erhebt, so bleibt es bei der einen Wahrheit: Es gibt nicht beliebig viele „richtige“ Antworten auf Fragen an die Geschichte, schon gar nicht auf so komplexe und komplizierte, wie sie die gegenwärtige Gesellschaft stellt. Wie auch nicht von vornherein nur eine einzige und absolute Antwort existiert. Die stellt sich erst mit der „relativen Wahrheit des Faktischen“ und meist erst nach längerer Zeit ein, wenn das historische Geschehen genügend gelöst von aktuellen Klassen- oder Gruppeninteressen erscheint. Oft liegt der Wahrheitsbeweis einer historischen Darstellung erst mit den späteren Folgen des Geschehens vor, mit dem, was aus der Sache im Nachhinein geworden ist. „Die Wahrheit ist eine Tochter der Zeit und nicht von Autoritäten“, hat schon Francis Bacon gewußt.

Damit das historisch unbestrittene Faktum nicht reine Banalität bleibt, wie es Friedrich Engels am Beispiel von Todesdatum und Sterbeort Napoleons illustrierte, tritt die wertende (oder parteiliche) Sicht des einzelnen Subjekts hinzu: Wie sehe ich die Rolle Napoleons in der europäischen Geschichte und seine Folgen? Die Staatsgrenze der DDR wurde am 13. August 1961 durch den Berliner Mauerbau rigoros gesichert. Eine ebenfalls banale, unbestrittene Tatsache, aber wie bewerte ich dieses Faktum in seiner Bedeutung für die europäische und deutsch-deutsche Nachkriegsgeschichte? Pluralistisch-tolerant hilft hier nicht weiter. Wie meinte unser Geheimrat Goethe: „Toleranz kann nur

eine zeitweilige sein. Ist die Wahrheit gefunden, wird sie beleidigend.“ Beleidigend für den einen oder den anderen, muß man (meist noch) hinzufügen.
Memoiren sind (so wie Autobiographien) ungefragte gedruckte Oral-History-Quellen, bei denen der Schreiber bestimmt, was er (oder sein Ghostwriter) wie erzählt und was nicht. Immer mit dem Wissen, wie es weiterging, vom Ende her. Vieles hat er dabei mit dem Probanden bei einem Erinnerungsinterview gemeinsam.
Befragt ein professioneller Historiker einen Zeitzeugen als lebende Quelle im Rahmen eines Oral-History-Projekts, so tut er das mit seiner selbstgewählten Methodik. Er gibt Themen und Zusammenhänge vor und läßt andere unberücksichtigt. Zugleich bleibt er der durch die persönlichen Interessen des Befragten retouchierten Sicht genauso ausgeliefert wie dessen mehr oder weniger gutem Gedächtnis und dessen Bereitschaft zur ehrlichen Auskunft, die unvermeidlich fragmentarisch ist. Über eine lange Zeit kann sich das menschliche Gedächtnis nur an besondere Ereignisse, Höhe- oder Tiefpunkte erinnern. Deren Schilderung wird in der neuen Situation „neu inszeniert“, auf den Erwartungshorizont des Fragenden (Zuhörers oder Gedenkstätten-Besuchers) zugeschnitten. In dieser Form von Oral History erzählen Akteure, Mitläufer und Opfer die Geschichte so, wie sie ihnen inzwischen „erscheint“. Das geschieht in aller Regel schon mehr oder minder stark beeinflußt vom herrschenden Urteil der Öffentlichkeit über diese Geschichte, von ihrer persönlichen aktuellen Interessenkonstellation und/oder unter Rechtfertigungszwängen sowie im Wissen um manche Folgen. Hinzu kommen möglicherweise Wandlungen des eigenen Wertekanons und damit Bedeutungsverschiebungen. Wie sollte es auch anders sein?!
Liegt zwischen der zur Rede stehenden Zeit noch dazu ein derartiger tiefer Einschnitt, wie es etwa die Ereignisse der Jahre 1918, 1933 oder 1945 waren, bzw., was für uns wichtiger ist, der Epochenbruch von 1989/90, so muß man mit besonderen Verdrängungsleistungen und/oder Um- bzw. Aufwertungen rechnen. Die Jahre seit diesem Epoche-Umbruch waren und sind Hoch-Zeiten von Anklagen und Rechtfertigungen, Treuebekundungen und Umorientierungen, Selbstbezichtigungen und ideologischen Unterwerfungsritualen sowie staatlich verordneten Enquete-Kommissionsurteilen. Solange selbstgerechte Siegerjustiz drohte, mußten selbstbewußte Besinnung und Selbstanalyse die Ausnahme bleiben.[8] Aber wenn es keine Unterschiede zwischen Wesen und Erscheinung gäbe, bedürfte es keiner Wissenschaft, wäre *bloße Anschauung* hinreichend, nicht auch noch *Analyse*. Der Standort des Analytikers bestimmt den „Fragehorizont“ (Gadamer), und mit jeder Änderung des Standortes (des zeitlichen wie des subjektiv-weltanschaulichen) ändert sich dieser.
Jemand wie Günter Schabowski ist formal auch ein Zeitzeuge wie jeder andere seiner Wirkungsebene. Seinen Gesinnungswandel hat er öffentlich gemacht, und

8 Ein Blick in die Literaturverzeichnisse oder entsprechende Zeitschriften, Forschungspläne und thematische Konferenzen macht das ganze Ausmaß der Anstrengungen zur Delegitimierung der DDR deutlich.

jede seiner Auskünfte ist damit eindeutig weltanschaulich präformiert, jeder Auftritt interessengeleitet inszeniert. Dieses Wissen setzt bei einem Interviewer, der ihn befragen möchte, größte quellenkritische Maßstäbe voraus. Bei Egon Krenz, obwohl ohne Gesinnungswandel, ist das auch so. Kein Interviewer könnte sich der Frage verschließen, wen von beiden er persönlich als „Gesinnungslumpen" betrachtet.

Der Historiker (zumindest der marxistische) geht genetisch/chronologisch vor, weil nur dann der reale historische Verlauf nicht als alternativlos, rein fatalistisch monokausal (oder im Hegelschen Sinne als Verwirklichung einer vorgegebenen Idee) begriffen werden kann. Wie entstand er, wie entwickelte er sich, wie stellt er sich gegenwärtig dar, und welche Entwicklungstendenz ist absehbar? Das so gebildete Urteil des Historikers ist primäre Ausgangsbasis für die Annäherung an den Zeitzeugen und dessen Nutzung als sekundäre Quelle. Nur wenn man sich möglichst genau der Fragen, der Probleme und Wirkungsbedingungen der damaligen Zeit vergewissert, kann man den Akteuren einigermaßen gerecht werden. Wer Geschichte, gerade weil sie nicht nur chaotisch, sondern durchaus auch objektiven Zwängen oder „Gesetzmäßigkeiten" folgend verläuft, trotzdem als „offen" versteht und beschreibt, der kann der vom Memoirenschreiber/Erzähler suggerierten Zwangsläufigkeit des Geschehens entgehen. Der *erfolglose Täter* wird stets dazu neigen, seine Entscheidung als die einzig mögliche und sein Scheitern als „zwangsläufig", als alternativlos darzustellen. Der *Sieger* wird behaupten, daß der Erfolg Ergebnis seiner richtigen „staatsmännischen" Entscheidung im Gegensatz zu anderen fehlerhaften Optionen ist.

Oral History produziert (und speichert) historische Überlieferungen durch Gespräche über subjektive Erinnerungen. Die Schwierigkeiten und Probleme bei der Nutzung des Erinnerungsinterviews sind denen in vielem ähnlich, die bei der Auswertung von Memoiren zu beachten sind.

Meinungsforschung als Quelle für Geschichte von unten

Welche Rolle spielt bzw. könnte die Meinungsforschung als Quelle in der Geschichte von unten spielen? Was hat sie mit der Oral History gemeinsam, und was unterscheidet sie davon?

Ganz offensichtlich bestehen Ähnlichkeiten, beide arbeiten mit Formen des Interviews, beide produzieren eine Quelle.[9]

In der Meinungsforschung geht es gewöhnlich um gesellschaftlich relevante Daten, von denen auf allgemeinere Befunde für eine ganze Schicht, Klasse oder große Bevölkerungsgruppen bis hin zur Nation geschlossen werden kann. Die Zahl der Probanden muß hinreichend repräsentativ ausgewählt, die Fragen-

9 Hier ist nicht die Interview-Form der Sozialforschung gemeint, bei der es um die speziellen personengebundenen Erfahrungen oder subjektiven Auffassungen einzelner bzw. kleiner Gruppen mit Dutzenden oder im Höchstfall ein- bis zweihundert Probanden geht.

struktur komplex und standardisiert sein, um die Ergebnisse vergleichen und nach wissenschaftlichen Kriterien auf ihren Wahrheitsgehalt bewerten zu können. Natürlich bringt allein eine Befragung einer repräsentativen Gruppe nicht notwendig die historische Wahrheit ans Licht, sondern reproduziert „Meinungen“, die quantifizierbar sind.

Bei einer Meinung handelt es sich um subjektive Aussagen über eine momentane (also gegenwärtige) Perzeption (oder auch Nichtwahrnahme) von Gegenstandsbereichen, Sachverhalten, Personen usw., die keinen unmittelbaren persönlichen Bezug zum Interviewten haben müssen. Der Proband äußert Einstellungen und Meinungen, in denen sich in unterschiedlichen Mischungsverhältnissen kognitive, evaluative (normative) und affektive Komponenten sowie subjektiv verarbeitete Erfahrungsbereiche und persönliche Existenzbedingungen widerspiegeln. Sie können, müssen aber nicht eine zutreffende subjektive Widerspiegelung tatsächlich gegebener objektiver Tatbestände sein. Ihr Wert besteht nicht zuletzt darin, daß eine Meinungsumfrage zeitgerecht (und zeitgebunden) ist, die Antworten nicht durch den weiteren Verlauf beeinflußt und persönlich überprüfbar sind. (Für die Meinungsforscher sind sie es durch mögliche Wiederholungen und feststehende Panels). Die Meinungsumfrage ist anonym und unpersönlich, der Fragebogen steht dazwischen; das Interview schafft dagegen eine Situation von „sozialer Interaktion“, ist psychologisch beeinflußt. Der von einem westdeutschen Interviewer über seine Opferrolle in der DDR befragte „Ossi“ ist in einer psychologisch aufgeladenen Situation, die ihn je nach seinem eigenen Selbstverständnis entweder in die Opferrolle schlüpfen oder sich einigeln läßt, den nostalgischen Filter noch enger macht usw. Die Antwort ist in jedem Fall „inszeniert“.

Weil die Meinungsforschung in der DDR zwischen 1964 und 1978, methodisch korrekt und repräsentativ, in Umfragen mehrheitlich keine Allerweltsfragen gestellt hat, erbrachten die Berichte auf der Grundlage von jeweils 3.000 bis 4.000 Befragten valide (harte) Daten. Sie malen ein reales Bild vom Denken, Verhalten und Alltagsleben des Staatsvolkes der DDR unter den konkrethistorischen Bedingungen der frühsozialistischen Gesellschaft mit ihren Vorzügen und Mängeln, ihren Freiheiten und Zwängen. Sie stellen eine Quelle von hoher Aussagekraft dar, und ihre damalige höchste Geheimhaltung spricht für ihren Wahrheitsgehalt. Der Alltag in Beruf, Familie, Arbeitskollegenkreis, Freizeit und Kulturleben oder auch alltägliches Verhalten im öffentlichen politischen Leben besitzen naturgemäß einen hohen Anteil routinierter und manchmal sogar unbewußter Verhaltensweisen, Gewohnheiten, Wahrnehmungen und Handlungen. Die selbstverständliche Normalität des Alltags, man könnte auch sagen: die normale alltägliche Sozialisation, wird solange nicht bewußt realisiert, kommuniziert, gewertet oder gar quellenmäßig (schriftlich) überliefert, solange die alltägliche Praxis andauert. Erst ihr Wegbrechen, das kann sogar nur der Eintritt in das Rentenalter sein, führt zu Verlustwahrnehmungen, bringt eine distanzierte Fremdwahrnehmung des eigenen Selbst hervor. Ein Beispiel: Ein Fernsehbericht von 1991 zeigte einen über schlechte Arbeitsbedingungen und rückständige

Technologie in der DDR schimpfenden Arbeiter. Ein Jahr später kehrt er als Arbeitsloser in seinen stillgelegten desolaten ehemals volkseigenen Betrieb zurück und bricht beim Anblick seiner seit dreißig Jahren schrottreifen Maschine in Tränen aus.

Das Beispiel macht jedes Bild differenzierter und plastischer und erschwert jede Schwarz-Weiß-Malerei. Oral History greift in den Prozeß der Bildung eines Gesamtgeschichtsbildes ein, indem sie sich bemüht, die Praxis und das Denken der Masse des Volkes an möglichst vielen Einzelfällen einzubringen.

Was aber die objektiv sehr begrenzte Zahl an Einzelinterviews nicht kann, ist die Gewinnung eines historisch relevanten Gesamturteils über grundlegende gesellschaftliche Fragen. Hier können die Ergebnisse solider Meinungsforschung (wie auch die historische Sozialforschung) für die Geschichtswissenschaft validierte Daten bereitstellen, die die „Geschichtsschreibung von oben" nicht hat, oft auch nicht gern haben möchte.

Ein Eckpfeiler der herrschenden DDR-Geschichtsschreibung ist eine These von paradigmatischem Rang: „Das SED-Regime konnte sich zu keinem Zeitpunkt auf eine Mehrheit der DDR-Bevölkerung stützen." Anders gesagt: Die „Zweite deutsche Diktatur" sei im Unterschied zur Hitlerdiktatur stets eine notwendig terroristische Minderheitendiktatur gewesen, und deshalb sei die Staatssicherheit für die DDR wesentlicher als der Kindergarten gewesen.

Dieses Urteil über die SED-Herrschaft wird mit schlagkräftigen Argumenten gestützt: Sie habe von Anfang an auf den Bajonetten der Sowjetarmee basiert. Die Massenflucht von fast drei Millionen Bürgern bis 1961 sei eine Abstimmung mit den Füßen gewesen, weswegen die DDR nur eingemauert existieren konnte. Die SED habe nie freie Wahlen zugelassen.

Die Wende und die ersten freien Wahlen hätten das bewiesen. Die Berichte (Erinnerungsberichte, Befragungen, Memoiren) der Opfer und die Publikationen der Opferverbände sowie die Ergebnisse der historiographischen Forschung seit 1990 insgesamt bewiesen das außerdem.

Dagegen lassen sich manche allgemeine Gegenargumente auf der Ebene der Logik, der konkret-historischen Bedingungen im geteilten Deutschland und in der Welt sowie der persönlichen Erinnerung und Weltanschauung anführen.

Ob, und wenn ja, ab wann, und wie lange sich die SED auf eine Mehrheit hätte stützen können, bleibt eine Glaubensfrage, solange nicht harte Fakten vorliegen.

Im folgenden soll an Hand der aufgefundenen Berichte des DDR-Instituts für Meinungsforschung der Frage nach der gesellschaftlichen, auf Zustimmung beruhenden Legitimierung der SED-Herrschaft nachgegangen werden.[10]

Im Mai/Juni 1965 gab es eine „Umfrage zu einigen Problemen der nationalen Politik in beiden deutschen Staaten". Auf die Frage „Welche der beiden in Deutschland existierenden Regierungen hat Ihrer Meinung nach das Recht, im

10 Alle Angaben nach: Heinz Niemann: Meinungsforschung in der DDR. Die geheimen Berichte des Instituts für Meinungsforschung an das Politbüro der SED, Köln 1993.

Namen des gesamten deutschen Volkes zu sprechen?“ antworteten die Befragten aus allen Schichten und Altersgruppen der Bevölkerung: 55,5 Prozent die Regierung der DDR, 18,1 Prozent beide Regierungen, 20,2 Prozent keine der beiden Regierungen und 3,4 Prozent die Regierung der Bundesrepublik. Die Frage „Halten Sie die von der Regierung der Bundesrepublik vertretene Ansicht für richtig, daß die DDR kein souveräner Staat sei?“ verneinten trotz der bekannten Einschränkungen 80,6 Prozent der Befragten. Die von der DDR seinerzeit verfolgte Deutschlandpolitik befürworteten 83,4 Prozent als gute Verhandlungsgrundlage. Die Frage, welcher Gesellschaftsordnung in Deutschland die Zukunft gehöre, beantworteten 78,0 Prozent mit: der Gesellschaftsordnung der DDR. (1973 waren es noch 72 Prozent, 1976 wieder 76,1 Prozent.)

Im Juli/August 1966 wurde die Frage: „Sind Sie der Meinung, daß die Errungenschaften der DDR mit allen Mitteln, selbst mit Waffengewalt verteidigt werden müssen, wenn sie bedroht werden?“ von 75,5 Prozent mit „ja“ und von 16,8 Prozent mit „nein“ beantwortet. 1968 war dieser Wert auf 62 Prozent und ein Jahr später auf 60 Prozent gefallen, die Nein-Stimmen blieben aber unter 10 Prozent. Zeitgleich hielten es über 87 Prozent des gleichen Panels für notwendig, im Interesse der Erhaltung des Friedens in Europa die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch weitere Staaten zu erreichen.

1975 erreichte die Frage nach der Verteidigungswürdigkeit der DDR im Bevölkerungsdurchschnitt eine Zustimmung von 83 Prozent, bei der Betriebsumfrage (Arbeiter) waren es allerdings nur 73 Prozent.

Bei vielfältigen Einschränkungen in einzelnen Bereichen wurde in allen Umfragen festgestellt, daß eine deutliche Mehrheit die gesellschaftlichen Verhältnisse der DDR gegenüber denen der BRD bevorzugte. Selbst wenn der kritische Betrachter bei allen diesen Werten eine fünfprozentige Gefälligkeitszustimmung berücksichtigt und abzieht (die von Elisabeth Noelle-Neumann begründete sogenannte „Schweigespirale“ angesichts der oft unter 50 Prozent liegenden Rücklaufquote), bleibt es bei der Feststellung, die ich 1993 im 1. Abschnitt des Buches über die Meinungsforschung in der DDR unter der Überschrift „Legitimation hinter Mauern?“ formulierte: „Die im Anhang dokumentierten 15 Umfrageberichte zeigen [...], daß zumindest zwischen 1965 und 1976 die DDR und die SED von einer deutlichen Mehrheit ‚angenommen‘ worden ist und sich die SED in ihrer Politik auf wichtigen Feldern auf eine mehrheitliche Zustimmung und Unterstützung berufen konnte, womit mithin auch hier der Leitsatz der Hume’schen Staatstheorie gelten sollte: All governments rest on opinion!“[11]

11 Ebenda, S.31. Diese Aussage wird auch durch die Umfrageberichte zur politischen und Alltagskultur gestützt, die kommentiert und dokumentiert sind in: Heinz Niemann: Hinterm Zaun. Politische Kultur und Meinungsforschung in der DDR – die geheimen Berichte an das Politbüro der SED, Berlin 1995. Siehe auch: Gunnar Winkler: 1989/90 – Aufbruch in eine erwünschte Zukunft – zwischen Hoffnungen und Befürchtungen, in: Stefan Bollinger (Hrsg.): Das letzte Jahr der DDR. Zwischen Revolution und Selbstaufgabe, Berlin 2004, S.293-319.

Das von der herrschenden Geschichtsschreibung nur widerwillig konstatierte Kuriosum, daß sich bei den Ostdeutschen nach dem Ende der DDR eine stärkere DDR-Identität als zu Zeiten ihrer Existenz manifestierte, fände eine ziemlich einfache Erklärung, wenn man den Alltag der DDR komplex und ohne ideologische Bretter vor dem Kopf als historisches Faktum wahrnehmen würde.

Jörn Sack:
Entstaatlichung.

Was wir wollten,
entzieht sich unserer Kontrolle.

ISBN 978-3-929390-93-3
Texte zur Sache im spectrum

Das umstrittene Thema „Globalisierung“ hat Jörn Sack in seinem Buch „Entstaatlichung“ analytisch aufgegriffen. Die Texte zeigen den unaufhörlichen Rückzug des Staates aus seiner gesamtgesellschaftlichen Verantwortung, durch die die Chance der Demokratie verspielt wird. Dieses Buch ist ein Ergebnis seiner jahrzehntelangen Tätigkeit in EU-Gremien, die am Ende zu einer Entfremdung von seinem ursprünglichen Engagement führte.

Neue Sachbücher in der Edition Bodoni
Linienstraße 71 in 10119 Berlin · 030-2825137
info@bodoni.org

Biographisches

„Sie kannte nicht den Ehrgeiz, der an erster Stelle stehen will“.[1] Emma Ihrer (1857-1911) zum 150. Geburtstag

Claudia von Gélieu

Eine Bewegung bedarf vieler Mitwirkender, um etwas ins Rollen zu bringen. Dies gilt auch für die proletarische bzw. sozialistische Frauenbewegung in Deutschland, die bis heute vor allem mit einem Namen verbunden ist: Clara Zetkin. Bekannt wurde sie durch ihre 25jährige Tätigkeit als Redakteurin für „Die Gleichheit“. Initiiert wurde diese Arbeiterinnenzeitung von Emma Ihrer, die bis 1907 auch als deren Herausgeberin fungierte. Sie ist eine von den vielen Frauen, die vor und mit Clara Zetkin um die Durchsetzung der Arbeiterinneninteressen fochten. Emma Ihrer wurde wie Clara Zetkin vor 150 Jahren geboren. Dieses Jubiläum gibt Anlaß, auch an diese wichtige Vorkämpferin der Arbeiterinnenbewegung zu erinnern.

Emma Ihrer war die erste und ist die bis heute wichtigste Chronistin der Anfänge der Arbeiterinnenbewegung in Deutschland. 1893 gab sie im Selbstverlag die Broschüre „Die Organisation der Arbeiterinnen Deutschlands, ihre Entstehung und Entwicklung“ heraus. Anlaß hierfür war die Weltausstellung in Chicago, zu der die amerikanische Frauenbewegung einen eigenen Ausstellungspavillon errichtete, in welchem gezeigt werden sollte, „was die Frauen auf den verschiedenen Gebieten des menschlichen Schaffens leisten, und wie und unter welchen Bedingungen sie allerwärts für ihre Befreiung und ihre Gleichstellung mit der Männerwelt kämpfen“, wie Emma Ihrer zur Ankündigung ihrer Broschüre in der „Gleichheit“ vom 5. April 1893 schrieb. Fünf Jahre später erschien eine überarbeitete und erweiterte Fassung dieser Broschüre unter dem Titel „Die Arbeiterinnen im Klassenkampf“.

Es ist davon auszugehen, daß Emma Ihrer das meiste, das sie in ihren Dokumentationen über die Geschichte der Arbeiterinnenbewegung in Deutschland festhielt, aus eigener Anschauung kannte oder gar selbst daran mitgewirkt hatte. „Es muß [...] vieles aus dem Gedächtnis aufgeschrieben werden“, wies sie in ihrer Einleitung 1898 hin. Als Grund, warum ihr bei der „Zusammenstellung dieser Tatsachen kein reiches Material zu Gebote stand“, führte sie an: „Das meiste wurde bei den häufigen Haussuchungen beschlagnahmt und ist uns auf diese Weise verlorengegangen.“[2] Manches wurde wegen drohender Haussuchungen wahrscheinlich gar nicht erst aufgehoben, damit es nicht als belastendes Material

---

1 Nachruf von Wally Zepler in: Sozialistische Monatshefte 1911, H. 1, S.116.

2 Emma Ihrer: Die Arbeiterinnen im Klassenkampf, Hamburg 1898, S.5.

von Polizei und Justiz gegen die Frauen verwendet werden konnte. Die ersten Arbeiterinnenvereine waren nicht nur durch das Sozialistengesetz (1878-1890) bedroht. Für Frauen bestand von 1850 bis 1908 in Preußen und vielen anderen deutschen Ländern das Verbot, sich zu politischen Zwecken zusammenzuschließen und politischen Organisationen beizutreten. Selbst die Teilnahme an politischen Versammlungen konnte ihnen nach dem preußischen Vereinsgesetz untersagt werden.

Ist dies auch der Grund, warum es keinen persönlichen Nachlaß von Emma Ihrer gibt? Hat sie alles vernichtet und nichts aufgehoben, damit es nicht in falsche Hände fällt? Auch im Nachlaß von Carl Legien, mit dem sie eine zwei Jahrzehnte andauernde Liebesbeziehung verband, findet sich nur ein indirekter Hinweis auf Emma Ihrer. In den Unterlagen des langjährigen Gewerkschaftsvorsitzenden Deutschlands befindet sich ein Taschenkalender, der als handschriftliche Widmung einen Aphorismus der bekannten Schriftstellerin Marie Ebner Eschenbach enthält: „Jede gescheite Frau hat Millionen geborene Feinde – alle dummen Männer."[3]

Nicht nur dieses Fehlen persönlicher Aufzeichnungen, Briefe etc. erschwert es, sich ein Bild von Leben und Wirken Emma Ihrers zu machen. Die zahlreich vorhandenen zeitgenössischen Quellen wie Aussagen von Mitstreiterinnen, Partei- und Gewerkschaftsgenossen, Presse- und Polizeiberichte widersprechen sich nicht selten. In späteren Beiträgen und Aufsätzen über Emma Ihrer,[4] die in den meisten Fällen ohne Quellenangaben erstellt wurden, ist oft nicht mehr auszumachen, woher die Informationen und Einschätzungen stammen. Weder Kurt Ständer, der als Leiter des Veltener Museums in den fünfziger und sechziger Jahren eine umfangreiche Materialsammlung[5] zu Emma Ihrer zusammentrug, noch mir, die ich mich seit mehr als zwanzig Jahren mit ihr beschäftige, ist es gelungen, entscheidende Fragen in ihrer Biographie zu klären.

Lebenslauf oder das Private ist politisch

Im schlesischen Glatz (heute polnisch Kłodzko), damals bekannt als preußische Festung, zu deren berühmten Häftlingen der Freiherr von der Trenck, die Giftmischerin Ursinius und später Karl Liebknecht gehörten, wurde Emma Ihrer am 3. Januar 1857 als Tochter des Schuhmachermeisters Wendelin Faber,

---

3 Bundesarchiv Berlin, Nachlaß von Carl Legien, 90 Le 6.

4 Siehe Marie Juchacz: Sie lebten für eine bessere Welt. Lebensbilder führender Frauen des 19. und 20. Jahrhunderts, Berlin-Hannover 1956, S.21-25; Warmherzig, doch mit scharfer Zunge. Emma Ihrer, in: Für dich, 1987, Nr. 15, S.24-27; Dieter Schneider: Emma Ihrer: Gegen Rückständigkeit und Unverstand, in: Ders. (Hrsg.): Sie waren die ersten. Frauen in der Arbeiterbewegung, Frankfurt a.M. 1988, S.77-89.

5 Siehe Kurt Ständer: Emma Ihrer. Der Lebenslauf einer großen Sozialistin, unveröffentlichtes Manuskript, Velten 1962.

genannt Rother,[6] geboren. Als ihr Geburtsname kursieren deshalb sowohl Faber als auch Rother. Der Vater soll Emma streng katholisch erzogen haben. Mehr ist über ihre Kindheit und Jugendzeit nicht überliefert.

1881 taucht sie dann bereits unter dem Namen Emma Ihrer in den Berliner Polizeiakten auf.[7] Sie hatte sich an der Gründung eines „Frauenhilfsvereins für Handarbeiterinnen" beteiligt und war in dessen Vorstand gewählt worden. Zu den Zielen dieses Vereins gehörte die Errichtung einer Arbeitsvermittlung und von Arbeitswerkstätten für erwerbslose Frauen, eines Speisehauses und einer Lesehalle für Arbeiterinnen.[8] Die Vorhaben des „Frauenhilfsvereins" scheiterten an den zu geringen finanziellen Mitteln. Übrig blieben, wie Emma Ihrer festhielt, wichtige Erfahrungen und „ein Häuflein tatkräftiger Frauen", die etwas gegen die „erbärmliche Ausbeutung der weiblichen Arbeitskräfte" unternehmen wollten.[9]

1881 gilt auch als das Jahr, in dem Emma Ihrer aus ihrer Geburtsstadt Glatz nach Berlin gekommen sein soll. Über die Gründe für diesen Ortswechsel gibt es unterschiedliche Erklärungen. Während die einen Emma Ihrers Bildungshunger und Tatendrang anführen, suchte sie anderen Darstellungen zufolge nach dem Tod ihres Vaters eine Möglichkeit in Berlin, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Nach Dieter Schneider arbeitete sie als Putzmacherin.[10] Auf jeden Fall baute Emma Ihrer den „Zentralverband der in der Blumen-, Blätter-, Palmen- und Putzfederfabrikation beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands" mit auf. 1903 wurde sie zur Vorsitzenden dieser kleinen Gewerkschaft gewählt und redigierte deren Organ „Der Blumenarbeiter" bis zu ihrem Tod 1911.

Völlig ungeklärt ist, wann aus Emma Faber-Rother Frau Ihrer wurde. Nach den Recherchen von Kurt Ständer konnte selbst die Polizei nicht ermitteln, wann die beiden geheiratet hatten. Emanuel Ihrer eröffnete Ende 1886 im nordwestlich von Berlin gelegenen Velten eine Apotheke. Emma Ihrer betrieb von dort aus nicht nur ihr frauenpolitisches Wirken weiter. Die Apothekersgattin nahm sich auch der Organisation der Kachelarbeiter der Ofenstadt an, organisierte Versammlungen und lud sozialistische Agitatoren nach Velten ein. Dies bewog die staatlichen Behörden zu Nachforschungen, wie es überhaupt zur Vergabe einer Apothekenkonzession an einen Mann, dessen Frau der Polizei als „Aufwieglerin" bekannt war, hatte kommen können. Die Untersuchung ergab, daß an keinem der vielen vorherigen Arbeits- und Wohnorten von Emanuel Ihrer eine Frau Ihrer in Erscheinung getreten war.

Nach Kurt Ständer hatte Emanuel Ihrer 1873 eine Zeitlang in der Apotheke in Glatz gearbeitet. Wahrscheinlich hat er dort die damals 16jährige kennengelernt. Emmas Vater wird über diese Bekanntschaft wenig begeistert gewesen sein, nicht

6 Siehe Ders.: Eine Frau kämpft für das Recht der Frauen, in: Kulturspiegel Velten, 1961, H. 1, S.12.

7 Siehe ebenda.

8 Siehe Ihrer, Arbeiterinnen, S.10.

9 Ebenda.

10 Siehe Schneider, Emma Ihrer, S.81.

etwa wegen des großen Altersunterschieds von 22 Jahren zwischen den beiden. Dies war keine Besonderheit bei Eheschließungen, galt doch, daß der Mann sich erst einmal situiert haben mußte, um eine Familie zu gründen, während die Frau um so mehr Kinder gebären konnte, je jünger sie war. Anstoß beim katholischen Vater erregte vielmehr, daß Emanuel Ihrer aus einer Herrnhuter Predigerfamilie stammte, also reformierten Glaubens war. Nach den damaligen Gesetzen konnte eine Frau zwar mit 16 Jahren heiraten, allerdings nicht ohne Zustimmung der Eltern bzw. des Vormundes. Erst mit 24 wurde sie ehemündig, das heißt, daß sie dann auch gegen deren Willen eine Ehe schließen konnte. Bei Emma trat dies 1881 ein, also in dem Jahr, als sie von Glatz nach Berlin aufbrach. 1875 hatte das deutsche Kaiserreich die Möglichkeit der standesamtlichen Trauung eingeführt. Wenn Emanuel und Emma Ihrer nur kirchlich geheiratet haben, könnte dies die Schwierigkeiten erklären, etwas Genaueres darüber herauszubekommen.
In Velten nützte es Emanuel Ihrer nichts, daß er Mitglied des konservativen Wahlvereins geworden war. Angekreidet wurde ihm nicht nur, daß er das politische Engagement seiner Frau finanziell ermöglichte. Es wurde ihm als „unwürdige unverzeihliche Schwäche“ eines Ehemannes angerechnet, daß er es nicht unterband. Als ihm deshalb der Entzug der Apothekenkonzession drohte, verkaufte er diese sehr gefragte Erlaubnis. So blieb die Concordia-Apotheke in der Breitestraße in Velten bis heute erhalten, während nicht nur das Ehepaar Ihrer Velten 1894 verließ. In der „Veltener Zeitung“ erschien am 1. Mai 1894 folgende Notiz: „Velten ist am gestrigen Tage um zwei berühmte Personen ärmer geworden. Frau Emma Ihrer wanderte gen Pankow und Gendarm Ahrens an die niederländische Grenze. Beide Persönlichkeiten zogen, solange sie in Velten waren, auf Kriegspfaden gegeneinander.“ Der Polizist Ahrens wurde strafversetzt, weil er gegen Emma Ihrer den kürzeren gezogen hatte.

Emma und Emanuel Ihrer lebten offensichtlich bis zu ihrem Tod in Pankow, allerdings wechselten sie mehrmals die Adressen. Die erste Angabe liegt für das Jahr 1896 vor: Schönholzer Straße 8[11]. „Ihre Karte kam unbegreiflicherweise erst heut zu mir, offenbar durch m. Umzug veranlaßt“, entschuldigte sich Emma Ihrer 1903 bei Karl Liebknecht für ihre verspätete Antwort, die den Absender „Schloßstraße 8 I“ trägt.[12] Wie für viele andere SPD-Kandidaten trat Emma Ihrer als Rednerin für Karl Liebknecht im Wahlkampf auf. Dies war trotz „Politikverbots“ für Frauen möglich, da während des Wahlkampfes die entsprechenden Bestimmungen des Vereinsgesetzes außer Kraft gesetzt wurden, weil die Männer auf die Unterstützung der Frauen, die selbst das Wahlrecht erst mit der Revolution 1918 erhielten, nicht verzichten wollten. Als letzte Adresse Emma Ihrers führt das Totenbuch des Zentralfriedhofs Friedrichsfelde, wo Emma Ihrer

11 Ständer, Emma Ihrer.
12 Siehe Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Nachlaß Karl Liebknecht, NY 4001/39, Bl. 47f.

nach ihrem Tod am 8. Januar 1911 als erste Frau eine Grabstätte auf dem „Friedhof der Sozialisten“ erhielt, schließlich die Marthastraße 10 in Niederschönhausen an.

In dem Haus in der Marthastraße lebten auch nach Emma Ihrers Tod ihr Ehemann Emanuel Ihrer und ihr langjähriger Lebensgefährte Carl Legien weiter, bis sie ebenfalls starben, der erste 1917, der zweite 1920. Heute liegen die Gräber von Emma Ihrer und Carl Legien nebeneinander in der „Gedenkstätte der Sozialisten“ in Berlin-Friedrichsfelde. Daß die beiden bereits als Lebende zusammengehörten, bleibt auch auf den neuen Informationstafeln, die 2006 aus Anlaß des 125jährigen Bestehens des Zentralfriedhofes aufgestellt wurden, unerwähnt. Die beiden kannten sich, seit sie 1890 zu den sieben Mitgliedern der Kommission zur Gründung des ersten gesamtgewerkschaftlichen Dachverbandes in Deutschland gehörten. Zusammen lebten sie ab 1903, nachdem die Generalkommission der Gewerkschaften, wie sich der Vorläufer des heutigen DGB nannte, deren Vorsitzender Carl Legien von 1891 bis 1920 war, ihren Sitz von Hamburg nach Berlin verlegte hatte.

Klatsch und Tratsch um die außereheliche Beziehung Emma Ihrers hatte es schon auf dem Erfurter Parteitag 1891 gegeben. Bezeichnenderweise ist es Friedrich Engels gewesen, der selbst mit mehreren Frauen ohne Trauschein zusammenlebte, der dies der Nachwelt überliefert hat. In einem Brief an Karl Kautsky, dessen erste Frau Louise, nachdem sie ihren Mann verlassen hatte, als Sekretärin bei Friedrich Engels lebte, schrieb Engels über Emma Ihrer: „Diese Dame scheint übrigens sehr freigiebig mit ihrer Gunst zu sein. Von den jüngeren Fraktionsmitgliedern gab in Erfurt [beim Parteitag 1891] fast jeder einige Erfahrungen darüber zum besten, was mir allerdings auch nicht sehr ritterlich erschien; ihre Gunst scheint übrigens Glück zu bringen; ihre Liebhaber wurden alle bei den letzten Wahlen gewählt.“[13] Statt an das in diesem Zusammenhang Naheliegendste, nämlich daß die Gunstbezeugungen Emma Ihrers in Wahlkampfauftritten für die erfolgreichen Männer bestand, dachte auch der Sozialist Engels bei einer schönen jungen Frau nur an das „Eine“.

Noch viele Jahrzehnte nach Emma Ihrers Tod erzählten Gewerkschafter, die viel zu jung waren, um die Beteiligten noch persönlich gekannt haben zu können, daß Emma Ihrer nur durch ihr Liebesverhältnis zum Gewerkschaftsvorsitzenden Carl Legien Bedeutung erlangen konnte und welchen negativen Einfluß sie auf diesen ausgeübt habe. Über die „Nebenregierung“ Emma Ihrers hatte sich schon der Zeitgenosse Adolf Cohen, einflußreicher Vertreter der Metallarbeiter in der Generalkommission der Gewerkschaften, beklagt.

Unhinterfragt wurden auch immer wieder die Äußerungen Theodor Leiparts, Freund und Amtsnachfolger Legiens als Vorsitzender des 1919 gegründeten Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, zitiert. Danach war Emma Ihrer nur Carl Legiens zweite Wahl. Erst nachdem seine Werbung um eine Schwester

---

13 Zit. nach: Gerhard Beier: Schulter an Schulter, Schritt für Schritt: Lebensläufe deutscher Gewerkschafter, Köln 1983, S.96.

Leiparts unerhört geblieben sei, habe sich „der ewige Junggeselle [...] der älteren, verheirateten Emma Ihrer angenommen". Der Altersunterschied zwischen den beiden betrug übrigens gerade einmal vier Jahre: Als sie sich kennenlernten, war Emma Ihrer 32 und Carl Legien 28 Jahre alt. Und die erste Wahl Emma Ihrers war Emanuel Ihrer, von dem sie sich trotz Legien nicht scheiden ließ. Wie das Dreiecksverhältnis aussah, darüber schweigt sich Leipart aus. Wie im Märchen heißt es am Ende: „Sie lebten viele Jahre zusammen und erwarben ein gemeinsames Haus mit Garten in Niederschönhausen. Legien wurde ein leidenschaftlicher Förderer der Frauenorganisation." Durch den Tod von Emma Ihrer „erlitt er einen solchen seelischen und körperlichen Zusammenbruch, daß er lange Wochen arbeitsunfähig" war.[14] Daß danach sein Engagement für die Arbeiterinnen merklich zurückging, hielt Leipart nicht für erwähnenswert.

Und wie äußerten sich weibliche Zeitgenossinnen und Mitstreiterinnen Emma Ihrers zu dieser Liebesgeschichte? Wie im folgenden Marie Juchacz umschrieben sie das Ganze so geschickt, daß nur die, die es sowieso wußten, zwischen den Zeilen zu lesen vermochten: „Emma Ihrer genoß das persönliche Vertrauen von Carl Legien in einem – bei dessen zurückhaltender Natur – seltenen Maße und übte dadurch auf die deutsche Gewerkschaftsbewegung großen Einfluß aus, der ebenso auf ihrer Klugheit wie auf ihrem Eifer für die gewerkschaftliche Sache und auf der Wärme ihres ganzen Wesens beruhte."[15]

Immerhin verdankt es Emma Ihrer dem auch in der Arbeiterbewegung geltenden Tabu unehelicher Beziehungen, daß sie ihr Grab in Friedrichsfelde nicht mit Carl Legien teilen muß und dadurch nicht wie andere dort mit ihren Ehemännern beigesetzte Frauen als Anhängsel, scheinbar ohne eigenen Verdienst, vergessen und unerwähnt blieb.[16] Als das Bundespostministerium Ende der achtziger Jahre eine Frauenreihe als Sonderbriefmarken herausbrachte, befand sich auch Emma Ihrer unter den Ausgewählten. Sagt es etwas über den Grad ihrer Wertschätzung aus, daß sie nur eine 5-Pfennig-Marke zieren durfte? In Velten erinnert seit DDR-Zeiten eine Straße an Emma Ihrer. In Berlin wurde 2003 in einem Neubauviertel in der Rummelsburger Bucht eine Straße nach ihr benannt. Eine Biographie, die auch neue Einblicke in die Geschichte der Arbeiterinnenbewegung in Deutschland bringen würde, fehlt leider nach wie vor.

Initiatorin der Arbeiterbewegung

Wenn Emma Ihrer sich auch nie politisch auf Frauenanliegen beschränkte, sah sie darin dennoch seit ihren ersten Versuchen 1881 ihr Hauptwirkungsfeld.

---

14 Ebenda.

15 Juchacz, Sie lebten, S.21.

16 Die andere Frau ist Luise Zietz (1865-1922), Mitglied des SPD-Parteivorstandes, Mitbegründerin der USPD und deren Parteisekretärin, Mitglied der Nationalversammlung und des Reichstages. Sie war von ihrem Mann geschieden.

Als zwei Jahre später Gertrud Guillaume-Schack im Roten Rathaus über das Thema „Wie kann man die Sittlichkeit der Arbeiterinnen heben?“ sprach, meldete sich Emma Ihrer in der anschließenden Diskussion zu Wort und verwies auf die sozialen Ursachen der Prostitution, die ungenügende Bezahlung der Arbeiterinnen, gegen die etwas unternommen werden müsse. Die Referentin, deren Interesse durch diesen Auftritt geweckt worden war, nahm Kontakt zu Emma Ihrer auf. Durch diese auf die Nöte der Arbeiterinnen aufmerksam geworden, gründete Gertrud Guillaume-Schack 1884 als erste zentrale Arbeiterinnenorganisation Deutschlands die „Kranken- und Begräbniskasse für Frauen und Mädchen“, die sich dringender sozialer Belange der Arbeiterinnen annahm, aber auch der Tarnung für weitergehende politische Arbeit diente. 1886 gab es 97 Verwaltungsstellen mit rund 12.000 Mitgliedern, zu denen auch Emma Ihrer gehörte.[17]

Ermutigt durch die politisch erfahrene Gertrud Guillaume-Schack riefen Emma Ihrer und die anderen aus dem Frauenhilfsverein übriggebliebenen Mitstreiterinnen 1885 einen „Verein zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen“ ins Leben. Emma Ihrer, der die Funktion der Schriftführerin übertragen wurde, hatte maßgeblichen Anteil an den Erfolgen des Vereins. In einem Polizeibericht aus Dresden heißt es: „Um so mehr hat aber Frau Ihrer das Interesse der arbeitenden Frauen und Mädchen erwirkt, und ihrem wiederholten Auftreten hierselbst ist es zuzuschreiben, daß sich mehrere hundert Frauen und Mädchen zum Eintritt in den gegründeten Verein der arbeitenden Frauen und Mädchen von Dresden und Umgebung gemeldet haben.“[18] Auch in Breslau, Bielefeld, Bremen, Danzig, Gera, Glauchau, Großenhain, Hamburg, München, Nürnberg, Potsdam, Weißenfels und Zeitz sind Auftritte Emma Ihrers für den neuen Verein nachweisbar.[19]

Als „kleine lebhafte Frau, schlicht und einfach in Wesen und Kleidung, aber scharf und schneidig in der Sprache“, als „gewandte Rednerin, die ihre Zuhörerin zu packen weiß“[20] wurde Emma Ihrer in der „Staatsbürgerin“ beschrieben, dem „Organ für die Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes“, das Gertrud Guillaume-Schack ab Januar 1886 herausgab, um die Arbeiterinnen über alle sie betreffenden Angelegenheiten zu informieren. Emma Ihrers Organisationstalent wurde gerühmt und geschildert, wie sie der Polizei „so manches Schnippchen geschlagen“ hat, indem zum Beispiel „Genosse Ihrer“ als Versammlungsredner angekündigt wurde.[21] Andere berichten, daß sie zunächst durchaus schüchtern

17 Siehe Hilde Lion: Zur Soziologie der Frauenbewegung. Die sozialistische und katholische Frauenbewegung, Berlin 1926, S.136, 140.

18 Landesarchiv Berlin (LAB), A Pr.Br. Rep. 030, Nr. 14966, Bl.94 RS, 95.

19 Siehe Die Staatsbürgerin. Orginalgetreuer Nachdruck der ersten Arbeiterinnenzeitung Deutschlands, hrsg. und erläutert von Hartwig Gebhardt und Ulla Wischermann, München u.a. 1988.

20 Zit. nach: Für dich, 1987, Nr. 15, S. 26.

21 Siehe ebenda.

gewesen sei. Gertrud Hanna, die die Frauen im zentralen Gewerkschaftsvorstand ab 1909 vertrat, erinnerte sich, wie Emma Ihrer sie zu öffentlichen Auftritten ermutigt habe, indem sie ihr erzählte, „wie sie sich anfangs gesträubt habe, eine andere Funktion als das Schriftführeramt zu übernehmen, weil sie ja doch ‚nicht reden' könne".[22]

So wie sie von Gertrud Guillaume-Schack gefördert wurde, tat Emma Ihrer alles, „um auch bei anderen das Selbst- und Persönlichkeitsgefühl zu wecken", wie Luise Zietz, die Vertreterin der Frauen im SPD-Parteivorstand, in ihrem Nachruf für Emma Ihrer hervorhob.[23] Wally Zeppler, eine andere Parteigenossin, führte dazu aus: „Glaubte sie irgendwo einen Menschen zu bemerken, der ihr zu einem Posten in der Partei begabt schien, so setzte sie alle Überzeugungskraft darein, ihn auch zu dieser Arbeit zu begeistern. Sah sie eine geistige Kraft, die vielleicht noch nicht voll entfaltet war, so wurde sie niemals müde, alle Bildungsmittel heranzuziehen, die ihr selbst zu Gebot standen, ihre eigene Zeit daran zu wenden, um die schlummernde Begabung zu entwickeln und in den Dienst der Partei zu stellen. [...] Diese reine Selbstlosigkeit im Dienst der Idee lieh ihr den scharfen Blick für alle werdenden Talente, ließ sie auch tatsächlich immer neue agitatorische Kräfte entdecken, selbst dort, wo sie im öffentlichen Leben am schwersten zu finden sind: unter den Frauen." Und wo es notwendig war, unterstützte Emma Ihrer die Frauen auch finanziell: „Ihr warmes Herz und ihr lebhaftes Mitgefühl für die Leiden ihrer Mitschwestern trieb sie in unzähligen Fällen zu hilfreicher Tat, soweit nur immer ihre Mittel es erlaubten. Und was diese Hilfe für die Empfänger so angenehm machte, sie in ihrer Verzagtheit aufrichtete, das war die feine, liebe Art, wie sie gewährt wurde."[24]

Im Mai 1886 wurden der „Verein zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen" und die Zeitung „Die Staatsbürgerin" verboten. Gertrud Guillaume-Schack wurde als mißliebige Ausländerin ausgewiesen, die anderen Frauen, unter ihnen auch Emma Ihrer, wurden vor Gericht gestellt und zu Geldstrafen zwischen 60 und 100 Mark verurteilt. Dies war nicht nur mehr als das Monatseinkommen einer Fabrikarbeiterin, die Frauen waren damit auch vorbestraft. Da nun nicht einmal mehr Versammlungen gestattet wurden, mußten Zusammenkünfte als Kaffeekränzchen etc. getarnt werden. 1887 versuchten die Frauen um Emma Ihrer, einen „Geselligen Frauenverein" zu gründen, der die „Pflege der Kollegialität durch gesellige Zusammenkünfte und Vergnügen" fördern sollte. Doch die Polizei, die auch die privaten Treffen und die Korrespondenz der Frauen bespitzelte, durchschaute die Absicht und untersagte dieses Unternehmen.[25]

---

22 Vorwärts. 3.9.1912.
23 Vorwärts, 11.1.1911.
24 Zepler, Nachruf.
25 Siehe LAB, A Pr.Br. Rep. 030, Nr. 14966, Bl. 153.

1889 vertrat Emma Ihrer die deutsche Arbeiterinnenbewegung beim Internationalen Sozialistenkongreß in Paris, wo sie eine vielbeachtete Rede hielt. Sie hatte dafür gesorgt, daß Clara Zetkin, die ihrem Freund Ossip Zetkin Anfang der achtziger Jahre ins Exil nach Paris gefolgt war, als zweite Delegierte ein Mandat erhielt.[26] Gemeinsam verhinderten die beiden Frauen einen Antrag, der die Frauenerwerbstätigkeit verbieten wollte. Sie erreichten, daß statt dessen die Forderung nach der Gleichstellung der Frauen beschlossen wurde. Die Arbeiterinnenbewegung mußte also an zwei Fronten kämpfen: nicht nur gegen die Repressalien der Behörden, sondern auch gegen Frauenfeindlichkeit unter den eigenen Genossen.

Ihre anschließende Vortragsreise durch Deutschland, auf der sie über den Sozialistenkongreß aus Paris berichtete, nutzte Emma Ihrer, um eine neue Idee zur Umgehung des politischen Vereinsverbots für Frauen zu propagieren. Auf ihren Vorschlag wurde eine zentrale Frauenagitationskommission zur Koordination der Arbeit eingerichtet. Und als im Frühjahr 1890 das Sozialistengesetz vom Reichstag nicht mehr verlängert wurde, da nutzte Emma Ihrer die Gunst der Stunde: Sie erlangte eine Audienz beim preußischen Innenminister und erreichte von ihm die Zusage, daß von Frauen für Frauen einberufene Versammlungen in Zukunft geduldet würden.[27]

Im Herbst 1890, auf dem ersten Parteitag der Sozialdemokratie nach dem Fall des Sozialistengesetzes, setzte sich Emma Ihrer für die Gründung einer Arbeiterinnenzeitung ein. Ihre Argumente lauteten: Die Parteipresse bietet den Frauen zu wenig Raum. Politische Aufklärung der Frauen muß in verständlicher Sprache geschehen. Die Frauen müssen kampffähig gemacht und ihre Selbständigkeit gefördert werden. Die Zeitung kann einen Zusammenhalt für die Arbeiterinnen schaffen. Als sie keine Unterstützung von den überwiegend männlichen Delegierten erhielt, ergriff sie selbst die Initiative. Bereits im Dezember 1890 brachte sie eine Probenummer heraus mit dem Titel „Arbeiterin. Zeitschrift für die Interessen der Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes. Organ aller auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Vereinigungen der Arbeiterinnen“. Die Zeitung erschien ab Januar 1891 wöchentlich. Ein Jahr lang war Emma Ihrer Herausgeberin, Verlegerin, Redakteurin, wichtigste Artikelschreiberin und Hauptgeldgeberin der Arbeiterinnenzeitung zugleich, dann hatte sie ihre Partei vom Nutzen überzeugt. Der nächste Parteitag Ende 1891 beschloß die Übernahme der Zeitung in den Parteiverlag und die Finanzierung einer hauptamtlichen Redakteurin. Ab 28. Dezember 1891 erschien die Zeitung unter dem neuen Namen „Die Gleichheit“ beim Verlag C.H.W. Dietz in Stuttgart mit Clara Zetkin als Redakteurin.

Bis heute hält sich hartnäckig die Legende, Clara Zetkin sei die Redaktion der Arbeiterinnenzeitung wegen Emma Ihrers Unfähigkeit übertragen worden. Diese

26 Siehe Bericht der „Politischen Polizei, Berlin, den 22.7.1889“, LAB, A Pr.Br. Rep. 030, Nr. 14967, Bl. 129.

27 Siehe Ihrer, Arbeiterinnen, S.22.

Interpretation hat ihren Ursprung in folgender Bemerkung Friedrich Engels in einem Brief an Laura Lafargue, eine der drei Marx-Töchter: „Louise [Kautsky, die Mitarbeiterin von Friedrich Engels] meint, da Paul [Lafargue, der Ehemann von Laura] ständig fort ist, könntest Du Deine freie Zeit dazu benutzen, etwas für die ‚Arbeiterinnen-Zeitung' zu schreiben – Du siehst, sie möchte zu gern, daß die Wiener Zeitung die Stuttgarter aussticht, was jedoch nicht schwer sein dürfte. Letztere wurde zuerst von Frau Ihrer herausgegeben und zwar verteufelt schlecht, und jetzt hat sie die arme Clara Zetkin, und die ersten beiden Nrn. sind allerdings sehr dürftig und langweilig."[28] Aus einem früheren Brief an August Bebel wird deutlich, daß Friedrich Engels weniger die Qualität als viel mehr die politische Ausrichtung des „Frauenblattes" kritisierte. Sie sei „stark angeschackt", was sich auf Gertrud Guillaume-Schack bezog, und wolle „etwas besonderes Frauenbewegerisches".[29]

In Wirklichkeit hatte Emma Ihrer von Anfang an geplant, daß Clara Zetkin Redakteurin der Arbeiterinnenzeitung werden sollte. Seit der Pariser Begegnung wußte sie, daß Clara Zetkin, sobald es die politischen Zustände erlauben würden, nach Deutschland zurückkehren wollte. Nach dem Tod ihres Lebensgefährten war Clara Zetkin alleinerziehende Mutter zweier Kinder. Sie mußte also materiell abgesichert werden. Und sie würde wegen der Kinder nur bedingt für Vortragstätigkeit und dergleichen einsetzbar sein. Um der bis dahin in Deutschland unbekannten Clara Zetkin einen Namen zu verschaffen, veröffentlichte Emma Ihrer regelmäßig Beiträge von ihr und überließ ihr mehr und mehr die Leitartikel.

Emma Ihrer kannte nicht „den Ehrgeiz, der an erster Stelle stehen will".[30] Typisch für sie war hingegen, etwas aufzubauen, dann nach anderen Frauen zu suchen, die es weitertragen, und selbst etwas Neues anzufangen. Von der Redaktionsarbeit durch Clara Zetkin entlastet, nutzte Emma Ihrer die gewonnene Zeit, ihre Vortragstätigkeit wieder zu intensivieren. Über diese Auftritte berichtete „Die Gleichheit".

Kurt Ständer, der die ersten Jahrgänge ausgewertet hat, listet für das Jahr 1892 auf:[31]

Datum:	*Thema:*	*Art der Versammlung:*	*Ort:*
Jan.	„Volksernährung"	Arbeiterinnen	Berlin
Jan.	„Volksernährung"	Arbeiterinnen	Hamburg
24.1.	„Frauenbewegung"	Textilarbeiterinnen	Liegnitz
25.1.	„Frauenbewegung"	Arbeiterinnen	Haynau

28 Engels an Laura Lafargue, 20.1.1892, in: Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 38, S.251-252, hier S.252.

29 Engels an August Bebel, 1.10.1891, in: ebenda, S.163-165, hier S.164.

30 Zepler, Nachruf.

31 Siehe Ständer, Emma Ihrer.

10.2.	„Die Ernährung der Arbeiter“	öffentl. Versammlung	Berlin
15.3.	„Bildungsschule für Frauen und Mädchen“	Frauen	Berlin
20.3.	„Die Frau und der Sozialismus“	Frauen	Berlin
April	?	öffentl. Versammlung	Wandsbeck
1.5.	Redeverbot	öffentl. Versammlung	München
16.5.	„Die Bestrebungen der Sozialdemokratie mit besonderer Berücksichtigung der Interessen der Arbeiterinnen“	?	Nürnberg
20.5.	„Volksernährung“	Arbeiterinnenverein	Hanau
21.5.	„Die Bestrebungen der Sozialdemokratie mit besonderer Berücksichtigung der Interessen der Arbeiterinnen“	öffentl. Versammlung	Hanau
24.5.	„Falscher und wahrer Arbeitsschutz“	Verein Arbeitsschutz	Hanau
27.5.	„Die soziale Gleichstellung der männlichen und weiblichen Arbeiter“	?	Mannheim
29.5.	„Die moderne Frauenbewegung“	?	Mainz
Juni	Lokal verweigert	Frauenversammlung	Karlsruhe
31.10.	Berichterstattung der Frauenagitationskommission	öffentl. Versammlung	Berlin
7.11.	„Die moderne Arbeiterbewegung und die Frauenfrage“	öffentl. Versammlung Buchdrucker u. Frauen	Leipzig
26.11.	„Die Frau früher und jetzt“	öffentl. Versammlung	Berlin
15.12.	„3 ½ Monate Fabrikarbeiterin“	öffentl. Versammlung	Berlin

Manchmal ließ es sich für Emma Ihrer nicht vermeiden, zwei Aufgaben gleichzeitig anzugehen. Parallel zum Aufbau der Arbeiterinnenzeitung wirkte sie in der Vorbereitungskommission für einen zentralen gewerkschaftlichen Zusammenschluß. Emma Ihrer war im Herbst 1890 als einzige Frau in das siebenköpfige Gremium gewählt worden. Für die Arbeiterinnen war die Frage der gewerkschaftlichen Organisation nicht nur wegen der Durchsetzung besserer Arbeitsbedingungen von größter Wichtigkeit. Wegen des „Politikverbots für Frauen“ stellte sie die einzige legale Organisationsmöglichkeit dar. Um den Arbeiterinnen diese Möglichkeit, aber auch eine gewisse Unabhängigkeit von den Männern zu erhalten, setzte sich Emma Ihrer für eine zentrale Frauengewerkschaft unter dem Dach eines zentralen Gewerkschaftsbundes ein. Doch

die Männer entschieden, daß sich die Frauen der jeweiligen Männergewerkschaft anschließen sollten. Viele Gewerkschaften hielten die Aufnahme der Frauen allerdings für gänzlich überflüssig, weil sie ihre Aufgabe in der Durchsetzung höherer Männerlöhne sahen. Sie meinten, dann bräuchten die Frauen nicht mehr zu arbeiten, da sie von den Männern miternährt würden.

Auch wenn Emma Ihrer wegen ihrer Positionen zur Frauenfrage 1892 nicht mehr in den Gewerkschaftsvorstand gewählt wurde, gab sie auch in diesem Fall so schnell nicht auf. Statt Frauengewerkschaften gründeten die Frauen Beschwerdekommissionen, die in Sprechstunden die Arbeiterinnen über ihre Rechte aufklärten und Mißstände, die Arbeiterinnen ihnen meldeten, an die Gewerbeinspektionen weiterleiteten. Nachdem auch diese sich praktisch bewährt hatten, empfahl der Gewerkschaftskongreß 1899 den Einzelgewerkschaften, solche Beschwerdekommissionen einzurichten. Der Antrag der Gewerkschaftsfrauen auf einen eigenen Büroraum im zentralen Gewerkschaftshaus in Berlin wurde dagegen aus Zeitmangel nicht einmal behandelt. Der Gewerkschaftsvorsitzende Carl Legien erlaubte den Frauen auch ohne Beschluß, einen leerstehenden Raum für ihre Zwecke zu nutzen. Und auf dem Gewerkschaftskongreß 1905 waren die Delegierten von der dort geleisteten Arbeit so beeindruckt, daß sie ihnen nicht nur im Nachhinein den Raum bewilligten, sondern auch eine hauptamtliche Frauensekretärin zugestanden.

Übertragen wurde diese Funktion Ida Altmann, einer Lehrerin, die aufgrund ihres Engagements in der „Freireligiösen Gemeinde“ seit vielen Jahren Berufsverbot hatte. Die Wahl Ida Altmanns war auch eine Revanche für Carl Legiens Entgegenkommen. Die in mehreren Fremdsprachen bewanderte Altmann dolmetschte für den fremdsprachenunkundigen Vorsitzenden des Internationalen Gewerkschaftsbundes, den Drechsler Legien. Aber es war nicht die halbe Kraft, die Ida Altmann der Arbeiterinnensache nur zur Verfügung stellen konnte, die sie 1909 zum Rücktritt bewog. Es war ihr Scheitern an der anhaltenden Frauenfeindlichkeit der Gewerkschaften. Die Hoffnung der Gewerkschaftsfrauen, dem aus der Gewerkschaftszentrale heraus etwas entgegenzusetzen und für die Arbeiterinnen bewegen zu können, erfüllte sich nicht.

Einen Erfolg konnte Emma Ihrer dagegen kurz vor ihrem Tod auf politischem Gebiet verbuchen. 1908 wurde durch ein neues Reichsvereinsgesetz endlich Schluß gemacht mit dem Politikverbot für Frauen. Natürlich wäre es vermessen, dies Emma Ihrer zuzuschreiben. Aber die Idee, mit der es gelang, das frauenfeindliche Vereinsrecht endgültig auszuhebeln, stammt von ihr. Nachdem 1895 auch die Frauenagitationskommission verboten worden war, hatte Emma Ihrer die Wahl von Vertrauensfrauen angeregt. Einzelne Frauen, bei denen die organisatorischen Fäden zusammenliefen, konnten zwar auch von der Polizei bespitzelt und drangsaliert werden, aber es bestand keine juristische Handhabe gegen sie. Nach zehn Jahren gab es mehr als zweihundert Vertrauensfrauen in Deutschland. Und die erste sozialdemokratische Frauenkonferenz, die im Jahre 1900 in Mainz stattfand, hatte eine zentrale Vertrauensfrau für ganz Deutschland ge-

wählt. Das Politikverbot für Frauen war nicht mehr durchsetzbar und wurde schließlich ersatzlos gestrichen. Die Liberalen im Reichstag verkauften dies als ihren Sieg.

Zum 100. Jahrestag 2008 sollte sowohl an den hürdenreichen Weg der Frauen in die Politik erinnert werden als auch daran, daß es die Frauen selbst waren, die ihren Einzug in die Politik erstritten haben. Und dies nicht nur um der historischen Wahrheit willen, sondern zur Ermutigung für die Frauen von heute, die noch unerledigten Aufgaben der Gleichberechtigung und Emanzipation anzugehen.[32]

32 Die Autorin arbeitet als Frauengeschichtsforscherin. Unter dem Namen „Frauentouren" bietet sie frauenhistorische Führungen und Vorträge an. Sie beschäftigt sich seit zwei Jahrzehnten mit der Geschichte der Arbeiterinnenbewegung in Deutschland und arbeitet an einer Biographie über Emma Ihrer.

Dokument

Für den Schutz der Oktoberrevolution von 1917. Clara Zetkin an Mathilde Wibaut 1922

Ulla Plener

Aus Anlaß des 150. Geburtstags von Clara Zetkin am 5. Juli d. J. veröffentlichen wir im folgenden das Dokument „Mathilde Wibaut zur Antwort". Darin legt Clara Zetkin ihre – zeitgenössische – Sicht auf die Oktoberrevolution von 1917 dar, deren Jahrestag in diesem Jahr zum 90. Male wiederkehrt.

Der historische Hindergrund der „Antwort": Vom 8. Juni bis 7. August 1922 fand in Moskau der Prozeß gegen 47 führende Mitglieder der Partei der Sozialrevolutionäre statt. Ihnen wurde vorgeworfen, unterstützt von kapitalistischen Regierungen, darunter Frankreichs und der Tschechoslowakei,[1] Terror- und Sabotageakte gegen die Sowjetmacht verübt zu haben. Vom Gericht wurden Gefängnisstrafen verhängt und 12 Todesurteile gesprochen, die später in Gefängnisstrafen umgewandelt wurden.

Am 29. Juli hielt Clara Zetkin im Auftrag der Kommunistischen Internationale (KI) vor dem Gericht eine Anklagerede.[2] Ihr vollständiger Wortlaut wurde 1922 in einer Broschüre veröffentlicht. Im Vorwort dazu (gez. Oktober 1922) schrieb sie: „Als ich am 1. Juni zur Sitzung der Erweiterten Exekutive nach Moskau kam, wurde ich durch den Beschluß überrascht, bei dem bevorstehenden Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre vor dem Obersten Revolutionsgericht zu sprechen. Ich ging sofort an das Studium nicht bloß der sehr umfangreichen Anklageakten, sondern des bei weitem umfangreicheren Prozeßstoffes. Es versteht sich, daß ich diesen vom Standpunkt des politischen Kampfes aus betrachtete, in seinem geschichtlichen Zusammenhang mit der proletarischen Revolution, und nicht von dem zünftiger Juristerei. Die Frucht ist diese Veröffentlichung. Sie war als Rede vor dem Obersten Revolutionsgericht gedacht und gefaßt. Körperliches Leiden machte es mir unmöglich, meinerseits den Prozeß der Riesenreden zu verlängern [...} Ich mußte mich damit begnügen, vor Gericht einen gedrängten Auszug meiner vorbereiteten Rede zu geben".[3]

---

1 Siehe Rote Fahne, Berlin, 1. 8. 1922 (Morgen-Ausgabe): Die Geldquellen der Sozialrevolutionäre. Weiteres dazu auch in: Rote Fahne, 2. 8. 1922.

2 Meldung in der Roten Fahne, 31. 7. 1922 (Abend-Ausgabe).

3 Siehe Clara Zetkin: Wir Klagen an! Ein Beitrag zum Prozeß der Sozialrevolutionäre, Hamburg 1922, 94 S., hier S.V. Zwei Abschnitte aus dieser Broschüre wurden 1977 veröffentlicht in Clara Zetkin: Für die Sowjetmacht. Artikel, Reden und Briefe 1917-1933, Berlin-Frank-

In ihrer Rede verteidigte Clara Zetkin die Oktoberrevolution von 1917 als Beginn der proletarischen Weltrevolution und die Sowjetrepublik als deren Vorposten. Sie klagte die Sozialrevolutionäre an, daß sie mit Hilfe kapitalistischer Regierungen, mit Terrorakten und wirtschaftlicher Sabotage diese Revolution rückgängig machen wollten: „Die Politik der SR-Partei war während der ganzen Zeit eine opportunistische, eine gegenrevolutionäre. Ihr Kampf war kein Kampf zwischen Partei und Partei, sondern der Kampf der Gegenrevolution gegen die Revolution. Zwei Klassen stehen einander gegenüber: das Proletariat und die Bourgeoisie. Die SR standen während der ganzen Zeit an der Seite der Bourgeoisie [...] Sie bedienten sich dieser Mittel, um das Proletariat wieder der Bourgeoisie zu unterwerfen, deren Joch es, dank dem heldenhaften Kampfe der russischen Arbeiter und Bauern, abgeschüttelt hatte.“ Das Revolutionstribunal sei ein Klassengericht gegen die Feinde der proletarischen Revolution im Interesse der Weltrevolution. Sie kritisierte die Führer der 2. Internationale, die das Morden im Weltkrieg und danach die Urteile der Ausnahmegerichte gegen revolutionäre Arbeiter in Deutschland, Ungarn und anderswo unterstützt hatten und nunmehr gegen die Sowjetrepublik kämpften. Sie schloß mit den Worten: „Im Namen der 3. Internationale gebe ich der Überzeugung Ausdruck, daß das Gericht es verstehen wird, die Errungeschaften des Proletariats zu schützen und die dazu geeigneten Mittel zu finden.“[4]

Eine Kurzfassung der Rede brachten die „Internationale Presse-Korrespondenz“ der KI am 2. August 1922 und die Berliner „Rote Fahne“ am 3. August 1922 (Morgen-Ausgabe). So bekam die internationale Öffentlichkeit Kenntnis von ihrem Inhalt.

Am 16. September 1922 erschien in der Frauenzeitung der niederländischen Sozialdemokratinnen „De Proletarische Vrouw“ („Die proletarische Frau“) der am 22. August 1922 von der Parteizeitung „Het Volk“ („Das Volk“) veröffentlichte Offene Brief von Mathilde Wibaut (1862-1952) an Clara Zetkin, der sich auf deren Rede gegen die Sozialrevolutionäre bezog. Er wurde – zusammen mit der Antwort Zetkins – im Heft 7/8 der Zeitschrift „Die Kommunistische Fraueninternationale“, herausgegeben von der KI unter Leitung von Clara Zetkin, veröffentlicht. Sein Inhalt geht aus Clara Zetkins Antwort hervor. Im Vorspann dazu, der ganz offensichtlich Zetkins Feder entstammt, hieß es: Mathilde Wibaut (1908-1935 Vorsitzende des Bundes der sozialistischen Frauenvereine der Niederlande) sei „eine der hervorragendsten, besten Führerinnen der holländischen sozialistischen Frauenbewegung“, die nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges „mutvoll und opferfreudig im Namen des internationalen Sozialismus den Kampf gegen Chauvinismus und Imperialismus aufgenommen“ und geführt hat. Auch an der von Clara Zetkin organisierten internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz zu Bern im März 1915 hatte sie teilgenommen. Die proletarische Revolution in Rußland sei, so im

---

furt/Main, S.201-231.

4 Zit. nach Rote Fahne, 3.8.1922 (Morgen-Ausgabe).

Vorspann weiter, „der hochragende geschichtliche Meilenstein, an dem die Wege sich scheiden. Für oder wider Sowjet-Rußland, das ist die Entscheidung in der Frage: für oder wider die proletarische Revolution selbst".[5] Der Offene Brief und die Antwort stehen dafür.

Die Antwort Clara Zetkins wurde vor 33 Jahren in einem Reclam-Sammelband wieder veröffentlicht.[6] Als Vorlage diente „Die Kommunistische Frauenintern-nationale", H. 7/8, woraufhin das Dokument falsch (mit Juli 1922) datiert wurde. Da Clara Zetkin sich in ihrer Antwort auf die holländische Frauenzeitung bezieht, die am 16. September 1922 erschienen war, und der Brief, wie aus der Antwort hervorgeht, „erheblich verspätet" zu Zetkins Kenntnis gelangte, kann die Antwort nicht vor Ende September geschrieben worden sein. Die Herausgeber irrten auch, wenn sie den Offenen Brief zwei Frauen zuschrieben – es handelte sich nur um Mathilde Wibaut, geborene Berdenis van Berlekom.

Als Quelle unserer Publikation dient die im Nachlaß Clara Zetkins enthaltene (vermutlich ursprüngliche) maschinenschriftliche, mit Korrekturen versehene (in der „Kommunistischen Frauenintemationale" offensichtlich danach unwesentlich redigierte) Variante der Antwort.[7] Für die Ursprünglichkeit dieser Quelle spricht die Tatsache, daß dem Dokument die maschinenschriftliche Übersetzung des Offenen Briefes von Mathilde Wibaut, datiert mit Amsterdam, 30. August 1922, in einem sehr unzulänglichen Deutsch vorgelagert ist,[8] der in der „Kommunistischen Frauen-internationale" in einwandfreiem Deutsch erschien.

Der Text der Quelle wurde unverändert übernommen. Nur offensichtliche Fehler wurden korrigiert, an wenigen Stellen zum besseren Verständnis in eckige Klammern gesetzte Worte eingefügt sowie einige Absätze zusätzlich gekennzeichnet.

Die Recherche zu dieser Veröffentlichung führte Bärbel Kontny aus, für die Maschinenlesbarkeit sorgte Ursel Herschel. Die Redaktion dankt Mieke Ijzermans vom Internationalen Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam, für die Unter-stützung bei der Recherche.

5 Um den Prozeß der Sozialrevolutionäre. Ein offener Brief Mathilde Wibauts an Clara Zetkin und die Antwort darauf, in: Die Kommunistische Frauenintemationale, 1922, H. 7/8, S.26-28.

6 Siehe Clara Zetkin: Zur Theorie und Taktik der kommunistischen Bewegung, herausgegeben von Katja Haferkorn und Heinz Karl, Leipzig 1974.

7 Siehe in SAPMO im Bundesarchiv, NY 4005/41, Bl. 105-123.

8 Siehe ebenda, Bl. 104.

Mathilde Wibaut zur Antwort

Mathilde Wibauts „Offener Brief“ an mich in „Het Volk“ und „De Proletarische Vrouw“ ist in Folge meines längeren Aufenthalts in Moskau erheblich verspätet zu meiner Kenntnis gelangt. Es ist keineswegs sein sachlicher Inhalt, der mich zu einer Antwort veranlaßt. Denn dieser unterscheidet sich in seinem Wesenskern in nichts von den Falschurteilen, die über den Prozeß gegen die russischen Sozialrevolutionäre und meine Stellungnahme dazu gefällt worden sind.

Es ist nicht meine Absicht, mich mit den Gründen und Untergründen der Falschurteile auseinanderzusetzen, von denen manche unbewußt unrichtig und ehrlich gemeint sind, die weitaus meisten jedoch ganz bewußt verlogen, vergiftete Waffen des politischen Kampfes und deshalb auch mit persönlichen Verunglimpfungen verbunden. Ich lege Falschurteile, Verunglimpfungen „zu dem Übrigen“, mit dem sich heute jeder abfinden muß, der im Kampfe für die proletarische Revolution gegen die Welt der Bourgeoisie und ihre freundnachbarlichen reformistischen Helfer im Lager der Arbeiterklasse steht. Was mich im Falle des „Offenen Briefes“ zu einer Ausnahme von der Regel bestimmt, ist neben der persönlichen Wertschätzung und Sympathie, die ich Mathilde Wibaut ungeachtet aller Meinungsgegensätze bewahrt habe, dieser Umstand: Der „Offene Brief“ zeigt deutlich den Wandel der Auffassung oder richtiger die herausgearbeitete, bewußt gewordene Auffassung der sozialistischen Frauenbewegung Hollands. Zusammen mit der Antwort darauf läßt er die grundsätzlichen Gegensätze hervortreten, die sie von uns Kommunisten trennen.

Ad usum delphini, zu Nutz und Frommen des vermeintlich guten Zwecks, und um mich um so unwiderruflicher verdammen zu können, hat Mathilde Wibaut nach des alttestamentarischen Herrgotts Vorbild frei aus dem Handgelenk zwei Clara Zetkin geschaffen: Eine milde, philosophisch denkende Clara Zetkin mit größtem, duldsamem Verständnis für Meinungsunterschiede; eine andere Clara Zetkin, eine finstere, beschränkte, nichts begreifende und unbegreifliche Fanatikerin, ohne Selbständigkeit des Denkens und Handelns, ein blindes Werkzeug der moskowitischen „Götter, die dürsten“, dürsten nach Blut. Die zweite Clara Zetkin hat offenbar vergessen, daß sie einmal die erste Clara Zetkin gewesen ist, denn wie anders sonst wäre ein solcher Bruch, ein so unversöhnlicher Gegensatz zwischen Vergangenheit und Gegenwart möglich?

Ich habe Mathilde Wibaut zur persönlichen Seite der Sache dieses zu sagen: Meine politische Gegenwart ist die konsequente Entwicklung meiner politischen Vergangenheit, ist fest verwurzelte, betätigte Überzeugung, entsprechend den geschichtlich gegebenen Umständen. Meine Überzeugung kennt heute wie vor mehr als 40 Jahren nur ein Willensziel: die soziale Revolution, die allein den leiber- und seelenmordenden Kapitalismus niederzwingt und den Boden für einen Gesellschaftsbau freilegt, in dem voll und harmonisch entfaltetes Menschentum für alle wohnen kann. Diesem Willensziel diene ich gemäß der Erkenntnisse über die weltwirtschaftliche und weltpolitische Lage, die ich dem Marxismus verdanke, diene ich mit den Methoden und Mitteln des Kampfes, die

mir unseres Altmeisters Forschungsmethode erscheinen läßt als die einzig zweckmäßigem und erfolgreichem, ja als die einzig mögliche zur Überwindung der schmutz- und bluttriefenden Herrschaft des verfallenden, gewalttätigen imperialistischen Kapitalismus. Das Urteil über meine politische Gegenwart erwarte ich ruhig von einer Zeit, in der das Proletariat durch weitere bitterste Erfahrungen von allen Illusionen über den alleinseeligmachenden Zauber der bürgerlichen Demokratie, den väterlich erziehenden Segnungen der Koalitionsregierungen und ähnlichem gefährlichen Schwindel aufs Gründlichste geheilt, seine Sklavendemut vor der „Überlegenheit" der Bourgeoisie und seinen Kleinglauben in die eigene Kraft ablegt und mit kühnem Entschluß durch die Aufrichtung seiner Diktatur die Bahn für die sozialistische Demokratie, den Kommunismus freilegt.

Als unverdient und unrichtig weise ich das Lob zurück, das Mathilde Wibaut so reichlich meiner Vergangenheit spendet. Ich habe nie zu den berufs- und sportmäßigen Rittern der „Meinungsfreiheit" gehört, die Narrenfreiheit für Meinungen begehrten, die meiner Überzeugung nach die Sache der sozialen Revolution und folglich die Sache des Proletariats schädigen müssen. Gewiß: Ich habe nie politische Meinungen zum alleinigen Maßstab des persönlichen Wertes gemacht, Meinungsunterschiede sind nie die Grundlage meiner persönlichen, menschlichen Einschätzung Einzelner gewesen und meiner Beziehungen zu ihnen. Jedoch habe ich nie das Verständnis für andere politische Meinungen aufgefaßt als Versicherungsschein, „alles zu verzeihen", d. h. alles als sakrosankt geschehen zu lassen, vielmehr als die Verpflichtung, um so besser gerüstet, um so schärfer und wirksamer gegnerische, feindliche Meinungen zu bekämpfen. Mathilde Wibaut frage die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen, deren gefühlsseliges Geschwafel von der einen großen Schwesternschaft ich unbarmherzig zerfetzte, um die Proletarierinnen, die proletarische Frauenbewegung von dem Flugsand der „Demokratie" auf den Felsengrund des Klassengegensatzes zu stellen, die sozialdemokratischen Parteiführer in Belgien, Holland und Österreich, die aus plattesten Opportunitätsrücksichten den Kampf für die volle politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts auf Skt. Nimmerlein vertagen wollten; die sogenannten „konstruktiven" Sozialisten und Sozialistinnen in England, die den Kampf für das allgemeine Frauenwahlrecht, für das Wahlrecht aller Großjährigen ohne Unterschied des Geschlechts, ablehnten, um sich fanatisch für ein reaktionäres, beschränktes Damenwahlrecht zu begeistern; die Opportunisten und Reformisten jeder Spielart, die bereits vor dem Ausbruch des imperialistischen Raubkrieges darauf ausgingen, den revolutionären Sozialismus zu entmannen und zu bürgerlich-demokratischer Reformlerei zu erniedrigen. Sie alle pflegten unter den Hieben meiner Klinge gerade nicht rühmend von meiner Duldsamkeit und meinem Verständnis für andere Meinungen zu reden. Hingegen zeterten und wetterten sie um so mehr über meinen „Fanatismus" und meine „Dogmenbeschränktheit", kurz über all die Laster, die Mathilde Wibaut heute an mir so schmerzlich berühren. So schmerzlich, daß sie die innere Einheit zwischen dem Einst und [dem] Jetzt übersieht: Kampf gegen jedes Paktieren mit

bürgerlichen Auffassungen, Kampf für die befreiende proletarische Revolution.
Zu Unrecht beschwört Mathilde Wibaut als Zeugnis meiner entschwundenen Tugend den Gruß herauf, den die Berner Internationale Sozialistische Frauenkonferenz 1915 auf meinen Antrag hin an den Kongreß der bürgerlichen pazifistischen Frauenrechtlerinnen im Haag richtete. Dieser Gruß wurde wahrhaftig nicht dadurch veranlaßt, daß ich, in einem vorzeitigen Anfall von Altersschwäche, die Meinungsfreiheit anbetend, für den bürgerlichen Pazifismus geschwärmt hätte. Er hatte seinen Grund in sehr nüchternen politischen Erwägungen, von denen ich meinte, daß sie jeder leidlich politisch Denkende verstehen würde. Erstens kam es mir darauf an, eine breite kraftvolle Massenbewegung gegen den imperialistischen Krieg und seine sozialpatriotischen Helfershelfer aller Nationen zu schaffen, die unter dem Vorwand, das Vaterland verteidigen zu müssen, das Proletariat als Kanonenfutter an die Bourgeoisie auslieferten und den internationalen Sozialismus verrieten. Die Eingliederung der pazifistischen Frauenrechtlerinnen in die Front der Kriegsfeinde schien mir zwiefacher Gewinn: Stärkung unserer revolutionären Kampfesfront – unter den gegebenen Umständen mußte eine wirkliche, starke, rücksichtslose Massenbewegung gegen den Krieg zwangsläufig revolutionären Charakter annehmen und in die Revolution umschlagen – und Schwächung der Bourgeoisie durch Erregung von Zwiespalt in deren eigenen Reihen. Ich gestehe es offen, ich hätte damals nicht nur pazifistische Frauenrechtlerinnen, ich hätte den Teufel selbst freundlich, herzlich gegrüßt, würde ich die geringste Aussicht gehabt haben, daß dieser mächtige und geistreiche alte Herr helfen würde, die Hindenburg und Joffre, die Scheidemann, Vandervelde, Renaudel und tutti quanti Sozialpatrioten durch die Revolution fortzufegen. Zweitens hatten frauenrechtlerische Pazifistinnen im Kampfe gegen den Krieg eine Überzeugungstreue, einen opferbereiten und hingebungsvollen Mut, hatten politische Eigenschaften bewiesen, die jene schwankenden, wankenden, führenden Sozialisten tief beschämten, die im kleinen Kreise „Vertrauter“ vernichtende, schärfste Kritik an den Tat- und Unterlassungssünden der Sozialpatrioten übten und ihre eigene revolutionäre Gesinnung wortreich beteuerten, aber damals nicht den Kampf gegen den Krieg und Verrat in der Öffentlichkeit wagten. Das wohlverdiente Lob der pazifistischen Frauenrechtlerinnen begriff also Tadel und Vorwärtspeitschen ängstlicher und schwächlicher sozialistischer Kriegsgegner in sich; allerdings verlorene Liebesmüh, wie das weitere Verhalten dieser Genossen gezeigt hat, die sich in der Folgezeit überwiegend in der „Unabhängigen Sozialdemokratie“ und wesensverwandten Parteien sammelten, deren Wahlspruch der Vers blieb, mit dem der deutsche Satiriker ähnliche Helden charakterisierte: „Ich flieh, um später noch zu fliehen.“ In meiner Befürwortung des Antrags habe ich denn auch unseren grundsätzlichen Gegensatz zu Pazifismus und die politischen Gründe der Begrüßung unterstrichen, und diese selbst wies auf den bestehenden prinzipiellen Meinungsunterschied hin.
Mathilde Wibaut ist erstaunt, mich im Lager der Bolschewiki zu finden, während ich mich doch auf der Berner Frauenkonferenz „aus sozialistischen Gründen

gegen die Leninisten kehrte". Es waren keineswegs „sozialistische Gründe", die den damaligen Gegensatz bedingten, sondern lediglich Gründe der Strategie. Vollständige Einigkeit bestand in der grundsätzlichen Auffassung, daß der Kampf für den Frieden den Weg freilegen soll für den schärfsten revolutionären Klassenkampf des Proletariats, für die soziale Revolution. Die bolschewistischen Vertreterinnen forderten, daß die „Erklärung" der internationalen Frauenkonferenz darüber hinaus Zweierlei enthalten müsse. Erstens die Ansage unerbittlichen Kampfes gegen die Sozialpatrioten aller Länder. Zweitens die Aufforderung zum Kampf für unser Ziel auch mit illegalen Mitteln und bis in die Schützengräben hinein. Ich vertrat die Auffassung, daß beide Forderungen platte Selbstverständlichkeiten enthielten, daß es aber unklug sein würde, in der „Erklärung" das Selbstverständliche auszusprechen. Unter den vorliegenden Verhältnissen werde die sichere Folge davon sein eine Sprengung der internationalen Kampffront der Genossinnen in den einzelnen Ländern, die völlige Knebelung und Erdrosselung unserer Aktion durch den Terror der Behörden und ihrer bürgerlichen wie proletarischen Hilfstruppen und damit eine Hinderung und Schwächung unseres Anlaufs, eine Massenbewegung zu schaffen. So fest ich mich durch die grundsätzliche Einstellung mit den russischen Kommunisten verbunden weiß, ich würde heute die gleiche strategische Ansicht verteidigen, wenn die Umstände genau so wie damals gelagert wären. Übrigens könnte ich trotz des unwesentlichen Gegensatzes vom März 1915 heute zu den „Leninisten" stehen. Warum müßte ausgerechnet auch ich zu jenen gehören, die aus dem Erleben des imperialistischen Weltkriegs und der begonnenen proletarischen Weltrevolution nichts, aber rein nichts gelernt haben als das Dogma von der unbefleckten bürgerlichen Demokratie und der zu verfluchenden Diktatur des Proletariats?

Es dünkte mir unvermeidlich, auf dieses Nebensächliche und Vergangene einzugehen, weil es kennzeichnend ist für Mathilde Wibauts Auffassung und die Art ihrer Auseinandersetzung darüber. Nun zur Hauptsache.

Den Kern des „Offenen Briefes" könnte ich mit dieser Erklärung abtun: Ich habe niemals und nirgends den Tod der angeklagten Sozialrevolutionäre gefordert. Um Unklarheit[en] und Auslegungskünsten vorzubeugen, muß ich jedoch dieser Feststellung das Folgende hinzufügen. Meine Stellungnahme ist durch politische Gründe bestimmt, die mir gewichtig erscheinen, und nicht etwa durch meine grundsätzliche Verwerfung der Todesstrafe und jene gefühlsmäßigen Argumente, mit denen heute in überschwenglichem Maße Leute hausieren gehen, die seit Kriegsausbruch sämtliche Grundsätze und Forderungen des sozialdemokratischen Programms mit Füßen getreten haben, ohne dabei eine Spur von Gefühl und Gewissenskämpfen zu beweisen. Ich habe nachdrücklichst das Recht und die Pflicht des Obersten Revolutionsgerichts vertreten, mit aller Kraft und Gerechtigkeit in aufgezwungener Notwehr die mit unerhörten Blutopfern und Leiden errungene und verteidigte Sowjetordnung der russischen Arbeiter und Bauern wider Gegenrevolutionäre zu schützen, die als Avantgarde der Weltbourgeoisie die Räterepublik zu vernichten streben, und die um so gefährlicher sind,

als sie ihre bürgerlichen Ziele mit dem Ruhm der Vergangenheit und dem Zauber des Namens decken. Ich begreife es, daß unter den Umständen, unter denen der russische Arbeiter- und Bauernstaat um seine Behauptung und Entwicklung, um seine nackte Existenz kämpfen muß, daß angesichts der konkreten Rechtslage das Oberste Revolutionsgericht Todesurteile fällen mußte. Ich begreife es, daß die Sowjetregierung beschloß, die gefällten Todesurteile nicht vollstrecken zu lassen, jedoch, der harten Notwendigkeit gehorchend, die Verurteilten als Geiseln zu behalten. Ich stehe deshalb in fester Solidarität zu beiden Entscheidungen, nach reiflicher Überlegung und im vollen, klaren Bewußtsein ihrer politischen und persönlichen Konsequenzen.

Was Mathilde Wibaut über den Prozeß und die Entscheidungen schreibt, legt mir Fausts gerührten Ausruf über Gretchens Psychologie auf die Zunge oder richtiger unter die Feder: „Du ahnungsloser Engel Du." In der Tat! Die Verfasserin des „Offenen Briefs" darf es nicht als Kränkung ihrer Person und als Überhebung und Schulmeisterei meinerseits empfinden, wenn ich ihr antworte, daß ihr das Wesen des politischen Prozesses fremd und unverständlich geblieben ist und daß sie die Geschichte der russischen Revolution nicht kennt. Ihr ist der Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre eine moralische Angelegenheit, ein Rechtshandel, bei dem über Gut und Böse, Tugend und Laster nach einem abstrakten Gerechtigkeitsprinzip entschieden werden müßte. Als Prozeßstoff sieht sie nur „Meinungsunterschiede" zwischen den Bolschewiki und [den] Sozialrevolutionären.

Ein politischer Prozeß ist jedoch keine moralische, keine juristische Angelegenheit, sondern ein politischer Handel, bei dem es nicht um abstrakte Prinzipien geht, vielmehr letzten Endes stets um reale politische Macht. Ein politischer Prozeß ist in revolutionären Zeitläufen politischer Kampf, Kampf um die Revolution, für die Revolution oder gegen die Revolution selbst. Solange noch nicht der voll erblühte Kommunismus die Klassengesellschaft mit ihrer Barbarei vollständig ausgetilgt haben wird, so lange Klassenscheidungen und Klassengegensätze bestehen, wird auch das Recht eine politische Kampfeswaffe und der politische Prozeß ein politischer Kampfesakt sein. Im Verlauf einer Revolution, und bis die von ihr geschaffene neue Ordnung sich befestigt hat, gegen jede Gefahr des Überfalls und der Vernichtung durch die Gegenrevolution geschützt ist, wird ein politischer Prozeß nichts anderes sein als eine Fortsetzung des Bürgerkriegs der Klassen auf anderem Gebiet und mit anderen Mitteln.

Deshalb ist es durchaus ungeschichtlich und muß zu Falschurteilen führen, wenn man einen politischen Prozeß und insbesondere einen politischen Prozeß in Revolutionszeiten, seinen Charakter, seinen Verlauf, seine Urteile an der Elle des gewöhnlichen Rechtshandels mißt. Ein solcher Prozeß kann nur richtig beurteilt werden nach dem geschichtlichen Boden, auf dem er entstanden ist, aus dem geschichtlichen Milieu, in dem er heranreifte, nach der Rolle, die er im Kampf der Klassen, im Bürgerkrieg spielt. Man mag ein noch so überzeugter, grundsätzlicher Gegner der Todesstrafe sein, bei politischen Prozessen in Zeiten der proletarischen Revolution und unter der proletarischen Diktatur wird man sich

auch mit Todesurteilen abfinden müssen, und wenn das Herz noch so laut, so rebellisch dagegen aufschreit, und wenn man lieber selbst zehnfachen Todes sterben würde, als ein einziges anderes Menschenleben vorzeitig, bewußt und gewollt ausgelöscht zu sehen.

À la guerre, comme à la guerre! Im Kriege gilt Kriegsrecht! Ein grausames, ein barbarisches Recht, aber das Recht und Gebot der Notwehr einer unterdrückt gewesenen und sich befreienden Klasse, die sich nicht wieder in Knechtschaft zurückzwingen lassen will. Gewalt wider Gewalt! Die gegenrevolutionäre Gewalt, die an die Wiederherstellung der bürgerlichen Klassenherrschaft gesetzt wird, kann nur durch die revolutionäre Gewalt des Proletariats gebrochen werden. Die Revolution schafft ihr eigenes Recht, dessen oberstes Gesetz lautet: Sicherstellung der Errungenschaften der Revolution zum Zwecke der Weiterentwicklung der neuen sozialen Ordnung, darum Unschädlichmachung und Entmutigung der Feinde, die diese Errungenschaften in Gefahr bringen.

Ins Politische übersetzt hat das Bibelwort seine Gültigkeit: „Es ist besser, ein Mensch sterbe, denn daß das ganze Volk verderbe.“ Der über Einzelne verhängte Tod ist gewiß furchtbar, entsetzlich, aber er kann Hunderte, Tausende davor bewahren, von der Gegenrevolution gemeuchelt und erschlagen zu werden, im Bürgerkrieg zu fallen, er kann Millionen davor schützen, unter wiederaufgerichteter Knechtschaft zu verkümmern. Schlimmes kann Schlimmeres abwenden. Das Recht der Revolution steht über dem Wünschen und Wollen, über Leben und Sterben Einzelner, denn es begreift in sich freies Menschentum. Schillers Verse bleiben wahr: „Der alte Urstand der Natur kehrt wieder, wenn Mensch dem Menschen gegenübersteht… Zum letzten Mittel, wenn kein andres mehr verfangen will, ist ihm das Schwert gegeben.“

Das trifft nicht bloß zu für die Eroberung der Freiheit im revolutionären Kampf, sondern nicht minder für ihre Behauptung durch die Diktatur des Proletariats. Die proletarische Klassenjustiz und ihre Urteile empfangen ihre geschichtliche Berechtigung als Akte unvermeidlicher Notwehr durch das große Ziel, dem sie dienen. Dieses Ziel allein kann sie vor unserem sich aufbäumenden menschlichen Empfinden entsühnen, kann ertragen lassen, was ohne dieses Ziel unerträglich wäre.

Alle diese Voraussetzungen sind für den Prozeß und die Verurteilung der russischen Sozialrevolutionäre gegeben. Wie denn liegen die Dinge? Die Sozialrevolutionäre waren von der März- bis [zur] Novemberrevolution 1917[9] zusammen mit anderen kleinbürgerlichen sozialistischen Parteien politisch ausschlaggebende Macht, sie wurden regierende Partei. Im Namen der „Demokratie“ teilten sie und diese Parteien die politische Macht mit der Bourgeoisie, was darauf hinauslief, daß sie dieser die Macht auslieferten und im Bunde mit der Bourgeoisie eine durch und durch bürgerliche Politik trieben. Den Schrei der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenmassen nach Frieden beantworteten sie als Bundesbrüder

9 März- bis Novemberrevolution 1917: Nach damals in Rußland gültigem Kalender Februar- bzw. Oktoberrevolution.

der russischen Imperialisten und als gehorsame Diener der Entente mit der Fortsetzung des Krieges „bis zum Siege“ und der Juni-Offensive, einer Mischung von Verbrechen und Torheit. Sie, die Bauernpartei par excellence, blieben den landhungrigen Mushiks die versprochene Agrarreform schuldig und ließen dafür die Bauern niedermetzeln, die aus eigenem [Antrieb an] eine Grund- und Bodenverteilung gingen. Für die darbenden, ausgeschundenen Industrieproletarier hatten sie statt der bescheidensten sozialen Reformen härteste Zwangsmaßregeln, für die kriegsmüden Soldaten die Wiedereinführung der alten zaristischen Disziplin, die die Revolution zerstört hatte, das Standrecht, das Vorwärtstreiben an der Front mit Maschinengewehren.

Im Namen der Demokratie lieferten die Sozialrevolutionäre alle politischen und persönlichen Freiheiten und Rechte des bürgerlichen Staats an die Gegenrevolution aus. Preß-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit bestanden zur Zeit ihrer Macht nur auf dem Papier. Unter der Maske der Demokratie triumphierte die Diktatur der Bourgeoisie, und die Dinge spitzten sich rasch so weit zu, daß diese Diktatur auch formell ihre Sanktion erhalten sollte; unentschieden war nur noch, ob in Gestalt eines Diktators in bunter, glitzernder Militäruniform oder aber eines Diktators im schlichten schwarzen Bürgerrock.

In diesem kritischen Augenblick richtete sich die Revolution rasselnd und reißig in die Höh. Die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenmassen donnerten mit gewaltiger Stimme den Sozialrevolutionären, ihren sozialdemokratischen und bürgerlichen Bundesgenossen und ihrer Politik zu: „Gewogen und zu leicht befunden.“ Mit starker Faust stürzten sie die verräterische Kerenskiregierung und vollbrachten weit Größeres, Tieferumwühlendes, Weitertragendes als die Einsetzung einer neuen Regierung. Sie schufen eine neue Staatsordnung, die Räterepublik, und richteten zu ihrem Schutz und ihrer Weiterentwicklung zur kommunistischen Gesellschaft die proletarische Diktatur auf.

Alle Macht den Räten der Arbeiter, Bauern und Soldaten, das war die Losung, unter der der Petrograder Sowjet in Vertretung aller Räte des Reichs der Kerenskiregierung und mit ihr den Sozialrevolutionären die Staatsgewalt entriß. Diese Losung begriff die Forderungen in sich: das Land den Bauern, die Fabrik den Arbeitern. Die Sowjetordnung wurde – wie die eingesetzte provisorische Räteregierung - von einem allrussischen Sowjetkongreß in aller Form bestätigt. Es war kein Zweifel, daß die große Mehrheit des politisch erwachten und aktiven Teils der russischen Arbeiter und Bauern hinter der Entscheidung stand und die Sowjetordnung trug. Das ist sinnenfällig bewiesen worden durch die Jahre des blutigen Bürgerkriegs und die opferreichen Kämpfe an den Fronten mit den vereinigten russischen und ausländischen Gegenrevolutionären.

Die russischen Sozialrevolutionäre suchen, ihren Kampf gegen die Sowjetmacht und Sowjetordnung durch die Berufung auf die „Demokratie“ zu rechtfertigen. Wäre es nicht elementare Pflicht des „Prinzips“ gewesen, zu dem sie sich bekennen, sich der unzweideutigen Willensbekundung der Volksmehrheit zu unterwerfen? Doch Prinzip war den Sozialrevolutionären Prinzip, und Macht war ihnen Macht. Es ging ihnen um realere Dinge als um das demokratische Prinzip: um

den Besitz der Staatsgewalt. Es ging ihnen auch um größere Dinge als um den Sturz einer verhaßteren Regierung: um die Vernichtung einer verhaßten Staatsordnung. Es ging ihnen letzten Endes - bewußt oder unbewußt - um die Macht, die Herrschaftsstellung der Bourgeoisie.

Die Sozialrevolutionäre nahmen den Kampf gegen die Sowjetordnung und Sowjetregierung auf; nahmen ihn auf mit allen Mitteln, auch den gewalttätigsten. Jedoch nicht das alles ist es, wessen wir Kommunisten die Sozialrevolutionäre anklagen. Wir anerkennen das Recht einer Minderheit, unter bestimmten geschichtlichen Umständen mit allen ihr verfügbaren und zweckdienlich erscheinenden Mitteln für ihre Überzeugung zu kämpfen. Was den Kampf der Sozialrevolutionäre zum unverzeihlichen Verbrechen macht, das ist sein Ziel. Dieser Kampf ist gegen die Revolution gerichtet. Er soll die proletarische Revolution zurückwerfen und zu einer bürgerlichen Revolution verkrüppeln. Unter der gleißenden, trügerischen Fahne der Demokratie soll er die Diktatur des Proletariats vernichten und würde damit unvermeidlich die Diktatur der Bourgeoisie wieder aufrichten, die Revolution ihres sozialen Charakters und ihres sozialen Gehalts berauben und die Erfüllung ihrer erhabenen geschichtlichen Aufgabe vereiteln: den Sozialismus, den Kommunismus zu verwirklichen.

Mathilde Wibaut, die doch sonst so viel Sinn für geschichtliche Zusammenhänge hat, deutet mit keiner Silbe den gewaltigen unüberbrückbaren Gegensatz an, der Gegenstand, Kardinalpunkt des Prozesses gegen die Sozialrevolutionäre war.

In diesem Prozeß stand nicht Meinung gegen Meinung, Partei gegen Partei, in ihm stand Klasse gegen Klasse, hie Bourgeoisie, hie Proletariat. Zwischen den Klassen aber, die im Prozeß miteinander rangen, war das Kampfesobjekt dieses: Für die Bourgeoisie die bürgerliche Demokratie, d. h. heutigentags die kaum verkappte Diktatur der besitzenden und ausbeutenden Minderheit zum Zweck der Verewigung ihrer Klassenherrschaft über die ungeheure Mehrheit der Habenichtse und Wenigbesitzenden. Für das Proletariat die offene Aufrichtung seiner Diktatur als unvermeidliches Mittel, die Klassengewalt der Bourgeoisie zu vernichten, als unvermeidliche Übergangsstufe zu dem Ziele, jede Klassenherrschaft und Klassenausbeutung unmöglich zu machen und den Boden freizulegen für den Aufbau der klassenlosen Gesellschaft Gleichverpflichteter, Gleichberechtigter und Gleichgewerteter. Die Sozialrevolutionäre traten also keineswegs als modernisierte Kopien des Marquis Posa vor den als „Sowjettyrannen“ wiederauferstandenen Philipp II. mit dem bescheidenen Flehen auf: „Sire, geben Sie Gedankenfreiheit!“ Das Ziel ihres Kampfes ist sehr konkreter und durch und durch reaktionärer Natur.

Es wird auch Mathilde Wibauts Geheimnis bleiben, wie sich mit Kurare vergiftete Attentatskugeln und Brückensprengungen mit von der Entente geliefertem Dynamit in geistige Waffen verwandeln, die Meinungsunterschiede überwinden sollen. Die dummen Teufel der Bolschewiki, der russischen Arbeiter und Bauern verstanden jedenfalls die in solcher Sprache zu ihnen redenden sozialrevolutionäre Menschlichkeit und Meinungsfreiheit nicht, als sie auf Gewalt mit Gewalt antworteten, um zu erhalten, was ihnen teurer war als ihr Leben: die

proletarisch-bäuerliche Staatsmacht, die Sowjetordnung.
Die harmlose Auseinandersetzung zwischen „Gruppen“ wegen „Meinungsverschiedenheiten“, die Mathilde Wibaut sieht, war in Wirklichkeit ein Ringen auf Tod und Leben zwischen Revolution und Gegenrevolution, war der Bürgerkrieg zwischen Proletariat und Bourgeoisie, mit all seinen Furchtbarkeiten.
Und wie stets bisher in der Geschichte, so war es auch in Sowjetrußland nicht die sich revolutionär emporreckende siegreiche Klasse der Unterdrückten, die den Bürgerkrieg begann. Es war die Klasse der Nutznießer der Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiter und Bauern, die das tat, um alten Vorteil und altes Vorrecht zurückzuerobern. Die aus der Macht verjagten Sozialrevolutionäre stellten ihr die wertvollsten Kampfestruppen. Sie waren die stärkste, erfahrenste, der Sowjetordnung gefährlichste Partei, auf die sich die Gegenrevolution stützte. Der Kampf der Sozialrevolutionäre zur Zerschmetterung der Sowjetmacht und Sowjetordnung hat die blutigsten, opferschwersten Kapitel des Bürgerkriegs geschrieben. An seinem Anfang steht unmittelbar nach der Machtergreifung der Sowjets Gotzens[10] Wallfahrt zu dem zaristischen General Krasnow in Gatschina, um ihn zu überreden, die revolutionären Proletarier und Soldaten in Petrograd mit militärischer Gewalt niederzuschlagen. Bis in die jüngste Zeit hinein haben führende Sozialrevolutionäre, haben die Kerenski, Sensinow, Tschernow und andere hervorragende Persönlichkeiten der Partei von Ententeregierungen, insbesondere von der Regierung Frankreichs und der Tschechoslowakei, Subventionen für den Kampf gegen den Arbeiter- und Bauernstaat mit allen Mitteln der Tücke und Gewalt empfangen; haben sie zu dem gleichen Zweck Gelder von ehemaligen Generälen und anderen Würdenträgern des Zarismus, von der weißgardistischen russischen Bourgeoisie genommen; hat das sozialrevolutionäre „Administrative Zentrum“ zu Paris von der französischen Regierung unterstützte und bezahlte politische und militärische Spitzel und Agenten nach Sowjet-Rußland und in die Randstaaten geschickt. Für all das sind die unumstößlichen Beweise schwarz auf weiß vorhanden.
Zwischen diesen harten Tatsachen stehen wesensgleiche Äußerungen sozialrevolutionärer „Meinungsverschiedenheiten“. Es sei Einiges davon angeführt. Der für den Tag des Zusammentritts der Konstituante vorbereitete Aufstand mit bewaffneter Hand, der nur unterblieb, weil die Arbeiter und Soldaten Petrograds die einleitende Straßendemonstration als Fastnachtsnarretei verlachten. Die Bemühungen, das deutsche Heer zum Vormarsch gegen Petrograd zu veranlassen. Die dauernden Komplotte mit den Vertretern, Agenten und Spionen der Entente, um deren Intervention herbeizuführen. Die Anzettelung von Verschwörungen und die Entfesselung von Aufständen im Bündnis mit allen Mächten der

10 Gotz: Gotc, Abram Rafailovič (1882-1940), gehörte zu den Führern der Partei der Sozialrevolutionäre, nach der Oktoberrevolution aktiv gegen die Sowjetmacht, im Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre zum Tode verurteilt, dieses Urteil wurde aber nicht vollstreckt und 1924 in fünf Jahre Gefängnishaft umgewandelt; nach Verbüßung der Strafe mehrfach Repressionen unterworfen; am 25. Juni 1939 zu 25 Jahren Lagerhaft verurteilt; starb 1940 im Lager.

Gegenrevolution, mit reaktionärsten Bourgeoisieorganisationen, zaristischen Offizieren, den Ententeimperialisten – und mit dem Geld dieser Mächte. Die Organisierung von Attentaten gegen die besten revolutionären Führer des Arbeiter- und Bauernstaats und von Sprengkolonnen, die Züge vernichteten mit Rotarmisten, mit Munition, mit Lebensmitteln für die hungernden Industrieproletarier, mit Verwundeten. Das Bündnis mit den tschechoslowakischen Legionären, die, über den Stand der Dinge belogen und betrogen, als Landsknechte der Entente an der Wolga und in Sibirien wie der Teufel hausten. Mit den Bajonetten der Tschechoslowaken und der finanziellen und militärischen Hilfe der Entente die Aufrichtung von „konstitutionellen Staaten" in Nord- und Südrußland, wie in Sibirien, „Burgen der Demokratie", wo die Bolschewiki, die Anhänger der Sowjetregimes mit skrupellosester Gewalt unterdrückt und in Massen gemordet wurden. Der Aufstand in Kronstadt, der die Räterepublik tief erschütterte.

Gewiß: Wir alle schaudern entsetzt bei der Vorstellung, daß Menschenblut von Menschenhand vergossen wird. Allein, haben die ganz Gemütvollen und ganz Grundsatzfesten, die sich schützend vor die angeklagten Sozialrevolutionäre stellen, je der Ströme von Blut gedacht, die diese vergossen haben, für die sie verantwortlich sind? Diese Ströme gehen über Sowjet-Rußlands Grenzen hinaus. Sie haben in Finnland, in den Ostseeländern, in der Ukraine den Boden gefärbt, wo freiheitssehnsüchtige Arbeiter und Bauern von den Bourgeois und Junkern mit Schwertgewalt in das alte Joch zurückgezwungen wurden. Sowjet-Rußland konnte nicht den erhofften brüderlichen Beistand leisten, denn das Ringen mit der Gegenrevolution schwächte und lähmte seine Kräfte. Und sind die Ströme Proletarierbluts, die die Horthybanden in Ungarn, die Noskebanden in Deutschland vergossen haben, nicht zu rechtfertigen versucht worden mit den sozialrevolutionären Lügen und Verleumdungen über die russische Sowjetrepublik? Haben diese Lügen und Verleumdungen nicht überall, wo die Ausgebeuteten an ihren Ketten zu rütteln begannen, wo sie revolutionär kämpfend vorstießen, das Vertrauen der schaffenden Massen in ihre eigene Kraft und in das befreiende Werk der Weltrevolution durch Zweifel vergiftet und die Macht der Bourgeoisie gestärkt? Sind sich die zartbesaiteten Verteidiger der Sozialrevolutionäre, der Kultur und Humanität klar darüber, in welchem Maße ihre Schützlinge wertvolle Kräfte vernichtet, vergeudet, gelähmt haben, die dem Aufbau höheren sozialen Lebens dienen konnten? In welchem Maße ihre Schützlinge daher mitschuldig daran sind, daß Sowjet-Rußlands Entwicklung nicht rascher und kraftvoller voranschreiten konnte, daß es dem Kapitalismus Konzessionen machen mußte? Die internationale Auswirkung auch dieses Tatbestands ist mit Händen zu greifen. Sie gehört zu den Faktoren, die den Pulsschlag der proletarischen Weltrevolution geschwächt, ihren Vormarsch verlangsamt haben und damit das Elend der Arbeiterklasse verlängern.

Die Schuldsumme der sozialrevolutionären Politik – so sagt man – darf nicht ausschlaggebend sein für die Beurteilung und Verurteilung der einzelnen Angeklagten. Entscheidend dafür ist lediglich der juristisch nachgewiesene

Anteil, den sie an bestimmten, konkreten, strafbaren Handlungen haben. Die terroristischen Attentate z. B. waren individuelle Taten von Parteimitgliedern, für die die Gesamtpartei und ihre angeklagten Führer keine Verantwortung tragen. Der Einwand ist gang und gäbe. Aber ist nicht zweifelsfrei vor Gericht festgestellt, daß die Führer um die terroristischen Attentate wußten, daß sie die Atmosphäre schufen, in der sie reiften, daß sie sie vorbereiten halfen? Gotz und seine Freunde haben die terroristischen Attentate nicht grundsätzlich als Kampfesmittel verworfen. Sie fanden es jedoch „zweckmäßig", die vorgehetzten Attentäter in der Öffentlichkeit von ihren Rockschößen zu schütteln. Jawohl, sie haben in der gleichen Weise, väterlich gütig, dem „Auslandskomitee" und dem „Administrativen Zentrum" zu wissen getan, daß sie die Politik das Komplottierens mit den Ententemächten nicht billigen, weil Interventionen etc. in Sowjet-Rußland „nicht verstanden werden würden". Aber sie haben die Träger dieser Politik des Revolutionsverrats nicht aus der Partei ausgeschlossen. Dieses Schicksal traf unfehlbar nur jene Sozialrevolutionäre, die nach der Amnestie von 1918 den „Waffenstillstand" mit dem Sowjetstaat ernst nahmen und die zusammen mit den Arbeitern und Bauern ihn gegen die Denikin, Koltschak etc. verteidigten.

Die Sozialrevolutionäre haben vor dem Revolutionsgericht erklärt, daß sie angesichts der jetzigen Aussichtslosigkeit ihres Kampfes zunächst auf bewaffneten Aufstand, gewaltsame Kampfesmittel verzichten. Es wäre sträfliche Leichtfertigkeit gegen die Sowjetrepublik, dieser Erklärung gläubig zu vertrauen. Sie ist so geschickt formuliert, so elastisch, daß sie die Sozialrevolutionäre keineswegs daran hindert, morgen schon den blutigsten Bürgerkrieg abermals heraufzubeschwören. Sie ist kein grundsätzliches Bekenntnis, sondern ein „taktisches Manöver", wie es die Antwort auf die Amnestie, die „Waffenstillstandsresolution" des sozialrevolutionären Kongresses war, trotzdem der Kampf gegen die Sowjetmacht mit allen Mitteln weitergeführt wurde. Die Beschlüsse der sozialrevolutionären Kongresse und Konferenzen seit der Novemberrevolution [1917] sind widerspruchsvoll und verpflichten niemand zu nichts. Zentralkomitee, Auslandsdelegation, Administratives Zentrum und andere Körperschaften noch regieren nebeneinander und miteinander die Partei, so daß die Rechte nie zu wissen braucht, was die Linke tut. Die Geschichte der sozialrevolutionären Partei ist eine Kette von Zweideutigkeiten und Unaufrichtigkeiten, nicht als das Verschulden von Personen, vielmehr als die Tragik einer kleinbürgerlichen Partei mit revolutionärer Vergangenheit. In der Periode des imperialistischen Kapitalismus und der schärfsten Zuspitzung der Klassengegensätze wird eine solche Partei zwischen Revolution und Gegenrevolution hin und her schwanken, aber in entscheidenden geschichtlichen Augenblicken auf der Seite der Bourgeoisie stehen, bis das Proletariat seine Kraft erwiesen und seine Macht derart befestigt hat, daß keine Aussicht mehr auf seine Niederzwingung besteht.

Die Aufstände, Verschwörungen und Attentate der Sozialrevolutionäre gehören der Vergangenheit an. Die Partei liegt überwunden am Boden. Prozeß und Verurteilung sind unedle Racheakte brutaler Sieger. Wie schön hört es sich an!

Jedoch: Die Kronstadter Revolte, die für den Herbst 1921 mit Hilfe der französischen Imperialisten vorbereiteten Aufstände im Kaukasus und in Westrußland sind nicht Vergangenheit. Vergangenheit ist nicht der schmähliche Lügenfeldzug zur Zeit der Internationalen Konferenz zu Genua.[11] Mit leidenschaftlicher Unterstützung der Zweiten Internationale und der Internationale Zweieinhalb geführt, sollte er Sowjet-Rußland moralisch und politisch ausgerechnet dann isolieren, da dieses als Verfechter des Gemeineigentums an den großen Produktionsmitteln allen kapitalistischen Staaten entgegentrat. Abermals war die Auswirkung ein Schlag gegen das Weltproletariat, die Weltrevolution. Die Verleumdungskampagne der Sozialrevolutionäre und ihrer reformistischen Bundesbrüder hatte zur Folge, daß die sich bildende proletarische Einheitsfront zerbrochen wurde, deren Aufmarsch gerade damals das Gebot der Stunde war. Die Proklamation des Rechts des Gemeineigentums durch die Regierung eines großen Reichs hätte von dem brausenden Chor der Arbeiter aller Länder aufgenommen, wiedergegeben werden müssen. Brennendste Notwendigkeit für das Weltproletariat war der Beginn des Abwehrkampfes gegen das Sinnen und Trachten der imperialistischen Bourgeoisie, aus den Ausgebeuteten die Lasten des Kriegs und die Kosten des Aufbaus der kapitalistischen Wirtschaft herauszupressen.

Die Sowjetregierung ist befestigt, sie hat die Sozialrevolutionäre nicht zu fürchten, sie kann ihnen in verzeihender Großmut Freiheit und Aktionsspielraum gewähren. Das klingt verlockend, verliert aber über herrlichen Gefühlen die rauhe Wirklichkeit aus den Augen. Sicherlich: Die Sowjetrepublik lebt, sie schlug ihre Feinde zurück. Aber sah sie sich nicht durch die Verkettung geschichtlich gegebener Umstände gezwungen, mit dem Kapitalismus zu paktieren, mußte sie ihm nicht Positionen einräumen, die ihm entrissen waren? Was besagt das? Daß die Sowjetmacht den Kampf mit dem Kapitalismus – dem einheimischen wie dem ausländischen – unter schwierigsten Verhältnissen mit allem Nachdruck führen muß, in jeder Pachtung, jeder Konzession, in der Kleinbauernschaft, überall in der Gesellschaft, wo kapitalistische Gepflogenheiten und Neigungen ins Kraut schießen.[12]

Der Kapitalismus soll nur der Helfer Sowjet-Rußlands sein, er darf nicht zu seinem Herrn und Gebieter werden. Eine Riesenaufgabe, ein Riesenkampf steht vor der Sowjetmacht. Ihre Erhaltung, ihr kraftvolles Wirken ist Voraussetzung und Bürgschaft dafür, daß Räte-Rußlands Kurs der alte bleibt: auf den Kommunismus gerichtet.

Es wäre Frevel, Selbstaufgabe, wollte die Sowjetrepublik in dieser Zeit des Ringens Brust an Brust mit dem Todfeinde die Sozialrevolutionäre nicht behandeln als das, was sie sind: als Gegenrevolutionäre, als Stoßtruppen der

---

11 Weltwirtschaftskonferenz in Genua vom 10. April bis 19. Mai 1922, unter 29 Teilnehmerstaaten auch Sowjetrußland und Deutschland.

12 Clara Zetkin meint hier die seit März 1921 von der Sowjetregierung praktizierte Neue Ökonomische Politik (NÖP).

russischen, der internationalen Bourgeoisie. Als solche werden sie sich morgen schon betätigen, wie in der Vergangenheit mit Feuer und Schwert betätigen, wenn mit Bewegungsfreiheit ausgerüstet.[13] Niemand kann, niemand darf erwarten, daß die Partei der Sozialrevolutionäre sich selbst aufgebe. Es ist [ein] schmerzlichster Gedanke, daß einige Dutzend Menschen als Geiseln hinter Mauern leben. Darunter unstreitig wertvollste Männer und Frauen, die im Kampf gegen den Zarismus Großes, Unvergeßliches geleistet haben, Männer und Frauen von Charakter und Geist, von Überzeugungstreue und selbstloser Hingabe. Auch die Gegenrevolution hat ihre Helden und Märtyrer. Jedennoch: Unvergleichlich furchtbarer wäre es, wenn in einem Blutmeer die Sowjetordnung unterginge, die Hunderttausende russischer Arbeiter und Bauern mit ihrem Tode und mit unerhörten Leiden erobert und verteidigt haben, an deren Erhaltung und Ausgestaltung mit den Besten ihres Volkes zusammen Millionen Ungenannter und Unbekannter in der stillen, heroischen, opferreichen Arbeit von Tag zu Tag die Glut ihres Herzens und die Kraft ihres Willens dahingeben. Die erschütternde Tragik des Einzelschicksals verblaßt vor der größeren Tragik des Klassenschicksals. Die erlösende proletarische Revolution vor allem und über alles.

Die Antwort auf Mathilde Wibauts „Offenen Brief" ist lang, sehr lang geworden. Sie konnte nicht kurz sein, wenn ich nicht den Ausdruck schöner Gefühle mit der Versicherung anderer schöner Gefühle beantworten, bestechende Allgemeinheiten gegen bestechende Allgemeinheiten setzen wollte. Möglich, daß Mathilde Wibaut trauernd fragen wird: Wo bleibt bei diesen nüchternen Tatsachen, wo bleibt bei dieser harten geschichtlichen Argumentation die Menschlichkeit? Das imperialistische Weltmorden und die nicht minder kulturschändende Nachkriegszeit haben uns belehrt, daß sie zu den Hunden flieht, solange die herrschende und ausbeutende Minderheit noch die geringste Hoffnung hat, ihre Gewalt über die Mühseligen und Beladenen aufrecht halten zu können. Die angeblich nach Blut dürstenden Götter in Moskau würden die soziale Revolution herzlich gern als Idylle in der Gartenlaube durchführen, ohne Diktatur, ohne Terror, wenn nur die Diktatur der Bourgeoisie und der weiße Terror ihnen das erlaubten.

Über die Härte, Ungerechtigkeit, Unmenschlichkeit etc. etc. der Moskauer Entscheidungen sich zu entrüsten, haben jene kein Recht, die Mathilde Wibaut offenbar zu ihren „neuen Freunden" zählt: die Henderson, Vandervelde, Faure, Wels, die das Proletariat ihrer Länder durch den Blutozean des Weltkrieges geführt haben, die Genossen und Freunde Noskes, der nach seiner Ernennung zum Oberkommandierenden von Berlin erklärte: „Meinetwegen. Einer muß den Bluthund machen. Ich scheue die Verantwortung nicht." Sie alle, die moralisch und politisch belastet sind mit der Ermordung Rosa Luxemburgs, Karl Liebknechts, Leo Jogiches' und anderer treuester Führer der revolutionären Arbeiterklasse, mit dem Blut Zehntausender und Zehntausender Proletarier und Proletarierinnen in Deutschland, in Ungarn, in all den Ländern, wo die

13 Unverständlich im Manuskript mit handschriftlichem Vermerk am Blattrand: „verdruckt oder Lücke".

Bourgeoisie mit dem Segen reformistischer Führer grausamste Rache an dem Proletariat dafür nahm, vor ihm und um ihren Geldsack gezittert zu haben. Die Menschlichkeitshelden der Internationale Zweieinhalb haben gegen diese Greuel nicht die Welt mit Klagen und Anklagen erschüttert.

Es scheint, daß das Leben von ein paar Dutzend Intellektuellen kostbarer ist, als das von ungezählten Tausenden Proletariern, [daß] das Blutvergießen erträglich ist, wenn es zum Zweck der Wiederaufrichtung und Erhaltung der bürgerlichen Ordnung, des Privateigentums geschieht, daß es nur unsühnbar wird, wenn es der Überwindung dieser Ordnung, der Befreiung des Proletariats dient. „Die Götter dürsten." Jawohl, die Götter der Bourgeoisie, die sich tagaus tagein von Menschenfleisch und Menschenblut nähren, die ihrem Goldhunger ganze Geschlechter, ganze Völkerschaften geschlachtet haben. Einen guten Roman über die französische Revolution gelesen zu haben, ja sogar einen guten Roman darüber geschrieben zu haben – Anatole France's politischer Dilettantismus beweist es – berechtigt noch nicht, über die proletarische Revolution Sowjet-Rußlands und ihre Notwendigkeiten erhaben zu Gericht zu sitzen.

Mathilde Wibaut spricht davon, wie tief bekümmert meine „früheren Freunde" darüber seien, mich in der Gesellschaft der fühllosen Bolschewiki zu sehen und nicht in derjenigen der ach so besseren, so edelherzigen Sozialpatrioten. Kummer für Kummer. Meint sie, es sei für mich Lust und Wonne, daß ich niedriger als die Cavaignacs und Gallifets[14] Männer stellen muß, mit denen ich ein Menschenalter lang Seite an Seite für die Emanzipation des Proletariats gekämpft habe? „Ich hab's gewagt."

Ich weiß, weshalb ich wählte. Ich will lieber mit dem letzten der Bolschewiki zusammen ewig in der Hölle sitzen, als mit den Sozialpatrioten und Sozialpazifisten aller Länder die Freuden des Paradieses teilen. Denn die Bolschewiki haben gewagt, wozu jenen der Mut fehlt: Wort zu Tat werden zu lassen, „die Revolution zu machen". Zu machen nicht unter freigewählten, sondern unter vorgefundenen Umständen, aber trotz alledem sie zu machen.

Clara Zetkin

14 Cavaignac und Gallifet: Cavaignac warf als Militärdiktator den Aufstand der Pariser Arbeiter im Juni 1848 blutig nieder; Gallifet, französischer General, unter dessen Kommando die Pariser Kommune 1871 in Blut ertränkt wurde.

Regionales

Die Antifaschistische Aktion 1932 in Sachsen an der Basis der Arbeiterparteien. Gemeinsamkeiten und Brüche[1]

Carsten Voigt

Nach wie vor wird in der Forschung darüber diskutiert, inwieweit es angesichts des rasanten Erfolges der Nazis im letzten Jahr der Weimarer Republik wenigstens zu einer partiellen Zusammenarbeit zwischen SPD und KPD kam, oder ob sich die beiden Parteien primär als erbitterte Feinde gegenüberstanden. Im Mittelpunkt der Diskussion steht die Antifaschistische Aktion, welche im Frühjahr 1932 von der KPD ausgerufen wurde. Klaus-Michael Mallmann vertritt die These, daß die Antifaschistische Aktion für einen flexibleren Kurs der KPD-Führung stand, der an der Parteibasis über das von der Führung intendierte Maß hinaus als echter Kurswechsel interpretiert wurde.[2] Dieser Sichtweise hat vor allem Andreas Wirsching widersprochen.[3]

Am Beispiel von Sachsen soll der Blick auf die Basis der sozialistischen Arbeiterparteien gelenkt werden, wobei die Haltung der kommunistischen Mitglieder im Mittelpunkt steht. Sachsen stellt für die Untersuchung dieser Kontroverse ein besonders günstiges Gebiet dar, war doch der Freistaat eine Hochburg des sozialistischen Arbeitervereinswesens. In keinem Flächenland des Reiches war das sozialistische Milieu so tief verankert wie hier. Allerdings gab es dabei erhebliche regionale Unterschiede. In der Weimarer Republik wurde der Mythos vom „roten Sachsen" bald brüchig, und der NSDAP gelang seit 1929 auch hier ein rasanter Aufstieg. Dies traf besonders dort zu, wo das sozialistische Arbeitervereinswesen nicht sehr tiefe Wurzeln schlagen konnte, so etwa im

---

1 Bearbeiteter Vortrag auf der Tagung „Arbeiterbewegungsgeschichte von unten. Arbeiterleben und Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert – neue Erkenntnisse, neue Fragen" am 8./9. Dezember 2006 in Berlin. Er basiert auf Forschungen zur Dissertation: Carsten Voigt: Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und der Rote Frontkämpferbund in Sachsen (1924-1933), Manuskript.

2 Siehe Klaus-Michael Mallmann: Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996, S.377.

3 Siehe Andreas Wirsching: „Hauptfeind Sozialdemokratie" oder „Antifaschistische Aktion"? Die Politik der KPD und Komintern in der Endphase der Weimarer Republik, in: Heinrich August Winkler: Weimar im Widerstreit. Deutungen der ersten deutschen Republik im geteilten Deutschland, München 2002, S.105-130, hier besonders S.117.

Vogtland und im Erzgebirge.[4] Die scharfe Spaltung der politischen Landschaft Sachsens zwischen bürgerlichem Lager und sozialistischem Lager begünstigte einerseits den Erfolg der Nazi-Bewegung,[5] anderseits ergaben sich durch diese gemeinsame Frontstellung mehr Anknüpfungspunkte zwischen KPD und SPD als beispielsweise in Preußen. Nicht zuletzt dadurch entwickelte sich Sachsen zu einer Hochburg der SPD-Linken.[6]

Die Ausgangssituation für eine gemeinsame Abwehr der nazistischen Gefahr war dennoch denkbar ungünstig. Die KPD hatte nach dem politischen Kurswechsel 1928/29 die SPD zum Hauptfeind erklärt.[7] Die höheren Funktionäre der Sozialdemokratie wurden nun als „Sozialfaschisten" bezeichnet;[8] mitunter wurde dieser Begriff auch auf die unteren Funktionäre und einfachen Mitglieder der SPD ausgedehnt. Auch der Durchbruch der NSDAP, die ihren ersten großen Wahlerfolg bei den Landtagswahlen im Juni 1930 in Sachsen verzeichnen konnte, änderte an der Politik nichts. Als Parteilinie galt weiterhin, in erster Linie den „Sozialfaschismus" und nicht den „Nationalfaschismus" zu bekämpfen. Letzteren betrachtete die KPD-Führung mehr oder weniger als vorübergehende Erscheinung. Dadurch wurde das Klima zwischen SPD und KPD vergiftet. Verschärft wurden die Spannungen noch durch den Entschluß der SPD, das Kabinett Brüning zu tolerieren, um eine weitere Aushöhlung der Republik zu verhindern.

Der politische Kurswechsel der KPD ging mit dem Versuch einher, die gemeinsamen Vorfeldorganisationen der sozialistischen Arbeiterparteien[9] und die

---

4 Siehe Christian W. Szejnmann: Nazism in Central Germany. The Brownshirts in Red Saxony, New York 1999; Ders: Vom Traum zum Alptraum. Sachsen in der Weimarer Republik, Dresden 2000; Franz Walter: Sachsen – ein Stammland der Sozialdemokratie?, in: Politische Vierteljahresschrift 32, (1991) 2, S.207-231.

5 Siehe Benjamin Lapp: Revolution From Right. Politics, class and the rise of Nazism in Saxony, 1919-1933, New Jersey 1997.

6 Siehe Dietmar Klenke: Die SPD-Linke in der Weimarer Republik. Eine Untersuchung zu den regionalen organisatorischen Grundlagen und zur politischen Praxis und Theoriebildung des linken Flügels der SPD in den Jahren 1922-1932, Münster 1987.

7 Siehe Klaus Kinner u. a. (Hrsg.): Luxemburg oder Stalin. Schaltjahr 1928. Die KPD am Scheideweg, Berlin 2003; Hermann Weber/Bernhardt H. Bayerlein (Hrsg.): Der Thälmann-Skandal. Geheime Korrespondenzen mit Stalin, Berlin 2003; Hermann Weber: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt/Main 1969.

8 Schon 1924 wurde der Begriff *„Sozialfaschismus"* eingeführt, jedoch noch nicht vollständig in der gesamten Partei etabliert und mit dem Kurswechsel der KPD von 1925 wieder aus dem Begriffsarsenal verbannt. Siehe Siegfried Bahne: „Sozialfaschismus" in Deutschland. Zur Geschichte eines politischen Begriffs, in: International Review of Social History, 10 (1965), S.211-244.

9 Siehe Hartmann Wunderer: Arbeitervereine und Arbeiterparteien. Kultur- und Massenorganisationen in der Arbeiterbewegung (1890-1933), Frankfurt/Main 1980.

Freien Gewerkschaften[10] zu spalten. Umgekehrt wurde die überwiegend sozialdemokratische Führung zunehmend aggressiver gegenüber kommunistischen Mitgliedern und suchte nach Anlässen, diese aus den gemeinsamen Organisationen zu entfernen. Da es der KPD weitgehend mißlang, neue eigene Massenorganisationen aufzubauen, und sie in den Betrieben durch die Weltwirtschaftskrise jeglichen Einfluß verlor, isolierte sie sich immer weiter von der großen Mehrheit der organisierten sozialistischen Arbeiterschaft. Allerdings konnte sie bei Wahlen Erfolge verbuchen, da die radikalisierten arbeitslosen Industriearbeiter überwiegend der KPD ihre Stimme gaben.[11] Auch organisatorisch wuchs die KPD teilweise sogar rasant an. Allerdings litt die Partei unter einer außerordentlich hohen Fluktuation: Die neuen Mitglieder kamen und gingen, der stabile Kern der KPD dagegen blieb schmal.[12]

Die SPD dagegen hatte andere Probleme: Während die Organisation in der Weltwirtschaftskrise bis 1932, zumindest dort, wo die Abspaltung der SAP bedeutungslos blieb, weitgehend stabil war,[13] verlor sie zunehmend den Rückhalt der Wähler, die weniger an die Partei gebunden waren. Zwar konnte die KPD von diesen Verlusten teilweise profitieren, doch wechselte ein beträchtlicher Teil zur NSDAP.[14] In zeitgenössischen Analysen der Sozialdemokraten wurde dies übersehen; man ging davon aus, daß die ehemaligen sozialdemokratischen Wähler in der Regel die KPD bevorzugten. So betrachtete die SPD die NSDAP und die bürgerlichen Parteien rechts der Staatspartei und des Zentrums als Hauptgegner im Kampf um die Macht im Staat, die KPD jedoch als einzigen ernsthaften Konkurrenten um die eigenen Wähler und Mitglieder.

Der Volksentscheid gegen die sozialdemokratisch geführte preußische Regierung, der ursprünglich von den Rechtsparteien lanciert wurde und dann auf Drängen der Komintern die Unterstützung der KPD fand, verschlechterte das Klima zwischen SPD und KPD im Sommer 1931 weiter.[15] In Sachsen versuchte

---

10 Siehe Werner Müller: Lohnkampf, Massenstreik, Sowjetmacht. Ziele und Grenzen der „Revolutionären Gewerkschaftsopposition“ (RGO) in Deutschland 1928-1933, Köln 1988.

11 Siehe Jürgen W. Falter/Thomas Lindenberger/Siegfried Schumann: Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933, München 1986; Jürgen W. Falter: Hitlers Wähler, München 1991; Christopher Hausmann: Wahlen im „roten Mitteldeutschland“ 1918-1933. Ein Beitrag zur regionalen Wahlforschung, Jena 1999 (Diss.).

12 Siehe Mallmann, Kommunisten, S.87-93.

13 Siehe Jahrbuch der deutschen Sozialdemokratie 1931, Berlin 1976 (Neudruck), S.109; Heinz Niemann u. a.: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1917-1945, Berlin 1982, S.535.

14 Siehe Conan J. Fischer: Gab es am Ende der Weimarer Republik einen marxistischen Wählerblock?, in: Geschichte und Gesellschaft, 21 (1995), S.63-79.

15 Siehe Heinrich August Winkler: Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, Bonn 1987, S.385-391; Die Generallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929-1933.

sich die KPD mit einer ähnlichen Politik. Hier unterstützte sie wie die NSDAP ein Volksbegehren und den anschließenden Volksentscheid gegen die geschäftsführende Regierung Schieck.[16] Obwohl der Charakter dieses konservativen Kabinetts grundsätzlich anders war als der der Preußenregierung, so wären bei einem erfolgreichen Volksentscheid die Konsequenzen die gleichen gewesen: Bei Neuwahlen wäre die NSDAP mit Abstand die stärkste Partei geworden. In Sachsen hätte sich höchstwahrscheinlich eine Koalitionsregierung unter Führung der NSDAP gebildet. Die bürgerlichen Parteien bis hin zur DVP hatten sich schon 1930 willig gezeigt, dieses Bündnis einzugehen. Um dies zu verhindern, tolerierte die SPD das Kabinett Schieck und wandte sich scharf gegen den Volksentscheid, der kurz nach den Reichspräsidentenwahlen am 17. April 1932 durchgeführt, mit 36 Prozent deutlich scheiterte.

Die Reichspräsidentenwahlen[17] verstärkten die Feindschaft zwischen SPD und KPD noch. Um einen Reichspräsidenten Adolf Hitler zu verhindern, trat die SPD für Paul von Hindenburg ein. Die SPD in Sachsen, lange Zeit die Hochburg der SPD-Linksopposition, unterstützte die Wahl Hindenburgs 1932 weit entschiedener als die Wahl von Wilhelm Marx 1925. Dagegen stellte die KPD mit Ernst Thälmann ihren eigenen Kandidaten auf. Beide Parteien führten einen heftigen Propagandafeldzug gegeneinander. An der KPD-Basis herrschte im Frühjahr 1932 beträchtliche Verwirrung. Stimmen innerhalb der KPD-Mitgliedschaft wurden laut, die meinten: „Laßt Hitler an die Macht, dann kommen wir schneller zu Sowjetdeutschland."[18] Tatsächlich gab es starke Indizien dafür, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der KPD-Anhängerschaft im zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl Hitler die Stimme gab. Andererseits fragten sich viele KPD-Mitglieder, ob die radikal gegen die SPD gerichtete

---

Eingel. v. Hermann Weber. Bearb. von Hermann Weber unter Mitwirkung von Johann Wachtler, Düsseldorf 1981, S. XXXIV-XXXVII, LXXII ff., S.376-386.

16 Siehe Bericht der Bezirksleitung der Kommunistischen Partei Sachsens an den 2. Bezirksparteitag vom 25-27.3.1932, o. O. o. J. (Leipzig 1932), S.6; Bericht der Bezirksleitung der Kommunistischen Partei Sachsens an den 3. Bezirksparteitag vom 3-4.12.1932, o. O. o. J. (Leipzig 1932), S.11; Helmut Schwarzbach: Über den Kampf der KPD gegen die Gefahr des Faschismus und für die Verteidigung der Lebensrechte des deutschen Volkes in Ostsachsen in der Zeit von 1929-1933, Berlin 1969 (Diss.), S.193f., 199-202; Szejnmann, Traum, S.133; Fritz Selbmann: Alternative – Bilanz – Credo. Versuch einer Selbstdarstellung, Halle 1975, S.201f.

17 Siehe zu Sachsen: Peter Möbius: Der Kampf der KPD in Sachsen gegen die Errichtung der faschistischen Diktatur (März 1932 -Januar 1933), Karl-Marx-Stadt 1989, S.7-12; Voigt, Reichsbanner, Kapitel 9.4.3.; Jesko Vogel: Der sozialdemokratische Parteibezirk Leipzig in der Weimarer Republik. Sachsens demokratische Tradition, 2 Bde., Hamburg 2006, S.709-716.

18 Bericht an den 3. Bezirksparteitag, S.75; siehe weiter: Instrukteursberichte aus dem UB Bautzen, 1.6.1932, und Limbach, 9.6.1932, in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), RY 1/27, Bl. 26, 131.

Politik noch sinnvoll wäre. Im Zusammenhang mit dem Volksentscheid gegen die Regierung Schieck stellten sich Leipziger KJVD-Mitglieder die Frage, was danach komme, und beantworteten sie selbst: „Dann kommt Hitler!“[19] Dementsprechend waren sie gegen den Volksentscheid.

In der „Chemnitzer Volksstimme“ sprach der Bezirksvorsitzende der Chemnitzer SPD Karl Böchel vom „kommunistischen Vormarsch auf das Dritte Reich“.[20] Im Frühjahr 1932 war selbst der linke Flügel der SPD unter diesen Umständen nicht bereit, mit der KPD zusammenzuarbeiten. An der KPD-Basis wurden von der sächsischen Bezirksleitung „Depressionsstimmungen“ registriert.[21] Da auch einige Landtagswahlen, darunter die wichtige Preußenwahl, keinen Erfolg für die KPD brachten, sah sich die KPD gezwungen, ihre Politik zu überdenken. Entscheidend dafür war vor allem die Lage in Preußen, wo es darum ging, entweder die geschäftsführende Regierung unter Otto Braun (SPD) zu unterstützen oder einer Koalitionsregierung unter Führung der NSDAP die Macht im wichtigsten deutschen Teilstaat zu überlassen.

Das ZK der KPD entschloß sich in dieser Situation nach Intervention der Komintern, einen Kurswechsel vorzunehmen.[22] Der Beschluß der ZK-Tagung am 24. Mai 1932, die Antifaschistische Aktion[23] zu starten, erschien unter diesen Umständen wie ein Befreiungsweg aus der politischen Sackgasse. Die Antifaschistische Aktion bedeutete keine generelle Änderung der Generallinie, als Hauptfeind den „Sozialfaschismus“ zu bekämpfen. Jedoch ermöglichte sie den unteren Einheiten eine flexiblere Taktik gegenüber der SPD. Denn nun wurde nicht nur die „Einheitsfront von unten“, d.h. die Zusammenarbeit mit SPD-Mitgliedern, um diese in Gegensatz zu ihrer Führung zu bringen, sondern auch die „Einheitsfront von oben“ wenigstens auf örtlicher Ebene möglich. KPD-Ortsgruppen konnten nun unter bestimmten Umständen Spitzenverhandlungen mit örtlichen Gliederungen der SPD oder des ADGB aufnehmen.

Vor allem anhand von internen Berichten der sächsischen KPD soll im folgenden die Wirkung der Antifaschistischen Aktion untersucht werden.[24] Bisher wurde das Verhalten der Basis der Arbeiterparteien in Sachsen während der Antifaschistischen Aktion trotz einiger Darstellungen, die sich damit beschäftigten, nur in ungenügend erforscht.[25] Zweifellos hatte die Antifaschistische

---

19 Bericht an den 2. Bezirksparteitag, S.80.

20 Siehe Chemnitzer Volkstimme, 12.4.1932.

21 Siehe Bericht an den 3. Bezirksparteitag, S.11.

22 Siehe Wirsching, Hauptfeind, S.118f.

23 Siehe Die Antifaschistische Aktion. Dokumentation und Chronik. Mai 1932 bis Januar 1933. Hrsg. und eingel. von Heinz Karl und Erika Kücklich, Berlin 1965, S.22-34; Generallinie, S. XLVI-LI, 489-534.

24 Die Berichte sind enthalten in: SAPMO-BArch, RY 1/21, RY 1/22; RY 1/27, RY 1/3/8-10/157.

25 Auf die Antifaschistische Aktion im sächsischen Raum gehen auch mehrere Darstellungen aus der DDR ein. Allen Darstellungen ist gemeinsam, daß sie sich haupt-

Aktion eine mobilisierende Wirkung auf die kommunistische Parteibasis.[26] Weite Teile der Parteibasis sahen sie als ein echtes Bündnisangebot an die SPD und an die SAP an. So beschwerte sich ein Instrukteur aus dem Chemnitzer Raum: „Die A[ntifaschistische] A[ktion] ist der zentrale Angriff auf die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie zur Durchführung der strategischen Hauptlinie der Partei, Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse für den Kampf, selbst in Limbach waren das böhmische Dörfer."[27] Ähnlich waren die Reaktionen im Unterbezirk Plauen, wo die KPD-Ortsgruppen an die Vorsitzenden der SPD und der in diesem Gebiet außerordentlich starken SAP sowie an die sonstigen Arbeiterorganisationen Anschreiben richteten.[28] Die „Einheitsfront von oben" wurde von den meisten KPD-Ortsgruppenfunktionären als einzig gangbarer Weg angesehen, um die Differenzen mit der Sozialdemokratie zu überwinden.

Weit auseinander gingen die Ansichten der zentralen Instanzen und der sächsischen KPD-Bezirksleitung einerseits sowie der Parteibasis andererseits in der Einschätzung von SAP und KPO. Für erstere waren diese beiden Parteien die „linken Filialen des Sozialfaschismus", mit denen unter keinen Umständen

---

sächlich auf veröffentlichte Quellen der KPD stützen und die Antifaschistische Aktion im wesentlichen in eine Erfolgsgeschichte einreihen. Die Mitglieder der SPD und der SAP kommen nur als Objekte vor, die für die richtige Linie gewonnen werden sollten. Der faktische Abbruch der Antifaschistischen Aktion am 14. Juli 1932 wird in diesen Darstellungen verschwiegen. Trotzdem finden sich in diesen Arbeiten einige interessante lokale Beispiele für den Ablauf der Antifaschistischen Aktion. Siehe das Kapitel 3 von Helmut Arndt in: In der Revolution geboren, in den Klassenkämpfen bewährt. Geschichte der KPD-Bezirksorganisation Leipzig-Westsachsen, Leipzig 1986, S.322-334; Möbius, Kampf, S.29-39; Schwarzbach, Kampf, S.235-243. Jüngst hat LaPorte eine ausführliche Darstellung über die sächsische KPD vorgelegt. Seine Arbeit leidet darunter, daß er die Geschichte der KPD vor allem als einen ununterbrochenen Ablauf von Fraktionskämpfen versteht. Teilweise übernimmt er, negativ gewendet, die Sichtweise der Thälmannschen Parteiführung, die überall feindliche Fraktionen witterte, auch wenn von solchen nicht gesprochen werden konnte. In bezug auf die Antifaschistische Aktion übernimmt er oft allzu unkritisch die Sicht der KPD-Instrukteure, wenn diese von einer Integration der Sozialdemokraten in die kommunistischen Kampagnen berichten. Tatsächlich handelte es sich aber zumeist um Abkommen auf Augenhöhe oder nur um den Einbezug weniger SPD-Mitglieder. Jedoch bietet LaPorte, der zu einem guten Teil aus denselben Quellenbeständen schöpft wie diese Darstellung, zahlreiche Bespiele, welche die hier vorgestellte Interpretation stützen, ohne die gleichen Schlüsse zu ziehen. Siehe Norman LaPorte: The German Communist Party in Saxony, 1924-1933: factionalism, fratricide and political failure, Oxford 2003, S.329-344.

26 Siehe Generallinie, S.XLVII; Instrukteursbericht aus dem Unterbezirk Bautzen, 5.8.1932, in: SAPMO-BArch, RY 1/27, Bl. 12.

27 Instrukteursbericht, 6.8.1932, in: SAPMO-BArch, RY 1/27, Bl. 260.

28 Siehe Instrukteursbericht aus dem Unterbezirk Plauen, 30.7.1932, in: SAPMO-BArch, RY 1/22, Bl. 219.

auf örtlicher Spitzenebene zusammengearbeitet werden durfte und die es zu beseitigen galt. Ganz auf dieser Linie forderte ein Instrukteur die „besten Elemente“ von SAP und KPO für die Partei zu gewinnen „und die Überbleibsel dann im rücksichtslosen Kampf [zu] zerschlagen“.[29] Der großen Mehrheit der Parteibasis standen die Mitglieder der SAP und der KPO näher als die der SPD. Besonders der SAP wurde eine Brückenfunktion zwischen den beiden großen Arbeiterparteien zugebilligt. Deshalb bildeten viele KPD-Ortsgruppen mit SAP und KPO gemeinsame Einheitsfrontausschüsse; ein Vorgehen, welches die KPD-Bezirksleitung ausdrücklich nicht billigte. Vor allem im Vogtland waren paritätisch zusammengesetzte Einheitsfrontausschüsse mit der SAP eine häufige Erscheinung.[30]

Die Bemühungen der Instrukteure der KPD-Bezirksleitung, die zahlreichen mit der SAP gebildeten Einheitsfrontausschüsse zu zerschlagen, hatten zumeist Erfolg: „Zu Beginn der antifaschistischen Aktion glaubten viele Ortsgruppen, die Einheitsfront herstellen zu können, wenn sie sich mit den örtlichen Leitungen der SAP oder der SPD zusammensetzten und dann gemeinsame Demonstrationen beschlossen. Die Einheitsfrontausschüsse setzen sich dann paritätisch zusammen. Ich sah mich vor die Aufgabe gestellt, diese Ausschüsse zu liquidieren.“[31] Die Eingriffe der Instrukteure verfehlten ihre Wirkung auch deshalb nicht, weil sie es relativ erfolgreich verstanden, die KPD-Ortsgruppen auf die Führungsrolle der Partei gegenüber den Mitgliedern der anderen Arbeiterparteien einzuschwören.

Allerdings hatten die Instrukteure mancherorts beträchtliche Widerstände zu überwinden. Es konnte auch vorkommen, daß es wieder zu Neuauflagen des örtlichen Bündnisses vom Sommer 1932 kam, etwa anläßlich der sächsischen Kommunalwahlen im November 1932. Einige Ortsgruppen weigerten sich schlicht, die Zusammenarbeit mit der SAP zu beenden, so etwa die KPD in Aue.[32] In Falkenstein (Vogtland) opponierten die führenden Funktionäre heftig gegen die sächsische Bezirksleitung: „Wir arbeiten und dann zerschlägt man uns die Einheitsfront. [...] Man sagt sich manchmal direkt, in der Bezirksleitung sitzen bewußte Provokateure.“[33] In anderen Orten lehnte es die SAP ab, innerhalb der

---

29 Instrukteursbericht, 20.6.1932, in: SAPMO-BArch, RY 1/27, Bl. 268.

30 Siehe besonders: SAPMO-BArch, RY 1/22, Bl. 69f., 76, 81, 108, 118-126, 156f., RY 1/27, Bl. 15f., 41, RY 1/3/8-10/157, Bl. 188; siehe weiter: ebenda, Rundschreiben Nr. 10 der KPD-Bezirksleitung Sachsen, undatiert [Mitte Juli 1932], in: ebenda, RY 1/3/8-10/151, Bl. 104; Fritz Selbmann: Bolschewistische Offensive für die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse. Protokoll vom 3. Bezirksparteitag, Leipzig 1932, S.71f.

31 Instrukteursbericht aus dem Unterbezirk Plauen, undatiert [August 1932], in: SAPMO-BArch, RY 1/22, Bl. 131.

32 Siehe Bericht über den Unterbezirk Aue-Schwarzenberg, 7.7.1932, in: SAPMO-BArch, RY 1/22, Bl. 81.

33 Siehe Bericht von der Parteiarbeiterkonferenz in Falkenstein, 3.8.1932, in: SAPMO-BArch, RY 1/22: Bl. 157.

Antifaschistischen Aktion mit der KPD zusammenzugehen, da man darin ein parteipolitisches Manöver erblickte. So wies der Jugendverband der SAP in Dresden die Zusammenarbeit mit dem KJVD innerhalb der Antifaschistischen Aktion mit der Begründung zurück: „Einheitsfront, aber nicht unter Führung des ZK der KPD".[34]

Schwieriger als gegenüber der SAP stellte sich für die KPD-Ortsgruppen das Verhältnis gegenüber der SPD und dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold dar, der in den meisten Regionen Sachsens den Kern für die antifaschistischen Kampagnen unter dem Dach der Eisernen Front bildete: „In Freiberg, wo die SPD noch einen festen Boden hat, zeigte sich bei den Diskussionen, daß die sozialdemokratischen Arbeiter ihre Führer bis aufs äußerste verteidigten und unsere Genossen dann bei den Diskussionen meist unkameradschaftlich vorgingen."[35] Obwohl auch an der sozialdemokratischen Parteibasis die Einheitsfront populär war, blieb die Mehrzahl der SPD-Mitglieder doch skeptisch gegenüber der Antifaschistischen Aktion, da man den Führungsanspruch von seiten der KPD-Führung sehr wohl wahrnahm. Zur Unterordnung unter die Politik der KPD waren die sozialdemokratischen Mitglieder, die in ihrer großen Mehrzahl viel länger und stärker an ihre Partei gebunden waren als die KPD-Mitglieder, nicht bereit. Im Vogtland gab es Stimmen von SPD-Mitgliedern, entweder die „Einheitsfront von oben" herzustellen oder unter Ausschaltung der jeweiligen Parteiführungen zusammenzugehen;[36] ähnlich reagierten SPD-Mitglieder in Dresden.[37]

Regelrechte Einheitskomitees, wie sie von der KPD angestrebt wurden und für die mehr als einzelne SPD-Mitglieder gewonnen werden konnten, blieben eine Rarität. Ganz auf der Linie des Parteivorstandes hatten die sächsischen Bezirksleitungen der SPD, genauso wie die Reichsbannerführung, jegliches Mitwirken ihrer Mitglieder in solchen Komitees untersagt.[38]

Einige Erfolge konnte die KPD dennoch verzeichnen. So bildete sich in Gottleuba bei Dresden ein Einheitsfrontkomitee gegen den Willen des örtlichen Reichsbannervorsitzenden, der erst das Einverständnis der übergeordneten Leitungen einholen wollte. Dem Komitee gehörten neben der KPD das Reichsbanner, die Arbeitersamariter und die Arbeitersportler an.[39] Diese

---

34 Instrukteursbericht aus dem Unterbezirk Dresden, 8.6.1932, in: SAPMO-BArch, RY 1/3/8-10/157, Bl. 186.

35 Bericht des Unterbezirks Freiberg, 3.8.1932, in: SAPMO-BArch, RY 1/27, Bl. 210.

36 Siehe Instrukteursbericht aus dem Unterbezirk Plauen, 30.7.1932, in: SAPMO-BArch, RY 1/22, Bl. 219.

37 Siehe Bericht des Unterbezirks Dresden zur Reichstagswahlkampagne, undatiert [August 1932], in: SAPMO-BArch, RY 1/27, Bl. 41f.

38 Siehe Leipziger Volkszeitung, 12.7.1932; Reichsbanner, 9.7.1932.

39 Siehe Instrukteursbericht aus dem Unterbezirk Dresden über die Tätigkeit vom 27.6. bis 2.7.1932, in: SAPMO-BArch, RY 1/3/8-10/157, Bl. 188.

Zusammensetzung brachte vermutlich eher ein sozialdemokratisches Übergewicht mit sich. Davon, daß die SPD-Mitglieder ins Fahrwasser kommunistischer Politik gerieten, kann also keine Rede sein. Auch die Zusammensetzung anderer Einheitsfrontkomitees läßt darauf schließen, daß sich sozialdemokratische Organisationen und die SAP diesen vor allem dort anschlossen, wo sie ein entsprechendes Gewicht einbringen konnten und nicht die Dominanz der KPD dulden mußten.[40]

Eine Zusammenarbeit der Kommunisten mit anderen Organisationen der sozialistischen Arbeiterbewegung kam also vor allem dort zustande, wo die örtlichen Kommunisten zu weitgehenden Zugeständnissen bereit waren, die häufig den Intentionen der KPD-Führung direkt widersprachen. Wenn die KPD in bezug auf die Einheitsfront einige Erfolge vorzuweisen hatte, so waren diese vor allem auf die eigene Interpretation der Antifaschistischen Aktion durch die kommunistische Parteibasis zurückzuführen. Wie stark die Stimmung für die Einheitsfront war, zeigt auch der Beschluß der KPD-Ortsgruppen von Cunewalde und Olbersdorf (Oberlausitz), gemeinsame Demonstrationen mit der SAP und der SPD durchzuführen. Bei der ersten Demonstration griffen sich die Redner der jeweiligen Partei nicht an, sondern sprachen nur gegen „den Faschismus in den braunen Hemden", wie die Bautzener Unterbezirksleitung rügte. Auf der zweiten Demonstration stellte von seiten der KPD die Unterbezirksleitung einen Redner, der Severing heftig attackierte. Daraufhin verließ die große Mehrzahl der SPD- und Reichsbannermitglieder die Kundgebung.[41] Auf einer weiteren gemeinsamen Demonstration von SPD und KPD in einem anderen Ort des KPD-Unterbezirks Bautzen griff der örtliche Leiter der KPD die SPD an, woraufhin ihm unter Zustimmung von kommunistischen Parteimitgliedern das Wort entzogen wurde.[42]

Als das ZK der KPD in einem Rundschreiben vom 14. Juli 1932[43] jegliche „Einheitsfront von oben" untersagte und damit die Antifaschistische Aktion faktisch beendete, konnte die sächsische Bezirksleitung erleichtert aufatmen. Angesichts der ständigen „opportunistischen Fehler" der Basis, drohte ihr die Kontrolle zu entgleiten. Insgesamt ist die Reichweite der Antifaschistischen Aktion nur schwer abzuschätzen. Die Initiativen der kommunistischen Basis erleichterten sicherlich die Zusammenarbeit mit anderen Arbeiterorganisationen. Der Druck der NSDAP im Frühjahr und Sommer 1932 war unabhängig von der Antifaschistischen Aktion ein entscheidender Faktor für die Kooperationsbereitschaft der Basis.

---

40 Siehe ebenda, Bl. 180 f., 185.

41 Siehe Bericht der Unterbezirksleitung Bautzen, 18.7.1932, in: SAPMO-BArch, RY 1/27, Bl. 16.

42 Siehe Bericht von der Parteikonferenz im Unterbezirk Bautzen, undatiert, in: ebenda, Bl. 19.

43 Abgedruckt in: Generallinie, S.526-534.

Im „Freien Wort", dem Diskussionsorgan der SPD, stellte ein sozialdemokratischer Funktionär aus dem erzgebirgischen Thalheim die klassische Situation des Zusammengehens von SPD- und KPD-Mitgliedern so dar: Wenn 20 Sozialdemokraten und Kommunisten an einem Tisch im Arbeiterheim zusammensäßen und diskutierten, würde durch den jahrelang aufgetürmten Haß niemals eine Einigung erreicht werden, wenn aber die Nazis das gemeinsame Heim angriffen, würde man sich selbstverständlich zur gemeinsamen Notwehr bereitfinden.[44]
Von kommunistischer Seite gab es ähnliche Feststellungen. So berichtete ein Instrukteur aus Lengefeld im Vogtland: „Von der SPD und den Gewerkschaften sind wir vollkommen isoliert und besteht nach Aussage des Polleiters eine direkte Feindschaft. Man spricht nicht zusammen. Nur bei einzelnen Überfällen der Nazis kommt es zum gemeinsamen Vorgehen, ohne daß diskutiert wird, gehen dann die Reichsbannerleute und unsere auseinander."[45]
Die häufigste Form der Kooperation war der Schutz von gemeinsamen Einrichtungen der Arbeiterbewegung gegen Angriffe der Nationalsozialisten. Dabei ist zu beachten, daß in der Provinz die Spaltung der gemeinsamen Vorfeldorganisationen schon häufig deshalb nicht zustande kam, weil dafür der KPD die Ressourcen fehlten. Aber selbst dort, wo die Spaltung weitgehend bestand, mußten die Anhänger beider Richtungen oft noch gemeinsam ein Arbeiterheim nutzen. Durch die noch vorhandene gemeinsame Infrastruktur waren Sozialdemokraten und Kommunisten faktisch gezwungen, miteinander zu kooperieren. Die Schwerpunkte der Zusammenarbeit befanden sich in jenen Gebieten, wo die NSDAP besonders stark war und sich die Arbeiterparteien eindeutig in der Defensive befanden, wie im Vogtland und im Erzgebirge. Nicht zufällig beschloß die KPD in Aue nach Aufhebung des SA-Verbots gegen den Willen der Unterbezirksleitung, eng mit der SAP zu kooperieren: „Die Genossen, die diese Verhandlungen geführt haben, stehen auf dem Standpunkte, Einheitsfront unter allen Umständen, auch wenn es etwas gegen die Linie der Partei sei, zu schaffen. Es wurden gestern in der Diskussion Formulierungen gebraucht wie: ‚Lieber einen Schritt zurück und dann wieder 10 nach vorn machen zu können.' oder ‚Wir haben in Aue andere Verhältnisse und denen müssen wir uns anpassen.'"[46]
Auch aus dem Raum Dresden wurde von „opportunistischen Verfehlungen" berichtet. So schlossen sich einer der wenigen kommunistischen Betriebsräte und der Organisationsleiter der KPD eines Dresdner Stadtbezirks einer Demonstration der Eisernen Front in der Landeshauptstadt an: „Die Fehler wurden

---

44 Siehe Freies Wort, Nr. 29, 17.7.1932, S.18f.
45 Instrukteursbericht, undatiert [August 1932], in: SAPMO-BArch, RY 1/3/8-10/157, Bl. 110.
46 Bericht der Unterbezirksleitung Aue-Schwarzenberg, 15.6.1932, in: SAPMO-BArch, RY 1/22, Bl. 87.

meist von Genossen gemacht, die schon jahrelang in der Partei sind. Ihr Verhalten beruht nicht auf Unkenntnis, sondern auf persönlicher Angst gegenüber dem Anwachsen der Nazis. Sie glauben, daß unter allen Umständen die Einheitsfront geschaffen werden muß, auch unter Verzicht unserer grundsätzlichen Einstellung gegen die SPD."[47]

In den Gebieten mit ausgesprochener SPD-Dominanz setzten die Sozialdemokraten ihre Parole „Eiserne Front ist Einheitsfront" recht erfolgreich gegen die Antifaschistische Aktion ein.[48] Hier setzte man vor allem auf die in der Eisernen Front zusammengeschlossenen Organisationen, vor allem auf das Reichsbanner und den SPD-Schutz, der besonders in Dresden und noch mehr in Leipzig von Bedeutung war. Das Polizeipräsidium Leipzig stellte ausdrücklich die Dominanz der Kampagnen der Eisernen Front gegenüber denen der Antifaschistischen Aktion fest, die dadurch nicht recht zur Entfaltung kam.[49] In Leipzig, dem traditionell am meisten antikommunistischen der vier sächsischen SPD-Bezirke, konnte so eine Zusammenarbeit zwischen SPD- und KPD-Mitgliedern weitgehend unterbunden werden. Nur die im Rahmen der Leipziger Kampfstaffeln, einer militanten Unterorganisation des SPD-Schutzes, agierenden SAJ-Mitglieder erwiesen sich gegenüber der KPD partiell als kooperationsbereit.[50]

Nach dem Abbruch der Antifaschistischen Aktion Mitte Juli 1932 kehrte die KPD-Führung schnell wieder zu ihrer alten Tonart zurück. Auf dem 3. Bezirksparteitag im Dezember 1932 machte man ausdrücklich die „faule, opportunistische Einheitsfrontpolitik"[51] gegenüber der SPD und noch mehr den ungenügenden Kampf gegenüber der SAP für die unter dem Reichsdurchschnitt liegenden Wahlergebnisse der sächsischen KPD bei den beiden Reichstagswahlen von 1932 als Ursache aus.

Alle Einheitsfrontbemühungen erwiesen sich aufgrund der verschiedenen politischen Ausrichtung von SPD und KPD als äußerst brüchig. Während die SPD von der Republik verteidigen wollte, was von dieser noch übrig war, strebte die KPD ein Sowjetdeutschland an, freilich ohne auch nur im entferntesten in der Lage zu sein, dieses Ziel zu erreichen. Diese voluntaristische Politik der KPD wurde durch den weitgehenden gesellschaftlichen Ausschluß der Kommunisten, aber auch durch die selbstgewählte Isolierung der Partei wesentlich begünstigt. Die Konsequenz daraus, die radikale Bekämpfung der Republik und ihrer wichtigsten Trägerpartei, der SPD, mußte damals zum irreparablen Bruch in der sozialistischen Arbeiterbewegung führen. Die sächsische Bezirksleitung der KPD

---

47 Bericht der Unterbezirksleitung Dresden über die Reichstagswahlkampagne, undatiert [August 1932], in: SAPMO-BArch, RY 1/27, Bl. 41f.

48 Siehe Dresdner Volkszeitung, 14.7. und 23.7.1932; Reichsbanner, 9.7.1932; Reichsbanner-Gaubeilage Leipzig, 13.8.1932; Freies Wort, Nr. 29, 17.7.1932, S.18.

49 Siehe Staatsarchiv Leipzig, PP-St, Nr. 19, Bl. 59.

50 Siehe Vogel, Parteibezirk, S.645, 724.

51 Selbmann, Offensive, S.71.

legte bei der Antifaschistischen Aktion eine ziemlich starre Haltung an den Tag. Vor allem hielt sie daran fest, die SAP als „die linke Filiale des Sozialfaschismus" besonders hartnäckig zu bekämpfen. Anderseits kam es durch den Druck der faschistischen Bewegung zu einer Reaktivierung alter Milieuzusammenhänge. Meines Erachtens überschätzt in diesem Zusammenhang Wirsching die Spaltung des sozialistischen Milieus.[52] Zwar kann in einigen Gegenden, wo die KPD genügend Ressourcen hatte, wie in der Stadt und Amtshauptmannschaft Leipzig oder in der Amtshauptmannschaft Chemnitz, von kommunistischen Submilieus gesprochen werden, da hier die Spaltung weitgehend Realität war, für andere Gebiete Sachsens traf dies jedoch nicht zu.[53] Außerdem herrschte an der Parteibasis vielerorts immer noch die Überzeugung vor, die gemeinsame sozialistische Grundüberzeugung könne das Trennende beiseite schieben. Der Druck der und die entstehende Angst vor den aufmarschierenden SA-Kolonnen taten ein übriges.

Ernst zu nehmende Bündnisangebote, die auf einer realistischen Einschätzung der Gegebenheiten beruhten und sich auf die Abwehr der nazistischen Angriffe konzentrierten, gingen im Herbst 1932 von der sächsischen SPD aus. Jedoch rückten die beiden Arbeiterparteien erst im Januar 1933 etwas näher zusammen, ohne daß die grundsätzlichen Differenzen überbrückt werden konnten.[54]

---

52 Siehe Andreas Wirsching: „Stalinisierung" oder entideologisierte „Nischengesellschaft". Alte Einsichten und neue Thesen zum Charakter der KPD in der Weimarer Republik, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 45 (1997) 3, S.449-466.

53 Siehe Voigt, Reichsbanner, Kapitel 10.4.

54 Siehe Vogel, Parteibezirk, S.765, 767f., 772, 775f.; Voigt, Reichsbanner, Kapitel 9.5.3.

Berichte

„Clara Zetkin in ihrer Zeit“. Kolloquium zum 150. Geburtstag Clara Zetkins

Rainer Holze

Anläßlich des 150. Geburtstages von Clara Zetkin (1857-1933) – einer der bedeutendsten und faszinierendsten Persönlichkeiten der sozialistischen und kommunistischen Arbeiter- und Frauenbewegung – bot es sich an, sie dem weitgehenden Ausschluß aus der Erinnerung zu entreißen und ihr Leben und Werk im Sinne einer historischen Einordnung und kritischen Auseinandersetzung angemessen zu würdigen. Deshalb hatten der Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung und die Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin zum Kolloquium „Clara Zetkin in ihrer Zeit“ am 6. Juli 2007 nach Berlin eingeladen.

Der erste Teil des Kolloquiums war dem praktischen und theoretischen Wirken Clara Zetkins als sozialistische Frauenrechtlerin und als Pädagogin sowie Aspekten ihres Engagements vor allem von 1880 bis 1918 gewidmet.

Gisela Notz[1] (Bonn) befaßte sich mit der herausragenden Rolle Zetkins in der deutschen und internationalen sozialistischen Frauenbewegung ab Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts sowie mit den historisch weitreichenden Wirkungen ihres konsequenten Eintretens für die Rechte der Arbeiterinnen weltweit, für deren politische Organisation. Zetkin bekämpfte die bis 1908 in Deutschland gültige Vereinsgesetzgebung, die die Mitgliedschaft von Frauen in Parteien und Vereinen nicht zuließ.

Setsu Ito,[2] die das Kolloquium mitinitiiert hatte und aus Tokio angereist war, entwickelte interessante Gedanken zu einer objektiven Einschätzung der marxistischen Frauenemanzipationstheorie Clara Zetkins, die auch in der gegenwärtigen Bewegung für die Gleichberechtigung von Mann und Frau – in einer Zeit wirtschaftlicher Globalisierung und des Neoliberalismus – von Bedeutung sei. Bereits während ihres Exils in Paris 1882 bis 1890 habe Zetkin die Erwerbstätigkeit von Frauen zum Bestandteil der Politik der Sozialdemokratie gemacht. Von 1891 bis 1917 habe sie dann, schätzte Ito ein, als Chefredakteurin der sozialdemokratischen „Gleichheit“ mit Themen wie Frauenwahlrecht, Kindererziehung, Kunst- und Literaturkritik, Friedens- und Antikriegsbewegung sowie dem Internationalen Frauentag die Richtung der deutschen sozialistischen Frauenbewegung bestimmt sowie zur Frauenpolitik der SPD beigetragen. Seit 1919

---

1 Siehe den Beitrag in diesem Heft, S.5-18.

2 Siehe den Beitrag in diesem Heft, S.19-25.

brachte sie als Verantwortliche des Internationalen Frauensekretariats beim Exekutivkomitee der Komintern den Internationalen Frauentag mit der russischen Oktoberrevolution in Verbindung und sorgte für seine weltweite Verbreitung. Sie sei aber auch bemüht gewesen, Traditionen und Erfahrungen der Frauenbewegung in Westeuropa zu vermitteln. Abschließend setzte sich Ito kritisch mit dem aktuellen Stand der Zetkin-Forschung auseinander, u. a. mit Versuchen, sie zur Feministin zu deklarieren.

Christa Uhlig (Berlin/Paderborn) sprach über Clara Zetkin als Pädagogin und befaßte sich mit deren Positionen zu einer demokratischen Volksbildung. Zetkin habe Erziehungsfragen als soziale Fragen aufgefaßt. Zusammen mit Heinrich Schulz, mit dem sie wegen seiner Bejahung der Kriegskredite 1914 brach und nach 1919 wegen seiner sozialdemokratischen Schulpolitik polemisierte, stellte sie 1906 auf dem Mannheimer Parteitag der SPD mit den Leitsätzen zur Volkserziehung das erste sozialistische Bildungsprogramm vor. Uhlig bedauerte, daß Zetkins Auffassungen zur emanzipatorischen Bildung heute in der Pädagogik – ebenso wie die von ihr geforderten Rechte der Kinder – keine Rolle spielen. Zetkins Gedanken zur Schulreform zu Beginn des 20. Jahrhunderts, deren komplexe Untersuchung noch aussteht, seien damals revolutionär gewesen und heute noch modern.

Claudia von Gélieu (Berlin) sprach über Clara Zetkin und die frühe Arbeiterinnenbewegung der 1880er/1890er Jahre. In der Diskussion ging es vor allem um die Gründe der bei Zetkin deutlich erkennbaren starken Trennung von proletarischer und bürgerlicher Frauenbewegung sowie um die Frage, ob sie eine Feministin und Pazifistin gewesen sei, was letztendlich verneint wurde.

Ulla Plener (Berlin) verwies auf eine Lücke im Konferenztableau bezüglich des Zeitraumes 1900 bis 1914 und skizzierte Zetkins vielfältige und umfangreiche Aktivitäten im In- und Ausland in jenen Jahren. Als kämpferische Rednerin auf Parteitagen der SPD nahm sie am Revisionismusstreit und an der Massenstreikdebatte teil, sorgte sich um die Jugendbewegung, nahm Partei für die Revolutionen in Rußland 1905 bis 1907 und in China 1911, unterstützte aktiv die deutsche und internationale freie Gewerkschaftsbewegung, um nur einige ihrer Tätigkeitsbereiche zu nennen.

Als Beitrag zum Kolloquium sandte *Sabine Lichtenberger* (Wien) die Abschrift des Vortrags von Clara Zetkin in einer Volksversammlung in Wien 1908 über „Frauenfrage und Sozialismus".

Einem wichtigem Tätigkeitsfeld Clara Zetkins – ihrer Antikriegsarbeit, besonders während des I. Weltkriegs – wandten sich *Eckhard Müller* und *Ottokar Luban* (beide Berlin) zu. Ein Anliegen Zetkins war dabei, die internationalen Verbindungen der sozialistischen Frauenorganisationen zu reaktivieren.

Müller stellte erstmals das Referat Clara Zetkins auf der Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz vom 26. bis 28. März 1915 in Bern vor: Als internationale Frauensekretärin der II. Internationale hatte Zetkin diese Konferenz gegen den Widerstand der Führung der deutschen Sozialdemokratie vorbereitet. Hier deckte sie die Ursachen des imperialistischen Völkergemetzels

auf, prangerte die Burgfriedenspolitik der Führer der II. Internationale an und rief die Arbeiterfrauen und Arbeiterinnen aller kriegführenden Länder zu Massenaktionen gegen das Völkermorden auf. Wegen der illegalen Vorbereitung der Berner Konferenz in Deutschland wurde Clara Zetkin in Untersuchungshaft genommen und gegen Kaution freigelassen. Der Parteiausschuß der SPD verurteilte die Konferenz, und der Parteivorstand warnte davor, deren Dokumente zu verbreiten. W. I. Lenin kritisierte die Ergebnisse der Konferenz abschätzig als Aufguß der Baseler Konferenz der II. Internationale im Jahre 1912. Für ihn gingen diese nicht weit genug, da Lenin bereits 1915 im Unterschied zu Clara Zetkin für die Umwandlung des Krieges in den Bürgerkrieg, für revolutionäre Aktionen eintrat. Müller teilte dem Forum mit, daß das Bundesarchiv 15 wichtige Dokumente und wesentliche biographische Daten von Zetkin in das Internet gestellt hat (www.bundesarchiv.de).

Luban beschäftigte sich damit, wie sich Clara Zetkin zur Vorgehensweise der deutschen Linken bei der Bekämpfung des Krieges verhielt. So machte er unter anderem auf ihren seit fast 50 Jahren nicht mehr erwähnten ablehnenden Antwortbrief an führende Linke vom 5. August 1914 aufmerksam: Zetkin hielt deren Aufforderung an die sozialdemokratischen Führer aller kriegführenden Länder, sofort gemeinsame Aktionen gegen den ausgebrochenen imperialistischen Krieg zu initiieren, zu jenem frühen Zeitpunkt wegen der nationalistischen Stimmung breiter Massen für nicht zweckmäßig und plädierte für deren schrittweise Gewinnung für Antikriegsaktionen. Mit weiteren Briefen belegte Luban, daß Clara Zetkin schon damals besonders nachdrücklich reflektierte, welche Rolle die Psyche der deutschen Arbeitermassen für die Herstellung des Kontaktes zu ihnen spielte. Das habe sich auch 1917 gezeigt, als Zetkin mit der Spartakusgruppe für die Teilnahme an einer geplanten Stockholmer Konferenz aller Richtungen der internationalen Sozialdemokratie zur Erörterung von Maßnahmen gegen den Krieg eintrat, ganz im Gegensatz zur ablehnenden Haltung der Führung der deutschen Sozialdemokratie.

Mirjam Sachse (Kassel) schloß den Untersuchungszeitraum bis 1918 ab, indem sie den Gründen für die Entlassung Clara Zetkins aus der Redaktion der „Gleichheit“ durch den sozialdemokratischen Parteivorstand nachspürte. Diesem war das von Zetkin geprägte Profil der Zeitung ein Dorn im Auge. Er setzte deshalb schrittweise alles daran, Zetkin aus diesem wichtigen Parteiorgan herauszudrängen und es zu seinem eigenen Sprachrohr umzufunktionieren.

In der Diskussion ging es vor allem um die Vorbehalte Zetkins zur Gründung des Spartakusbundes an der Jahreswende 1918/19 und um die Gründe ihres Verbleibens in der USPD bis März 1919.

Das Konferenzpanel zum Wirken Clara Zetkins in der kommunistischen Bewegung eröffnete *Hartmut Henicke* (Berlin). Er stellte sehr weitgehende methodische Anmerkungen zu ihrer Position gegenüber Paul Levis Abhandlung „Um Rosa Luxemburgs Stellung zur Russischen Revolution“ zur Diskussion. Für Henicke ist es schwer verständlich, warum Zetkin – obwohl sie die kritische Einschätzung Rosa Luxemburgs zu einigen Aspekten der Politik der Bolschewiki

geteilt habe – auch unter den Bedingungen, daß die sozialistischen Revolutionen in Westeuropa ausgeblieben waren, an ihrer grundsätzlichen Bejahung der Möglichkeit des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion festhielt.

Heinz Sommer (Berlin) beleuchtete Zetkins maßgebliche Aktivitäten in der Roten Hilfe – vor allem auf internationaler Ebene – unter dem Aspekt ihres Eintretens für eine realistische Einheits- und Massenpolitik. Er ging als einziger auch auf Clara Zetkins bereits im Jahre 1923 vorgenommene theoretisch fundierte Analyse des Faschismus ein, die nichts von ihrer Aktualität eingebüßt habe – ein wesentliches Feld der Clara-Zetkin-Forschung, dem auf dem Kolloquium kein eigenständiger Beitrag gewidmet war.

Einen ganz anderen Bereich von Clara Zetkins Wirken brachte *Rolf Hecker* (Berlin) ein: Ihm ging es um ihr gemeinsames Eintreten mit dem herausragenden sowjetischen Marx-Engels-Forscher David Rjasanov – der später Repressionen Stalins ausgesetzt war – für die Verbreitung des unverfälschten Marxschen Ideengutes und seine kontinuierliche Weiterentwicklung.

Horst Helas (Berlin) und *Marcel Bois* (Hamburg) wandten sich anschließend Fragen zu, die mit der kritischen Haltung Clara Zetkins zur Politik der KPD in der zweiten Hälfte der zwanziger und zu Beginn der dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts im allgemeinen und ihrem schwierigen Verhältnis zur KPD-Führung um Ernst Thälmann im besonderen zusammenhingen. Helas erörterte diese Problematik vorrangig am Beispiel ihres Briefes vom September 1927 an den damaligen Vorsitzenden der Komintern Nikolai Bucharin und der scharfen Reaktion Ernst Thälmanns auf einer späteren ZK-Sitzung darauf. Bois ging auf Zetkins bereits sehr frühe Erkenntnisse über Fehlentwicklungen in der KPD und in der Komintern ein, die heute als Stalinisierung bezeichnet werden. Er setzte aber hinter Zetkin als „Antistalinistin“ ein Fragezeichen, weil sie nicht öffentlich gegen Stalin aufgetreten sei.

In der teilweise kontrovers geführten Diskussion – auffallend das Auftreten junger Historiker und die Beteiligung fast aller Teilnehmer – wurden vorrangig die Beiträge von Henicke, Bois und Helas erörtert. Es überwog die Einschätzung, daß Clara Zetkin trotz ihrer sehr kritischen Position zu Fehlentwicklungen in der kommunistischen Bewegung nachvollziehbare Gründe gehabt habe, der Sowjetunion – für die sie keine Alternative sah – und der Idee der sozialistischen Weltrevolution fest verbunden zu bleiben. Immer wieder sei auch ihre geistige Nähe zu Rosa Luxemburg und deren Ideal der revolutionären Partei als Sammlungsbewegung, nicht als Kaderorganisation, und ihr konsequentes Eintreten für die Leninsche Massen- und Einheitspolitik deutlich geworden.

Ulla Plener zog abschließend ein positives Resümee des Kolloquiums. Es sei sehr deutlich geworden, daß viele der Ideen Clara Zetkins auch heute noch brandaktuell sind. Wenn auch manche Lücke im Zetkin-Bild nicht zu schließen war, so wurde es doch durch verschiedene Facetten bereichert, wurden teilweise neue Forschungsergebnisse im Detail unterbreitet oder wieder zutage gefördert. Darüber hinaus gab die Tagung wichtige Impulse für weiterführende wissenschaftliche Diskussionen im allgemeinen und für eine noch vollständigere und

differenziertere Einschätzung des vielschichtigen Lebens und Werkes von Clara Zetkin im besonderen. Notwendig sei, grundsätzliche Fragen weiter zu debattieren, darunter auch psychologischer Gesichtspunkte in der Geschichte der Arbeiterbewegung und ihrer Führungspersönlichkeiten. Auch sollte die Bewertung der Leninschen Strategie im Jahre 1917 und in den Jahren nach der Oktoberrevolution weiter diskutiert werden.

Das Kolloquium gab Anstöße für die Edition des schriftlichen Nachlasses von Clara Zetkin. Viele Teilnehmer äußerten den Wunsch, zumindest ihre noch nicht veröffentlichten Briefe herauszugeben. Dem sollte die Rosa-Luxemburg-Stiftung entsprechend ihren Möglichkeiten nachkommen. Ergebnisse des Kolloquiums werden im „JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung" dokumentiert werden.

„Von einer Parteidisziplin in die nächste?“. Tagung in Gotha anläßlich der Gründung der USPD vor 90 Jahren

Mario Hesselbarth

„Der deutsche Geschichtsdiskurs und die deutsche Geschichtsvermittlung sind traditionell stark auf das spannungsvolle Wechselverhältnis von SPD und KPD ausgerichtet. Diese Parteien gelten gemeinhin als reformerische oder revolutionäre Variante der deutschen Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert. Die USPD dagegen ist kaum bekannt. Im April 1917 hier in Gotha gegründet, spaltete sie sich schon dreieinhalb Jahre nach ihrer Gründung, nämlich im Oktober 1920 im Streit um die Aufnahmebedingungen in die Kommunistische Internationale. [...] Oberflächlich betrachtet hat die USPD nur wenige Spuren hinterlassen. Aufgrund der kurzen Lebensdauer wird sie meist als „Fußnote“ oder als vorübergehendes Spaltprodukt einer entweder als notwendig oder als beklagenswert begriffenen Differenzierung in der deutschen Arbeiterbewegung betrachtet. Diese Sicht ist falsch.“

Mit diesen einleitenden Worten umriß *Steffen Kachel*, Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e.V., das Anliegen ihrer am 28. April 2007 in Gotha veranstalteten Tagung.[1] Anlaß war der 90. Jahrestag der Gründung der USPD vom 6. bis 8. April 1917 am gleichen Ort. Durchaus mit Blick auf Fragen, die aktuell auch die sich gegenwärtig neu formierende Linke in Deutschland beschäftigen, wollten die Veranstalter der Frage nachgehen, inwieweit es sich bei den Politikansätzen der USPD um demokratisch-sozialistische Ansätze handelte, die alternativ zur Politik von SPD und KPD standen, letztlich jedoch scheiterten. Dabei war von vornherein klar, daß es nur um den Beginn eines längeren Diskussionsprozesses gehen konnte, in dem unterschiedliche Sichten zur Sprache kommen müssen. Vor diesem Hintergrund profitierte die Veranstaltung von der Tatsache, daß Historikerinnen und Historiker verschiedener Generationen und Herkunft als Teilnehmer gewonnen worden waren. Dadurch gelang es, die historischen Ereignisse aus unterschiedlichen Perspektiven zu beleuchten und die in der Betrachtung oftmals dominierenden Sichtweisen auf die Geschehnisse in Berlin bzw. auf der Reichsebene zumindest teilweise zu durchbrechen. Hierzu trug auch bei, daß *Heinz Niemann* (Berlin) die Einsichten und Ergebnisse der DDR-Geschichtsschreibung kritisch hinterfragte und deren Leistungen wie Fehleinschätzungen aus seiner Sicht benannte.

Insgesamt konnte die Veranstaltung die ganze Vielschichtigkeit der USPD zumindest andeuteten. Zum einen existierte die USPD als radikalisierte Minder-

---

1 Siehe dessen Beitrag in diesem Heft S.26-32.

heit am Rand des Spektrums der Arbeiterbewegung und zum anderen als lokale/regionale Mehrheitspartei, die zum Dach des sozialistischen Milieus wurde. Solche Dominanzgebiete der USPD waren Sachsen, Berlin und das Berliner Umland sowie Thüringen, wo sie im Reichstagswahlkreis 12, der das Land Thüringen und die preußischen Teile umfaßte, bei der Reichstagswahl im Juni 1920 mit etwas über 30 Prozent die stärkste Partei wurde.

Das regionalgeschichtliche Bild zeichneten die Beiträge, die sich mit der württembergischen und der thüringischen USPD beschäftigten, konkreter nach. Während *Hartmut Henicke* (Berlin) hervorhob, daß sich die SPD in Württemberg faktisch bereits vor dem Ersten Weltkrieg spaltete,[2] hielt in Thüringen die große Mehrheit selbst der oppositionell eingestellten Sozialdemokraten bis zur Gründung der USPD an der Parteieinheit fest, wie *Mario Hesselbarth* (Jena) herausstellte.

Im Oktober 1917 vollzogen die Stuttgarter Linken als Teil der Spartakusgruppe den Anschluß an die USPD. Damit wurde die württembergische USPD von ihnen dominiert. Das Konzept der Spartakusgruppe, die USPD zu majorisieren, hatte in Schwaben funktioniert, weshalb Henicke sein Thema unter der Fragestellung behandeln konnte, ob hier das Modell einer dezidiert linken USPD praktiziert wurde. Jedoch waren deren Potentiale bereits mit der Novemberrevolution erschöpft.

Demgegenüber spielte die radikale Linke in Thüringen eine eher marginale Rolle, während hier große Teile der Sozialdemokratie zur USPD wechselten. Vor allem im anderen Agieren der Thüringer Spartakusanhänger sah Hesselbarth auch den Unterschied zu Stuttgart. In Thüringen hatte sie sich nach Gründung der USPD dieser angeschlossen, für sie gab es trotz der Meinungsverschiedenheiten in der Aktion keine wesentlichen Differenzen mit der neuen Partei.

Deren politische Wirksamkeit kam in Thüringen nach der Novemberrevolution 1918/19 in unterschiedlicher Form zum Ausdruck. Während im ostthüringischen Volksstaat Reuß, so Kachel, Kautskys Schrift „Sozialdemokratische Bemerkungen zur Übergangswirtschaft“ gewissermaßen in gesellschaftlicher Praxis erprobt, Mindestlöhne und Arbeitszeiten gesetzlich geregelt wurden, gab *Michael Kellner* (Eisenach) einen Einblick in die rätedemokratische Konzeption des Gothaer USPD-Politikers Hermann Brill und deren Weiterwirken bis in die Zeit nach 1948/49, denn Brill gehörte zu den Vätern des Grundgesetzes der Bundesrepublik.

Im Zusammenhang mit dem Agieren der Spartakusgruppe bis zu ihrem Ausscheiden aus der USPD und der Gründung der KPD diskutierten die Teilnehmer der Veranstaltung kontrovers über die Frage, inwieweit die historische Situation und die revolutionäre Perspektive im Dezember 1918 offen waren.

---

2 Siehe dessen Beitrag in diesem Heft S.33-47.

In seinem Beitrag zur Debatte, die über die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung auf dem Gründungsparteitag der KPD geführt wurde, unterstrich *Marcel Bois* (Hamburg), daß die optimistische Haltung der radikalen Parteitagsmehrheit, große Teile der Arbeiterklasse würden sich einem Wahlboykott anschließen, eine reale Basis in der revolutionären Situation im internationalen Maßstab hatte, zugleich jedoch auf einer völligen Fehleinschätzung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in Deutschland basierte. Dennoch, so ein Redner in der sich anschließenden Diskussion, hätten die damals Agierenden das Recht und die Pflicht gehabt, im Sinne einer offenen historischen Situation alle Mittel bis hin zum Aufstand einzusetzen, um die Revolution weiterzutreiben. Dieser Auffassung mochten sich die übrigen Diskussionsteilnehmer nicht anschließen.

Auf die grundlegenden Positionen der Spartakusgruppe/des Spartakusbundes zur Gründung und Entwicklung der USPD machte anschließend *Ottokar Luban* (Berlin) noch einmal aufmerksam. Die Luxemburg-Liebknecht-Gruppierung vertrat eine grundsätzliche revolutionäre Politik, während die gemäßigte Opposition, insbesondere deren Reichstagsabgeordnete, ihre Ablehnung der Kriegskredite mit der Sicherung der deutschen Grenzen begründete, also die Landesverteidigung bejahte. Während die Spartakusführer von den Vertretern der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft" (SAG), wie sich die Minderheit nach Ausschluß aus der SPD-Reichstagsfraktion im März 1916 nannte, ein radikales, offensives Auftreten innerhalb der Partei, im Reichstag und vor allem in der Öffentlichkeit forderten, plädierte die gemäßigte Opposition für einen vorsichtigen Kurs. Bereits während des Krieges und vor allem im Verlauf der Novemberrevolution täuschte sich die Führung der Spartakusgruppe über die eigenen Möglichkeiten und unterschätzte zudem das revolutionäre Potential innerhalb der USPD. Wäre „Spartakus" Ende 1918 in der USPD verblieben, so Luban, dann hätte aus dieser Anfang 1919 eine revolutionäre Massenpartei auf dem Boden des Rätesystems entstehen können. Die negativen Folgen für die deutsche Arbeiterbewegung infolge ihrer Spaltung wären eventuell vermieden worden, eine These, die offenbleiben mußte, da insgesamt leider zu wenig Zeit für die Diskussion der einzelnen Beiträge blieb. Bedauerlich ist das an diesem Punkt vor allem deshalb, weil *Kurt Schneider* (Leipzig) in seinem Beitrag die Meinung vertreten hatte, die Gründung der USPD sei gegen die Schaffung einer eigenständigen linken Arbeiterpartei, die vom Geist Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs erfüllt worden wäre, gerichtet gewesen.

Abschließend wurde, entsprechend dem Tagungsthema, das Problem Parteidisziplin sowohl in seinem historischen Bezug als auch mit Blick auf aktuelle Diskussionen erörtert. *Ulla Plener* (Berlin) beleuchtete in ihrem Beitrag den Umgang mit Parteidisziplin in der deutschen Sozialdemokratie anhand derer Statuten von 1890 bis 1912. Sie machte deutlich, daß dabei die Einheit des Parteiwerdens in der Aktion bei Freiheit der Diskussion und der Kritik, auch an der Parteiführung gemeint war. In diesem Zusammenhang ging sie auf die Parteivorstellungen Lenins ein, der sich in diesem Punkt an das Vorbild der

Bebelschen SPD gehalten habe, und stellte quellengestützt die klassische These von seinem autoritären Avantgardepartei-Konzept in Frage.

Danach folgte ein Redebeitrag von *Ina Leukefeld*, die kurzfristig den ursprünglich als Redner vorgesehenen Knut Korschewsky, Landesvorsitzender der Thüringer Linkspartei, vertrat. Korschewsky gehört zu den Autoren des Diskussionspapiers „Freies oder privatisiertes Mandat – Parteien, Abgeordnete und das Gemeinwohl", das zwar nicht in der Dimension, wohl aber im Kern genau jene Fragen diskutiert, vor denen Liebknecht und die innerparteiliche Opposition 1914/15 standen. Durch den Vergleich mit der damaligen Situation wollten die Veranstalter versuchen, die im Papier gegebenen Antworten kritisch zu hinterfragen. Dazu hätte es jedoch einer Darlegung der Gedanken und Motive der Autoren bedurft, was Leukefeld aus verständlichen Gründen nicht leisten konnte.

Damit kam die ursprünglich geplante Diskussion nicht zustande, vielmehr liefen zwei Debatten parallel nebeneinander, wobei die aktuellen Widersprüche politischer Arbeit innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft zunehmend in den Vordergrund traten und der eigentliche historische Hintergrund aus dem Blick geriet.

Es bleibt zu hoffen, daß Impulse wie die der Gothaer Veranstaltung weiterhin gegeben werden, um die Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung stärker ins Bewußtsein der heute politisch Aktiven zu rücken.

Informationen

Autobiographische Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung[1]

Ilse Fischer

Das Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) zählt mit rund 44.000 laufenden Metern Akten zu den größten der in der Tradition der Arbeiterbewegung stehenden Archive. Bei seiner Gründung 1969 stand es einerseits in einer Kontinuität zu dem im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts gegründeten Archiv der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, andererseits war der inhaltliche Rahmen für seine Sammlungen und Bestände von Anfang an sehr viel weiter gesteckt als der des früheren SPD-Archivs. So finden sich heute im AdsD mit Selbstverständlichkeit auch Unterlagen und Dokumente anderer sozialistischer Gruppen oder nicht der Sozialdemokratie angehörender Personen, Unterlagen zur Anti-Atom- und zur Friedensbewegung, vor allem aber auch umfangreiche Gewerkschaftsbestände. Durch die Übernahme der Bestände des DGB und der meisten deutschen und zahlreicher internationaler Gewerkschaftsorganisationen wurde das AdsD zugleich zum größten europäischen Gewerkschaftsarchiv. Mit über 1.000 Nachlässen und Deposita verfügt es zudem über eine große inhaltliche Bandbreite.[2]

Natürlich handelt es sich bei den Akten von SPD oder Gewerkschaften zunächst einmal zum großen Teil um Schriftverkehr, Protokolle und Unterlagen aus der

---

1 Bearbeiteter Vortrag auf der Tagung „Arbeiterbewegungsgeschichte von unten. Arbeiterleben und Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert – neue Erkenntnisse, neue Fragen" am 8./9. Dezember 2006 in Berlin.

2 Zu Geschichte, Struktur und Beständen des AdsD siehe Mario Bungert: „Zu retten, was sonst unwiederbringlich verloren geht". Die Archive der deutschen Sozialdemokratie und ihre Geschichte (Beiträge aus dem Archiv der Sozialen Demokratie, 4), Bonn 2002; Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bestandsübersicht, Bonn-Bad Godesberg 2006; Klaus Mertsching/Holger Paul: Gewerkschaftsakten im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Sonderdruck aus: Der Archivar, 49 (1996); Uwe Optenhögel/Michael Schneider/Rüdiger Zimmermann (Hrsg.): Europäische Gewerkschaftsorganisationen. Bestände im Archiv der sozialen Demokratie und in der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2003; Peter Rütters u. a. (Hrsg.): Internationale Gewerkschaftsorganisationen. Bestände im Archiv der sozialen Demokratie und in der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, 3. erw. Auflage, Bonn 2005; zur Tektonik des Archivs und den Beständen im einzelnen siehe auch: http://www.fes.de/archiv/bestaende/bestset.htm; dort auch fortlaufende Ergänzungen.

Geschäftsführung dieser Organisationen. Darüber hinaus gelangten jedoch fast immer in irgendeiner Form auch Unterlagen in diese Bestände, die zugleich wichtige Quellen für die Erforschung von Alltagsgeschichte sein können. Das gilt in besonderem Maße für die Personenbestände, zu denen nicht nur die Akten prominenter Politikerinnen oder Politiker zählen, sondern ebenso die Unterlagen vieler Menschen, die an der Basis dieser Organisationen mitgearbeitet haben. Sie enthalten in größerem Umfang auch autobiographische Dokumente. Andererseits sind für die Lebensläufe von Sozialdemokraten und Gewerkschaftern in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts Aufstiegskarrieren vom einfachen Arbeiter oder Gesellen hin zu politischen Mandaten oder Ämtern ja nicht untypisch, so daß sich autobiographische Aufzeichnungen dieser Personen in der Regel auch auf Lebensabschnitte beziehen, in denen die Verfasser über ihre Herkunft aus dem Arbeitermilieu und ihre Erfahrungen mit proletarischen Lebensbedingungen berichten. Ein Beispiel dafür sind die aus den Beständen unseres Archivs inzwischen edierten Lebenserinnerungen des Zigarrenarbeiters und späteren SPD-Reichstagsabgeordneten Hermann Molkenbuhr.[3]

Bei dem Versuch, sich einen Überblick über die im AdsD aufbewahrten autobiographischen Quellen zu verschaffen, findet man allein bei Recherchen in der im AdsD zur Verfügung stehenden Archiv-Datenbank FAUST rund 100 Einträge, die sich auf Lebenserinnerungen von unterschiedlichem Umfang und unterschiedlicher Aussagekraft beziehen. Daneben gibt es weitere unverzeichnete Bestände bzw. noch nicht digitalisierte Findmittel, die gleichfalls entsprechende Dokumente enthalten. Eine größere Anzahl autobiographischer Texte existiert in der Sammlung „Kleine Erwerbungen“ sowie in verschiedenen Nachlässen oder Deposita, aber auch in den Akten des SPD-Parteivorstandes und anderen Organisationsakten finden sich entsprechende Quellen. Zu den in Form von Lebenserinnerungen vorliegenden autobiographischen Dokumenten kommen Tagebücher oder tagebuchartige Aufzeichnungen, die in ca. 25 Beständen, vermutlich aber noch häufiger, enthalten sind. Biographische Unterlagen (Presseausschnitte, Artikel, Reden, aber auch Lebensläufe und autobiographische Texte) finden sich auch in der „Sammlung Personalia“ – einem 700 laufende Meter umfassenden Bestand in alphabetischer Ordnung, der in den 1970er Jahren immer wieder mit Nachlaß-Splittern angereichert wurde. In den letzten Jahren wurden im Rahmen einer Überarbeitung der Sammlung bereits Unterlagen herausgezogen und namentlich abgelegt, doch ist nicht auszuschließen, daß dort noch weitere „ungehobene“ Schätze schlummern.[4]

---

3 Siehe Bernd Braun (Hrsg.): „Ich wollte nach oben!“ Die Erinnerungen von Hermann Molkenbuhr 1851 bis 1880 (Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 24), Bonn 2006; siehe Ders.: Arbeiterführer, Parlamentarier, Parteiveteran. Die Tagebücher des Sozialdemokraten Hermann Molkenbuhr 1905 bis 1927 (Schriftenreihe der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, 8), München 2000.

4 Siehe Gerd Hochgürtel: Biographien von A-Z. Die „Sammlung Personalia“ im AdsD, in: Archiv-Nachrichten. Newsletter aus dem Archiv der sozialen Demokratie, 4, 2005

Die im AdsD vorhandenen Aufzeichnungen stammen in ihrer Mehrzahl nicht aus der Feder prominenter Politiker oder Gewerkschafter. Es handelt sich häufig um Dokumente von Menschen, die sich einfach als „Zeitzeugen" sahen und ihre persönlichen Erlebnisse und politischen Erfahrungen festhalten wollten – und dabei zunächst an das Familienarchiv oder die eigenen Kinder dachten.

Bei der Suche nach autobiographischen Informationen, die persönliche Reflexionen über politische Situationen, ihre Auswirkungen auf das private Leben sowie Berichte über das Miterleben von Zeitgeschichte, das Sich-Einsetzen für die eigene Überzeugung oder das Leiden an politischen Zuständen enthalten, sollte man sich allerdings nicht allein an der „klassischen" Form der Lebenserinnerungen orientieren. Ausführliche und oft sehr anschauliche Schilderungen individueller Lebenswege und Erlebnisse finden sich auch in „bescheidenerer" Form, z. B. in Briefen, vor allem dann, wenn diese in bestimmten Lebenssituationen geschrieben wurden. Beispiel dafür sind die in vielen Beständen enthaltenen Korrespondenzen, die während des Krieges zur Kontaktaufnahme von in unterschiedlichen Ländern lebenden Emigranten entstanden sind oder nach dem Krieg zur Wiederanknüpfung alter Kontakte verfaßt wurden. Sie enthalten nicht selten Rückblicke auf Lebenswege und Einzelschicksale. Und natürlich existieren in den Beständen des AdsD auch Briefe aus der Haft oder aus den Konzentrationslagern. In dem folgenden Überblick sollen jedoch die eingangs genannten Quellen im Vordergrund stehen.

Für alle diese autobiographischen Zeugnisse gilt, daß sie von den Autoren selbst, ihren Nachkommen oder Freunden an das AdsD gegeben wurden. Eigene Oral-History-Projekte des Archivs, in denen systematisch Befragungen durchgeführt oder Lebenserinnerungen angeregt und gesammelt wurden, gab es nicht, doch wurden mehrfach einzelne Personen, mit denen oft langjährige Kontakte bestanden, ermutigt, Erinnerungen aufzuschreiben. Der Zeitraum, aus dem die autobiographischen Quellen im AdsD stammen, reicht, von einigen frühen Ausnahmen abgesehen, etwa vom letzten Drittel des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart. Zu den frühesten Aufzeichnungen gehören Notizen des Buchbinders Wilhelm Taute (1836-1899) über seine Wanderjahre und die Anfänge der lassalleanischen Arbeiterbewegung in Leipzig. Neben Aufzeichnungen aus dem Ersten Weltkrieg gibt es in verschiedenen Beständen Erinnerungen an die Revolutionszeit, an die Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten, an Widerstand und Emigration, an KZ-Haft und Folter, an Kriegserlebnisse, an die Jahre in Kriegsgefangenschaft, die Flucht und die Nachkriegsjahre, an politische Arbeit in der alten Bundesrepublik und – in geringerem Umfang – auch Aufzeichnungen über politische und persönliche Erfahrungen in der DDR. Unter diesen pauschal skizzierten Materialien befinden sich Dokumente prominenterer Sozialdemokraten oder Menschen bürgerlicher Herkunft, die in der Sozialdemokratie tätig waren. Häufig allerdings schildern sie den Werdegang und

(http://www.fes.de/archiv/newsletter/NL%202005/NL%2004%202005/newsletter042005.html).

die politische Sozialisation von Arbeitern und – seltener – Arbeiterinnen im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Sie geben Einblick in Arbeiter-Elternhäuser, soziale Not und schwierige Kindheitsjahre, z. B. eine Kindheit im Waisenhaus (Selma Müller) oder das Aufwachsen bei einer alleinerziehenden Mutter, die zugleich engagierte Sozialdemokratin war (Elfriede Trautmann), oder in Lebensgeschichten, die durch die illegale Arbeit der sozialdemokratischen Eltern gegen das NS-Regime und die Haft des Vaters, nach dem Krieg durch die erneute Verhaftung der Eltern durch die sowjetischen Behörden und durch die Erfahrung mit Enteignungen in der DDR geprägt waren (Ruth Schmidt). Viele Aufzeichnungen schildern Arbeitsabläufe oder Arbeitsbedingungen in verschiedenen Berufen, z. B. bei Josef Simon (1865-1949) die Situation als Schusterlehrling und Bauernknecht, die Tätigkeit als Kellner in verschiedenen europäischen Ländern bei Hugo Pötsch (1863-1946), die Tarifbewegungen der Bierbrauer bei Eduard Backert (1874-1960) oder Erfahrungen in einer Vielzahl von Arbeitsstellen und Berufen auf der Wanderschaft z. B. bei dem späteren sächsischen Oberpräsidenten und Reichsbanner-Vorsitzenden Otto Hörsing (1874-1937), dessen nur bis 1904 reichenden Erinnerungen geradezu exemplarisch die politische und gewerkschaftliche Sozialisation eines jungen Arbeiters zeigen – mit detaillierter Beschreibung der Militärdienstjahre und einer sechsjährigen Wanderschaft bis hin zur Wahl zum gewerkschaftlichen Werkvertrauensmann in Kiel.[5]

Auch die Motive und Anlässe für das politische oder soziale Engagement werden dargelegt. So wurde Josef Simon durch eine Rede Wilhelm Liebknechts in Offenbach für die Sozialdemokratie gewonnen. Die spätere Berliner Stadträtin Klara Weyl (1872-1941) erinnerte sich, daß es der Anblick einer jungen Frau mit Kind auf dem Arm war, die im grünen Polizeiwagen ins Gefängnis transportiert wurde, weil sie als Sozialistin nachts Plakate geklebt hatte. Auch die Arbeiterdichterin Emma Döltz (1866-1950) beschreibt, wie sie zu ihrem Engagement für Arbeiterkinder und zur Mitgründung des Vereins für Kinderschutz kam.[6]

Nicht immer belegen die Aufzeichnungen viele Jahrzehnte eines Lebens wie bei Franz Osterroth (1900-1986), der detailliert über Kindheit und Jugend, die Jahre in der Arbeiterjugendbewegung bis 1933, die Emigrationszeit und die Rückkehr nach Deutschland berichtet. Immer wieder stehen vor allem bestimmte Ereignisse im Mittelpunkt der Aufzeichnungen, z. B. im Fall des sozialdemokratischen Lehrers Arno Kapp (1882-1962), der in den Aufzeichnungen „Mein Tagebuch" – einer Mischform aus Tagebuch und Lebenserinnerungen – die Situation in Leipzig vom ersten großen Bombardement im Dezember 1943 bis zum Einmarsch der Amerikaner im April 1945 schildert. Andere Aufzeichnungen sind gleichfalls Spezialthemen gewidmet oder enthalten Skizzen historischer Ereig-

5 Siehe Nachlässe Wilhelm Taute, Josef Simon (DGB-Archiv im AdsD), Hugo Pötsch, Eduard Backert, Otto Hörsing, Bestand Kleine Erwerbungen (Selma Müller, Elfriede Trautmann, Ruth Schmidt).

6 Siehe Nachlaß Gerda und Klaus Weyl; Nachlaß Emma Klara Döltz.

nisse in unterschiedlicher Intensität und Dichte. Häufig spiegeln sich in den Autobiographien punktuell oder für einen längeren Zeitraum sehr detailliert lokale oder regionale Besonderheiten. So geben die Erinnerungen von Gerhard Minkus Einblick in die Verhältnisse in Oberschlesien nach dem Ersten Weltkrieg, während der NS-Zeit und nach dem Zweiten Weltkrieg bis zur Aussiedlung des Verfassers in die Bundesrepublik 1980. Bei dem Schlosser Johann Kaiser (geb. 1908) stehen die Erfahrungen in der Gewerkschaftsjugend und kritische Rückblicke auf die Endphase der Weimarer Republik im Vordergrund, gipfelnd in der Beschreibung der Besetzung der Heimvolksschule Tinz durch die Nazis. Auch bei Friedrich Börth (1914-1988) geht es um Jugendarbeit, um die Arbeit in der Hamburger SAJ und die spätere illegale Tätigkeit, die ihm eine Zuchthausstrafe und die anschließende Internierung im KZ Sachsenhausen einbrachte. Erinnerungen an die Reichstagswahlen des Jahres 1932 und die Verhaftungswellen nach dem Reichstagsbrand finden sich bei Edwin Grützner wie bei einer Reihe anderer Autoren. Das Erlebnis der Massenarbeitslosigkeit Ende der zwanziger/Anfang der dreißiger Jahre ist ein Thema, das zwangsläufig häufig eine Rolle in den Lebenserinnerungen spielt. Nicht selten sind es gerade viele lebensgeschichtliche Details, oft sehr individuelle Umstände, die mitgeteilt werden, z. B. in den Erinnerungen der Blumenbinderin Lisa Seibt (geb. 1901) oder in den Erinnerungen von Gertrud Bruhn (geb. 1908) über „Unsere besten Jahre", die von der Lehrlingsausbildung in einem Kaufhaus in der Weimarer Zeit berichten, die Überfälle der Nazis auf sozialdemokratische Demonstrationen schildern und gleichfalls durch die NS-Zeit und die ersten Nachkriegsjahre führen.[7]

Erinnerungen an Widerstand und Verfolgung sind in zahlreichen Aufzeichnungen ein zentrales Thema, auch die Erfahrungen des Krieges, die Zeit in der Strafdivision („Bewährungsbataillon") 999, z. B. Bei Erich Knorr, Heinrich May, Karl Schneider (1906-1989). Auch Erfahrungen im Ausland sind Gegenstand der Erinnerungen, so belegen die Lebenserinnerungen des tschechischen jüdischen Juristen Ernst Pollak (geb. 1910), der nach dem Einmarsch der Deutschen aus dem Staatsdienst entlassen wurde, dessen spätere politische Arbeit in Palästina und Israel. Die Erinnerungen von Heinz Umrath (1905-1987), SPD-Mitglied, später in der SAP und bei Neu Beginnen tätig, berichten u. a. über die Jahre der Emigration in den Niederlanden, wo Umrath als Jude die deutsche Besatzung überlebte. Eindrücke vom Internierungslager Gurs finden sich z. B. bei Eva Pfister (1910-1991).[8]

Die Verfasser der Aufzeichnungen und Erinnerungen stammen aus verschiedenen politischen Richtungen der Arbeiterbewegung. So gibt es Erinnerungen

7 Nachlässe Franz Osterroth, Arno Kapp, Johann Kaiser, Friedrich Börth, Lisa Seibt, Gertrud Bruhn. Zu Minkus und Grützner: Kleine Erwerbungen.

8 Zu Knorr und May: Kleine Erwerbungen; Depositum Karl und Gesa Schneider; Nachlässe Ernst Pollak, Heinz Umrath. Zu Pfister: Kleine Erwerbungen und Bestand Erich Lewinski.

von Willy Gengenbach an die kommunistische Agitation in der Weimarer Zeit im Raum Blaubeuren/Sindelfingen und Böblingen oder die Aufzeichnungen von Karl Dörpinghaus (1900-1968), der über sein Wirken als christlicher Gewerkschafter berichtet (ein Manuskript, das neben wenigen persönlichen Aufzeichnungen zahlreiche Abschriften von Dokumenten zur christlichen Textilarbeiterbewegung enthält). Bei einer Reihe von Autoren kam es im Laufe des Lebens zu Veränderungen in den politischen Einstellungen oder der Zugehörigkeit zu Organisationen. Die „Notizen eines Arbeiters" von Fritz Parlow (1905-1983) zeichnen detailliert ein politisches Engagement nach, das den Verfasser, ursprünglich von der Sozialistischen Proletarier-Jugend der USPD kommend, in verschiedene linkskommunistische und syndikalistische Gruppen und zu den Proletarischen Freidenkern führte, nach dem Krieg in die SED und – nach seiner Flucht nach Westberlin – in die SPD.[9]

Die im AdsD enthaltenen Aufzeichnungen sind insgesamt von unterschiedlicher Dichte und Länge, sie reichen von wenigen Seiten, z. B. Werner Klutes Bericht über die Untertagearbeit als Arbeiter im Steinkohlebergbau des Ruhrgebiets, bis zu einer sechsbändigen Familiengeschichte (Karl Friedrich Saupe) mit dem Titel: „Von SM (Seiner Majestät) zu SM (Sozialdemokrat Magazin)". Im übrigen ist die sozialdemokratische Familiengeschichte für viele Autoren ein Anlaß, mit einem gewissen Stolz auf den Lebensweg der Vorfahren zurückzublicken, so z. B. bei Max Raloff (1904-1989), der seine Erinnerungen mit „110 Jahre sozialdemokratische Familiengeschichte 1870-1980" überschrieben hat. Zu den umfangreichen Aufzeichnungen gehören auch die Lebenserinnerungen von Rolf Reventlow (1897-1981), der u.a. über seine Erlebnisse im Spanischen Bürgerkrieg berichtete, oder von Otto Wettig (1898-1980), einem ehemaligen Druckereibesitzer und Mitglied des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK), dessen Erinnerungen auf Tag und Stunde exakt wiedergegeben sind, so daß man dahinter (nicht mehr erhaltene) Tagebuchaufzeichnungen vermuten könnte.[10]

Tagebücher oder tagebuchähnliche Aufzeichnungen sind in den Beständen des AdsD nicht so umfangreich vertreten wie Autobiographien. In der Regel handelt es sich nicht um Tagebücher, die Jahre oder gar Jahrzehnte eines Lebens dokumentieren. Oft sind es zeitlich und inhaltlich begrenzte Aufzeichnungen. Sie können aber je nach Forschungsansatz eine aufschlußreiche Quelle für den Historiker sein. So sah sich der Englischlehrer Theodor Müller, der einen Teil seines Lebens in den USA verbracht hatte, nach seiner Rückkehr nach Deutschland Anfang der zwanziger Jahre veranlaßt, über die Krisenmonate des Jahres 1923 bewußt Aufzeichnungen zu machen, die er unter dem Titel „Lageberichte 1923" zusammenfaßte. Im Nachlaß des Industriekaufmanns und späteren Ministerpräsidenten Alfred Kubel (1909-1999) sind Aufzeichnungen aus

9 Gengenbach: Kleine Erwerbungen; Nachlaß Karl Dörpinghaus (DGB-Archiv im AdsD); Nachlaß Fritz Parlow.

10 Zu Klute und Saupe: Kleine Erwerbungen; Nachlässe Max Raloff, Rolf Reventlow, Oskar Wettig.

der Haft 1938 enthalten; auch die tagebuchartigen Notizbücher des Dachdeckers und Gewerkschaftsfunktionärs Theodor Thomas (1876-1955) seien hervorgehoben, die mit einer Zeitspanne von 60 Jahren vielleicht den längsten Zeitraum unter den hier vorliegenden Unterlagen dokumentieren. Tagebücher bzw. tagebuchartige Aufzeichnungen des ehemaligen evangelischen Pfarrers und sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Paul Göhre (1864-1928) oder des Redakteurs, späteren Reichstagsabgeordneten und Mitvorsitzenden der SPD, Artur Crispien (1875-1946), beziehen sich u. a. auf die Jahre des Ersten Weltkriegs. Häufig vertreten waren bei dieser Quellengattung „nichtproletarische" Tagebuchschreiber und -schreiberinnen, wobei für die umfangreichsten vorliegenden Aufzeichnungen die Tagebücher des ADGB-Mitarbeiters und Redakteurs der Zeitschrift „Die Arbeit", Lothar Erdmann (1888-1939), stehen, die inzwischen durch eine Auswahledition erschlossen sind.[11]

Der Zugang zu den Manuskripten bzw. Beständen ist unterschiedlich geregelt.

Ein großer Teil ist für die Benutzung freigegeben. In manchen Fällen müssen Familienangehörige vor der Einsichtnahme ihre Zustimmung geben. Es ist allerdings auch eine Reihe von Aufzeichnungen vorhanden, bei denen die Zugangsvoraussetzungen nicht eindeutig geklärt sind. Das trifft besonders auf jene Fälle zu, in denen nicht mehr bekannt ist, auf welche Weise diese Unterlagen vor Jahrzehnten in unser Archiv oder in die Bestände, mit denen sie überliefert wurden, gelangt sind. Auch bei einigen mit Auflagen versehenen Beständen wurde in letzter Zeit festgestellt, daß die dort angegebenen Adressen nicht mehr zutreffen, d. h. die für die Erteilung von Benutzungsgenehmigungen benannten Personen vermutlich bereits verstorben sind. Dies sollte Benutzer allerdings nicht abschrecken, da in jedem Einzelfall von seiten des AdsD die Voraussetzungen abgeklärt werden.

Der autobiographische Ansatz ist nur ein Aspekt unter vielen. Der Vollständigkeit halber sei daher zum Abschluß noch kursorisch auf andere Möglichkeiten verwiesen, Alltagsgeschichte und/oder auch alternative politische Verhaltens- und Protestformen zu erschließen. Sucht man z. B. nach Archivalien zu Alltagsgeschichte oder „Geschichte von unten", so kommen je nach Fragestellung sehr unterschiedliche Bestände in Frage: Flüchtlingselend nach dem Zweiten Weltkrieg, Wohnungs- und Ernährungsfragen in der Nachkriegszeit sind u. a. dokumentiert in den Nachlässen Walter Auerbach (1905-1975), Erwin Schoettle (1899-1976) und Adolf Hasenöhrl (1911-1989). Auch in den Beständen prominenter „nichtproletarischer" Nachlasser wie Carlo Schmid (1896-1979) und Gustav Heinemann (1899-1976) finden sich Unterlagen über Hungerdemonstrationen oder die Ernährungslage der Bevölkerung. Einschneidende Ereignisse

11 Zu Müller: Kleine Erwerbungen; Nachlässe Alfred Kubel, Theodor Thomas, Paul Göhre, Artur Crispien, Lothar Erdmann; siehe Ilse Fischer: Versöhnung von Nation und Sozialismus? Lothar Erdmann (1888-1939): Ein „leidenschaftlicher Individualist" in der Gewerkschaftsspitze. Biographie und Auszüge aus den Tagebüchern, mit CD-ROM, (Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 23), Bonn 2004.

für ganze Regionen wie Betriebsschließungen sind häufiger aktenmäßig belegt. Ein Beispiel sind die Unterlagen des Betriebsrates des bayerischen Eisenwerks Maxhütte.[12] Akten über ähnliche Vorgänge sind in den Beständen der IG Metall und anderer Gewerkschaften enthalten. Zahlreiche Bestände aus der Friedensbewegung ergänzen die nicht aus der Parteiüberlieferung der SPD herrührenden Bestände und bilden die Grundlage für die Erforschung politischer Aktionen, Organisationen und Prozesse, die sich häufig außerhalb der „klassischen" organisatorischen Zusammenhänge der Arbeiterbewegung abspielen.

Schließlich erstrecken sich die Bestände des AdsD natürlich nicht nur auf Schriftgut. Audio-visuelle Sammlungen gehören ebenso dazu wie das große Foto-Archiv mit rund 800.000 Fotos. Davon befinden sich rund 450.000 Fotos im Fotoarchiv, die anderen in großen Fotosammlungen einzelner Bestände, davon allein ca. 140.000 im IG-Metall-Archiv. Von den Hauptsammlungen sind heute ca. 170.000 Fotos digitalisiert. Gerade diese Bestände reichen weit über rein organisationsgeschichtliche Zusammenhänge hinaus und bilden eine herausragende sozial- und alltagsgeschichtliche Quelle. Von Bildmaterial über Fabrikarbeit und verschiedene Bereiche der Arbeitswelt, Aufnahmen zur Arbeiterkultur- und Sportbewegung, von Demonstrationen, Streiks und Wahlkämpfen bis hin zu seltenen Fotos aus der NS-Zeit und Material aus der Nachkriegszeit – Historikerinnen und Historiker werden zu einer Vielzahl von Anlässen und Vorgängen Unterlagen finden. Eine wichtige Rolle spielen dabei einzelne Sammlungen, z. B. das Foto-Archiv des Berliner „Telegraf", das vom AdsD nach dessen Einstellung übernommen wurde und über einen umfangreichen Berlin-Schwerpunkt verfügt.[13]

Letzten Endes wird sich erst am speziellen Forschungsprojekt entscheiden, wie ergiebig die Bestände des AdsD unter den genannten Aspekten wirklich sind, doch dürfte anhand dieser Ausführungen schon deutlich geworden sein, daß eine Heranziehung auch von Beständen, die man auf den ersten Blick nicht mit Basiserfahrungen aus politischen Organisationen oder Alltagsgeschichte in Verbindung bringt, lohnend sein kann.

---

12 Teil I: Bestand Neue Maxhütte GmbH (Betriebsrat), Teil II DGB-Archiv im AdsD.

13 Siehe Hartwig Schlaberg: Vom Umgang mit Tondrähten, Glasschallplatten und Geisterbildern, in: Archiv-Nachrichten, 3, 2005. (http://www.fes.de/archiv/newsletter/NL%202005/NL%2003%202005/newsletter032005.html); Gabriele Lutterbeck: Bestände und ihre Geschichte: Das Archiv des „Berliner Telegraf", in: ebenda, 2, 2005 (http://www.fes.de/archiv/newsletter/NL%202005/NL%2002%202005/newsletter022005.html).

Forschungen zu Osteuropa in Leipzig. Zum Erscheinen des Doppelbandes 8 der „Leipziger Jahrbücher“[1]

Erwin Lewin

Der nunmehr vorliegende Doppelband 8 (1) und 8 (2) 2006 der „Leipziger Jahrbücher“ stellt zum 600jährigen Jubiläum der Leipziger Universität im Herbst 2009 – ungewöhnlich frühzeitig, aber auch beabsichtigt – Akzente der Osteuropakunde an der Alma mater Lipsiensis und an anderen Universitäten der DDR in den Mittelpunkt. Bevor ausführlicher auf Anliegen und Inhalt der Bde. eingegangen wird, sollen die bisherigen Jahrgänge der verdienstvollen Reihe knapp gewürdigt werden.

Nach der Niederlage des Realsozialismus war im Mai 1992 unter der Leitung von Ernstgert Kalbe die Sektion Osteuropaforschung der Gesellschaft für Kultursoziologie e.V. Leipzig entstanden, die seit 1994 zugleich als Sektion des Rosa-Luxemburg-Vereins resp. der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. wirkt. Seither treffen sich Wissenschaftler und Osteuropa-Interessenten, die bis 1990/91 an DDR-Hochschulen und Universitäten tätig waren und danach mit der Abwicklung und Entlassung ihre akademische Laufbahn beenden mußten, auf monatlichen Kolloquien, um aktuelle wie historische Aspekte des politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Wandels in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa zu erörtern. In diesem offenen „Leipziger Gesprächskreis Osteuropa“, der bis April 2007 die stattliche Zahl von 134 Veranstaltungen aufweist, werden Ursachen und Folgen der Umbrüche von Historikern, Ökonomen, Kultur- und Politikwissenschaftlern sowie Literatur- und Sprachwissenschaftlern diskutiert und untersucht. Im Unterschied zu gängigen Herangehensweisen, in denen die Implosion des Sozialismus häufig sehr verkürzt allein auf realsozialistische Deformationen zurückgeführt wird, beziehen die Beiträge selbstkritisch und in pluralistischer Offenheit vielfältige Ursachen und die teilweise weit zurückreichende historische Verwurzelung gegenwärtiger Konflikte in die Diskussion ein. Die Ergebnisse der Debatten wurden in der 1994 begonnenen Heftreihe *„Osteuropa in Tradition und Wandel“* einem interessierten Leserkreis zugänglich gemacht.

Die Hefte 1 bis 5 (1994-1998) beschäftigten sich schwerpunktmäßig mit methodologischen Fragen sozialer Transformationsprozesse und nationaler Identitätssuche in der osteuropäischen Region. Anzuführen sind: Unterschiedliche Sichten auf Umbrüche im Osten Deutschlands und Europas; Wurzeln nationaler Konflikte auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion (Heft 1). Heft 2 enthielt unter dem Schwerpunkt „Zwischen sozialer Transformation und nationaler

1 Ernstgert Kalbe/Wolfgang Geier/Volker Hölzel (Hrsg.): Osteuropakunde an der Leipziger Universität und in der DDR. Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher, GNN, Schkeuditz 2006, 2 Bde., 707 S.

Identifikation“ methodische und theoretische Aspekte vergleichender Osteuropaforschung und Fallstudien zum gesellschaftlichen Wandel in Polen und Tschechien. Heft 3 setzte die Thematik fort und es wurden Überlegungen zu Gradualismus sowie Schocktherapie beim Übergang vom Staatssozialismus zur Marktwirtschaft und zu historischen Dimensionen nationaler Konflikte im ehemaligen Jugoslawien vorgestellt. Heft 4 thematisierte nach inneren sozialpolitischen, nationalkulturellen und sozialökonomischen Vorgängen in historischer und aktueller Sicht die außenpolitischen Wandlungen unter Gesichtspunkten geschichtlicher Hintergründe und gegenwärtiger Entwicklungen (Deutsch-sowjetischer Nichtangriffsvertrag 1939 – Vertrag oder Verschwörung; Konflikte um die Gestalt Nachkriegspolens bis zur Jalta-Konferenz; tschechisch-slowakische Beziehungen seit 1918). Im Zusammenhang mit dem 80. Jahrestag der Oktoberrevolution 1917 wurden in Heft 5 deren Voraussetzungen, Chancen und Konsequenzen, insbesondere im Zusammenhang mit der Modernisierungsproblematik in Südosteuropa, untersucht.

Nachdem die Osteuropahefte den Kinderschuhen entwachsen und der Mitarbeiterkreis gewachsen war, erfolgte 1999 der Übergang von der bisherigen Heftreihe zum Jahrbuch. Diese Bände erscheinen mit erweitertem Profil und Umfang unter dem Titel „*Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher*“. Sie werden herausgegeben von Ernstgert Kalbe, Wolfgang Geier und (bis 2004) Holger Politt, zeitweise Erhard Hexelschneider, seit 2005 Volker Hölzer. Mit einem breiteren thematischen Spektrum der Jahrbuchbände rückten neue Untersuchungsfelder gesellschaftlicher Transformations- und Nationswerdungsprozesse im weitesten Sinne in den Focus: Probleme der Nationsformierung und nationaler Konflikte, sozialpolitische und sozialökonomische Wandlungsprozesse, vergleichende kulturhistorische Analysen zu Vergangenheit und Gegenwart der Völker, spezielle sprach- und literaturwissenschaftliche, politik- und wirtschaftswissenschaftliche Untersuchungen. Der Begriff des „europäischen Ostens“ wird dabei, vor allem in geographischer Hinsicht, relativ weit gefaßt. Einbezogen werden alle slawischen Länder und Völker Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas, aber auch die nichtslawischen vom Baltikum über den Balkan- und Donauraum bis zur kaukasischen Region. Als Kriterium gilt, inwieweit in diesem europäischen Großraum Bindungen und Traditionen zu Leipzig und darüber hinaus zu Sachsen bestanden haben und noch gegenwärtig wirken. Damit trug dieser Schritt auch den gewichtigen progressiven Traditionen Leipziger Osteuropaforschung in der Vergangenheit Rechnung.
Inhaltliche Breite und erweiterter Umfang zogen es nach sich, daß die Jahresbde., die je nach dem Umfang eingereichter Manuskripte ab Erscheinungsjahr 2001 auch als zwei Halbjahresbde. erscheinen, nicht unter gemeinsame thematische Titel gestellt werden. Vielmehr soll entsprechend der unterschiedlichen disziplinären Herkunft, der wissenschaftlichen Interessen und Kompetenzen der Autoren Vielfalt erreicht werden, was in drei Rubriken ausgewiesen wird: Aufsätze und Studien, Berichte und Dokumentationen, Kritik und Information.

Dafür wird – nicht zuletzt im Interesse eines vereinfachten Bibliographierens – beim Erscheinen von zwei Halbbd. eines Jahrganges nach der Ziffer des Bd. die in Klammern gesetzte Ziffer des Halbbd. angegeben.

Die Beschäftigung mit der unerschöpflichen Problematik sozialer und nationaler wie ökonomischer und kultureller Wandlungs- und Entwicklungsprozesse in den spezifischen Formen osteuropäischer Traditionen ist ein zentrales Anliegen geblieben. Bd. 1 (6) 1999 erfaßt neben historischen Aspekten aufschlußreiche Beiträge zu aktuellen Problemen. Enthalten sind: Ernstgert Kalbe: Nochmals zu Nationwerdung oder nationaler Wiedergeburt in Südosteuropa; Holger Politt: Die polnische Freiheitsauffassung im historischen Rückblick; Wolfgang Geier: Zur gegenwärtigen Lage in einigen Ostkirchen. Tiefgründig werden die Folgen der Osterweiterung der Europäischen Union von Jörg Roesler und die der NATO von Sarkis Latchinian untersucht. Ähnlich vereint der Bd. 2 (7) 2000 mehrere Beiträge über gegenwärtige Konfliktfelder, die durch ihre innenpolitische Brisanz wie durch außenpolitische Interventionen internationale Dimensionen besitzen. Das betrifft die Aufsätze von Ernstgert Kalbe zum Platz des Kosovo-Konflikts im Balkandomino der NATO-Intervention 1999 wie von Sarkis Latchinian zur Interessenkonfrontation in der Kaspi-Region – ein Konflikt, der noch weitgehend ungelöst erscheint. In diesen Zusammenhang gehören der Thesenbeitrag von Eugen Faude zum Reformprozeß in Rußland und dessen Wirkungen sowie die Betrachtungen von Eckart Mehls über den „Runden Tisch" in Polen, der für die osteuropäischen Transformationsvorgänge eine Art von Initialzündung besaß.

Bd. 3/1 [2001] lenkt mit Bezug auf den Untertitel der Reihe die Aufmerksamkeit auf die Beziehungen der Messe-, Buch- und Universitätsstadt sowie Sachsens zum europäischen Osten. Erhard Hexelschneider unterzieht sich in seinem Aufsatz „Leipzig-Sachsen-Europa" einer analytischen Bestandsaufnahme und markiert künftige Orientierungspunkte. Peter Hofmann geht der Frage nach, welche Bedeutung dem Studium Alexander Radischtschews in Leipzig für die Herausbildung seiner Weltanschauung zukommt. Ebenso fundiert sind die Beiträge zu den Aufenthalten Michail Bakunins in Sachsen und seiner Rolle im Dresdner Maiaufstand 1849 (Erhard Hexelschneider), zu Adam Mickiewicz und der polnischen Erhebung 1830/1831 (Holger Politt) und über den bulgarischen Gelehrten und Politiker Iwan Schischmanow als Student in Leipzig (Wolfgang Geier). Adelheid Latchinian geht den historischen und wissenschaftlichen Spuren Armeniens in Leipzig nach.

In Bd. 3/2 [2001] erscheint eine beträchtliche Anzahl von Studienbeiträgen im Zusammenhang mit dem 70. Geburtstag von Ernstgert Kalbe, der mit seinem beispielhaften Wirken die Kolloquien und Veranstaltungen sowie die Herausgabe der Leipziger Jahrbücher befördert. Hinzuweisen ist auf: Jörg Roesler: Gorbatschows, Jelzins und Putins Reformen; Erhard Hexelschneider: Rosa Luxemburg

und Wladimir Korolenko über die russische Revolution; Dieter Segert: Grundlagen und Grenzen des Interesses an Demokratie in Osteuropa; Sonja Striegnitz: Die Partei der Sozialrevolutionäre Rußlands und die nationale Frage.

Bd. 4 [2002] bietet Materialien einer Konferenz, die im Herbst 2001 vom Gesprächskreis organisiert wurde und die gewissermaßen Ergebnisse seines zehnjährigen Wirkens zur Forschungsproblematik vorstellte. In der methodologisch und historisch angelegten Studie von Ernstgert Kalbe über Nationwerdung und nationale Konflikte in Osteuropa sowie in den zugehörigen Beiträgen von Eckart Mehls (Polnische und tschechische Nationalkonzeptionen), Erwin Lewin (Nationale Idee und Religion in Albanien) und Sonja Striegnitz (Debatten der Narodniki Rußlands über nationalkulturelle Autonomie) geht es um Wege zur Nation- und Staatenbildung, die infolge später, unvollendet gebliebener gesellschaftlicher Entwicklung zum Kapitalismus und über diesen hinaus bis in die Periode des Realsozialismus, ja selbst bis in die Gegenwart reichen. Jörg Roesler beschäftigt sich mit der Spezifik des Übergangs von der Plan- zur Marktwirtschaft in den 90er Jahren und stellt fest, daß sich die Schere hinsichtlich der erreichten Wirtschaftskraft zwischen westeuropäischer Union und osteuropäischen Transformationsländern weiter geöffnet hat. Erhard Crome beleuchtet Herrschaftsverhältnisse im Kommunismus und ihre Transformation und Karl-Heinz Gräfe den Wandlungsprozeß kommunistischer zu reformsozialistischen Parteien vor allem am Beispiel der polnischen PZPR.

Bd. 5 [2003] wird mit einem Aufsatz von Eckart Mehls über Weltrepublik der Sowjets oder sozialistische Staatengemeinschaft. Visionen und Realitäten des „Sozialismus im Weltmaßstab“ eingeleitet. Hannes Hofbauer schreibt über Osterweiterung: Grenzenlose Machtvergrößerung und periphere Integration. Ernst Laboor beschäftigt sich mit Rechtsradikalismus und Neonazismus in Rußland. Borisas Melnikas untersucht die Transformation in den baltischen Ländern und die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie die nationalen Beziehungen. In Bd. 6 [2004] fanden die Hauptergebnisse der Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung vom September 2003 „Aufstieg und Fall des europäischen Sozialismus. Ursachen und Wirkungen“ Eingang. Zu nennen sind: Helmut Bock: Die russische Revolution. Epochenzäsur, Umweg oder Irrweg der Geschichte; Uwe-Jens Heuer: Sowjetischer Staatssozialismus oder Entwicklungsdiktatur. Aktuelle Implikationen; Ernstgert Kalbe: Volksdemokratie zwischen gesellschaftlicher Alternative und Sowjetmodell; Wolfgang Geier: Macht und Geist im Staatssozialismus; Michael Brie: Der sowjetische Staatsparteisozialismus im Lichte der Marxschen Theorie „progressiver Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation“.

Unter der Fragestellung „War das die ‚Generalprobe‘ für 1917?“ vermittelt Sonja Striegnitz im Bd. 7 (1) [2005] Aspekte und neue Sichten zum historischen Platz der russischen Revolution von 1905/07, die eine Zäsur im europäischen demo-

kratischen Revolutionszyklus auf dem Wege der kapitalistischen Entwicklung in Osteuropa bildete. Zugeordnet sind Aufsätze von Claus Remer zu sozialen und nationalen Auseinandersetzungen in der Ukraine und von Jörg Roesler über Aufstieg und Fall der Stadt Lodź im russisch dominierten Kongreßpolen. Die Problematik nationaler Formierung und Bewegungen in Ostmittel- und Südosteuropa wird in weiteren Beiträgen von Eckart Mehls über František Palacký in der tschechischen Nationalbewegung, Erwin Lewin zu historischen Aspekten der albanischen Nationalbewegung und Hilmar Walter über gesellschaftlichen Wandel und Sprachentwicklung in Bulgarien aufgegriffen. Der Bd. 7 (2) [2005] beschäftigt sich anläßlich des 60. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus mit der Thematik der europäischen Nachkriegsordnung sowohl aus der Sicht der UdSSR als auch der Nachkriegspolitik der Westalliierten. Ernstgert Kalbe stellt sowjetische und regionale Nachkriegskonzepte – so die Idee von Josip Broz Tito und Georgi Dimitroff einer Balkanföderation – vor, Erwin Lewin geht auf die internationale Position Albaniens in der Nachkriegszeit ein, Jörg Roesler beleuchtet die Lösung der Polenfrage als Prüfstein für die Realisierbarkeit alliierter Nachkriegskonzeptionen in Osteuropa. Eckart Mehls behandelt den „Bevölkerungstransfer" in Abgrenzung zum Begriff der „Vertreibung" der deutschen Bevölkerung aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn auf der Grundlage völkerrechtsgültiger Beschlüsse der Antihitlerkoalition. Wolfgang Geier analysiert westliche Nachkriegskonzepte für Osteuropa.
Die Leipziger Jahrbücher belegen das Anliegen von Herausgebern und Autoren, unter Überwindung eindimensionaler Sichten und bei einer selbstkritischen Einschätzung eigener früherer Positionen, den Forschungsgegenstand einer kritischen Beurteilung und sachlichen Neubewertung zu unterziehen

Einen weiteren Ausschnitt bieten die oben genannten beiden Halbbände 8 (1) und 8 (2) [2006] zum Jubiläum der Leipziger Universität. Die Alma mater der Messestadt war über Jahrhunderte zu einem geisteswissenschaftlichen Zentrum aufgestiegen; hier erhielten Studenten aus dem osteuropäischen Raum eine Ausbildung und sie stellte zugleich einen europäischen Mittelpunkt der vergleichenden sprach-, literatur-, kultur- und geisteswissenschaftlichen Lehre und Forschung über Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa dar. Vor diesem Hintergrund zeichnet Wolfgang Geier im ersten Halbbd. die Entstehung und Ausprägung einer weitgehend multidisziplinären Osteuropakunde für das 18./19. Jahrhundert nach. Volker Hölzer beschreibt die Entwicklung der Osteuropa-Historiographie für die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts bis 1945 und Ernstgert Kalbe widmet sich der Entwicklung der Geschichtswissenschaft über Osteuropa von 1945 bis zum Ende der DDR. Eckart Mehls/Horst Schützler/Sonja Striegnitz richten ihren Blick auf die Geschichte Osteuropas an der Berliner Humboldt-Universität. Willi Beitz verfolgt in seinem Beitrag wichtige Konturen und inhaltliche Zäsuren der slawistischen Literaturwissenschaft, die ebenso wie andere Disziplinen nicht von partei-politischen und staatlichen Eingriffen verschont blieb. Adelheid und Sarkis Latchinian beschäftigen sich mit der Armenienpro-

blematik und analysieren die Hintergründe für den Völkermord an den Armeniern im Jahre 1915. Horst Richter bietet persönliche Reflektionen über die Zusammenarbeit mit Ökonomen der UdSSR und Jörg Roesler sowie Gerd Neumann zeichnen in zwei Interviews die wirtschaftshistorische Zusammenarbeit im Rahmen der RGW-Forschung nach.
Der zweite Halbbd. enthält kenntnisreiche und teilweise persönlich gefärbte Berichte über die Entwicklung einzelner Wissenschaftsdisziplinen oder Persönlichkeiten, so von Bernd Koenitz über die Bohemistik, von Dietmar Endler über die südslawische Literaturwissenschaft, von Uwe Büttner über die Bulgaristik, von Erwin Lewin/Dieter Nehring über die Albanologie, vornehmlich zu DDR-Zeiten, sowie von Lutz-Dieter Behrendt über Friedrich Braun als Osteuropa-Historiker während der Weimarer Republik. Schließlich wird der Berliner langjährige Hochschullehrer für Geschichte Rußlands und der Sowjetunion Günter Rosenfeld anläßlich seines 80. Geburtstages mit einer Nachlese zu historischen und aktuellen Entwicklungen in der UdSSR und der Russischen Föderation gewürdigt.

Einen bemerkenswerten Beitrag zur Fundierung wissenschaftlicher Arbeit leisten die Leipziger Jahrbücher mit den in der Rubrik „Berichte und Dokumentationen" abgedruckten Materialien, die teilweise erstmalig in deutscher Sprache in den wissenschaftlichen Umlauf gebracht werden. Seit der Einführung resp. Erweiterung des Berichts- und Dokumentationsteiles wurden interessante Quellen zur Geschichte wie zur gegenwärtigen Entwicklung veröffentlicht, darunter zur Situation in der Tschechoslowakei 1968 [Band 1]; Historisch-politische Dokumente zur Jugoslawienkrise wie das Memorandum der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste 1986 [Band 2] und The Islamic Declaration von Alija Izetbegović [Band 4]; Quellen zur Entstehung der ersten bulgarischen Zeitung in Leipzig 1846 [Band 3/1]; ein bislang unbekannter Bericht des amerikanischen Konsuls in Leipzig zum Reichstagsbrandprozeß 1933 [Band 3/1)]; ein Originalbericht von 1942 zur Entstehungs- und Wirkungsgeschichte der KP Albaniens [Band 3/2]; Materialien der Antihitlerkoalition und der Sowjetregierung zur demokratischen Nachkriegsentwicklung wie die Maiski-Denkschrift „Zum künftigen Frieden" vom Januar 1944 [Band 5] und die Nachkriegsverträge zwischen der UdSSR und verschiedenen ost- und südosteuropäischen Ländern [Band 7 (2)]; das Statut des Informationsbüros kommunistischer Parteien und eine Dokumentation der Wahlergebnisse 2003/2004 in Rußland [Band 6]. Hinzuweisen ist auch auf wichtige Dokumente aus dem Leipziger Universitätsarchiv zur Entwicklung osteuropäischer Disziplinen an der Universität [Band 8 (2)].
Komplettiert werden die Jahrbücher durch aufschlußreiche Rezensionen von fremd- wie deutschsprachigen Neuerscheinungen und Standardwerken zur russischen und sowjetischen Geschichte [Band 2, Band 7 (1)]; zu Georgi Dimitroffs Tagebüchern [Band 3/1]; zur Ostforschung in der BRD oder zum Lexikon zur Geschichte Südosteuropas [Band 8 (1)]. Regelmäßig wird in resümierender Form über das wissenschaftliche Leben, die Vorträge und den Gedankenaustausch in

den Veranstaltungen, geplante Kolloquien des „Leipziger Gesprächskreises Osteuropa“ sowie aktuelle Veröffentlichungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Gesellschaft für Kultursoziologie informiert. Anzuregen wäre, die Publikationsreihe künftig noch stärker für Nachwuchswissenschaftler und Studenten zu öffnen und damit Möglichkeiten zu schaffen, weitere Projekte vorzustellen.

Die Leipziger Jahrbücher bieten nicht nur Tätigkeitsfelder und Publikationsmöglichkeiten für Wissenschaftler, die dem dominierenden „Zeitgeist“ eigene Positionen entgegenstellen, sondern stellen auch neue Herausforderungen. Sie vermitteln nun schon über ein Jahrzehnt solide Forschungsergebnisse über Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa, an denen auch der arrivierte Wissenschaftsbetrieb in diesem Land früher oder später nicht vorbeikommen wird.

Erwin Lewin

Forschungen zur Geschichte der Linkspartei. PDS in Brandenburg

Gerlinde Grahn

Mit dem Blick auf den Prozeß der Bildung einer neuen linken Partei in Deutschland erscheint es sinnvoll, kritisch den bisherigen Weg der PDS als der Partei zu betrachten, die als zahlenmäßig größte in diesen Vereinigungsprozeß eingeht.
Über die PDS insgesamt gibt es zahlreiche Veröffentlichungen aus unterschiedlichen Sichten und eine Chronik, die allerdings nur die Ereignisse bis zum Jahr 1997 erfaßt.[1] Für die PDS in den einzelnen Ländern liegen bislang nur wenige umfassende Darstellungen vor. Erste Schritte zur PDS-Geschichtsschreibung wurden in Landesverbänden und einzelnen Orten unternommen, so u. a. für die Landesverbände in den westlichen Bundesländern, in Sachsen-Anhalt und in Thüringen.[2]
Im vorliegenden Beitrag soll auf einige Ergebnisse bei der Erforschung und einige Publikationen zur Geschichte der PDS in Brandenburg eingegangen werden.

1. Arbeiten zur Erforschung und Dokumentation der Geschichte des Landesverbandes

Überlegungen, die Geschichte des Landesverbandes zu dokumentieren, gab es schon relativ früh. 1993/94 wurde in der Arbeitsgemeinschaft (AG) Geschichte beim Landesvorstand mit Arbeiten zu einer Chronik des Landesverbandes begonnen. Deren erster Teil für den Zeitabschnitt 1989/1990 bis 1994 erschien 1995. Ein zweiter Teil für die Jahre 1995 bis 1998 wurde 2000 herausgegeben.[3] Die Bearbeiter versuchten, anhand der damals vorliegenden Materialien, vor allem der Zeitung des Landesverbandes und der „kleinen Zeitungen" der Kreisverbände, ein möglichst anschauliches Bild von der Wirksamkeit der PDS im Land zu vermitteln. Es kam ein für den Anfang anerkennenswertes Ergebnis zustande, das jedoch auf Grund der noch nicht immer ausreichenden Materiallage und

---

1 Siehe Chronik der PDS. 1989 bis 1997, Berlin 1998.

2 Siehe Meinhard Meuche-Mäker: Die PDS im Westen 1990-2005. Schlußfolgerungen für eine neue Linke. Rosa-Luxemburg-Stiftung. Texte 25, Berlin 2005; Sozialisten in Sachsen-Anhalt. 1990-2000. 10 Jahre PDS, Bd. 1 u. 2, Bildungsverein Elbe-Saale e.V., Magdeburg 2000; Den Menschen verpflichtet – Sichten und Ansichten zur Tätigkeit der PDS in Suhl 1989 bis 2001.

3 Siehe Auf dem Weg der Erneuerung – Chronik der PDS im Land Brandenburg 1989-1994. Hrsg. AG Programm/Geschichte/Politische Bildung beim Landesvorstand Brandenburg der PDS, Potsdam 1995; 10 Jahre PDS – Chronik der PDS im Land Brandenburg. II. Teil, 1995-1999. Hrsg. AG Geschichte beim Landesvorstand Brandenburg der PDS, Potsdam 2000.

auch fehlender methodischer Kenntnisse nicht voll befriedigen konnte. So wurden z. B. die Ereignisse auf der regionalen und örtlichen Ebene, in den Arbeits- und Interessengemeinschaften und anderen Zusammenschlüssen im Vergleich zum Landesverband insgesamt und den Geschehnissen in der Landeshauptstadt Potsdam zu wenig dokumentiert.

Von der Chronik für den Landesverband gingen Anregungen auch für Chroniken in den Orten und Kreisverbänden aus. So erschien eine solche für den Stadtverband Cottbus.[4] Eine weitere für den Stadtverband Brandenburg ist in Arbeit.

Im Zusammenhang mit dem 10. Jahrestag der Gründung der PDS wurde 2000 in verschiedenen Gremien über ein Projekt „Geschichte der PDS" in Brandenburg diskutiert. Anfang 2000 vereinbarte die AG Geschichte mit der Zeitung des Kreisverbandes Potsdam „Potsdamer Linker Bote", daß im laufenden Jahr die in jeder Nummer dieser Zeitung für Geschichte vorgesehene Seite der Geschichte der PDS im Landesverband vorbehalten sein sollte. Ähnliche Vorhaben wurden von anderen lokalen Zeitungen im Landesverband initiiert. Zu diesem Zweck wurden Mitglieder der PDS, die in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen, in Kreisen, in Betrieben und in den ersten Zusammenschlüssen innerhalb der PDS aktiv am Umgestaltungsprozeß und an der Erneuerung der Partei im Lande beteiligt waren, gebeten, ihre Erinnerungen und Erfahrungen zu Papier zu bringen. Beabsichtigt war, mit den eingehenden Beiträgen zu einem späteren Zeitpunkt einen Sammelband herauszugeben.

Für die inhaltliche Gestaltung und den Umfang wurden keinerlei Orientierungen vorgegeben.

Das Ergebnis war eine Reihe von Zeitzeugenberichten, die in den verschiedenen „kleinen Zeitungen" und einige Zeit später in den unten beschriebenen Heften zur Geschichte der PDS im Land Brandenburg veröffentlicht wurden.

Anläßlich des 10. Jahrestages der Bildung des Landesverbandes der PDS Brandenburg gab die Landtagsfraktion der PDS in Verbindung mit dem Landesvorstand eine Publikation heraus.[5] Darin wurden Zeitzeugenberichte sowohl von aktiven Mitgestaltern der Erneuerung der Partei als auch von Außenstehenden, die den Neuformierungsprozeß kritisch begleitet hatten, veröffentlicht.

Im Mai 2001 diskutierte dann die AG Geschichte eine Konzeption „Zur Geschichte der PDS in Brandenburg". Die in Aussicht genommene Publikation sollte sowohl dem Selbstverständnis der PDS-Mitglieder dienen als auch der interessierten Öffentlichkeit die Entwicklung der Partei seit 1989/1990 vorstellen. Es sollte ein lebendiges Bild von der Wirksamkeit in den unterschiedlichen Bereichen vermittelt werden, Mißerfolge und Fehler sichtbar gemacht werden, das Ringen um die programmatische Orientierung und die Spezifik des Wirkens im Land Brandenburg gezeigt werden. Zwar war man sich über die

---

4 Siehe Die PDS in Cottbus. Chronik 1989-1990, 1991, 1992. Hrsg. AG Geschichte beim Stadtvorstand der PDS Cottbus, Cottbus 2000, 2002, 2004.

5 Siehe Lothar Bisky/Anita Tack (Hrsg.): Zehn Jahre PDS in Brandenburg. Mitdenken – nachdenken – umdenken, Potsdam 2000.

Notwendigkeit, das Ziel und den Inhalt einer solchen Publikation weitgehend einig, doch über die Möglichkeiten und die Realisierung wurde heftig diskutiert. Deutlich wurde, daß es zu diesem Zeitpunkt auf Grund des fehlenden Forschungsvorlaufs und des Fehlens sachkundiger Bearbeiter noch keine Monographie, die von einigen Diskutanten für notwendig erachtet wurde, geben könne. Vorgeschlagen wurde daher ein Sammelband, der durch eine Materialsammlung die Grundlage für die zukünftige Geschichtsschreibung schaffen könnte.

In einem einleitenden Teil sollte eine beschreibende Darstellung der Entwicklung des Landesverbandes von 1989/1990 geboten werden. In weiteren Teilen waren Erinnerungsberichte von Persönlichkeiten aus den verschiedenen gesellschaftlichen Bereich seit Ende 1989, Darstellungen der Tätigkeit im Landtag, auf einzelnen Politikfeldern und der Wirksamkeit landesweiter Zusammenschlüsse und gewählter Gremien außerhalb des Landesverbandes vorgesehen. Ergänzt werden sollte die beschreibende Darstellung durch die Wiedergabe von Grundsatzdokumenten, eine Chronik und einen Anhang mit biographischen und statistischen Daten. Die Orientierung auf einen Sammelband sollte auch mit dem Titel der Publikation „Zur Geschichte der PDS im Land Brandenburg“ sichtbar gemacht werden.

Eine Auffassung, die eine kleine Reihe in der Art der von der AG herausgegebenen „Dialoghefte“ vorschlug, setzte sich zu diesem Zeitpunkt nicht durch. Die Entscheidung fiel zugunsten eines Sammelbandes.

Im Oktober 2001 bestätigte der Landesvorstand die von der AG Geschichte vorgelegte Konzeption „Zur Geschichte der PDS im Land Brandenburg“. Auf einer Landesvorstandssitzung im November 2003 wurde unterstrichen, daß das Projekt das wichtigste Vorhaben der AG sein solle. Die Bitte der AG an Einzelpersönlichkeiten, an die Sprecher der AG und IG (Interessengemeinschaften) beim Landesvorstand und anderer Landesgremien, um Mitarbeit am Sammelband, fand kaum Resonanz. Das hatte sicher verschiedene Ursachen, zeigt aber zumindest ein gewisses Desinteresse an der eigenen Geschichte, vielleicht auch die Scheu, sich mit der jüngsten Vergangenheit intensiver zu beschäftigen. Hinzu kommt sicher die zeitliche Belastung der Beteiligten. Dennoch wurde mit Materialerschließung und Zeitzeugenbefragung begonnen und die Publikation erster Ergebnisse vorbereitet.

Anfang 2004 wurde in der AG Geschichte die Konzeption für eine kleine Schriftenreihe „Zur Geschichte der PDS in Brandenburg“ beraten und gebilligt, die inhaltlich der Orientierung von Ende 2001 folgte. Im Zusammenhang mit den Vorbereitungen zum 15. Jahrestag des Landesverbandes im Juni 2005 wurde dann, auch als Vorarbeit für eine umfassendere Darstellung der Geschichte des Landesverbandes, mit der Herausgabe dieser Reihe begonnen. In den einzelnen Heften werden seitdem aktuelle Forschungsergebnisse, Dokumente und Zeitzeugenberichte veröffentlicht.

Das erste Heft, gegliedert in drei Teile, beschäftigt sich mit der ersten Phase der Parteineubildung von Ende 1989 bis zum Dezember 1990.[6] Es enthält die Dokumentation eines wissenschaftlichen Kolloquiums „15 Jahre PDS in Brandenburg" vom Juni 2005.[7]

Es ist vorgesehen, in der Reihe weitere Hefte mit Materialien zu den Interessen- und Arbeitsgemeinschaften, zu den Landesgremien, Einzelstudien zu Kreisorganisationen zu veröffentlichen und die Chronik zum Landesverband und zu einzelnen Kreisen fortzusetzen. In der Reihe „Landesgeschichte" der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e.V. ist eine Veröffentlichung zu den PDS-nahen Vereinen geplant.

2. *Arbeiten an einer Darstellung der Geschichte der PDS im Land Brandenburg*

Seit Mitte 2006 wurde in der AG eine Konzeption für eine Überblicksdarstellung zur „Geschichte der Linkspartei.PDS im Land Brandenburg" diskutiert und im Oktober 2006 vom Landesvorstand bestätigt. In dieser Konzeption wird hervorgehoben, daß die Geschichte der Linkspartei.PDS in Brandenburg für die noch ausstehende Geschichte der Bundespartei von besonderem Interesse ist: Zum einen konnte sich die PDS von Beginn an als einflußreiche politische Kraft unter den Bedingungen sozialdemokratischer Dominanz im Land behaupten. Zum anderen haben Vertreter der brandenburgischen Partei in verschiedenen Spitzenfunktionen wesentlichen Einfluß auf die Entwicklung der Bundespartei genommen, Vertreter der Bundespartei haben als Mandatsträger im Land Brandenburg gewirkt.

Die Publikation soll sich an die Mitglieder und Sympathisanten der Partei sowie an eine breite Öffentlichkeit richten, weshalb ein hoher Informationsgehalt mit populärer Darstellungsweise verbunden wird. Es soll eine Konzentration auf die Hauptlinien der Parteientwicklung und ausgewählte Probleme erfolgen, wobei verschiedene Politikfelder, Ebenen und Regionen behandelt werden.

In der Diskussion der Konzeption ging es um eine Reihe inhaltlicher, von der Entwicklung im Lande ausgehender, Vorgaben, u. a. den konkreten Weg zum Landesverband, die Stellung der PDS in der Verfassungsdebatte, die Kommunalpolitik der Partei, die Frage „regieren – tolerieren – opponieren?", das Angehen gegen die konservative Wende.

Als wesentliches Problem zeigte sich, daß die Wirksamkeit der Strukturen an der Basis deutlicher sichtbar und die Forschungsarbeit auf die Entwicklung an der

---

6 Siehe Zur Geschichte der PDS im Land Brandenburg. H. 1/1: Das Jahr 1989. Dokumente und Zeitzeugenberichte, H. 1/2: Von der SED zur PDS (Januar bis März 1990). Dokumente und Zeitzeugenberichte, H. 1/3: Herausbildung des Landesverbandes Brandenburg (April bis Dezember 1990). Dokumente und Zeitzeugenberichte, Hrsg. AG Geschichte beim Landesvorstand der PDS, Potsdam 2005.

7 Siehe Zur Geschichte der PDS im Land Brandenburg. H. 1/4: Kolloquium der Rosa-Luxemburg-Stiftung „15 Jahre PDS in Brandenburg". 18. Juni 2005, Hrsg. AG Geschichte beim Landesvorstand der PDS, Potsdam 2006.

Basis konzentriert werden muß. Angesichts bisheriger Erfahrungen und der Quellenlage ein schwieriges Unterfangen.

3. Quellen zur PDS-Geschichte im Land Brandenburg

Quellen zu den einzelnen Ebenen liegen in unterschiedlichem Umfang vor. Die Überlieferung für die Landesebene kann als relativ gut und einigermaßen geschlossen betrachtet werden, das ist für die Kreisebene aber nicht der Fall.

Im Archiv des Landesvorstandes werden Dokumente von der Gründungszeit der PDS an bis etwa 2001 aufbewahrt, einige wenige Akten reichen darüber hinaus. Die Akten der Bezirksvorstände Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam aus der Zeit zwischen Ende 1989 bis Mitte 1990 gelangten fast geschlossen ins Archiv.[8] Für die Zeit ab Mitte 1990, der Bildung und Wirksamkeit der Länder, kann man ebenfalls von einer fast geschlossenen Dokumentation der Tätigkeit des Landesvorstandes der PDS sprechen. So findet man hier die Überlieferungen der Landesparteitage,[9] der Landesvertreterkonferenzen, der Konferenzen zu unterschiedlichen politischen Problemen auf Landesebene, der Landesvorstandssitzungen, der Landesgeschäftsstelle, des Landesparteirates, der Bezirks- und Landesschiedskommissionen, der Beziehungen zu anderen Parteien und Organisationen. In unterschiedlichem Umfang überliefert sind Akten der Kommissionen und Arbeitsgemeinschaften beim Landesvorstand, vor allem der AG Internationale Arbeit, Junge GenossInnen, LISA, Neues Denken, Programm, Geschichte, innerparteiliche Bildung, Senioren, Umweltpolitik und der Kommunistischen Plattform. Während die Überlieferung einiger IG und AG wie Geschichte, Neues Denken und der Kommunistischen Plattform recht gut ist, sind bei anderen kaum Dokumente vorhanden bzw. wurden nicht ans Archiv beim Landesvorstand abgegeben. Das hängt unter anderem auch damit zusammen, daß die Dokumente überwiegend bei den Sprechern aufbewahrt werden und mit deren Ausscheiden bei ihnen oder ihren Nachfolgern verblieben. Dokumentiert sind die Öffentlichkeitsarbeit des Landesverbandes und die Teilnahme an Aktionen. Die Wahlkämpfe zu den Parlamenten auf den verschiedenen Ebenen – vom Europaparlament bis zu den Kommunalwahlen, von den Wahlprogrammen bis zu den einzelnen Kandidaten – spiegeln sich in den Akten umfassend wider.

Da die Überlieferung bei den Kreisverbänden nicht besonders umfangreich, kaum erschlossen und oft nur schwer zugänglich ist, kommt den im Archiv des Landesvorstandes vorhandenen Akten eine besondere Bedeutung zu. Gut überliefert sind sowohl die Bestände des Kreisvorstandes Potsdam, des langjährigen Kreisvorsitzenden Potsdam und von 1994 bis 2002 Mitglied des Bundestages

8 Die Akten der ehemaligen Bezirksparteiarchive der SED Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam, die wichtige Informationen zur Vorgeschichte der PDS liefern können, befinden sich im Brandenburgischen Landeshauptarchiv in Potsdam.

9 Eine Ausnahme bildet der Gründungsparteitag vom 16./17.6.1990 im Lande, der nur bruchstückhaft dokumentiert ist.

Rolf Kutzmutz und der ehemaligen Landesvorsitzenden und Landtagsabgeordneten Anita Tack als auch Aktengruppen zu den Kreisen im Bestand Landesvorstand. Im Archiv des Landesvorstandes befinden sich weitere, durch Findbücher bzw. Karteien erschlossene Teilbestände und Sammlungen, die den vorliegenden Bestand ergänzen, so Unterlagen der Abgeordneten des Bundestages bzw. des Landtages Kerstin Bednarsky, Ingeborg Philipp und Heinz Vietze, Mitbegründer der PDS und Landesvorsitzender. Außerdem haben Zeitungen und Druckschriften der Orts- und Kreisverbände der PDS im Land Brandenburg einen nicht unerheblichen Quellenwert für die historische Forschung. Ergänzt werden diese Bestände durch umfangreiche Plakat- und Fotosammlungen.

Im Schrift- und Archivgut der Landtagsfraktion und der Abgeordneten dokumentiert sich ein wesentlicher Teil der Politik der PDS im Land. Diese Materialien befinden sich bei der Fraktion bzw. den Abgeordneten, sind allerdings nur bedingt zugänglich. Aussagen zu den politischen Aktivitäten der Abgeordneten der Linkspartei.PDS im Landtag und in ihren Wahlkreisen finden sich in den Dokumentationen des Präsidiums, des Plenums[10] und der Ausschüsse des Landtags.[11] In der Fraktion selbst sind es nur relativ wenige Unterlagen, die die inhaltliche Seite ihrer Arbeit dokumentieren, z. B. die Protokolle der Sitzungen des Fraktionsvorstandes und der Fraktion.

Die neben der Dokumentation des Plenums und der Ausschüsse aussagefähigsten Materialien befinden sich bei den einzelnen Abgeordneten (persönliche Presseerklärungen, Unterlagen ihrer Arbeit im Plenum, in den Ausschüssen, in der Fraktion und deren Arbeitskreise).[12] Die Tätigkeit der Abgeordneten außerhalb des Landtages wird in erster Linie in ihren Wahlkreisen und in Vereinen, Verbänden und anderen Institutionen sichtbar. Die Dokumentation dieser Aktivitäten wird in den Wahlkreisbüros der Abgeordneten aufbewahrt, gelangte aber bislang nicht in die Archive.

---

10 Diese Materialien sind über das Internet bzw. die Bibliothek des Landtages öffentlich zugänglich – Parlamentsdokumentationssystem Brandenburg (PARLOK-BB).

11 Diese Materialien befinden sich für die erste Wahlperiode im Brandenburgischen Landeshauptarchiv, für die folgenden sind sie in der Bibliothek des Landtages zugänglich.

12 Öffentlich zugängliches Material ist über die Internetseite des jeweiligen Abgeordneten nutzbar.

Einen erheblichen Quellenwert besitzen die von der Fraktion herausgegebenen gedruckten Materialien wie Verlagsveröffentlichungen, Broschüren, Flyer, Zeitungen u. ä.[13]
Zur Dokumentation der Fraktionen der Linkspartei.PDS in den Kreistagen und Kommunalparlamenten können keine Aussagen getroffen werden, obwohl sie für die als notwendig beschriebene Erforschung der Geschichte auf regionaler und örtlicher Ebene von großer Wichtigkeit wäre.
Die Überlieferungen der PDS-nahen Vereine und Stiftungen befindet sich bei diesen selbst und können dort eingesehen werden.
Als wichtige Quelle außerhalb der PDS und ihres Umfeldes seien die allgemein zugänglichen Presseveröffentlichungen genannt.[14] Die regionalen Zeitungen enthalten oft, wenn auch meist tendenziös gefärbt, Informationen über Personen und Ereignisse der Linkspartei und ihr Erscheinungsbild in der Öffentlichkeit.

13 Als kleine Auswahl seien genannt: Konstruktive Opposition – Nur ein Anspruch? Eine unvollständige Bilanz 1990-1994; Mehr praktische Ergebnisse wünschen wir uns schon... Regierung und Opposition sind angesichts der Lebenssituation der Bürgerinnen und Bürger gefordert. Eine Bilanz zur Halbzeit der Wahlperiode, 1997; Fraktion persönlich. Ein Lesebuch, Potsdam 1998; Lothar Bisky: Der „Brandenburger Weg". Ansprüche, Realitäten, Sackgassen und Einbahnstraßen, Potsdam 1999; Unmittelbare Demokratie zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Kolloquium der PDS-Fraktion im Landtag Brandenburg zum 5. Jahrestag der Landesverfassung am 13.9.1997, Potsdam 1998; Spannung im Verfassungsbogen. Karl-Heinz Schöneburg zum 70. Geburtstag, Potsdam 1998; Reformbedarf einer modernen Verfassung. Kolloquium der Fraktion der PDS zum 10. Jahrestag der Verfassung Brandenburgs am 7.6.2002, Potsdam 2002.
14 Zu den am weitesten im Land Brandenburg verbreiteten Zeitungen gehören die „Märkische Allgemeine Zeitung", die „Potsdamer Neuesten Nachrichten", die „Lausitzer Rundschau" und die „Märkische Oderzeitung".

Leserzuschrift

Zu Heft II/2007

Zu meinem in Nr. 2007/II veröffentlichten Beitrag über das „Sport- und Kulturkartell Heidenau, Dohna und Umgebung“ hat mich eine Zuschrift des langjährigen Heidenauer Stadtarchivars und Ortschronisten erreicht, die dem Leser des JahrBuchs nicht vorenthalten werden sollte.
Dietmar Diener, der seine volle Zustimmung zur Gesamtaussage meines Beitrages kundgetan hat, kritisiert folgenden Satz auf S. 143: „In DDR-Zeiten ist zwar auf betrieblicher Ebene im sportlichen und kulturellen Bereich viel geleistet worden, die Kommune hingegen zehrte weitgehende von den in den zwanziger Jahren geschaffenen Einrichtungen.“ Dietmar Diener hält dem folgende Tatsachen entgegen: Nicht die Betriebe haben den Sport in Heidenau organisiert, sondern die Stadt, vor allem über den 1974 gebildeten Sportrat. Durch jährliche Kommunalverträge und in freiwilliger Arbeit erfolgte die Erweiterung des Stadions durch den Bau eines Naturrasenplatzes um etwa ein Drittel der Gesamtfläche. Errichtet wurden u.a. eine Flutlichtanlage, eine Rollschnellaufbahn, eine Kegelhalle, eine Leichtathlektik-Werferanlage, eine Sportmedizinische Praxis und ein Kassenhaus. Das Sportheim wurde erweitert. Es konnte ein Trainingszentrum Radsport geschaffen werden. Auch eine große Sporthalle und eine Schulsporthalle wurden errichtet. Der Sportrat organisierte die jährlich stattfindenden Stadtspartakiaden, den Volkssporttag und Laufveranstaltungen durch die Stadt.
Das überzeugt und veranlaßt mich zu der Feststellung, daß ich mich als Autor in diesem Punkte nicht hinreichend sachkundig gemacht habe. Ich bitte diese Richtigstellung zur Kenntnis zu nehmen.

Günter Benser

Rezensionen/Annotationen

Wolfram Fischer (Hrsg.): Biographische Enzyklopädie deutschsprachiger Unternehmer. Unter Mitarbeit von Konrad Fuchs und Bruno Jahn, K.G. Saur Verlag, München 2004, 3 Bde., 1.958 S.

Die vorliegende Publikation enthält etwa 9.200 (davon etwa 1.200 neuerarbeitete) Kurzbiographien von Unternehmern und leitenden Managern von Unternehmen, die zwischen dem späten Mittelalter und dem 20. Jh. aus dem deutschsprachigen Raum stammten oder hier tätig und zum Zeitpunkt des Erscheinens der Enzyklopädie verstorben waren. Namen wie Albrecht Dürer und Friedrich Engels sind ebenso verzeichnet, wie etwa Ernst Abbe, Willi Daume, Ignatz Bubis oder Jürgen W. Möllemann. Dort, wo vorhanden, werden die Kurzbiographien mit Verweisen auf weiterführende Literatur ergänzt. Die Enzyklopädie wird in ihrem dritten Bd. erschlossen durch eine Zeittafel mit den Geburts- und Sterbedaten der einzelnen Unternehmer sowie durch ein Personen-, ein Firmen- und ein Ortsregister. Für den an der Geschichte der Arbeiterbewegung Interessierten finden sich in einigen Beiträgen Verweise auf Vorstellungen über und auf die Praxis der Gestaltung der Arbeitsverhältnisse in den jeweiligen Unternehmen. Leider ist dieses Gebiet nicht, z.B. durch ein Stichwortverzeichnis, erschlossen, was sicherlich auch kaum zu den konzeptionellen Überlegungen bei der Erarbeitung dieser Enzyklopädie gezählt haben dürfte. *Peer Lautenschläger*

Manfred Isemeyer: Das atheistische Berlin. Metropole des Humanismus. Hrsg.: Humanistischer Verband Deutschlands. Landesverband Berlin, Berlin 2005, 88 S., Abb., Stadtplan;
Humanismus. Geschichte und Gegenwart. Der lange Weg zu Toleranz und Gleichberechtigung. Begleitheft zur Ausstellung des Humanistischen Verbandes Deutschlands, Landesverband Berlin, über die Entwicklung des Humanismus von seinen Anfängen bis heute, Berlin 2006, 32 S., Ill.

Die erste Broschüre ist eine populäre Darstellung der atheistischen und humanistischen Traditionen in Berlin. Sie enthält im (umfangreichsten) ersten Teil 100 Kurzbiographien von Persönlichkeiten, „die sich dem humanistischen Spektrum zurechnen lassen, einen engeren Bezug zur Stadt [Berlin – W.A.] haben, aber auch national von Bedeutung sind“ (S. 3f.). Das Spektrum reicht von Friedrich II. über Karl Marx, Rosa Luxemburg bis Täve Schur.
Teil II bietet einen kurzen Überblick über Vereine, Verbände und Institutionen, die sich seit der Mitte des 18. Jh. bis zur Gegenwart um die Verbreitung humanistischen Gedankenguts verdientgemacht haben. Teil III ordnet Personen und Vorgänge einzelnen Gebäuden, Plätzen, Denkmalen bzw. Versammlungs- oder Ereignisorten zu. Hilfreich dabei ist der beigefügte Stadtplan. Insgesamt eine lesens- und empfehlenswerte Publikation.

Dies gilt gleichermaßen für das Begleitheft zur Ausstellung, die der Landesverband Berlin des Humanistischen Verbandes Deutschlands erarbeitet hatte und die vom 1. bis 30. Juni 2006 im Rathaus Berlin-Schöneberg und vom 2. November bis 15. Dezember 2006 in der Alten Feuerwache in Berlin-Friedrichshain zu sehen war. Diese Ausstellung dokumentierte, und dies wird im vorliegenden Heft in bemerkenswerter drucktechnischer Qualität wiedergegeben, die Geschichte des Humanismus von der Antike bis zur Gegenwart. Ideologiegeschichtliche Dimensionen des Humanismus werden dabei ebenso deutlich, wie das politische Handeln von Humanisten in allen Epochen. Besonders hervorzuheben ist, daß sich die Ausstellungsautoren nicht auf Deutschland beschränkten, sondern die internationalen Ausmaße humanistischen Denkens und Wirkens deutlich herausgearbeitet haben. Eingeleitet wird das Heft von einem Beitrag des Geschäftsführers des Landesverbandes Berlin Manfred Isemeyer „Vernunft und Selbstbestimmung – Die Alternative zu religiösem Glauben". Horst Groschopp, Bundesvorsitzender des Humanistischen Verbandes Deutschlands, beschließt die Broschüre mit einem Aufsatz über „Humanismus in der Renaissance".

Wolf G. Angmeyer

Helmut Bleiber/Walter Schmidt/ Susanne Schötz (Hrsg.): Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution von 1848/ 49, FIDES Verlag, Berlin 2007, 935 S.

Seit den 90er Jahren veröffentlicht ein um Walter Schmidt, dann ergänzt durch Helmut Bleiber (†) und Susanne Schötz, gescharter Arbeitskreis in unregelmäßiger Folge und in variierender Zusammensetzung umfangreiche Sammelbde. mit Studien zur deutschen Revolution von 1848/49 sowie – hauptsächlich – Biographien bzw. biographische Skizzen über Frauen und Männer, die Befürworter, Wegbereiter, Mitkämpfer der 48er Revolution waren oder auch Gegner derselben. Reichlich 40 Lebensläufe liegen in den beiden zuletzt erschienenen Sammelbd. „Akteure eines Umbruchs" vor, 21 enthält der hier vorzustellende.

Schon das ist verdienstvoll, sind doch Biographien wie kaum eine andere Gattung der Geschichtspublizistik geeignet, historische Abläufe lebendig, eben ad hominem, zu demonstrieren und die außerordentliche Vielfalt, Differenziertheit, Kompliziertheit, aber auch die – trotz allen Forscherfleißes – oft Undurchschaubarkeit menschlichen Handelns im Geschichtsverlauf zu veranschaulichen.

Der Rezensent darf behaupten, aus Erfahrung zu sprechen, hatte er sich doch vor rund 40 Jahren gemeinsam mit seinen Autorenkollegen erkühnt, auftragsgemäß sich an einer Marx- und einer Engels-Biographie zu versuchen, wobei wir uns mit dem damals gängigen Vers von Henryk Keisch selbst ironisierten: „Der Ruhm der Großen läßt die Kleinen bei Tag und Nacht nicht schlafen. Sie möchten auch gern groß erscheinen und werden Biographen."

Und liegt nicht tatsächlich ein Quentchen Vermessenheit darin, menschliches Denken, Fühlen und Handeln

Generationen später analysieren zu wollen? Doch der Versuch muß immer wieder gewagt werden, und das ist im vorliegenden Bd. zumeist mit großem Erfolg geschehen. Dazu tragen nicht zuletzt mehrere Frauenbiographien und die Lebensläufe zweier nichtdeutscher Persönlichkeiten bei.

Vertreter von vier politischen Strömungen werden dem Leser vorgestellt: als Repräsentanten des demokratischen Lagers *Robert Brauner* (Helmut Bleiber), *Hartwig Gercke* (Kurt Wernicke), *Ludwik Mierosławski* (Daniela Fuchs), *Emil Adolf Rößmäßler* (Peter E. Fäßler), *Gustav Adolph Techow* (Erhard Kienbaum), *Wilhelm Adolf von Trützschler* (Peter Kaupp); sodann als revolutionäre Demokraten, die sich zu sozialistisch-kommunistischen Positionen durchrangen, *August Hermann Ewerbeck* (Francois Melis), *Abraham Jacobi* (Arno Herzig), *Rudolph Matthäi* (Walter Schmidt) und *Victor Schily* (Rolf Dlubek).

Handelt es sich bei den Genannten ausschließlich um Männer, so wurden wegen ihrer demokratischen Haltung sieben Frauen zum Objekt biographischer Forschung und Darstellung gewählt, nämlich *Luise Dittmar* (Christine Nagel), *Johanna Goldschmidt* (Inge Grolle), *Johanna Küstner-Fröbel* (Katja Münchow), *Lucie Lenz* (Sylvia Paletschek), *Henriette Obermüller-Venedey* (Birgit Bublis-Godau), *Amalie Struve* (Marion Freund) und *Emilie Wüstenfeld* (Inge Grolle). Und schließlich kann sich der Leser in die recht widerspruchsvollen Lebensläufe von *Julius von Minutoli* (Dorothea Minkels), *Eduard von Peucker* (Harald Müller), *Franz Seraphicus Graf von Stadion* (Gunther Hildebrandt) sowie *Adolf Sydow* (Heinz Warnecke) vertiefen – alles in allem ein außerordentlich vielfältiger Querschnitt durch die wichtigsten politischen Lager des Vormärz und der Revolutionsjahre.

Vom hohen wissenschaftlichen Neuwert des Bd. zeugt nicht zuletzt, daß fast die Hälfte aller Beiträge Erstbiographien sind. Der Umfang der einzelnen Studien pendelt zwischen 24 und 50 Druckseiten. Alle stützen sich in natürlich recht unterschiedlichem Grade auf gründliche Quellenstudien, wobei die Auswertung bisher unveröffentlichter Briefe bzw. Briefwechsel eine erfreulich große Rolle spielt.

Fernab von jeder bewertenden Rangordnung, allein vom speziellen Interesse des Rezensenten bestimmt, seien einige Beiträge näher betrachtet, die unsere Kenntnis über den Freundes- und Bekanntenkreis von Marx und Engels wesentlich erweitern und vertiefen. Das betrifft das führende Pariser Mitglied des Bundes der Gerechten H. Ewerbeck (1816-1860), der auf vielfältige Weise, nicht zuletzt als überaus reger Korrespondent der „Neuen Rheinischen Zeitung", energisch für ein Bündnis der französischen und deutschen Demokraten wirkte und durch umfangreiche Übersetzungen demokratisches und sozialistisches Ideengut zwischen beiden Völkern zu vermitteln suchte (S. 91ff.). Überzeugend ergreift F. Melis bei der Analyse des Zerwürfnisses zwischen Ewerbeck und Marx Anfang 1849, mit Tatsachen belegt, Partei für den Ersteren (S. 103-105).

Nur auf Tage beschränkt war der persönliche Kontakt A. Jacobis (1830-1919), Mitglied des Bundes der Kom-

munisten und Angeklagter im Kölner Kommunistenprozeß, mit Marx und Engels, doch um so nachhaltiger der mittelbare Einfluß der Genannten auf Jacobis Entwicklung vom naturwissenschaftlichen Materialisten zum Marxisten, vom radikal-sozialistischen Demokraten zum Kommunisten (S. 209ff.), ehe der junge Arzt in die USA emigrierte.

Für die Marx-Forschung im weiteren Sinn ist die Biographie des Juristen V. Schily (1811-1875) aus der Feder von R. Dlubek von hohem Wert (S. 595ff.). Vor allem auf der Basis der bisher nicht oder nur punktuell ausgewerteten Briefwechsel zwischen Schily, J. Ph. Becker und Marx ersteht vor dem Leser der Lebensweg eines zweimal zum Tode verurteilten Achtundvierzigers, der sich konsequent vom radikalen Trierer Demokraten zum Vertrauensmann der IAA in Paris entwickelte und der einer der „ältesten und intimsten persönlichen Freunde" (S. 633) von Marx wurde, wie dieser selbst betonte. Bei diesem Beitrag wünscht man sich besonders, daß der Autor ihn zu einer separaten Broschüre ausbaut.

Völlig anders, ja, von Mißverständnissen einerseits, von sarkastischer Polemik in „Herrn Vogt" andererseits geprägt, war die Beziehung zwischen G. A. Techow (1815-1890) und Marx. E. Kienbaum gibt erstmals eine ausgewogene Gesamtdarstellung des abenteuerlichen Lebenslaufs Techows, der vom preußischen Offizier zum Generalstabschef der pfälzischen Revolutionsarmee, dann zum politischen Exilenten in London führte, bis Techow schließlich ein Pionier der australischen Sportbewegung wurde (S. 775ff.). „[...] kenntnisreich, umsichtig und ruhig" (Engels) als revolutionärer militärischer Führer, leidenschaftlich und selbstlos als demokratischer Patriot, blieb Techow jedoch Theorie wie politische Strategie von Marx und Engels nach der Niederlage der Revolution unbekannt und unverständlich – so das Fazit von Kienbaum.

Summa summarum darf festgestellt werden: Der gewichtige Bd. ist für den Fachspezialisten künftig ein unverzichtbarer Fundus, für den historisch Interessierten eine empfehlenswerte spannende Bildungslektüre, für Hrsg., Autoren und Verlag hoffentlich ein Ansporn zu weiteren Publikationen dieses Genres.

Heinrich Gemkow

Lars Lambrecht (Hrsg.): Osteuropa in den Revolutionen von 1848 (Forschungen zum Junghegelianismus. Quellenkunde, Umkreisforschung, Theorie, Wirkungsgeschichte. In Verbindung mit dem Instituto Italiano per gli Studi filosofici hrsg. von Konrad Feilchenfeldt und Lars Lambrecht), Peter Lang. Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt am Main u. a. 2006, 242 S.

Die Sammelschrift enthält elf Vorträge eines im achtundvierziger Jubiläumsjahr 1998 vom Hamburger Forschungsprojekt Junghegelianismus unter Lars Lambrecht durchgeführten Symposiums. Es hatte sich zum Ziel gesetzt, gegenüber der bislang überwiegend west- und mitteleuropäisch orientierten Sicht auf 1848 Osteuropa in den Blick zu nehmen und revolutionäres politisches und geistiges

Aufeinanderwirken von Ost und West im Umfeld von 1848 stärker zur Geltung zu bringen.

Als einzigen Beitrag über osteuropäische Revolutionsbewegungen liefert Dan Berindei (Bukarest) eine konzentrierte Darstellung der revolutionären 1848er Vorgänge in den rumänischen Ländern, wobei er vor allem deren Bedeutung für den rumänischen Nationsbildungsprozeß und innerhalb der europäischen Revolution zu bestimmen sucht. Als gewisses Pendant dazu steht Andreas Feuchtes (Hamburg) Wiedergabe von Passagen aus des Journalisten Hermann Franck „Tagebuch für Hugo", die Vorgänge in der Berliner Revolution von 1848 durch interessante Farbtupfer ergänzen.

Vier Beiträge befassen sich mit dem Verhältnis Deutschlands und Polens in der Revolutionszeit. Ursula Püschel (Berlin) arbeitet anhand der „Polenbroschüre" eindrucksvoll die ungebrochene Polensympathie Bettina von Arnims heraus und zeigt durch Analyse ihrer Schrift „Gespräche mit Dämonen" auf, daß sie nicht minder auch die ungarische Revolution und deren Dichter Sandor Petöfi hoch schätzte und verteidigte.

Helmut Bleiber (Berlin) untersucht hingegen die Erscheinungsformen und Grenzen der deutschen Polenfreundschaft im Revolutionsjahr und deckt die Hintergründe für den Umschlag in eine breite offizielle Polonophobie auf, der sich allein die Mehrheit der deutschen Demokraten und namentlich ihr äußerster linker Flügel widersetzte, dessen fortdauernder Polensympathie seinerseits eine „revolutionsorientierte Zweckgebundenheit" zugrunde lag. Cornelia Östreich (Hamburg) kann aufgrund ihrer Forschungen nachweisen, daß die massenhafte Auswanderung der Posener Juden in die USA in den 1850er Jahren zwar primär wirtschaftliche Ursachen hatte, gleichwohl aber durch die Emanzipationsprozesse der Revolution und die 1848 dank propreußischer Haltungen offenbar gewordenen Divergenzen gegenüber der polnischen Bevölkerungsmehrheit nicht unwesentlich befördert wurde. Eine rein philosophiegeschichtliche Studie von Massimiliano Tomba (Padua) umreißt überzeugend die Spezifik der „Philosophie der Praxis" des polnischen Hegelschülers August von Cieczkowsky, der – wie auch Karol Libelt – die durch Eduard Gans angeregte Wieterentwicklung der Hegelschen Philosophie an die polnische Situation anpaßte und angesichts fehlender polnischer Staatlichkeit mit einer Verlagerung des geschichtlichen Subjekts vom Staat auf die Nation fortführte.

Weitere fünf Beiträge erörtern Probleme der Hegelrezeption, des Junghegelianismus und dessen innerer Differenzierung. Irina Hundt (Potsdam) erschließt durch eine Studie und anschließende Dokumentation erstmals die Biographie und den energischen Einsatz der Schlöffel-Tochter Marie von Diezelsky für den 1845 verhafteten Vater. Sie macht so mit einer bislang unbekannten schlesischen Jungehegelianerin bekannt und leistet einen Beitrag zur weiteren Klärung des Verhältnisses von Junghegelianismus und Frauenemanzipation. Martin Hundt (Potsdam) macht in einem auf umfassender Literaturanalyse beruhen-

den historischen Überblick in dieser Weise zum ersten Mal deutlich, wie sich auf dem Hintergrund der Auseinandersetzungen zwischen „Westlern“ und „Slawophilen“ die Hegel- wie Junghegelianismus-Rezeption mit ihren jeweiligen Rückwirkungen in Rußland vom ersten Drittel des 19. Jahrhunderts bis in die Gegenwart vollzog. Nachdenkenswert ist die Gegenüberstellung des „Hegelianers“ und „Westlers“ Lenin und des slawophilen „Panslawisten“ Stalin. „Der Marx des ‚Marxismus-Leninismus‘ war gründlich ent-hegelianisiert, dogmatisiert und damit für den slawophilen Gebrauchszweck gestutzt“ (S. 197).

Der vor- und nachmärzliche Bruno Bauer ist das Thema zweier Artikel. Zvi Rosen (Ramat-Gan/Israel) widerlegt nachdrücklich die weit verbreitete Auffassung, wonach Marx’ Auseinandersetzung mit Bruno Bauers tatsächlich judenfeindlicher Arbeit zur Judenfrage, antijüdischen Charakter trüge. Er weist hingegen nach, daß Marx’ Polemik gegen Bauer im Gegenteil eine Unterstützung der Emanzipation der Juden war. „Man kann, wenn man will, Marxens Text so lesen, als ob er eine antisemitische Einstellung hatte.

Meiner Ansicht nach steht eine solche Auffassung im Widerspruch zur Textanalyse und zum Sinn der Marxschen Lehre“ (S. 166). Petra Linzbachs Forschungen zum Anteil Bruno Bauers an Hermann Wagners „Staats- und Gesellschaftslexikon“ (1859-67) ergänzen die bislang hauptsächliche Beurteilung des frühen Bauers als Junghegelianer durch seine Rolle nach 1849. Als ein Wegbereiter des rassistischen Antisemitismus trug er wesentlich dazu bei, antisemitisches Denken in die konservativen politischen Konzepte einzubringen.

Lambrechts (Hamburg) Untersuchung von „‚Antisemitismus‘ und ‚Demokratie‘ im Frankfurter Parlament“ beschränkt sich nicht auf Hinweise, daß es auch in der Deutschen Nationalversammlung von 1848/49 sporadisch antijüdische Tendenzen, am deutlichsten im Antrag von Moriz Mohl, gab. Sein eigentliches Verdienst kann wohl eher in dem Bemühen gesehen werden, die Begriffe „Antisemitismus“ (S. 139) wie „ Junghegelianismus“ und „Demokratie“ auf ihre Substanz zu befragen, näher zu bestimmen und auch zueinander ins Verhältnis zu setzen.

Freilich werden auch seine Definitionsversuche weiterer Debatte bedürfen, so etwa der Junghegelianismus-Begriff, der als „historisch-zeitgeistiger ‚Schmelztiegel’, in dem die heterogensten Strömungen der Zeit zusammengeflossen waren“ definiert (S. 137), doch als zu weit, verschwommen, ja sogar der politischen wie philosophischen Substanz entleert erscheint. Auch zum Demokratiebegriff (S. 140f.) scheint es angeraten, den sozialen Bezug auf reale Volksinteressen als wichtigstes Kriterium stärker zur Geltung zu bringen.

Alles in allem eine „verspätet“ auf den Markt gekommene achtundvierziger Jubiläumsschrift, die wichtige Aspekte in den Diskurs um die politischen und geistigen Ost-Westbeziehungen in der Revolution und deren Umfeld eingebracht hat und so die Debatte um den historischen Platz von 1848 befruchtet.

Walter Schmidt

Arno Klönne/Karl A. Otto/Jörg Wollenberg: Freiheit, Wohlstand, Bildung für alle! Vom Ortsverein Bielefeld des Deutschen Buchdruckerverbandes zur Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. Ein Lese-Bilder-Buch. Herausgegeben von Ortsvereinsvorstand Bielefeld, ver.di Fachbereich 8, Medien, Kunst und Industrie, VSA-Verlag, Hamburg 2004, 237 S., Abb.

Die Aufarbeitung der Gewerkschaftsgeschichte auf lokaler Ebene gehört zu den hervorhebenswerten Aktivitäten gewerkschaftlicher Bildungsarbeit der vergangenen Jahre. Der vorliegende, reich bebilderte Bd. erzählt die Geschichte der Gewerkschaften in Bielefeld, insbesondere die Geschichte des Ortsvereins Bielefeld des Deutschen Buchdruckerverbandes und seiner Folgeorganisationen bis zur Gründung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di.

Als Autoren zeichnen neben K., O. und W. auch Heinrich Hollmann (bis zu seiner Berentung im Jahre 1983 zweiter Vorsitzender des Landesbezirks NRW der IG Druck und Papier), Hans-Dietmar Hölscher (bis 2002 Betriebsrat und gewerkschaftlicher Vertrauensmann in einem Bielefelder Betrieb), Peter Reinhold (Vorsitzender des Ortsvereins Bielefeld, ver.di, Fachbereich 8, Medien, Kunst und Industrie), Dirk Toeppner (Fachsekretär Fachbereich 8 im ver.di Bezirk Bielefeld/Gütersloh) und Frank Wernecke (stellv. Vorsitzender der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di) verantwortlich. Dieser Umstand sei deshalb hervorgehoben, weil damit eine nicht unwesentliche Tradition gewerkschaftlicher Identitätsstiftung von vor 1933 bewußt wieder aufgenommen wird, nämlich die, daß Gewerkschaftsfunktionäre selbst dazu beitragen, die Geschichte ihrer Organisation zu schreiben und zu propagieren.

Zwei grundsätzliche Überlegungen prägen diesen Bd. Zum einen: „Kann die gewerkschaftliche Form der Interessenvertretung den gegenwärtigen gesellschaftlichen Wandel überstehen und den Bedeutungsverlust bremsen? Das Nachdenken über die Zukunft verlangt nach einem Rückblick auf Modelle und Leistungen der Vergangenheit“ (S. 12). Zum zweiten: „Die sozialstaatliche Bändigung der deutschen Variante des Kapitalismus schien nach 1945 gelungen – freilich um den Preis des Verzichtes auf weitergehende Forderungen einer Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft“ (ebenda). Dem wird in sechs – inhaltlich strukturierten – Kapiteln jeweils chronologisch nachgespürt: die Organisationsgeschichte vom Buchdruckerverband zur Dienstleistungsgewerkschaft (S. 11-73), „tarifpolitische Weichenstellungen“ seit 1873 (S.75-141), „Kampf um Demokratie und Demokratisierung“ (S.143-163), „friedenspolitische Verantwortung“ der Gewerkschaften (S. 165-179), Gewerkschaften und Presse (S. 181-191) sowie „Bildung, Kultur, Freizeit und Jugend“ (S. 193-205).

Das abschließende siebente Kapitel behandelt die „neuen Herausforderungen“ gewerkschaftlicher Interessenvertretung (S. 207-221). Im Anhang (S. 225-237) befinden sich eine Zeittafel sowie zahlreiche Tabellen zu Mitgliederentwicklung, Ortsvereins-

vorsitzenden, hauptamtlichen Sekretäre, Lohnentwicklung, Arbeitszeitverkürzungen, Urlaub und anderen tariflichen Vereinbarungen.

Wolfgang Heyn

Christine Haug/Lothar Poethe (Hrsg.): Leipziger Jahrbuch zur Buchgeschichte, Bd. 15, Harrassowitz Verlag, Wiesbaden 2006, 439 S.

Es ist sicherlich ungewöhnlich, auf den Seiten des JahrBuchs für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung einen Hinweis auf ein „Jahrbuch für Buchgeschichte" zu finden. Doch neben einer größeren Zahl inhaltsreicher buch- und verlagsgeschichtlicher Abhandlungen wie von F. S. Pelgen über den Schwäbisch Haller Drucker Johann Christoph Messerer (1734-1801) oder über „Das Deutsche Buchhändlerhaus in Leipzig (1888-1943)" von K. Stoll, Arbeiten über den Weimarer Verleger Friedrich Justin Bertuch (1747-1822) von S. Seifert sowie C. Haug findet man auch einen Beitrag der ausgewiesenen Bibliographin und Autorin zur Geschichte von Arbeiterverlagen Inge Kießhauer mit dem Titel „‚Das ganze ist ein Schwindel ...'. Zur Geschichte der Allgemeinen Deutschen Accociations-Druckerei e. G., Berlin".

Die Gründung der Allgemeinen Deutschen Accociations-Druckerei wurde seit Beginn des Jahres 1875 von Willhelm Hasselmann intensiv betrieben, der in der Nachfolge von Johann Baptist Schweitzer und als eifriger Lassallianer seit Juli 1871 die Zeitung „Neuer Social-Demokrat" redigierte. Im Mai 1875 ging auf dem Gothaer Vereinigungskongreß die in Gründung befindliche Accociations-Druckerei in den Besitz der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) über. Als die Genossenschaft am 1. Oktober 1875 in das Handelsregister als „Buchdruckerei-Geschäft, verbunden mit Buchhandel" eingetragen wurde, hatte sie sich bereits zu einem leistungsfähigen Unternehmen entwickelt. Zu dieser Zeit wurden in der Genossenschaft bereits mehrere Zeitungen gedruckt, so der „Neue Social-Demokrat" (erschien bis 30.9.1876, dann eingestellt); die „Sozialpolitischen Blätter", die Gewerkschaftszeitungen „Der Grundstein" und „Der Pionier".

Seit dem 1. Januar 1876 erschien die „Berliner Freie Presse", die sich zum Berliner Parteiorgan der SAP entwickelte. In der Folgezeit ergänzten eine Reihe weiterer Zeitungen und Zeitschriften, darunter „Der Märkische Volksfreund", „Die Zukunft" und „Der arme Conrad", sowie mehrere Broschüren mit Arbeiten von August Bebel, Ferdinand Lassalle, Johannes Most und anderen das Verlagsprogramm. Mit dem Erlaß des Sozialistengesetzes im Oktober 1878 endete auch die Erfolgsgeschichte der Accociation. Die „Berliner Freie Presse" u. a. mußten ihr Erscheinen einstellen. Es gelang der Accociation noch, die Maschinen an einen Sympathisanten zu verkaufen, so daß diese der Beschlagnahme entgingen.

Die Arbeit von Kießhauer stellt einen wichtigen Beitrag zu den Anfängen der Verlagsgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung dar, dessen Wert noch durch die in der Anlage wiedergegebenen Dokumente sowie ein Verzeichnis der Veröffentlichungen

der Accociations-Druckerei erhöht wird. *Jürgen Stroech*

Leo Maché-Suniza: Der lebende Tote. Das eigenartige Schicksal des Altbolschewiken Ljew Borissowitsch Suniza, Trafo-Verlag, Berlin 2005, 164 S., Abb.

Während der großen Stalinschen Säuberungen in der Sowjetunion der 1930er Jahre wurden über zehn Millionen Menschen inhaftiert und weit über eine Million ermordet. Bei den meisten Opfern handelte es sich um Kommunisten. Auch die „alte Garde" der Bolschewiki war betroffen. Nur wenige, die bereits vor 1917 Mitglied der Partei gewesen waren, überlebten die Verfolgungen. Zu Recht hat Hermann Weber die Säuberungen als „größte Kommunistenverfolgung aller Zeiten" bezeichnet.

Von denjenigen, die überlebten, verlor sich häufig jegliche Spur – so auch von Ljew Borissowitsch Suniza. Knapp 70 Jahre nach ihrem letzten Treffen zeichnet nun Leo Maché-Suniza den bewegten Lebensweg seines Vaters nach.

Die politische Sozialisation des 1887 im westrussischen Mglin geborenen Ljew Borissowitsch Suniza begann mit der Revolution von 1905. Kurz darauf trat er der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands bei, in welcher er der Fraktion der Bolschewiki angehörte. Schnell spielte er eine wichtige Rolle in der Partei und „wurde mit 18 Jahren Berufsrevolutionär" (S. 19f.). Er schrieb für die *Prawda* und war Redaktionssekretär bei „Unser Weg". Mit Nikolai Bucharin und später auch Bela Kun verband ihn eine enge Freundschaft. Auch Lenin kannte er persönlich.

Vor Beginn des Ersten Weltkriegs emigrierte Suniza nach Wien. Hier arbeitete er eng mit führenden Vertretern der Arbeiterbewegung wie Leo Trotzki, Otto Bauer, Max Adler und Karl Renner zusammen. Während des Krieges gehörte er der „Zimmerwalder Linken" an und war 1918 an der Gründung der Kommunistischen Partei Österreichs beteiligt. Kurz darauf wurde er des Landes verwiesen. Zurück in Rußland, kämpfte er zunächst 1919/20 in den Reihen der Roten Armee und war dann als Parteifunktionär in Omsk und als Redakteur verschiedener Zeitungen tätig. Ab 1923 lehrte er politische Ökonomie an der Jekaterinburger Universität. Von Bucharin wurde er schließlich 1926 an die „Internationale Leninschule des EKKI" in Moskau geholt.

Die Sowjetunion war zu dieser Zeit geprägt vom Richtungsstreit innerhalb der KPdSU – wie sich die Bolschewiki nun nannten. Bis 1928 hatte die Stalin-Fraktion bereits Trotzki, Sinowjew und Kamenew aus allen leitenden Ämtern in Partei und Staat gedrängt. In jenem Jahr begann der Generalsekretär Stalin nun den Kampf gegen die sogenannte „rechte Opposition" um Sunizas Freund Bucharin. Dieser, einst von Lenin als „Liebling der ganzen Partei" bezeichnet, wurde schließlich 1929 aus dem Politbüro ausgeschlossen und seines Postens als Vorsitzender des EKKI enthoben. Im gleichen Jahr mußte Suniza die „Internationale Leninschule" verlassen und wurde an die Technische Hochschule in Nowotscherkassk versetzt. „Es war

dabei nicht ganz klar, ob dies damit zusammenhing, dass Suniza seinerzeit von Bucharin zur Leninschule geholt wurde“ (S.77).

Deutlich wurde aber in den nächsten Jahren, daß sich die Distanz zwischen Suniza und der Parteiführung vergrößerte. So kritisierte er beispielsweise die „Sozialfaschismus“-These, welche Stalin für die Komintern ausgegeben hatte. In Deutschland führte die faktische Gleichsetzung von Sozialdemokratie und Hitler-Faschismus durch die KPD-Führung um Ernst Thälmann in der Praxis zur Schwächung der Arbeiterbewegung im Kampf gegen den Aufstieg der Nationalsozialisten. Suniza hingegen „hatte kein Verständnis für die Politik Thälmanns“ (S. 90).

Auch zu den Zwangskollektivierungen, die Stalin zu dieser Zeit durchführen ließ, stand Sunizas in Opposition. Mittlerweile war er dafür verantwortlich, die Ablieferung der Ernte durch die Kollektivwirtschaften zu überwachen. M. schreibt über seinen Vater: „Er war zwar 1933 als gehorsamer Parteisoldat noch dabei, die Getreidebeschaffung für den Staat, für die Gesellschaft zu überwachen, aber nicht mehr mit ganzem Herzen“ (S. 89).

Ende April 1935 wurde Ljew Borissowitsch Suniza verhaftet und deportiert. In einem letzten Brief aus dem Sommer 1941 an seine Frau (der vollständig abgedruckt ist, S. 115-126) schildert er die verschiedenen Stationen seiner Verbannung. Danach verliert sich seine Spur.

Als Suniza schließlich im März 1957 vom Obersten Gericht der UdSSR rehabilitiert wurde, ging seine Familie davon aus, daß er längst tot sei. Erst als seiner Frau Ende 1971 eine offizielle Todesurkunde zugesandt wurde, mußte sie feststellen, daß er nach seiner Verhaftung noch 36 Jahre gelebt hat. „Wo, wie, das ist uns allen unbekannt geblieben“ (S. 133).

Leider ist auch M. gestorben, bevor er die vorliegende Biographie beenden konnte. Diese Information wird dem Leser jedoch zunächst vorenthalten. Wenn er nicht zufällig schon die Kurzbiographie des Autors auf den letzten Seiten des Buches (S. 163f.) gelesen hat, arbeitet er sich verwundert durch ein Werk, das an nicht wenigen Stellen fragmentarisch bleibt. Ein Vorwort des Hrsg. hätte hier sicher Abhilfe schaffen können – ebenso eine intensive redaktionelle Überarbeitung. Da letztere ausgeblieben scheint, stolpert man während der Lektüre des Buches immer wieder über ärgerliche orthographische Fehler und stilistische Mängel wie Tempiwechsel und Wiederholungen. Dies wäre nicht nötig gewesen.

Ohne Zweifel liegt die Stärke des Buches in der Tatsache, daß M. stellvertretend mit der Geschichte seines Vaters das Schicksal Tausender Altkommunisten in der Sowjetunion der 1930er Jahre beleuchtet.

Gerade der Teil der Biographie, in dem der Autor Mutmaßungen über die letzten Lebensjahrzehnte des „lebenden Toten“ anstellt, ist spannend zu lesen. Hervorzuheben ist auch, daß hier Artikel von Sunzia erstmals in deutscher Sprache zugänglich gemacht werden. Allerdings bleibt das Werk leider über weite Strecken analytisch schwach. Ereignisse werden angerissen, aber nicht in

ihrem historischen Kontext betrachtet. Darüber hinaus setzt M. – ohne daß sein Werk einen wissenschaftlichen Anspruch hätte – sehr viel Fachwissen voraus. Eine Tatsache, die einen größeren Leserkreis bedauerlicherweise von vornherein ausschließt.

Marcel Bois

Günter Benser: Volksbühne Heidenau 1906 bis 1939 – 1945 bis 1949. Die bewegte Geschichte eines Amateurtheaters, edition bodoni, Berlin 2007, 238 S., Abb.

Mit seiner Darstellung der Geschichte der Volksbühne Heidenau hat sich der profilierte Historiker B. einem bisher weitgehend vernachlässigten Gebiet der Geschichte der Arbeiterbewegung angenommen, nämlich der aktiven Teilnahme von Arbeitern, Handwerkern u. ä. – den sogenannten „kleinen Leuten" – am kulturellen Leben ihrer Zeit. Solche Ende des 19. Jh. und zu Beginn des 20. Jh. gegründeten Amateurtheater waren ebenso wie die zur gleichen Zeit in Erscheinung tretenden Volkschöre, Turnvereine, Wandervereine u. ä. neben der organisierten Arbeiterbewegung entstanden und dienten in erster Linie der Befriedigung individueller Interessen und dem Bedürfnis nach Geselligkeit. Sie waren jedoch vielfach über einzelne ihrer Mitglieder mit der organisierten Arbeiterbewegung verbunden und gestalteten verschiedentlich Rahmenprogramme für einzelne derer Veranstaltungen. Dieser Maxime folgte auch die Volksbühne Heidenau, die mit ihren Aufführungen bald von der Bevölkerung angenommen wurde, zahlreichen Menschen den Weg ins Theater erschloß und ihre geistigen Horizonte erweiterte.

Dadurch, daß B. dezent und geschickt das kulturelle, politische und ökonomische Umfeld sowie Bezüge aus seiner eigenen Familiengeschichte – Großeltern und Eltern waren aktive Mitglieder dieses Vereins – in seine Darstellung einfließen ließ, verdeutlichte er nicht allein das erfolgreiche Wirken der Volksbühne Heidenau und die Bedeutung derartiger Amateurtheater, sondern machte das Buch auch zu einer lesenswerten Lektüre, die dem Leser neue Sichten und Erkenntnisse vermittelt.

Neben zahlreichen Abbildungen im Textteil enthält die Arbeit einen Anhang mit Dokumenten, ein Verzeichnis der Aufführungen sowie der Mitglieder der Volksbühne Heidenau, ein Personenregister und Anmerkungen.

Jürgen Stroech

Beatrix Herlemann: Biographisches Lexikon niedersächsischer Parlamentarier 1919-1945. Unter Mitarbeit von Helga Schatz (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen; 222), Verlag Hahnsche Buchhandlung, Hannover 2004, 460 S., Abb.;

Joachim Lilla: Statisten in Uniform. Die Mitglieder des Reichstags 1933-1945. Ein biographisches Handbuch. Unter Einbeziehung der völkischen und nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten ab Mai 1924, Droste Verlag, Düsseldorf 2004, 996 S.

Das Lexikon von H. enthält biographische Angaben zu Parlamenta-

riern, die in den dem heutigen Land Niedersachsen vorangegangenen Landtagen von Braunschweig, Oldenburg, Schaumburg-Lippe, dem Provinziallandtag der Provinz Hannover sowie dem Reichstag und dem Preußischen Landtag zwischen 1919 und 1945 angehörten. Die einzelnen Artikel, für die die verfügbaren gedruckten und ungedruckten Quellen ausgewertet wurden, sind aufgrund der Quellenlage vom Umfang her unterschiedlich lang. Sie enthalten in der Regel den Namen, die Lebensdaten, die Zeitdauer der Mitgliedschaft in den jeweiligen Parlamenten und die Parteizugehörigkeit. Dort, wo es möglich war, werden die Ausschußzugehörigkeit und die Schwerpunkte der parlamentarischen Tätigkeit verzeichnet. Jeder Eintrag wird mit einem Quellenhinweis beendet. Der Anhang (S. 405-460) enthält ein Quellen- und Literaturverzeichnis, ein Personenverzeichnis, ein Verzeichnis der Geburts- und Sterbeorte sowie der Aufenthalts-, Ausbildungs- und Arbeitsorte der Parlamentarier. Der Bd. ergänzt das seit 1996 vorliegende Biographische Handbuch „Abgeordnete in Niedersachsen 1946-1994“[1].

Für den Leser dieser Zeitschrift sind natürlich die Angaben zu den Biographien der Abgeordneten der Arbeiterparteien von besonderem Interesse. Der Rezensent konzentriert sich deshalb auf diesen Aspekt.

Von den insgesamt 1.207 verzeichneten Abgeordneten waren 342 als Vertreter der drei Arbeiterparteien SPD (275), KPD (49) oder USPD (58)[2] in den oben genannten parlamentarischen Vertretungen tätig. Rechnet man die in das Lexikon aufgenommenen mehr als 200 NSDAP-Mandatsträger, die „keinerlei parlamentarische Arbeit geleistet [...], also nie an einer sachbezogenen Parlamentsdebatte teilgenommen haben, nie oder nur formal in einem Ausschuß saßen“ (S.9f.), ab, so beträgt der Anteil der Abgeordneten der Arbeiterparteien etwa ein Drittel. Zu ihnen zählten beispielsweise August Brey, Adolf Deter, Otto Grotewohl, Rudolf Lindau, John Schehr, Herbert Warnke oder Anna Zammert.

Das Lexikon verzeichnet insgesamt 25 Parlamentarierinnen, von denen die Mehrheit ebenfalls durch die drei Arbeiterparteien nominiert waren (SPD 17, KPD und USPD jeweils zwei).

Aufschlußreich und kennzeichnend ist das Schicksal der Abgeordneten nach der faschistischen Machtübernahme. Von den am 30. Januar 1933 noch lebenden 300 niedersächsischen Parlamentariern der Arbeiterparteien wurden während der Zeit des Faschismus etwa 150 mindestens einmal, in den meisten Fällen mehrfach inhaftiert bzw. in ein KZ verbracht. Für etwa 30 ist die Teilnahme am antifaschistischen Widerstand nachgewiesen, mehr als 20 wurden in die Emigration getrieben, und etwa 40 Parlamentarier der Arbeiterparteien wurden von den

1 Abgeordnete in Niedersachsen 1946-1994. Biographisches Handbuch. Bearb. von Barbara Simon. Hrsg. vom Präsidenten des Niedersächsischen Landtages, Hannover 1996, 455 S., Ill.

2 Die Differenz erklärt sich mit den wechselnden Parteimitgliedschaften einzelner Parlamentarier.

Faschisten umgebracht bzw. starben an den Folgen der unmenschlichen Haftbedingungen. Die meisten der Überlebenden haben sich auch nach der Befreiung vom Faschismus wieder politisch betätigt, als Bürgermeister, Stadt- und Landräte, als Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre oder in anderen ehrenamtlichen Funktionen.

Insgesamt liegt mit diesem Lexikon ein empfehlenswertes Nachschlagewerk vor, das auch zum „Schmökern" anregt. Mitunter hätte sich die Autorin pejorativer Formulierungen, vor allem dann, wenn sie über KPD- oder spätere SED-Mitglieder schreibt, enthalten sollen.

Das biographische Handbuch über die Reichstagsmitglieder zwischen 1933 und 1945 ist von seinem Autor und dessen Mitarbeitern Martin Döring und Andreas Schulz mit Akribie erarbeitet worden und erfüllt höchste wissenschaftliche Ansprüche. Es enthält Angaben zu insgesamt 1.295 völkischen und nationalsozialistischen Mitgliedern des Reichstages zwischen 1924 und 1945. In den Kopfregesten werden Name, Vorname, Geburtsdatum und -ort, Sterbedatum und -ort, die Dauer der Zugehörigkeit zum Reichstag mit Angabe des Wahlkreises sowie die eventuelle Mitgliedschaft in Landesparlamenten verzeichnet. Die eigentlichen Biographien vermerken dann die „Karrieren" bis 1945. Die hier noch vorhandenen Lücken sind aufgrund der Quellenlage unvermeidlich gewesen. Leider beschränken sich aber die Angaben für die Zeit nach 1945, wenn überhaupt darauf eingegangen wird, auf Mitteilungen über die strafrechtliche Verfolgung der von den „Abgeordneten" begangenen faschistischen Verbrechen. Nur selten wird auf deren berufliche oder politische Karriere nach 1945 Bezug genommen. Man kann sicher geteilter Meinung sein, ob sich der mit diesem Bd. betriebene Aufwand lohnt, angesichts der Tatsache, daß die hier vorgestellten Personen weder als Parlamentarier, und schon gar nicht als Demokraten einzustufen sind. Sein Titel ist deshalb sehr zutreffend. Der Wert des Buches besteht m. E. darin, daß hier ein Segment von faschistischen Funktionären vorgestellt wird, die auf den verschiedensten anderen Ebenen dieses Regimes tätig waren, deren gemeinsamer Nenner aber in ihrer Mitgliedschaft im Reichstag bestand. Auf einen Aspekte soll besonders verwiesen werden: 14 der sog. „Abgeordneten" wurden im Zusammenhang mit dem „Röhm-Putsch" ermordet, 174 wegen ihrer im Nazi-Regime begangenen Verbrechen von den Alliierten interniert, 42 zum Tode verurteilt und hingerichtet, 56 wählten den Freitod (S. 992f.). Der informative Anhang enthält eine Darstellung der Entwicklung des Reichstagswahlrechts ab 1924 (S. 755-763), der Reichstagswahlkreise von 1924 bis 1941/1945 (S. 764-772), einen alphabetischen Index der Reichstagswahlvorschläge der NSDAP ab 1924 (S.773-807), eine Auflistung der Reichstagspräsidien und Schriftführer des Reichstags unter nationalsozialistischer Beteiligung (S. 808-809) und eine Aufstellung der Mitgliedschaften nationalsozialistischer „Abgeordneter" in anderen parlamentarischen Körperschaften (S. 810-813). Das Register verzeichnet u. a. die Geburts- und Sterbeorte der aufgenommenen Perso-

nen (S. 817-827), ihre Wohn- und Berufsorte (S. 827-852) sowie die Organisationen und Institutionen, in denen sie tätig gewesen sind (S. 853-981). Ein Personenverzeichnis (S. 981-991) schließt den Bd. ab.

Wolfgang Heyn

Hermann Weber u. a. (Hrsg.): Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2007. Hrsg. im Auftrag der Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur, Aufbau-Verlag, Berlin 2007, 507 S.

Sieben Jahre nach dem Wechsel vom Akademie Verlag zum Aufbau-Verlag ist die Zahl der publizierten Bde. um sieben auf insgesamt 14 angewachsen. Von 1993 an nahm das Jahrbuch einen festen Platz in der Kommunismusforschung ein und behauptet diesen auch heute noch. Daran hatten neben den Hrsg. und Beiratsmitgliedern auch die für die Redaktion zuständigen Kollegen großen Anteil. Auf einem Kolloquium in Berlin aus Anlaß des Erscheinens des Jahrbuches 2007 stellten W., Mitbegründer des Jahrbuches, und Ulrich Mählert, Mithrsg. und Vertreter der Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur, im April den neuen Wissenschaftlichen Beirat vor.

Neun der zehn Mitglieder, die in Zukunft zum Gelingen des Projektes auf gewohnt hohem Niveau beitragen wollen, sprachen auf dem Kolloquium über aktuelle Tendenzen der Kommunismusforschung in ihren Ländern. Zwei der Beiratsmitglieder sind im vorliegenden Bd. mit Beiträgen zum Schwerpunkt *90 Jahre Oktoberrevolution. Kontext und Rezeption* vertreten: Thomas Friis aus Dänemark und Alexander Vatlin aus Rußland.

W. und Jan Foitzik, beide gehörten dem Hrsg.kreis seit Gründung an, sind ausgeschieden. Anstelle von Foitzik wird Peter Steinbach in Zukunft als Hrsg. mitwirken. Das nächste, für 2008 geplante Jahrbuch ist als Festschrift für W. konzipiert und wird rechtzeitig zum 80. Geburtstag erscheinen.

Im vorliegenden, preiswerten Bd. sind 25 Autoren aus neun Ländern mit Beiträgen in den Rubriken Widerstand und Opposition gegen kommunistische Regime (in Asien und Europa); 90 Jahre Oktoberrevolution: Kontext und Rezeption; Abhandlungen; Dokumentation und Buchbesprechungen vertreten.

Wie immer präsentiert sich auch das neue Jahrbuch als Austragungsort von Debatten. Schon im Vorfeld der Vorstellung der aktuellen Ausgabe im April hatte das aufgenommene Interview von Manfred Wilke mit Wolfgang Berghofer „Wenn wir die Partei retten wollen, brauchen wir Schuldige“ (S.396-421) für Aufsehen gesorgt. Berghofers Erinnerungen an die „spannendste Woche der SED-Geschichte“ unmittelbar vor dem Außerordentlichen Parteitag der SED/PDS im Dezember 1989 waren und bleiben umstritten.

Auch deshalb lohnt es, im von Lothar Hornbogen, Detlev Nakath und Gerd-Rüdiger Stephan herausgegebenen Protokoll der Beratungen des Parteitages (dem eine CD mit Originalmitschnitten vom Parteitag beiliegt) nachzulesen, um einen Eindruck von der damaligen Atmosphäre zu erhalten. Das vom einstigen

Führungsmitglied beschriebene Treffen von SED-Funktionären, es soll an dem Tag stattgefunden haben, als die Parteitagsvorbereitung begann, wird von den angeblich daran Beteiligten bestritten. Die Frage, wer sich richtig erinnert, bleibt trotz der Unterlassungserklärung des Verlages unbeantwortet.

Das Jahrbuch enthält gleich mehrere Aufsätze, in denen in vorangegangenen Jahrbüchern diskutierte Probleme und Perspektiven der Gulag-Forschung aufgegriffen werden. So ist Jean-Jacques Marie mit einem Aufsatz über den Widerstand der Trotzkisten im Gulag vertreten (S. 117-136). Dieter Heinzig hat den Versuch unternommen, gestützt auf neuere, autoritative westliche Sekundärliteratur, sowjetischen Gulag und chinesischen Laogai zu vergleichen (S.319-336). In Anbetracht der beginnenden archivgestützten Untersuchungen zur Geschichte einzelner sowjetischer Besserungsarbeitslager und der neueren russischsprachigen Editionen wäre es sachdienlicher gewesen, diese Quellen und die darin enthaltenen Statistiken sowie Arbeitshypothesen in die Auswertung einzubeziehen.

Ob Jean-Jacques Maries Ausfälle gegen Alexander Solshenizyn das Ingangkommen oder die Fortsetzung einer Debatte befördern, für die nach Möglichkeit die Hrsg. der in Rußland erschienenen sieben Bde. umfassenden Edition zur Geschichte des Stalinschen GULAG gewonnen werden sollten, sei dahingestellt. Für den kritisierten Solshenizyn, der zu den Initiatoren dieser Edition gehört, sind derartige Unterstellungen nicht neu, außerdem ist er auf vergleichbare Verleumdungen an seine Adresse u. a. im mit „Die Loyalisten“ überschriebenen Kapitel 11 des „Archipels“ eingegangen. Worum es bei dem Schlagabtausch geht, soll hier wenigstens skizziert werden.

Zu den von politischen Häftlingen im zaristischen Rußland und in Sowjetrußland traditionell bevorzugten Protestformen gehörte der Hungerstreik – so auch auf der Kolyma. Hier forderten 250 Lagerinsassen die Anerkennung als politische Häftlinge. 1937 wurden sie vor Gericht gestellt und 85 von ihnen erschossen. Im Workutlag wurde 1936 ein Streik von ca. 500 Trotzkisten niedergeschlagen. „Den naiven Glauben an die Kraft des Hungerstreiks“, bemerkt Solschenizyn im Kapitel über die Transitgefängnisse, „schöpften wir aus den Erfahrungen der Vergangenheit [...] Die Wirksamkeit ist überhaupt erst gegeben, wenn man voraussetzen kann, daß der Kerkermeister noch einen Rest von Gewissen besitzt – oder Angst vor der öffentlichen Meinung hat.“ Im Gulag, wo der Hunger alltäglich war, eingesetzt wurde, um die Häftlinge zur Normerfüllung zu zwingen, war der Hungerstreik die Ausnahme. Mehr noch, es war ein Fehler, wie in Ekibastus geschehen, in den Hungerstreik zu treten, schrieb Solshenizyn weiter.

Jean-Jacques Marie, der diese Einschätzung nicht teilt, findet auch keinen Zugang zu den Protesten jener neuen, auf andere Weise geprägten Generation politischer Häftlinge, bei denen es sich in der Regel um zu Zwangsarbeit verurteilte ehemalige Soldaten und Offiziere der Roten Armee und Mitglieder sog. „natio-

nalistischer Banden“ aus der Ukraine und dem Baltikum handelte. „Ohne sie waren die Achtundfünfziger eine Herde ohne Kraft und Glauben. [...] Selbst die Flucht war für sie nur eine armselige Halbheit fast so etwas wie der Versuch einzelner zu desertieren, statt gemeinsam den Kampf aufzunehmen“, faßt Solshenizyn zusammen und stellt mit Blick auf die Sonderlager fest, daß hier nicht nur die Ausbrüche, sondern auch alle anderen Widerstandsaktionen „schwerer, bedingungsloser, hoffnungsloser – und daher ruhmreicher“ waren.

Stärker als in vorhergehenden Bde. rückt dieses Mal die Opposition gegen die kommunistischen Regime in China, Laos und Vietnam in den Blick. Die von Felix Wemheuer, Martin Großheim und Volker Grabowsky verfaßten Beiträge handeln vom Widerstand der chinesischen Bauern in der Ära der kollektiven Landwirtschaft 1953 bis 1982, von Autonomiebestrebungen vietnamesischer Intellektueller Ende der 1950er Jahre und skizzieren die Herausbildung und Entwicklung der Opposition in Laos. Die von den Autoren angesprochenen Fragen und skizzierten Entwicklungslinien bewegen sich im Spannungsfeld von kommunistischer Führung und Bauernschaft und korrespondieren mit den einleitend genannten Artikeln über das Besserungsarbeitslagersystem und den interessanten Beiträgen über die Bauernschaft in den 20er Jahren in der Sowjetunion und die Zwangskolonisierung der Nordregion.

Schon in Anbetracht der bestehenden Sprachbarrieren ist der Wert dieser Beiträge kaum zu unterschätzen. Neben der von W. auf der Berliner Tagung anläßlich der Vorstellung des Jahrbuches angesprochenen Historisierung der Kommunismusforschung ist die vergleichende Kommunismusforschung zu erwähnen, zu deren Grundlegung das Jahrbuch schon immer einen gewichtigen Beitrag geleistet hat. In diesem Zusammenhang ist auf die Sammelbesprechungen ausländischer Literatur hinzuweisen, die an die Stelle der auch von anderen Zeitschriften abgedeckten Rezensionsrubrik getreten sind. In der vorliegenden Ausgabe stellt Matthias Uhl neue, in Rußland erschienene Biographien der Geheimdienstchefs vor. Interessant und aufschlußreich, wenn auch etwas zu kurz gekommen, sind seine Bemerkungen zu den Autoren und ihren Arbeitsbedingungen (S.429-437).

Ein zweiter, ebenfalls regional definierbarer Komplex von im Jahrbuch vertretenen Beiträgen hat die Geschichte der baltischen Staaten zum Inhalt. Es geht um den Widerstand in Lettland 1943 bis 1946 und um die vorläufige Bilanz der Forschungsarbeiten der internationalen Historikerkommissionen in Lettland, Litauen und Estland über die drei Besatzungen zwischen 1940 und 1991.

Wladislaw Hedeler

Nieder Mit Hitler! Frankfurter Arbeiterbewegung im Widerstand gegen den Faschismus 1933-1945, hrsg. von Barbara Bromberger und dem Verein für Frankfurter Arbeitergeschichte, VAS-Verlag für Akademische Schriften, 2. überarb. und erw. Aufl., Frankfurter am Main 2004, 331 S., Abb.

Die Autorin, langjährige Geschäftsführerin des Studienkreises zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des deutschen Widerstandes 1933-1945, war gut beraten, der ersten Auflage, die 1976 unter dem Titel „Arbeiterwiderstand in Frankfurt am Main gegen den Faschismus 1933-1945“ erschienen war und im wesentlichen auf ihrer von Prof. Dr. Wolfgang Abendroth betreuten Dissertation beruhte, eine umfassendere Ausgabe folgen zu lassen.

Für die jetzige Veröffentlichung konnte sie auf von ihr selbst erschlossene neue Quellen und erzielte Forschungsergebnisse zurückgreifen. Neue Gesprächspartner waren bereit, über ihre antifaschistische Widerstandsarbeit in jenen Jahren Auskunft zu geben. Bisher unbekannte Fotos von WiderstandskämpferInnen, die in der ersten Auflage nicht enthalten waren, tauchten auf, ebenso Fotos von wichtigen Frankfurter Gedenkstätten des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus. Neu aufgenommen sind die Abbildungen der „Johanna Kirchner Medaille“, die von 1991 bis 1995 von der Stadt Frankfurt am Main an überlebende antifaschistische Widerständler verliehen worden war, um deren mutiges Wirken gegen die Nazidiktatur zu würdigen..

B. zeigt einfühlsam und plastisch die komplizierten und gefahrvollen Bedingungen, unter denen die unterschiedlichen Widerstandsaktionen gegen den Faschismus in den verschiedenen Zeitabschnitten von 1933 bis 1945 stattfanden. Durchgehend sichtbar werden die Breite dieses Widerstandes – in ihn waren alle Strömungen der Arbeiterbewegung (KPD, SPD, SAP, KPO, die Rote Hilfe, der Internationale Sozialistische Kampfbund, die Gruppen ISK und Neu-Beginnen) involviert – und dessen Verbindungen in die Länder des Exils (z. B. Frankreich, Spanien, Schweiz und Luxemburg). Überzeugend wird herausgearbeitet, daß es der brutale und auch raffinierte nationalsozialistische Terror zu keinem Zeitpunkt vermocht hatte, den aus der Arbeiterbewegung gespeisten Widerstand gegen den Hitlerfaschismus völlig lahmzulegen.

Das neue Buch enthält neue biographische Daten über nicht wenige der in den antifaschistischen Frankfurter Widerstand einbezogenen Frauen und Männer. Das trifft u. a. auf Wolfgang Abendroth, Emil Carlebach, Anton Döring, Max Emmendörfer, Johanna Kirchner, Adam Leis, Oskar Müller, Hans Schwer und Lore Wolf zu.

Sehr aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang die im Anhang aufgeführte Namensliste der am Widerstand gegen die Nazidiktatur beteiligten 1.521 Personen: 244 waren weibliche antifaschistische Widerstandskämpferinnen, 199 von ihnen wurden von den Nazis ermordet oder in den Tod getrieben, viele wurden zu Zuchthaus- oder Gefängnisstrafen verurteilt bzw. in die Konzentrationslager gebracht. Der größte Teil der Widerständler – 839 – war Mitglied der KPD, 204 gehörten der SPD und 41 der SAP an. Vorgestellt werden darüber hinaus eine Reihe von Frankfurter WiderstandskämperInnen per Bild. Der Anhang weist unter anderem die bisherige Widerstandsliteratur

(vornehmlich für den Frankfurter Raum), die in diesem Territorium von 1933 bis 1945 hergestellten, illegal dorthin gebrachten bzw. verteilten zeitgenössischen antifaschistischen Zeitungen, Zeitschriften, Broschüren und Flugblätter sowie die Zeitzeugen, mit denen die Vf. und Hrsg. Interviews und Gespräche führte sowie korrespondierte, aus.

Die vorliegende Publikation bereichert unsere Erkenntnisse über den Widerstand gegen die Nazidiktatur vor allem auf lokaler Ebene und ist ein wertvoller Beitrag, das standhafte Wirken der Frankfurter Antifaschisten zu würdigen und dem Vergessen zu entreißen. *Rainer Holze*

Klaus Kinner (Hrsg.): Die Chancen der Volksfront. Historische Alternativen zur Stalinisierung des Kommunismus (Diskurs – Streitschriften zur Geschichte und Politik des Sozialismus; 23), Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 2006, 164 S.

Die Broschüre enthält Beiträge eines Kolloquiums in Berlin zur Volksfront, das dem 90. Geburtstag von Theodor Bergmann gewidmet war. Dementsprechend skizziert Jochen Černy einleitend Leben und Werk des Jubilars. Bergmann, 1981 als Professor für Agrarpolitik emeritiert, hat sich seither mehr und mehr der Geschichte der Arbeiterbewegung, vor allem ihres kommunistischen Teils, zugewandt, in der er seit seiner Jugend aktiv mitwirkt.

Ursula Langkau-Alex geht dann, gestützt auf ihre dreibändige Studie zur Deutschen Volksfront 1932-1939, in einem übergreifenden Beitrag der Frage nach „Was bedeutete die Volksfront für die deutsche Linke". Sie äußert sich zur Herausbildung des Terminus Volksfront und plädiert für eine weite Fassung des Begriffs „deutsche Linke" für diese Zeit. L.-A. konzentriert sich vor allem auf die Problematik „Volksfront und KPD" von Mitte 1934 bis 1936/37, u. a. werden Reaktionen der Sozialdemokratie, die Einschätzung des VII. Weltkongresses der Komintern und der Lutetia-Kreis behandelt. Abschließend („Chancen der Volksfront?") schätzt sie ein, daß der deutsch-sowjetische Vertrag vom 23. August 1939 allen Bemühungen und allen Hoffnungen „auf eine weltanschauliche und nationale Grenzen übersteigende Volksfront gegen den [deutschen] Faschismus in den dreißiger Jahren" ein Ende gesetzt habe. Chancen der Volksfront hätte es gegeben, wenn Sozialdemokratie und Komintern nicht in sich so gefestigt und gefangen gewesen wären, dennoch wurde etliches geleistet, das als positives Vermächtnis im Gedächtnis verhaftet bleiben sollte.

Die weiteren Aufsätze sollen zumindest knapp erwähnt werden. Theodor Bergmann kritisiert in seinem Beitrag, überschrieben „Die Volksfront – Hoffnungen und Enttäuschungen", die Politik von KPD/Komintern und Sozialdemokratie, stellt ihnen die KPO-Positionen gegenüber und entwickelt am Schluß vier Thesen zur Problematik. Reiner Tosstorff widmet sich der „Geschichte der Volksfronten in Frankreich und Spanien". Heinz Köller („Unvollendete Vorbildwirkung") betont, daß die politische

Formel „Volksfront“ französischen Ursprungs und die französische Volksfront nicht von der KI initiiert gewesen war. Zwei Beiträge behandeln die Volksfrontproblematik während des Weltkrieges: Erwin Lewin das Verhältnis von antifaschistischer nationaler Befreiungsfront und bürgerlich-nationalen Widerstandskräften in Albanien, Hans Coppi den Widerstandskreis um Arvid Harnack und Harro Schulze-Boysen. Abschließend befaßt sich Günter Benser mit „Überzeugungen und Traditionen im Vereinigungsprozeß von KPD und SPD 1945/46“. *Rainer Bert*

Muharrem Dezhgiu: Anastas Lula. Disidenti i parë në PKSH (Anastas Lula. Der erste Dissident in der KPA), GLOBUS R, Tirana 2004, 164 S.

Über die innere Entwicklung Albaniens in den 30er und 40er Jahren des vergangenen Jahrhunderts, namentlich die Entstehung der demokratisch-revolutionären und kommunistischen Bewegung und deren prägende Gestalten ist außerhalb des Landes wenig bekannt. Die Literatur ist nach wie vor dürftig. D. begab sich sechzig Jahre nach dem Tod des Anastas Lula (1916-1943) auf Spurensuche nach einem Mann, der über Jahrzehnte in der albanischen Geschichtsschreibung als „Verräter der Partei“ galt und dessen Erinnerung ausgelöscht werden sollte. Herausgekommen ist eine bittere, jedoch lehrreiche Lektüre. Dem Autor gebührt das Verdienst, diesen „Menschen, der anders dachte“, dem Vergessen entrissen und ihm in der Erinnerung nachwachsender Generationen ein Stück seines verlorenen Lebens zurückgegeben zu haben.

Anastas Lula war es als ältestem von acht Kindern eines einfachen Gerichtsangestellten in Erseka aufgrund seiner guten schulischen Leistungen und seiner Beharrlichkeit gelungen, einen Studienplatz an der amerikanischen Technischen Schule in Tirana zu bekommen. Er erhielt an dieser Lehranstalt, die zu den wenigen Bildungseinrichtungen im Lande gehörte, von 1934 bis 1938 nicht nur eine solide fachliche Bildung (so fand er danach kurzzeitig eine Anstellung in der Technischen Abteilung des Innenministeriums), sondern er konnte im Kontakt mit Kommilitonen aus verschiedenen Landesteilen seinen geistigen Horizont erweitern und zunehmend auch Klarheit über gesellschaftliche Zusammenhänge gewinnen. Denn nicht wenige der Jugendlichen, die die Möglichkeit einer höheren Schulbildung wahrnehmen konnten, traten mit Herz und Verstand für demokratische Veränderungen, eine Modernisierung der Gesellschaft im monarchistischen Albanien und die Aufwärtsentwicklung ihres Landes ein. Mitstudenten wie Sadik Premte oder Ramadan Çitaku sollten später zu wichtigen Akteuren der politischen Entwicklung werden.

D. ordnet Leben und Wirken Lulas in den zeitgenössischen historisch-politischen Rahmen ein. Dieser wurde maßgeblich von der seit 1939 andauernden Okkupation durch das faschistische Italien bestimmt. Es waren Jahre voller angespannter und bedrohlicher Situationen, die in das Leben der Menschen eingriffen, eine

Zeit großer Herausforderungen. Der Autor schildert, gestützt im wesentlichen auf Aussagen von Zeitzeugen und Erinnerungen, daß sich der junge Anastas Lula – obwohl noch unerfahren und ohne organisatorischen Hintergrund – mutig für die Interessen seines Volkes einsetzte und nach Möglichkeiten zur Bekämpfung des fremden Eroberers suchte. Er sammelte Gleichgesinnte um sich und führte sie in der sogenannten Jugendgruppe in Tirana zusammen, die erstmals mit kommunistischen Ideen anderer Gruppen, die bereits früher entstanden waren, in Verbindung kam und nach einem Ausweg strebte.

Der Leser entdeckt einen Menschen voller Leidenschaft, Klarsicht und großer Verantwortung, dessen bleibendes Verdienst als Organisator des antifaschistischen Widerstandes und Mitbegründer der kommunistischen Bewegung zu Unrecht verschwiegen wurde. Zugleich vermittelt der Autor am Beispiel Lulas und seines Wirkens einen Einblick in den widersprüchlichen Aufbruch dieser Bewegung in jenen Jahren. Es bestanden Unklarheiten und theoretische Vorurteile, die bei Intellektuellen und politischen Aktivisten in verschiedenen Spielarten verbreitet waren. Mit aller Schärfe stellte sich die Frage, welcher Weg einzuschlagen war, um sich der faschistischen Okkupation erfolgreich zu widersetzen.

Nach Lulas Auffassung, der von wieteren Mitgliedern aus der Jugendgruppe unterstützt wurde, fehlten damals in Albanien weitgehend die Voraussetzungen für die Bildung einer kommunistischen Partei. Dagegen wollten die Vertreter anderer kommunistischer Gruppen, wie der Korçagruppe und der Shkodragruppe, mehrheitlich die neue Partei begründen, um die Bevölkerung für den aktiven antifaschistischen Widerstandskampf zu mobilisieren. Anastas Lula schloß sich dennoch auf der Gründungsversammlung der verschiedenen Gruppen im November 1941 der KPA an, um sie als wirkungsvolle organisierte politische Kraft für den Widerstand zu stärken. Doch blieben teils gravierende Differenzen über die Programmatik und den einzuschlagenden Weg weiter bestehen. Die Debatten darüber verstärkten sich. In einer Situation, da keine reife politische Partei mit einer erfahrenen Führung vorhanden war, die eine sachlich-objektive Analyse hätte vornehmen können, bildeten Vorbehalte und persönliche Ressentiments die Grundlage politischer Entscheidungen.

Der Autor stellt heraus, daß politisch Zweifelnde resp. Andersdenkende, und dazu gehörte Anastas Lula zweifellos, in der Auseinandersetzung willkürlich als Anhänger einer Fraktion diffamiert wurden, auf diese Weise in die Mühlen der Parteisäuberungen gerieten und schließlich als Parteifeinde verurteilt wurden. Lula, 1942 aus der KPA ausgeschlossen und im März 1943 von Partisanen erschossen, bewahrte sich trotz der Anfeindungen und Demütigungen, die ihm zugefügt wurden, trotz der persönlichen Enttäuschungen seine Überzeugung und sein Engagement. Bis zum Lebensende wirkte er als Kämpfer einer Partisanenabteilung in Vlora für die Vertreibung der faschistischen Besatzer und für eine gerechte Gesellschaft.

Von Zeitgenossen, wie Mustafa Gjinishi, der 1944 ebenso Opfer interner Machtkämpfe werden sollte, erfuhr er eine hohe Wertschätzung. Erst in den 90er Jahren ist Lula – bezeichnenderweise durch die an die Macht gelangte Demokratische Partei – rehabilitiert worden.

D.s Bändchen ist streitbar und polemisch; teilweise atmet die Darstellung agitatorischen Geist. So sehr auch sein Zorn zu verstehen ist, beschränkt er sich leider zu stark darauf, das Schicksal des Anastas Lula auf die Machtansprüche und die persönliche Feindschaft des „roten Terroristen" Enver Hoxha zurückzuführen. Eine Fokussierung allein auf den Generalsekretär der Partei greift jedoch zu kurz. Für das Verständnis dessen, was Leben und Wirken vieler aufrechter Kommunisten und Patrioten in jenen Jahren bestimmte, erscheint eine intensivere Auseinandersetzung mit den Hintergründen der eigenen Geschichte sowie den inneren und äußeren Bedingungen für die Entstehung der kommunistischen Bewegung in Albanien erforderlich. Es war wohl mehr die historische Tragik als die moralische Schuld der Führungsgruppe um Hoxha in der KPA, daß sie aufgrund subjektiver Beschränktheit und objektiver Zwänge die zentrale Aufgabe, eine gesamtnationale antifaschistische Front unter Einbeziehung aller dazu bereiten Kräfte herzustellen, nicht zu lösen vermochte.

Gern hätte man mehr von Lula selbst gelesen. Zu wenig läßt der Autor seinen Protagonisten zu Wort kommen. So erfährt der Leser kaum etwas über dessen schriftliche Zeugnisse, seine Erkenntnisse und Erfahrungen, was möglicherweise auf fehlende oder noch nicht erschlossene Nachlässe zurückzuführen ist. Dennoch gibt das Buch eine wertvolle Einführung und einen informativen Überblick über die Zeit- und Lebensumstände des „ersten Dissidenten" in der KPA. Es wird abgerundet durch einen Anhang, der 25 Dokumente mit Schulzeugnissen, Berichten italienischer Besatzungsorgane und der albanischen Polizei enthält. Hinzu kommen Erinnerungen und Erklärungen von Jugendfreunden und Mitstreitern Anastas Lulas sowie das Dekret des albanischen Präsidenten vom 22. Mai 1996 über die Verleihung der Ehrenauszeichnung „Märtyrer der Demokratie" mit Fotos von der Überführung der Gebeine aus Gllava nach Tirana und der Beisetzung in einem Ehrengrab.

Erwin Lewin

Margarete Kollmar: Mit der Reichsbahn ins Blaue. Eine populäre Tourismusform in den 1930er Jahren DGEG Medien, Hövelhof 2005, 96 S.

Bahnfahrten ins Blaue sind ein Gebiet, das noch wenig erforscht worden ist. Diesem Thema widmet sich die Arbeit von K., die zur Erlangung des Magistergrades am Ludwig-Uhland-Institut der Universität Tübingen entstanden ist. Die Autorin beschäftigt sich mit einer Form des Tourismus, die bisher kaum beachtet wurde.

Vor 75 Jahren, am 29. Juni 1932, startete der erste „Ausflugs-Sonderzug nach X" vom Essener Hauptbahnhof. Zur damaligen Zeit gab es allerdings schon Omnibus- und Straßenbahn-

fahrten mit unbekanntem Ziel. Die Bahn hatte ihre Fahrten anfangs als Reise nach X oder Y oder Z angekündigt. Begleitende Reporter kreierten das zugkräftigere Motto „Fahrt ins Blaue", was sich dann auch durchsetzte.

Diese Zugreisen ins Blaue wurden in den ersten Jahren der faschistischen Diktatur in Deutschland fortgesetzt. Die Zielorte waren nicht immer gleich, aber die Autorin konzentriert sich auf die Rbd Stuttgart und speziell auf Haigerloch, das zur damaligen Zeit zu Preußen gehörte (S. 37). Ins Preußische zu fahren hatte für Württemberger einen zusätzlichen Reiz. K. nennt auch weitere Ausflugsziele, die bereit waren, so viele Gäste aufzunehmen (S. 32). Allerdings wird nicht deutlich, ob eine Hälfte der Teilnehmer am ersten Ort ausstieg, wenn für 27 Fahrten insgesamt 50 Zielorte auszumachen sind.

Die Autorin kommt in ihrer Arbeit zu der Schlußfolgerung, daß erste Anzeichen der kriegsvorbereitenden Propaganda auch durch diese Reisen (S. 57) zu erkennen waren. Während bei den ersten Fahrten die Teilnehmer viel freie Zeit an den Zielorten hatten, war alles später sehr „ritualisiert" (S. 62). So wird das Beispiel einer Wirtin angeführt, die darüber klagte, daß die Gastwirtschaften der Unterstadt überhaupt keine Gäste hatten. Lakonisch wurde geantwortet, daß dem „ausdrücklich gewünschten geschlossener Abmarsch zum Bahnhof" nicht widersprochen werden konnte (S. 39), so sei keine Einkehr mehr möglich gewesen.

Die Teilnehmerstruktur wird aus Zeitungsberichten und Fotos „abgelesen" und vor allem anhand von Zeitungen belegt. Wahrscheinlich war es nicht mehr möglich, Zeitzeugen zu diesen Fahrten zu befragen. Allerdings wird in Fußnote 193 auf eine Experteninterview-Partnerin des Jahrgangs 1920 verwiesen, ohne daß dieses Interview eine ersichtliche Rolle in der Arbeit der Autorin gespielt hätte.

K. versucht einen Preisvergleich, ob diese Fahrten mit der Bahn ins Blaue wirklich so erschwinglich waren. Erstaunlicherweise sind keine detaillierten Auskünfte zu Löhnen und Gehältern im Öffentlichen Dienst zu erhalten, so daß die Wertung offen bleibt. Sie zeigt schließlich, warum Fahrten ins Blaue später an Attraktivität verloren und 1939 völlig eingestellt wurden.

Die Anmerkungen sowie das letzte Kapitel „Quellen und Literatur", die Fleiß, Akribie und Recherchearbeit der Autorin bezeugen, nehmen insgesamt ein Drittel des ganzen Werkes ein. Damit dürften die Relationen doch etwas verschoben sein. *Joachim Eichler*

Wolfgang Benz/Peter Reif-Spirek (Hrsg.): Geschichtsmythen. Legenden über den Nationalsozialismus, Metropol Verlag, Berlin 2003, 168 S.

Die direkte argumentative Auseinandersetzung mit dem rechtsextremen Geschichtsrevionismus, der auf die Verharmlosung des Nationalsozialismus zielt, die Verbrechen des Nazi-Staates leugnet oder relativiert – insbesondere werden die deutsche Kriegsschuld am Zweiten Weltkrieg und die Realität des Holocaust bestritten – ist weiterhin hochaktuell und

unverzichtbar, nehmen doch die Vielfalt der Medien und die Formen dieser NS-Apologetik deutlich zu. Dabei nutzt die rechtsextreme Szene vor allem die neuartigen Möglichkeiten, die das Internet bietet, zur Verbreitung ihrer Materialien und Gedanken. Mit ihnen setzt sich diese Veröffentlichung – sie enthält die überarbeiteten Beiträge einer Fachtagung der Landeszentrale für politische Bildung in Zusammenarbeit mit den Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin – differenziert auseinander.

Von B., Leiter dieses Zentrums, sind zwei Aufsätze abgedruckt. Im Eingangsbeitrag widerlegt er die immerwährende Behauptung der Rechtsextremisten, die Juden hätten im Frühjahr 1933 Deutschland den Krieg erklärt und wollten es vernichten – als sogenannte Beweise jüdischen und amerikanischen Vernichtungswillens gegenüber Deutschland müssen bis heute der Morgenthau-Plan und der Kaufmann-Plan, ein Propagandakonstrukt eines jüdischen amerikanischen Einzelgängers vom Juli 1941, herhalten – und rechtfertigen damit das planmäßige Vernichtungsprogramm gegen das Judentum als eine Aktion der Notwehr. Im zweiten Beitrag setzt sich B. detailliert und offensiv mit dem anklagenden Verweis auf alliierte Kriegsverbrechen in der rechten Propaganda auseinander. Er zeigt, daß dieser die eindeutige Funktion hat, die deutschen Kriegsverbrechen sowie die im Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozeß und in vielen Nachfolgeverfahren unter der Gerichtsherrschaft einzelner Staaten der Alliierten gegen Eliten des Naziregimes verhandelten Verbrechen gegen die Menschlichkeit – organisierter Mord, Sklaverei, Raub – zu relativieren und zu marginalisieren. Juliane Wetzel behandelt die Auschwitzlüge der Geschichtsrevisionisten. Sie stellt die Strategien der Holocaust-Leugner vor, darunter auch diejenigen zur Vermeidung der Strafverfolgung. Peter Widmann analysiert die Geschichtsverfälschungen von rechtsextremistischen Autoren, das nationalsozialistische Regime von der Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg zu entlasten, fremde Mächte oder die Umstände hätten Hitler in den Krieg gezwungen. Die These vom erzwungenen Krieg, die Abwehr der angeblichen Kriegsschuldlüge trage dazu bei, verschiedene politische Gruppen am rechten Rand ideologisch zu einen. Der Beitrag von Michael Kohlstück trägt den Titel „Gerettete Idole? Albert Speer, Gregor und Otto Strasser, Rudolf Heß“. In seiner kritischen Darstellung der Selbst- und Fremdstilisierung dieser vier Politiker zeigt er, inwiefern sie entgegen aller späteren Beschönigungen die Ideologie oder die Politik des Nationalsozialismus mitgetragen haben. Von diesen vorgestellten Nationalsozialisten werde heute lediglich Heß als wirkliches Idol aufgebaut. Diesem rechtsextremistischen Versuch der Ehrenrettung von Heß kann nur durch eine vollständige Kenntnis seines politischen Werdeganges wirksam begegnet werden. Beate Kosmala widmet sich der Thematik „Mythos und Realität der Volksgemeinschaft“. Johannes Heil untersucht vormoderne und moderne Weltverschwörungsvorwürfe gegenüber den Juden. Der Mithrsg. Peter Reif-Spirek entwickelt

abschließend einige Überlegungen zur Problematik „Rechtsextremismus, Geschichtsrevisionismus und Gedenkpädagogik". Es geht ihm vor allem um eine grundlegend veränderte pädagogisch-politische Kultur, die Nonkonformismus, Zivilcourage und Empathie fördert, mithin um Kompetenzen, die jene auszeichnete, die im Nationalsozialismus Widerstand geleistet haben und dabei verfolgte Menschen unterstützten. Das Buch enthält ein Personen- und Sachregister. *Rainer Holze*

Hamburger Institut für Sozialforschung (Hrsg.): Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944. Ausstellungskatalog, 2. durchges. und erg. Aufl. Oktober 2002, Hamburger Edition, Hamburg 2002, 770 S.

Der vorliegende Katalog dokumentiert eine Ausstellung, die bis zum heutigen Tage für heftige und kontrovers geführte Debatten gesorgt hat. Einleitend wird der Krieg Deutschlands gegen die Sowjetunion während des Zweiten Weltkriegs als ein Krieg bestimmt, der sich sowohl gegen eine Armee als auch gegen Teile der Zivilbevölkerung richtete. Den verbrecherischen Charakter dieses Krieges belegen seine Planung, Vorbereitung und Durchführung. Ausstellung und Katalog dokumentieren die Beteiligung der Wehrmacht an diesen Verbrechen. Es werden als Dimensionen des Vernichtungskrieges gezeigt: der Völkermord an den sowjetischen Juden, das Massensterben in Kriegsgefangenenlagern, der „Ernährungskrieg", die Deportationen und Zwangsarbeit, der Partisanenkrieg sowie Repressalien und Geiselerschießungen. An allem wirkte die Wehrmacht aktiv oder zumindest passiv mit.

Zunächst werden bei den Themen „Krieg und Recht" sowie „Kein Krieg im herkömmlichen Sinne" bestehende völkerrechtliche Prinzipien, Kriegsplanungen sowie die Dimensionen des Vernichtungskriegs verdeutlicht. Im Teil „Völkermord" werden die Ermordung der sowjetischen Juden insbesondere die Pogrome in Lemberg, Tarnopol, Dubno und Mogilew sowie die Rolle der 707. Infanteriedivision beschrieben. Der Abschnitt „Sowjetische Soldaten in deutscher Kriegsgefangenschaft" stellt das Organisationssystem der Kriegsgefangenenlager, das Massensterben sowjetischer Kriegsgefangener, die Todesmärsche sowie Kriegsgefangenenlager auf sowjetischem Boden und in Deutschland in den Mittelpunkt. Der Teil „Ernährungskrieg" zeigt die Nicht- bzw. mangelnde Versorgung der sowjetischen Zivilbevölkerung durch die deutschen Besatzer, beweist diese Verhungerungsstrategie am Beispiel von Leningrad, Charkow und der Krim. Der Abschnitt „Deportationen" befaßt sich mit deren Ziel, Arbeitskräfte für die Wehrmacht und für das Reich zu rekrutieren, sowie mit den Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung vor allem im Operationsgebiet der 3. Panzerarmee. Im Zentrum der Ausführungen über den „Partisanenkrieg" steht Weißrußland. „Repressalien und Geiselerschießungen" werden exemplarisch für Serbien und Griechenland dokumentiert. In einem weiteren Teil, „Handlungsspielräume",

wird dargelegt, wie einzelne Soldaten diese angesichts der Befehle nutzten oder auch nicht. Die mit „Nachkriegszeit“ überschriebenen Darlegungen gehen u. a. auf die Strafverfolgung durch die Alliierten (vor allem den Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher und dessen Nachfolgeprozesse) sowie in der DDR und Bundesrepublik ein. Konstatiert wird, daß sich im Unterschied zur Geschichtswissenschaft, die sich seit den 60/70er Jahren kritisch mit der Rolle der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg beschäftigte, in der bundesdeutschen Gesellschaft die Legende von der „sauberen Wehrmacht“ länger hielt und die Erkenntnisse über die Mitwirkung der Wehrmacht an Kriegsverbrechen in der Öffentlichkeit wenig Beachtung fanden. Ein Defizit, das bis heute – man nehme die Diskussionen um diese Ausstellung – noch nicht völlig überwunden ist. *Ludwig Burg*

Klaus Steinitz/Wolfgang Kaschuba (Hrsg.): Wolfgang Steinitz. Ich hatte unwahrscheinliches Glück. Ein Leben zwischen Wissenschaft und Politik, Karl Dietz Verlag, Berlin 2006, 383 S., Ill.

Wolfgang Steinitz (1905 Breslau – 1967 Berlin) zählt zu den bekannteren Persönlichkeiten der DDR und war auf verschiedenen Gebieten, wissenschaftlich, politisch und kulturpolitisch, tätig. Im sowjetischen und schwedischen Exil hatte er sich auf kommunistischer Seite hervorgetan. Bis zum vorigen Jahr gab es keine größere monographische Darstellung. Eine gedrängte biographische Skizze immerhin hatte sein Neffe Jan Peters 1989 in der Briefedition „Zweimal Stockholm – Berlin 1946. Briefe nach der Rückkehr: Jürgen Peters und Wolfgang Steinitz“ publiziert, und 2005 hat Annette Leo die Auswertung des Steinitzschen Nachlasses veröffentlicht (Leben als Balance-Akt: Wolfgang Steinitz. Kommunist, Jude, Wissenschaftler, Metropol Verlag, Berlin).[1]

Der vorliegende Bd. ist, wie die Hrsg. einleitend festhalten, „im Bemühen um ein differenziertes Gesamtbild entstanden. Er zeigt die verschiedenen Facetten des Lebens und Werkes von Wolfgang Steinitz, wobei sein wissenschaftspolitisches Wirken an Universität und Akademie im Vordergrund steht. In einem Anhang werden bisher unveröffentlicht gebliebene Auszüge aus ZK-Reden von Steinitz, ein Brief an das Politbüro des ZK der SED, die erste Veröffentlichung des Fünfzehnjährigen und Auszüge aus privaten Briefen abgedruckt.“ (S. 8)

Um es abkürzend und resümierend zu sagen: Dieser Sammelbd. ist vollauf gelungen. Er versammelt systematisch strukturierte Beiträge, die Steinitz als Person gelten, seiner politischer Haltung und dem gesellschaftlichen Umfeld („Versuch eines Gesamtbildes“ und „Jüdische Wurzeln“, S. 9-91, 266-311) sowie seinen extensiven wissenschaftlichen Arbeiten und seinem wissenschaftspolitischem Einfluß („Umstrukturierung der Slawistik“, „Neuorientierung der deutschen Volkskunde“, „Ostjakologie“, „Das Wirken an der Akademie“, S.108-131, 132-180, 181-206, 207-265).

1 Siehe meine Rezension in: Exil 2005, H.1, S.92ff.

Besonders verdienstvoll ist die Wiedergabe der Dokumente, gerade im Hinblick auf seine Mitgliedschaft in der SED und deren Zentralkomitee. Die Monographie Anette Leos hat hier einen empfindlichen Mangel. Steinitz' Reden am 2. Juni 1955 und 28. Juli 1956 lassen seine engagiert-kritische Haltung gerade im Kontrast zu den Zwischenrufen bzw. Interventionen von Walter Ulbricht, Kurt Hager und anderen deutlich erkennen.
Der Bd. wird abgeschlossen von einer knappen Lebenschronik, einem Namensregister und dem Autorenverzeichnis inklusive E-Mail-Anschriften.
Da die einzelnen Beiträge hier schon aus Platzgründen nicht gewürdigt werden können, seien wenigstens die Namen der Mitarbeiter genannt: Manfred Bierwisch, Liselotte Hartung, Wolfgang Jacobeit, Friedhilde Krause, Ewald Lang, Ute Mohrmann, Peter Nötzoldt, Jan Peters, Brigitte Schulze, Helmut Steiner, Katrin Steinitz, Renate Steinitz, Hermann Strobach, Anna Widmer, Günter Wirth, Jürgen B. Wolff. *Gerhard Müller*

Stefan Doernberg (Hrsg.): Hitlers Ende ohne Mythos. Jelena Rshewskaja erinnert sich an ihren Einsatz im Mai 1945 in Berlin, Neues Leben, Berlin 2005, 128 S.

Rshewskaja, Jahrgang 1919, hatte Philologie und Philosophie studiert und kam nach einer Ausbildung als Kriegsdolmetscherin ab Januar 1942 in den Fronteinsatz. Die heute in Moskau lebende Schriftstellerin gehörte als Gardeleutnant beim Sturm auf Berlin einer Gruppe an, die den Auftrag hatte „Finden Sie Hitler – tot oder lebendig!"
Nach einer kurzen Einleitung des Hrsg. folgt der Bericht der Autorin über eine ereignisreiche Woche in Berlin. Sie schildert die Suche der Gruppe nach Hitlers Leiche und deren Identifizierung sowie die Klärung der näheren Umstände seines Todes. Nach der Befragung vieler Zeugen und der Obduktion von Hitlers Leiche erhielt sie am 8. Mai 1945 ein Schächtelchen mit dem Gebiß Hitlers. Das wurde zum wichtigsten Beweis: Mit Hilfe einer Mitarbeiterin der behandelnden Zahnarztpraxis gelang es, durch den Vergleich von Unterlagen und Gebiß, den Tod und die Identität Hitlers eindeutig nachzuweisen.
Die Gruppe hatte ihren Auftrag erfüllt; der Abschlußbericht ging an Stalin, die Öffentlichkeit wurde aber nicht informiert, die Motive (Stalins) dafür liegen bis heute im unklaren.
Herbert Mayer

Harald Welzer/Sabine Moller/Karoline Tschuggnall: „Opa war kein Nazi". Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis, 5. Aufl., Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 2005, 250 S.

Wie erfährt man etwas über die geistige Verarbeitung des Nationalsozialismus im heutigen Deutschland? Wahrscheinlich würde man am ehesten die Debatten und die Darstellung des Themas in Medien und Forschung verfolgen – die öffentlichen Diskurse analysieren also. Weniger wahrscheinlich wäre dagegen eine Analyse der privaten Diskurse,

des Familiengesprächs. Und genau hier liegt das Problem, würden W., M. und T. wohl argumentieren, denn genauso wichtig – wenn nicht wichtiger – ist die Frage, wie Geschichtsbilder und Erinnerungen gerade in diesem nicht-öffentlichen Bereich weitergegeben und geformt werden. Damit beschäftigt sich denn auch das vorliegende Buch, das 2002 in erster Auflage erschien.

Gewiß, die Forschung zur NS-Vergangenheit ist umfangreich und wächst beständig an, und auch die Frage nach dem Verhalten „ganz normaler" Deutscher während der NS-Diktatur wurde in den letzten Jahren vermehrt gestellt. Dennoch läßt sich der Forschungsansatz des Buches nicht einfach in Bekanntes einordnen, da es sich bei dem sozialpsychologisch angelegten Projekt um etwas vergleichsweise Neues handelt. Im Mittelpunkt stehen nicht die „ganz normalen" Deutschen selbst, sondern das, was sie „aus der NS-Vergangenheit erinnern, wie sie darüber sprechen und was davon auf dem Wege kommunikativer Tradierung an die Kinder- und Enkelgeneration weitergegeben wird" (S. 11). Es ging den Forschern also nicht um Fragen der persönlichen (Mit)-Schuld, sondern um Strukturen der Erinnerungsweitergabe, der Wechselwirkung zwischen öffentlichen und privaten Diskursen und der Formierung von Geschichtsbewußtsein.

Das Material für diese Untersuchungen wurde aus Interviews mit insgesamt 48 Zeitzeugen, 50 Angehörigen der Kinder- und 44 Mitgliedern der Enkelgeneration gewonnen. Bei den Zeitzeugen übersteigt der Frauenanteil den der Männer deutlich (31 Frauen, 17 Männer), während sich bei den Kindern und Enkeln ein ausgeglicheneres Verhältnis zeigt. Der Hauptteil der Interviewten stammt aus der Angestelltenschicht (33, 1 Prozent), jedoch gibt es auch einen vergleichsweise hohen Anteil von Akademikern (14, 8 Prozent). 11, 3 Prozent sind Arbeiter. Dominant scheint also ein mittleres Bildungsniveau zu sein. Die Zeitzeugen waren im Schnitt 80 Jahre alt; der überwiegende Teil von ihnen erlebte die NS- Zeit im (jungen) Erwachsenenalter, die Mehrheit als Mitglied in einer NS-Organisation (30 von 48). Die Nichtmitglieder waren in der NS-Zeit meist noch Kinder (15), es handelt sich bei ihnen also nicht um politische oder sonst wie motivierte Verweigerer.

Das vorliegende Buch ist in acht Kapitel eingeteilt und deckt ein weites Themenspektrum ab. So geht es um das Wesen des Familiengedächtnisses, den Prozeß der Tradierung und Veränderung von Geschichten im Familiengedächtnis, um verschiedene Tradierungstypen, die Rolle medialer Vorlagen bei der Verfertigung von Erinnerungen oder auch die Wichtigkeit von Topoi und Deutungsmustern als Ordnungskategorien und nicht zuletzt um einen Ost-West-Vergleich. Jedes dieser Kapitel würde eigentlich Stoff genug für eine eigene Monographie liefern, so problematisch und auch aktuell sind die angesprochenen Themen. Vielleicht ist es gerade dieser Umstand, der das Buch so beeindruckend und teilweise erschreckend macht. Die Forscher kommen zu dem Schluß, daß die intensiven Forschungs- und Aufklä-

rungsbemühungen der letzten Jahrzehnte im Familiengedächtnis nur blasse Spuren hinterlassen haben.
Zu den Defiziten der Untersuchung gehört, daß das Verhältnis der beiden Gedächtnistypen, des offiziellen und des privaten, nicht hinreichend geklärt wird. Folgt man den Vf. des Buches, geht es hier um zwei unvereinbare Blöcke. Viel wahrscheinlicher, und in den Interviews so auch erkennbar, sind aber Parallelitäten, Überschneidungen, Wechselwirkungen. Schließlich fällt die mangelnde Reflexion der eigenen Rolle im Forschungsprozeß auf. Es scheint in einigen Interviewsituationen fast so, als wollten die Forscher lediglich ihre vorgefertigten Thesen in der Praxis beweisen und hätten somit die familiären Diskurse auf bestimmte Ergebnisse hin gesteuert. Schließlich räumen die Forscher selbst ein, daß „jedes Sprechen […] den anderen also antizipierend schon enthalten" muß (S. 197).
Dennoch kann man einiges aus der Lektüre des Buches mitnehmen – z. B. zum Thema Diskurs. Das Buch ermöglicht Einsichten, wie weit die Macht des öffentlichen Diskurses überhaupt reicht und ob vor dem Familiengedächtnis eine markante Schwelle für historische Betrachtungen erreicht ist. Deutlich wird, daß jede Sprechhandlung bereits Mechanismen der Diskurskontrolle und – steuerung in Gang setzt und – wie im Buch anhand der Wirkung der Interviewsituation dargestellt wird – daß es nicht zuletzt die Arbeit des Forschers selbst ist, die die Diskurse in ganz erheblichem Maße prägt und lenkt. Nicht zuletzt weist dieses Buch darauf hin, daß es nicht nur die großen öffentlichen Diskurse sind, die zu interessieren haben, sondern daß auch die kleinen privaten von beträchtlicher Wirkung sein können.
Daher muß man im gesellschaftlichem Umgang mit der NS-Vergangenheit, aber auch bei aktuellen Problemen des Rassismus und Rechtsextremismus stärker nach versteckter Kommunikation fragen, die leider nicht so leicht zu erkennen ist wie der offene Rassismus neonazistischer Gruppen. Dazu bedürfte es mehr öffentlicher und privater Diskussionen, in denen die Konventionen im Umgang mit der deutschen Vergangenheit neu reflektiert und verhandelt werden müßten. Die Beobachtungen, die die Autoren präsentieren, müssen weiter durch und fortgesetzt werden. *Maria Roca*

Peter Hurrelbrink: Der 8. Mai 1945. Befreiung durch Erinnerung. Mit einem Vorwort von Gesine Schwan, Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Bonn 2005, 416 S.

Vorliegender Band ist die bearbeitete Fassung einer an der Freien Universität Berlin verteidigten Dissertation. H. behandelt nach einer Einleitung die „Bedeutung der Erinnerung für die Demokratie" und den 8. Mai 1945 in seiner „biographischen Relevanz". In den folgenden vier Kapiteln befaßt er sich mit dem Gedenken in der Bundesrepublik, wobei 1985 und der Rede Weizsäckers besonderes Gewicht beigemessen werden. Die DDR 1985-1990, Deutschland 1989/90 und die folgenden Jahre des vereinigten Deutschlands führen zum letzten Abschnitt, dem Fazit zu „Befreiung durch Erinnerung". Die

„strukturelle“ und „darstellerische Asymmetrie“ zwischen den beiden deutschen Staaten zugunsten der Bundesrepublik begründet der Autor mit „weitgehenden kanonisierten Aussagen zum 8. Mai in der DDR“ (S.16).
Zu seinen Zielen gehört, den Zusammenhang von „Geschichte, Erinnerung und Demokratie“ aufzuzeigen, wobei die Erinnerung das entscheidende „Medium“ sei, in der die Auseinandersetzung um „Schuld und Verantwortung“ stattfinde (S. 21, 23). Für die DDR behauptet H., durch ein Selbstbild als Opfer, das von der Nachkriegszeit bis 1989 bestanden habe, hätte man sich der eigenen Schuld und Verantwortung entzogen (u. a. S. 358). Während die DDR-Führung die historische Zäsur des 8. Mai 1945 früh zu legitimatorischen Zielen genutzt hätte, hätte diese in der Bundesrepublik bis in die 70er Jahre hinein kein zentrales Thema für das eigene politische Selbstverständnis gebildet und als staatlich-offizieller Gedenktag keine Rolle gespielt. Da der Autor „durch die Öffnung des Gedenkens“ die „Delegitimierung der Diktatur“ erreichen will (z. B. S. 356), läßt er sich stets von seinem Schema von Diktatur (= DDR) und Demokratie (= Bundesrepublik) leiten und folgen seine Wertungen vielfach einem Schwarz-Weiß-Schema mit fehlender Differenzierung und Exaktheit. So kommt er zu dem eigenartigen Konstrukt: Da die Folge des 8. Mai „die Etablierung einer neuen, anders gearteten Diktatur gewesen“ sei, wäre dieser Tag von der Bevölkerung in der DDR nur schwer als Tag der Befreiung akzeptiert worden, daher hätte der Antifaschismus, um Bestandteil der Erinnerungskultur werden zu können, verordnet werden müssen.
Das Quellenmaterial des Bd. bilden staatlich-offizielle Stellungnahmen, die politisch-gesellschaftliche Debatte u. a. in Parlamenten, Publizistik und Wissenschaft sowie Erinnerungen. Durch den Stil des Autors ist das Buch oft nur schwer lesbar. *Rainer Bert*

Roland Bach u. a. (Hrsg.): Antifaschismus als humanistisches Erbe in Europa. Festschrift zum 60. Geburtstag von Prof. Dr. Rolf Richter, MediaService GmbH BärenDruck, Berlin 2005, 172 S.

Zu diesem Bändchen haben Kollegen und Freunde des Jubilars Aufsätze unterschiedlicher Art verfaßt: zu Biographischem, zu historischen Entwicklungen, zu Dokumenten, zu Erinnerungen – auch persönlicher Art – sowie zum aktuell-politischen Geschehen. Einiges sei genannt.
Im ersten Abschnitt, „Persönliches“, heben Horst Helas und Reiner Zilkenat in ihrem Beitrag „zur Biographie von Rolf Richter“ die geschichtswissenschaftlichen Leistungen von Richter als Faschismus-Spezialist und als Kenner der deutschen und internationalen Geschichte 1917 bis 1945 sowie sein Engagement in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus seit 1990 und bei der Weiterentwicklung des gesellschaftlichen Grundwertes Antifaschismus hervor. Eine Bibliographie bestätigt das.
Der Teil „Geschichtliches“ vereint verschiedene Themen zur Weimarer Republik und zum antifaschistischen

Widerstand. So behandelt u. a. Kurt Finker die „Wehrverbände“ der Weimarer Republik, erinnert Walter Schmidt an seinen Vater Josef als Antifaschisten, und befaßt sich Kurt Pätzold mit den „Deutschen als Opfer“. In zwei Beiträgen kommentieren die Autoren, Günther Wehner bzw. Zilkenat, abgedruckte Dokumente (Der „Fall Kattner“; der Brief eines Angehörigen der „Brigade Ehrhardt“).

Der letzte Teil ist „Aktuellem“ gewidmet. U. a. schreibt Kurt Gossweiler über den Platz des Faschismus im imperialistischen Herrschaftssystem, und Karl-Heinz Gräfe analysiert die Restauration faschistisch-völkischer Bewegungen in Osteuropa. Als Dokumentation ist die Rede des Abgeordneten Werner Bramke im Sächsischen Landtag zu einem Gesetz über die Errichtung einer sächsischen Stiftung zu Gedenkstätten für die „Opfer der Gewaltherrschaft“ enthalten.

Die Festschrift bietet mit ihren 17 Beiträgen eine Themenvielfalt zum „Komplex“ Antifaschismus, die mit den hier erwähnten Beiträgen nur unvollkommen zum Ausdruck kommt.

Jürgen Birg

Petra Junghans: Mitwirkung und Mitbestimmung der Betriebsgewerkschaftsleitung in den Betrieben der DDR. Eine empirische Untersuchung in Ost-Berliner Industriebetrieben, Wissenschaftlicher Verlag, Berlin 2004, 250 S.

Mit dieser Studie unternimmt J. den interessanten Versuch, „den möglichen und faktischen Einfluß der betrieblichen Gewerkschaftsleitungen in der DDR zu skizzieren“ (S. 13). Oder anders gesagt: „Inwieweit ist die im Arbeitsrecht gesetzlich fixierte Partizipation der FDGB-Gewerkschaften tatsächlich praktische Realität gewesen?“ (S. 14). Die Arbeit geht im wesentlichen auf eine im Jahre 1995 durchgeführte standardisierte schriftliche Befragung von Beschäftigten Ostberliner Betriebe zurück. Insgesamt haben 510 Personen, davon 378 Männer und 132 Frauen, daran teilgenommen. Es handelte sich um im Jahr 1995 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte. Bemerkenswert erscheint, daß von 140 angefragten Unternehmen sich lediglich zwölf Prozent zur Kooperation mit den Forschern vom Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin bereit fanden.

Die methodischen und empirischen Aspekte dieser Untersuchung werden von der Autorin in einem separaten Teil detailliert erläutert. Ihm ist ein relativ umfangreicher theoretischer Teil vorangestellt, in dem sich die Leser über den Forschungsstand vor und nach 1989 und über die politischen und gesetzlichen Grundlagen der Partizipation von Betriebsgewerkschaftsleitungen (BGL) in Betrieben der DDR informieren können. Das Literaturverzeichnis umfaßt vor allem Titel aus den 1970er und 1980er Jahren, weniger aus den 1990ern. Neuere Arbeiten konnten wohl aufgrund des Zeitpunktes der Erhebung nicht berücksichtigt werden. J. geht mit den Begriffen Mitwirkung und Mitbestimmung differenziert um. Sie stützt sich dabei vor

allem auf das Arbeitsgesetzbuch der DDR. Gleichwohl wäre es ratsam gewesen, die damit in der DDR verbundene Argumentationslinie etwas genauer zu betrachten. Immerhin war im Artikel 21 der 1974 novellierten DDR-Verfassung vom „Recht auf Mitbestimmung und Mitgestaltung“ die Rede, nicht von Mitwirkung. Folgt man den Ergebnissen der Umfrage, verfügten die BGL im Bereich der betrieblichen Sozialpolitik über starke Kompetenz, auch auf dem Felde des Arbeitsrechts, insbesondere im Hinblick auf Kündigungen und Entlassungen hatten sie beträchtlichen Einfluß. Hingegen vertraten sie in Fällen politischer Repression die Interessen der Betroffenen kaum. In Lohn- und Gehaltsfragen vermochten sie offenbar auf die Eingruppierung der Beschäftigten einzuwirken. Ebenso galt das bei der Gewährung von Erschwerniszulagen, überraschenderweise weniger für die Vergabe von Prämien. Es scheint, daß die BGL sich mit Forderungen zum Gesundheits- und Arbeitsschutz eher zurückhielten. Die Gründe hierfür dürften in den begrenzten Ressourcen der Betriebe, aber auch in einem Zielkonflikt zwischen Schutzbedürfnis und Lohninteresse zu suchen sein. An Planungs- und Leitungsprozessen hatten die BGL einen eher formalen Anteil. Man wird bei diesen Befunden zu berücksichtigen haben, daß sie auf subjektive Aussagen und Interpretationsmuster zurückgehen. J. macht das auch sehr deutlich. Die Ergebnisse der Studie zeigen, wo die BGL reale Wirkungsmöglichkeiten hatten und wo deren Grenzen lagen. Im großen und ganzen decken sich die hier präsentierten Resultate mit denen der zeithistorischen Forschung zu diesem Thema. *Peter Hübner*

Walter Richter: Der Militärische Nachrichtendienst der Nationalen Volksarmee der DDR und seine Kontrolle durch das Ministerium für Staatssicherheit. Die Geschichte eines deutschen Geheimdienstes, überarb. Aufl. (Europäische Hochschulschriften, Reihe Politikwissenschaft; 439), Verlag Peter Lang, Frankfurt am Main u. a. 2004, 375 S.; **Jürgen Gröbsch: Der Dienst für Internationale Verbindungen der NVA. Einblicke in ein Schattenreich**, Verlag Dr. Körter, Berlin 2003, 206 S.

Kaum jemand weiß bzw. hatte zu DDR-Zeiten gewußt, daß es neben dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) noch einen weiteren Geheimdienst in der DDR gab, nämlich den selbständigen Militärischen Nachrichtendienst der Nationalen Volksarmee (NVA). Über diesen existiert bereits ein übergreifender Insiderbericht von A. Kabus (Auftrag Windrose. Der militärische Geheimdienst der DDR), der allerdings dem Vf. dieses Buches unbekannt geblieben ist. Dabei wäre die Auseinandersetzung oder Gegenüberstellung zwischen der Sicht eines informierten Outsiders mit Kabus Darstellung von höchstem Interesse gewesen. Denn der Autor des vorliegenden Buches, ein pensionierter Bundeswehroffizier, diente mehr als die Hälfte seiner Dienstzeit ab den 60er Jahren im Amt für Nachrichtenwesen der Bundeswehr, wo ihm die Absicherung der Luftwaffe

gegen Spionage, Sabotage und Zersetzung (so die Vorstellung auf der Cover-Rückseite) oblag. Damit war er direkter Counterpart des NVA-Nachrichtendienstes.

Wer nun annimmt, daß dieser ehemaliger Gegner sich abfällig oder sonstwie überheblich über seine einstigen Widersacher äußert, der irrt. Vielmehr versucht R., auf Grundlage der Auswertung vornehmlich der Akten des MfS einen relativ objektiven Ein-, nicht unbedingt historisch exakten Überblick über die NVA-Abwehr vorzulegen. Herausgekommen ist eine äußerst spannende Lektüre.

Der militärische Geheimdienst der DDR-Armee gilt noch heute als sehr erfolgreich. Der Autor betrachtet ihn im Rahmen seiner Erkenntnisfähigkeit als normalen deutschen Geheimdienst mit Stärken und Schwächen, der nunmehr allerdings zu Geschichte geworden ist.

Es ist bereits die zweite Auflage des Buches. Nach der erfolgreich verkauften ersten Auflage fand der Autor nicht nur einige weitere schriftliche Quellen, sondern auch einige ehemalige Mitarbeiter, die bereit waren, einige offengebliebene Fragen im Detail (wenigstens teilweise) zu beantworten. Die Darstellung hat dadurch erheblich gewonnen.

Die meisten Hürden hatte der Vf., wie er im Vorwort hervorhebt, bei westdeutschen Gerichten zu überwinden, um seine mit wissenschaftlichem Anspruch geschriebene Studie anzufertigen und vollenden zu können. Letztlich hat er auch diese Hindernisse überwunden.

Kaum zu glauben, aber auch der militärische Nachrichtendienst der DDR stand unter Kontrolle des allmächtigen Geheimdienstes mit eigenem Ministerium. Mielkes Truppe war für die kadermäßige Überprüfung der NVA-Geheimdienstler offiziell zuständig und hatte damit Zugang zu den von der NVA-Abwehr bearbeiteten Themen. Etwas neidisch wurden deren Erfolge betrachtet. Wohl nicht nur deshalb kam es mit dem MfS zur Konkurrenz. Das Verhältnis zwischen den beiden Geheimdiensten ist nicht einfach zu erklären und noch weniger zu bewerten. Trotz entsprechender Versuche von Richter, können diese nicht voll befriedigen. Das Konkurrenz- und Kooperationsverhältnis bedarf weiterer Untersuchungen, zumal nicht wenige NVA-Offiziere zugleich Inoffizielle Mitarbeiter (IM) des MfS waren.

Die Kontrolle des militärischen Geheimdienstes durch das MfS hat für die heutige Forschung den Vorteil, daß die Geschichte im allgemeinen, aber auch besondere Vorkommnisse im NVA-Abwehrdienst recht gut rekonstruiert werden können. So wurde einer der Leiter wegen persönlicher Bereicherung am Volkseigentum fristlos entlassen. Er hatte zu Lasten der DDR-Finanzen erhebliche Beträge mit nachrichtendienstlichen Methoden für sich persönlich und zur Korrumpierung weiterer DDR-Generäle und hoher SED-Funktionäre beiseite geschafft. Sein dabei tätiger Helfer, ein Oberstleutnant, beging Selbstmord, nachdem der General auf Betreiben des MfS abgesetzt worden war.

An drei Beispielen aus der Bundeswehr wird in Auswertung bisher unbekannter Details die erfolgreiche Arbeit der NVA-Abwehr auf dem Spionagegebiet geschildert. Aber dieses Buch erhellt nicht nur solche Fallbeispiele, zu denen auch der „Fall Dombrowski“ gehört. Der Politoffizier und Oberstleutnant Dombrowski gehörte zweifellos zu den prominentesten Überläufern des NVA-Dienstes in den Westen. Der „Fall“ wird lediglich anhand der heute zugänglichen Quellen aus der DDR rekonstruiert; relevante Quellen der westdeutschen oder US-amerikanischen Dienste bleiben unbenutzt.

Einen ehemaligen DDR-Bürger machen vor allem die für einen „Fremden“ sicherlich eher nebensächlichen Details betroffen, etwa über das Ausmaß der Korruption, Vetternwirtschaft und Amtsanmaßung der Führung der DDR-Armee.

Das wissenschaftliche Verdienst von R. liegt allerdings nicht in der Nennung bzw. Aufdeckung solcher Vorgänge, sondern eher in dem Versuch, die Struktur des Militärischen Nachrichtendienstes der NVA aufzudecken und zu erklären, was ihm auch weitgehend gelingt. So werden in jeweils eigenen Kapiteln solche Themen wie die Entstehung des Nachrichtendienstes, das Verhältnis zum MfS, die Beschreibung der Objekte des Nachrichtendienstes, die Fernmelde- und Elektronische Aufklärung und vor allem das Militärattachéwesen der NVA zum Teil erstmals untersucht und öffentlich zugänglich geschildert. Von nicht weniger Interesse sind die Darstellungen über die Zusammenarbeit des Militärischen Nachrichtendienstes der NVA mit den entsprechenden Dienste der „Bruderarmeen“ sowie mit dem MfS, wobei Richter von einem „Zugriff des Ministeriums für Staatssicherheit auf den Militärischen Nachrichtendienst der NVA“ spricht (S. 57).

Die Darstellung endet mit dem „Untergang“ des Militärischen Nachrichtendienstes der NVA im Jahre 1990 sowie mit der Schilderung der Übernahme durch die Bundeswehr und dessen Auflösung. Die Akten der NVA-Abwehr wurden noch unter dem DDR-Minister Eppelmann vernichtet, was die Rekonstruktion der Geschichte dieses Geheimdienstes nicht leichter macht. Um so mehr ist dem Autor für seine verdienstvolle Arbeit zu danken. Sie ist ein wertvoller Beitrag zur Geschichte des DDR-Herrschaftssystems.

Selbst der Anhang quillt über von wichtigen Informationen, so etwa über die Namen der Militärattachés der NVA, ihre Akkreditierungsjahre und Stationierungsländer. Die angehängten Dokumente enthalten beispielsweise die „Gründungsurkunde“ des Militärischen Nachrichtendienstes, den Lageplan des „Militärwissenschaftlichen Instituts“ in Klietz und den Befehl über die Einstellung der illegalen Arbeit der Aufklärung. Der positive Eindruck, den die Lektüre des Buches hinterläßt, wird leider geschmälert durch die ganz offensichtlich fehlende Lektoratsarbeit. So gibt es nicht nur stilistische Unebenheiten, sondern auch Probleme beim Layout, wie auch falsche Schreibweisen von Namen ehemaliger DDR-Prominenz.

Fazit: Schlampiger Druck, den der Inhalt des Buches nicht verdient hat. Warum es in der Reihe „Hochschulschriften“ erschien, ist ebenso unverständlich wie die anscheinend nicht vorgenommene verlegerische Betreuung.

Bei dem zweiten hier zu besprechenden Bd. handelt es sich um einen Erinnerungsbericht. Nicht nur hohe Generale der Nationalen Volksarmee fühlten sich nach dem Zusammenbruch ihres Staates angehalten, in Buchform zu begründen, warum sie den Waffenrock in einem sich als Arbeiter- und Bauernstaat bezeichnenden Land meist bis zu dem für sie bitteren Ende getragen haben. Auch niedrigere Dienstchargen fühlen sich zunehmend berufen, von ihren Erfahrungen und Begegnungen zu berichten. Vielleicht brauchen sie es, um in der neuen Zeit anzukommen. So auch der ehemalige Oberstleutnant Jürgen Gröbsch, der mehr als ein einfacher Truppenoffizier zu berichten weiß.

Gröbsch nahm an vielen Reisen des Verteidigungsministers teil, begleitete ausländische Militärdelegationen, bereitete Staatsjagden der NVA vor und war für das Protokoll bei vielen hochrangigen Anlässen verantwortlich. 1984 wurde er zur Zivilverteidigung abgeschoben, weil er die Zusammenarbeit mit der Stasi verweigert und Westkontakte verschwiegen hatte. So ist jedenfalls seine Version des „Abschiebens“, das sich viele andere Offiziere gewünscht hatten.

Als kritisch denkender Offizier der NVA, der dennoch dem SED-Regime lange treu diente, offenbart er all sein Detailwissen. Wenn es sich also auch nicht um eine wissenschaftliche Aufarbeitung der internationalen Kontakte der DDR-Armee handelt, so erlaubt der Insiderbericht doch ein wenig Einblick in diesen „Schattenbereich“; darüber hinaus werden einige der Privilegien der obersten DDR-Militärs aufgedeckt.

Wer etwa annimmt, daß in diesem Lebensbericht eines langjährigen Mitarbeiters des Bereiches Internationale Verbindungen der NVA neue interessante Einblicke in die auswärtigen Beziehungen der DDR-Armee vermittelt werden, der wird enttäuscht sein. Vielmehr handelt es sich um einen Zeitzeugenbericht aus dem Innenleben eines Militärdiplomaten. Allerdings werden mehr personelle Interna ausgeplaudert und anscheinend einige alte, mehr persönliche Rechnungen beglichen als wirklich strukturelle Prozesse analysiert oder wenigstens beschrieben.

Ulrich van der Heyden

Hannes Sieberer/Herbert Kierstein: Verheizt und vergessen. Ein US-Agent und die DDR-Spionageabwehr, edition Ost, Berlin 2005, 224 S.

Dies ist ein ungewöhnliches Buch: Ein Österreicher, der für die CIA in der DDR spionierte, verhaftet und verurteilt wurde, und einer seiner damaligen Gegenspieler kommen gemeinsam zu Wort und schildern ihre Sicht auf die Ereignisse. Das Werk besteht inhaltlich aus mehreren Komplexen, ohne daß eine Numerierung vorgenommen wird.

S. berichtet sachlich und ohne Voreingenommenheit über seine Erlebnisse. Aufschlußreich sind die Einblicke, die er in die Tätigkeit des amerikanischen Spionagedienstes gibt. Auch über den Alltag in der Haftanstalt Bautzen erfährt der Leser interessante Details. Er bleibt aber bei der Darstellung des von ihm konkret Erlebten, was möglicherweise vorher oder später war, was er vom Hörensagen kennt, läßt er unkommentiert stehen und kommt immer wieder auf seine Jahre zurück (S. 70). Dabei gilt für ihn die Einschätzung: „Gegner der DDR bzw. der Stasi zu sein – was auch ich durchaus war –, bedeutete nach meinem Verständnis nicht, Lügen über sie verbreiten zu müssen." (S. 107)

Besuche der Mutter waren eine Abwechslung, trotzdem hoffte S. natürlich ständig auf baldige Entlassung, die schließlich im Juni 1985 in der größten Austauschaktion auf der Glienicker Brücke erfolgte.

S. begründet, warum er nach 1990 eine „Reise in die Vergangenheit" unternahm, Kontakte zu ehemaligen MfS-Mitarbeitern knüpfte und es überhaupt zur Publizierung kam (S. 112).

Im nächsten Komplex erläutert K. nach einer kurzen Darstellung seiner persönlichen Entwicklung die Tätigkeit der DDR-Spionageabwehr und ihre Aufgabenstellung und ordnet diese in die Bedingungen und Umstände in der Zeit des Kalten Krieges ein. Er läßt den Fall Sieberer Revue passieren und legt seine Überlegungen dar, warum er trotz anfänglicher Skepsis die Kontaktaufnahme zu ihm nach der Wende nicht verweigert hat (S. 149ff). Die Begegnung der früheren Gegner nach 1990 bringt für beide Seiten wichtige Erkenntnisse.

Praktisch ein zweiter Teil des Buches steht unter dem Titel „Reflexionen" und beinhaltet in den ersten Abschnitten Überlegungen der beiden Autoren zu Besuchen in Hohenschönhausen und Bautzen in der Gegenwart. Verständlich sind die Einwände von K. zum Besuch in Hohenschönhausen, wenn ein Zeitzeuge, der durch die Gedenkstätte führt und 1963/64 dort eingesessen hat, meint, die ganzen Jahre von 1945 bis 1990 bewerten zu können.

Danach kommt ein weiterer Sprung. Das Buch zerfällt in mehrere Teile, die inhaltlich im weitesten Sinne zwar zusammenhängen, aber nicht unbedingt in diese anfangs doch recht persönlich gehaltene Publikation passen. Da sind zum einen die Auseinandersetzung von K. mit dem Buch „Doppelte Überwachung – Geheimdienstliche Ermittlungsmethoden in den DDR-Untersuchungshaftanstalten" und seine Einlassungen über Sprachanalyse und Sprecherkennung sowie zum anderen die Betrachtung des Hrsg. über die „‚Spionage für den Frieden' – eine Konferenz am 7. Mai 2004 in Berlin".

Der Titel des Buches ist sperrig, wenig leseanreizend und „vergessen" auch nicht unbedingt zutreffend, wenn S. selber schreibt, daß er nicht die Auffassung teile, die Amerikaner hätten ihre verhafteten Spione vergessen: „Sie haben sich nur nicht um sie gesorgt." (S. 87)

Fotos und Dokumente illustrieren den Bd. Literaturhinweise und ein wohl nicht ganz vollständiges Verzeichnis

der im Buch verwendeten Abkürzungen (Was bedeutet z. B. GPS? [S. 127]) schließen die Publikation ab.

Joachim Eichler

Nachsatz

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Autoren und Autorinnen,

Wie aus diesem Heft ersichtlich ist, fielen in das Jahr 2007 verschiedene Jahrestage. Es ist nicht möglich und kann nicht Ziel unseres JahrBuches sein, alle Jubiläen mit Beiträgen zu würdigen. Dieses Mal haben wir die 150. Geburtstage von Clara Zetkin und Emma Ihrer sowie den 90. Jahrestag der Gründung der USPD ausgewählt. Zu Clara Zetkin und zur USPD-Gründung fanden Tagungen statt, wir veröffentlichen hier die Berichte, die Eröffnungsreferate von Gisela Notz bzw. Steffen Kachel sowie die Vorträge von Setsu Ito und Hartmut Henicke. Die Publikation weiterer Beiträge ist vorgesehen. Zu Emma Ihrer hat Claudia von Gelieu eine biographische Skizze verfaßt.
Von den weiteren Beiträgen sei hier nur noch auf den Aufsatz des jungen Historikers Carsten Voigt hingewiesen, der Forschungsergebnisse aus seiner Dissertation über die Antifaschistische Aktion in Sachsen vorstellt.

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Autoren und Autorinnen

2007 haben wir im JahrBuch wieder einen breiten Themenkreis behandelt. Es enthält über 35 Artikel zu verschiedenen Themen – zu Einzelereignissen oder Prozessen, zu Biographien oder methodologischen Fragen. Informationen, Berichte und Dokumentenveröffentlichungen erweitern dieses Spektrum. Aufgenommen sind auch fast 70 Rezensionen und Annotationen.

Vorhandene Lücken in verschiedenen Themenbereichen und Zeitabschnitten sind uns bewusst. Wir sind bemüht, diese so weit wie möglich zu schließen. Das geht jedoch nur mit Ihrer tatkräftigen Mithilfe. Unsere Bitte ist daher, unterstützen Sie uns weiterhin mit wissenschaftlichen Beiträgen, bei der Gewinnung neuer Autoren sowie in der Werbung für das JahrBuch.

Wir erinnern an die Möglichkeit, sich im Internet über das JahrBuch zu informieren: www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de.

Das Jahresabonnement konnten wir für 2008 erneut stabil halten. Es beträgt, einschließlich Porto, 25 Euro im Inland bzw. 35 Euro im Ausland, einzuzahlen auf das JahrBuch-Konto Nr. 57 44 56 10 10 der NDZ GmbH bei der Berliner Volksbank,
BLZ 100 900 00;
für unsere ausländischen Abonnenten: BIC: BEVODEBB; IBAN: DE 75 1009 5744 5610 10.

Über weitere Abonnenten würden wir uns freuen.

Die Typowerkstätten des Giambattista-Bodoni-Museums e. V. bieten auf Wunsch Sonderdrucke der im JahrBuch veröffentlichten Beiträge – mit und ohne Umschlag – an. Die Konditionen sind zu erfragen unter der Telefonnummer: 030-28 25 137.

Mit den besten Wünschen

Die Redaktion

Autorenverzeichnis

Wolf G. Angmeyer, Berlin
Rainer Bert, Berlin
Günter Benser, Prof. Dr., Berlin
Jürgen Birg, Berlin
Marcel Bois, Promotionsstipendiat, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Hamburg
Ludwig Burg, Berlin
Joachim Eichler, Dr., Berlin
Ilse Fischer, Archivarin, Archiv der sozialen Demokratie, Friedrich-Ebert-Stifung, Bonn
Claudia von Gelieu, Frauengeschichtsforscherin, Berlin
Heinrich Gemkow, Prof. Dr., Berlin
Gerlinde Grahn, Dr., Potsdam
Roland Gröschel, Soziologe und Publizist, POSOPA e.V., Neu Zittau
Wladislaw Hedeler, Dr., Berlin
Hartmut Henicke, Dr., Berlin
Mario Hesselbarth, Student, Fernuniversität Hagen
Ulrich van der Heyden, Dr., Berlin
Wolfgang Heyn, Dr. sc. phil., Bernau
Rainer Holze, Dr., Berlin
Peter Hübner, Projektleiter, Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam
Setsu Ito, Prof. Dr., Showa Women's University, Tokio
Steffen Kachel, Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen, Erfurt
Peer Lautenschläger, Berlin
Erwin Lewin, Prof. Dr., Berlin
Ottokar Luban, Berlin
Herbert Mayer, Dr. sc. phil., Berlin
Helmut Meier, Prof. Dr., Leipzig
Gerhard Müller, Dr., Oestrich-Winkel
Heinz Niemann, Prof. Dr., Bergfelde
Gisela Notz, Dr., Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn
Ulla Plener, Dr. sc. phil., Berlin
Maria Roca, Studentin, Humboldt-Universität, Berlin
Walter Schmidt, Prof. Dr., Berlin
Jürgen Stroech, Dr., Berlin
Carsten Voigt, Doktorand, Universität Leipzig

Berichtigung

In der Rezension von Peter Schäfer zu Lothar Mertens: Lexikon der DDR-Historiker, in H. II/2007, S. 206, muß es richtig heißen, daß Roland Franz Schmiedt [und nicht Siegfried Schmidt – die Redak.] 1964 aus Berlin nach Jena kam.

Jahresinhaltsverzeichnis 2007

Artikel

Richard Albrecht: Pauper(ismus). Zur Geschichte und Aktualität eines Zentralaspekts von ‚Neuer Armut' und ‚Arbeitenden Armen' II/19

Evemarie Badstübner: Vom Knecht zum Herrn? Ostdeutsche Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Nachkriegszeit – Erwartungen, Erfahrungen, Leistungen und Enttäuschungen II/47

Helmut Bock: In der Tradition Filippo Buonarrotis an die Geschichte sozialer Kämpfe erinnern I/162

Marcel Bois/Florian Wilde: „Modell für den künftigen Umgang mit innerparteilicher Diskussion"? Der Heidelberger Parteitag der KPD 1919 II/33

Sönke Friedreich: Unpolitische Arbeiter? Zum Einfluß politischer Fragen auf Differenzierungsprozesse der Arbeiterschaft eines sozialistischen Betriebes I/26

Luigi Ganapini: Revolutionärer und faschistischer Syndikalismus in Italien (1920-1945) I/72

Roland Gröschel: Das Engagement in Arbeiterjugend-Organisationen in der Weimarer Republik – Bestandteil von Lebensgeschichten III/58

Hartmut Henicke: Die Weltkriegsrevolution, das Schisma in der deutschen Sozialdemokratie und die Stuttgarter Linken III/33

Jürgen Hofmann: Arbeitermilieu und Rechtsextremismus. Zu Genesis und Dimensionen eines historischen und aktuellen Problems I/58

Setsu Ito: Clara Zetkin in ihrer Zeit – für eine historisch zutreffende Einschätzung ihrer Frauenemanzipationstheorie III/19

Steffen Kachel: Die USPD – Versuch eines dritten Weges? III/26

Hermann Klenner: Erinnern an Wolfgang Abendroth. Anläßlich des Editionsbeginns einer Abendroth-Gesamtausgabe I/5

Helmut Meier: Constantin Frantz' Schrift „Louis Napoleon" im Vergleich mit dem Marxschen „18. Brumaire" III/48

Dietrich Mühlberg: Arbeiterbewegung und Alltag II/5

Heinz Niemann: Methodisches und Quellenkritisches zur „Geschichtsschreibung von unten" III/80

Gisela Notz: Clara Zetkin und die internationale sozialistische Frauenbewegung III/5

Ulla Plener: Frauenalltag in der französischen Résistance III/67

Jörg Roesler: Die Stuttgarter Vorfälle vom Oktober 1948. Zur Entstehung der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschlands I/40

Daniel Schwane: Kulturpolitik der sechziger Jahre: Die „Siegmunds Hofer Gespräche“ in West-Berlin 1964/65 I/12

Andreas Tietze: Die Anfänge der polytechnischen Bildung in der DDR im Spiegel pädagogischer Erfahrungsberichte II/66

Berichte

Günter Benser: ArbeiterInnenbewegung und Rechtsextremismus I/50

Mario Hesselbarth: „Von einer Parteidisziplin in die nächste?“. Tagung in Gotha anläßlich der Gründung der USPD vor 90 Jahren III/139

Rainer Holze: „Clara Zetkin in ihrer Zeit“. Kolloquium zum 150. Geburtstag Clara Zetkins III/134

Gerd Kaiser: Das Schicksal der ADGB-Bundesschule im Dritten Reich II/155

Harald Lange: Geschichte der Arbeiterbewegung – interessant für junge Leute heute? Ein Gespräch I/158

Berthold Petzinna: „Geschichte der Arbeiterbewegung, von unten erlebt. Arbeiterbewegung und Arbeiterleben im 20. Jahrhundert“. Tagung am 8./9. Dezember 2006 in Berlin II/145

Biographisches

Valentin Bejlinson: A. S. Makarenko in Moskau. Die beiden letzten Lebensjahre II/94

Werner Berthold: Französische Gefangenschaft – 28.8.1944 bis 24.8.1948. Erinnerungen I/110

Brigitte Dornheim: Adolf Wicklein (1886-1945). Eine biographische Skizze – verfaßt von der Enkeltochter II/118

Hermann Drumm: Marta Strasser – Eine Zeitzeugin des 20. Jahrhunderts (1910-2002) I/91

Claudia von Gélieu: „Sie kannte nicht den Ehrgeiz, der an erster Stelle stehen will“. Emma Ihrer (1857-1911) zum 150. Geburtstag III/92

Julia Köstenberger: Klavdija Kirsanova – Rektorin der Internationalen Leninschule in Moskau I/78

Gisela Notz: „Sie war der Arzt und Gesundheitsexperte der Fraktion“. Elinor Hubert, geb. Höhnen (1900-1973) II/83

Ulla Plener: Zum Stellenwert biographischer Forschung für die Sicht auf Arbeiterbewegung von unten II/77

Horst Schilling: Vom „Volksgerichtshof“ zum Tode verurteilt. Adolf Wicklein II/108

Diskussion

Günter Benser: Deutsche Zeitgeschichte seit 1945: Gesellschaft, Staat, Politik II/175

Ulrich Peters: Prädikat: Streitbar. Mit seiner Studie über die Geschichte der Demokratie hat sich der Italiener

Luciano Canfora zwischen alle Stühle gesetzt I/166

Dokumentarisches

Für den Schutz der Oktoberrevolution von 1917. Clara Zetkin an Mathilde Wibaut 1922 *(Ulla Plener)* III/105

In Memoriam Theodor Leipart (1867-1947): Zwei unbekannte Dokumente *(Ulla Plener)* II/123

Vier Wochen in Sowjetrußland. Bericht des Berliner Neurologen Louis Jacobson-Lask über seine Reise in die Sowjetunion 1927 (*Ulrike Eisenberg)* I/139

Informationen

Ilse Fischer: Autobiographische Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung III/143

Gerlinde Grahn: Forschungen zur Geschichte der Linkspartei.PDS in Brandenburg III/158

Roland Gröschel: Sammeln, sorgen, sichten: Das Interviewarchiv „Jugend im 20. Jahrhundert“ des POSOPA e.V. II/168

Rainer Holze: Der Verein „baudenkmal bundesschule bernau“ I/180

Erwin Lewin: Forschungen zu Osteuropa in Leipzig. Zum Erscheinen des Doppelbandes 8 der „Leipziger Jahrbücher“ III/151

Grit Ulrich: Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung in den Beständen und Sammlungen der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv II/164

Leserzuschriften

Zu Heft II/2007 *(Günter Benser)* III/165

Zum Beitrag von Irina A. Joffe/Elke Scherstjanoi: Junge Ostarbeiter im antifaschistischen Widerstand (JahrBuch, 2006/III) *(Fritz Zimmermann)* II/158

Zum Beitrag von Werner Berthold: Französische Gefangenschaft – 28.8. 1944 bis 24.8.1948 (JahrBuch, 2007/I) *(Hermann Sczepansky)* II/161

Regionales

Günter Benser: Das Sport- und Kulturkartell Heidenau, Dohna und Umgebung. Wie die Arbeiterbevölkerung einer Industriestadt das kulturelle Leben ihrer Kommune prägte II/134

Carsten Voigt: Die Antifaschistische Aktion 1932 in Sachsen an der Basis der Arbeiterparteien. Gemeinsamkeiten und Brüche III/122

Rezensionen/Annotationen

A nemzetközi munkasmozgalom történetéböl. Evkönyv 2007 *(Winfried Morgenstern)* II/181

Anton Ackermann. Der deutsche Weg zum Sozialismus. Selbstzeugnisse und Dokumente eines Patrioten *(Evemarie Badstübner)* I/201

Karin Aleksander: Frauen und Geschlechterverhältnisse in der DDR und in den neuen Bundesländern. Eine Bibliographie *(Hanna Behrend)* I/208

Arbeitsgemeinschaft „Sowjetische Gräber und Ehrenmale in Deutschland" (Hrsg.): Sowjetische Gräberstätten und Ehrenmale in Ostdeutschland heute *(Horst Schützler)* I/199

Klaus Arnold/Christoph Classen (Hrsg.): Zwischen Pop und Propaganda. Radio in der DDR *(Joachim Eichler)* II/208

Association Démocratique, ayant pour but l'union et la fraternité de tous les peuples. Eine frühe internationale demokratische Vereinigung in Brüssel 1847–1848 *(Martin Hundt)* II/184

Roland Bach u. a. (Hrsg.): Antifaschismus als humanistisches Erbe in Europa. Festschrift zum 60. Geburtstag von Prof. Dr. Rolf Richter *(Jürgen Birg)* III/194

Riccardo Bavaj: Von links gegen Weimar. Linkes antiparlamentarisches Denken in der Weimarer Republik *(Heinz Niemann)* I/193

Manfred Behrend: Eine Geschichte der PDS – Von der zerbröckelnden Staatspartei zur Linkspartei *(Helmut Meier)* II/214

Günter Benser: Volksbühne Heidenau 1906 bis 1939 – 1945 bis 1949 *(Jürgen Stroech)* III/176

Wolfgang Benz/Peter Reif-Spirek (Hrsg.): Geschichtsmythen. Legenden über den Nationalsozialismus *(Rainer Holze)* III/187

Helmut Bleiber/Walter Schmidt/Susanne Schötz (Hrsg.): Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution von 1848/49 *(Heinrich Gemkow)* III/167

Michael Byers: Kriegsrecht *(Horst Klein)* I/189

František Čapka/Lubomír Slezák/Jaroslav Vanculík: Nové osídlení pohraničí českých zemí po druhé světové válce *(Veronika Arndt)* II/209

Muharrem Dezhgiu: Anastas Lula. Disidenti i parë në PKSH (*Erwin Lewin)* III/184

Stefan Doernberg (Hrsg.): Hitlers Ende ohne Mythos. Jelena Rshewskaja erinnert sich an ihren Einsatz im Mai 1945 in Berlin *(Herbert Mayer)* III/191

Thomas Etzemüller: 1968 – Ein Riss in der Geschichte? Gesellschaftlicher Umbruch und 68er-Bewegungen in Westdeutschland und Schweden *(Stefan Bollinger)* I/219

Familie Marx privat. Die Foto- und Fragebogen-Alben von Marx' Töchtern Laura und Jenny *(Rolf Dlubek)* I/184

Wolfram Fischer (Hrsg.): Biographische Enzyklopädie deutschsprachiger Unternehmer *(Peer Lautenschläger)* III/166

Tanush Frashëri: Ali Këlcyra, aristokrati kuqezi *(Erwin Lewin)* II/192

Jürgen Gröbsch: Der Dienst für Internationale Verbindungen der NVA *(Ulrich van der Heyden)* III/196

Hamburger Institut für Sozialforschung (Hrsg.): Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944 *(Ludwig Burg)* III/189

Christine Haug/Lothar Poethe (Hrsg.): Leipziger Jahrbuch zur Buchgeschichte. Bd. 15 (*Jürgen Stroech*) III/173

Günter Hauthal: Im Altenburger Land zwischen 1933 und 1945 *(Jürgen Stroech)* I/194

Burkhard Hergesell: „Eine Hand voll Zukunft …". Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten in Bremerhaven 1955-2005 *(Bernd Hüttner)* I/212

Beatrix Herlemann: „Wir sind geblieben, was wir immer waren, Sozialdemokraten". Das Widerstandsverhalten der SPD im Parteibezirk Magdeburg-Anhalt gegen den Nationalsozialismus 1930-1945 *(Detlef Ziegs)* II/198

Beatrix Herlemann: Biographisches Lexikon niedersächsischer Parlamentarier 1919-1945 *(Wolfgang Heyn)* III/176

Georg Herwegh: Werke und Briefe. Kritische und kommentierte Gesamtausgabe. Bd. 5 *(Martin Hundt)* II/182

Ulrich van der Heyden: Zwischen Solidarität und Wirtschaftsinteressen. Die „geheimen" Beziehungen der DDR zum südafrikanischen Apartheidregime *(Jörg Roesler)* I/214

Klaus Hugler/Hans Diefenbacher unter Mitarbeit von Judith Baumgartner und Alan Nothnagle: Adolf Damaschke und Henry George – Ansätze zu einer Theorie und Politik der Bodenreform *(Wolfgang Heyn)* I/185

Humanismus. Geschichte und Gegenwart (*Wolf G. Angmeyer)* III/166

Peter Hurrelbrink: Der 8. Mai 1945. Befreiung durch Erinnerung (*Rainer Bert)* III/193

Renate Hürtgen: Zwischen Disziplinierung und Partizipation. Vertrauensleute des FDGB im DDR-Betrieb *(Olaf Klenke)* I/206

Bernd Hüttner/Gottfried Oy/Norbert Schepers (Hrsg.): Vorwärts und viel vergessen. Beiträge zur Geschichte und Geschichtsschreibung neuer sozialer Bewegungen *(Günter Benser)* I/215

Manfred Isemeyer: Das atheistische Berlin. Metropole des Humanismus (*Wolf G. Angmeyer)* III/166

Lazar Jeifets/Víctor Jeifets/Peter Huber: La Internacional Comunista y

América Latina, 1919-1943. Diccionario Biográfico *(David Mayer)* II/195

Adam Jones (Hrsg.): Völkermord, Kriegsverbrechen und der Westen *(Horst Klein)* I/189

Petra Junghans: Mitwirkung und Mitbestimmung der Betriebsgewerkschaftsleitung in den Betrieben der DDR *(Peter Hübner)* III/195

Klaus Kinner (Hrsg.): Die Chancen der Volksfront. Historische Alternativen zur Stalinisierung des Kommunismus (*Rainer Bert)* III/183

Arno Klönne/Karl A. Otto/Karl-Heinz Roth (Hrsg.): Fluchtpunkte. Das soziale Gedächtnis der Arbeiterbewegung *(Herbert Mayer)* II/186

Arno Klönne/Karl A. Otto/Jörg Wollenberg: Freiheit, Wohlstand, Bildung für alle! Vom Ortsverein Bielefeld des Deutschen Buchdruckerverbandes zu ver.di (*Wolfgang Heyn*) III/172

Michael Klundt (Hrsg.): Ein Untergang als Befreiung. Der 8. Mai und die Folgen; *(Stefan Bollinger)* I/200

Margarete Kollmar: Mit der Reichsbahn ins Blaue. Eine populäre Tourismusform in den 1930er Jahren (*Joachim Eichler)* III/186

Leo und Leopoldine Kuntz, Götz und Hannelore Dieckmann (Hrsg.): Albert Kuntz: „Liebste Ellen…“ Briefe aus dem Gefängnis, Zuchthaus und KZ 1933 bis 1944 *(Rainer Holze)* I/198

Lars Lambrecht (Hrsg.): Osteuropa in den Revolutionen von 1848 (*Walter Schmidt)* III/169

Joachim Lilla: Statisten in Uniform. Die Mitglieder des Reichstags 1933-1945 *(Wolfgang Heyn)* III/176

Leo Maché-Suniza: Der lebende Tote. Das eigenartige Schicksal des Altbolschewiken Ljew Borissowitsch Suniza *(Marcel Bois)* III/174

Lothar Mertens: Lexikon der DDR-Historiker. Biographien und Bibliographien zu den Geschichtswissenschaftlern aus der Deutschen Demokratischen Republik *(Peter Schäfer)* II/204

Hans Modrow/Hans Watzek (Hrsg.): Junkerland in Bauernhand. Die deutsche Bodenreform und ihre Folgen *(Claus Remer)* I/204

Nieder Mit Hitler! Frankfurter Arbeiterbewegung im Widerstand gegen den Faschismus 1933-1945, hrsg. von Barbara Bromberger (*Rainer Holze)* III/181

Karin Nowak: Spanien zwischen Diktatur und Republik. Korporatismus, organisierte Interessen und staatliche Sozialpolitik 1919-1936 *(Rainer Holze)* II/197

Beata Paškevica: In der Stadt der Parolen. Asja Lacis, Walter Benjamin und Bertolt Brecht *(Wladislaw Hedeler)* II/200

Stefan Remeke: Gewerkschaften und Sozialgesetzgebung. DGB und Arbeitnehmerschutz in der Reformphase der sozialliberalen Koalition *(Peter Hübner)* I/217

Walter Richter: Der Militärische Nachrichtendienst der Nationalen Volksarmee der DDR und seine Kontrolle durch das Ministerium für Staatssicherheit *(Ulrich van der Heyden)* III/196

Jörg Roesler: Momente deutsch-deutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1945 bis 1990 *(Siegfried Prokop)* II/206

Hermann-J. Rupieper/Friederike Sattler/Georg Wagner-Kyora (Hrsg.): Die mitteldeutsche Chemieindustrie und ihre Arbeiter im 20. Jahrhundert *(Jörg Roesler)* I/187

Adelheid von Saldern (Hrsg.) unter Mitarbeit von Lu Seegers: Inszenierter Stolz. Stadtrepräsentationen in drei deutschen Gesellschaften (1935-1975) *(Evemarie Badstübner)* I/195

Huub Sanders (Hrsg.): Images of Inspiration. A documentary on social movements based on images from the collection of the International Institute of Social History *(Bernd Hüttner)* I/185

Jens Schöne: Frühling auf dem Lande? Die Kollektivierung der DDR-Landwirtschaft *(Christel Nehrig)* I/209

Klaus Schönhoven/Bernd Braun (Hrsg.): Generationen in der Arbeiterbewegung *(Herbert Mayer)* II/186

Gotthold Schramm (Hrsg.): Flucht vor der Junta. Die DDR und der 11. September *(Joachim Eichler)* II/212

Hannes Sieberer/Herbert Kierstein: Verheizt und vergessen. Ein US-Agent und die DDR-Spionageabwehr *(Joachim Eichler)* III/199

Klaus Steinitz/Wolfgang Kaschuba (Hrsg.): Wolfgang Steinitz *(Gerhard Müller)* III/190

Daniel Friedrich Sturm: Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90 *(Heinz Niemann)* II/216

Conrad Taler: Der braune Faden. Zur verdrängten Geschichte der Bundesrepublik *(Stefan Bollinger)* I/200

Frank Umbach: Das rote Bündnis. Entwicklung und Zerfall des Warschauer Paktes 1955 bis 1991 *(Paul Heider)* I/211

Hermann Weber u.a. (Hrsg.): Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2007 (Wladislaw Hedeler) III/179

Harald Welzer/Sabine Moller/Karoline Tschuggnall: „Opa war kein Nazi“. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis (Maria Roca) III/191

Impressum

ISSN 1610-093X

Herausgeber:
Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Redaktion:
Helga Brangsch, Ursel Herschel, Dr. Wolfgang Heyn, Dr. Christa Hübner, Bärbel Kontny, Dr. Herbert Mayer (Verantwortlicher Redakteur), Dr. Ulla Plener, Dr. Elke Scherstjanoi, Dr. Carola Tischler

Postadresse der Redaktion:
Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin

Email-Adressen der Redaktion:
– für die Zusendung von Beiträgen und Anfragen
redakteur@arbeiterbewegung-jahrbuch.de
oder
redaktion@arbeiterbewegung-jahrbuch.de
– für Bestellungen von Heften und Abos sowie Werbung
bestellung@arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Website:
www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Das „JahrBuch“ erscheint dreimal jährlich (Januar, Mai, September) in der NDZ GmbH, Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin, im Gesamtumfang von ca. 660 Seiten.

In der Zeitschrift können nur Beiträge veröffentlicht werden, die nicht bereits anderweitig erschienen sind. Manuskripte können per e-mail oder auf Diskette, vorzugsweise als word- oder rtf-Datei, eingesandt werden. Beiträge sollten 40.000, Berichte 10.000, Rezensionen 6.000 und Annotationen 2.000 Zeichen nicht überschreiten. Bitte reichen Sie stets die letzte (druckreife) Fassung des Beitrages ein und beachten Sie die im „JahrBuch“ übliche äußere Manuskriptgestaltung. Die Redaktionsrichtlinien senden wir Ihnen gern zu.

Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Satz: Joanna Boegendorff/Rosemarie Kouril
Realisiert in den Typowerkstätten des Giambattista-Bodoni-Museums e.V.
info@bodonimuseum.com

Redaktionsschluß: 16.08.2007